ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 5 (93) MAI 2022 / Ijjar – Siwan 5782 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 3,90 €

Yom HaAtzmaut

Israelischer Unabhängigkeitstag: 74 Jahre Israel!

SEITE 30–31

Pessach 2022

Arabischer Terror gegen jüdische Beter auf dem Tempelberg

SEITE 26

Neues Buch von Gunda Trepp

Gebrauchsanweisung gegen Antisemitismus: Lernen. Wissen. Handeln.

SEITE 38

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,
während des Erscheinens dieser Ausgabe hält der Monatswechsel zwischen April und Mai in diesem Jahr für das jüdische Volk eine ganze Reihe von Festtagen bereit.

Es sind dies Tage der Trauer und Tage des Feierns. Dem Gedenken an die Ermordeten der Schoah, an die Helden des Warschauer Ghettos, an die Opfer des Terrors gegen Juden und an die gefallenen Soldaten des jüdischen Staates folgen der Stolz und die Freude über 74 Jahre Israel, des kleinen, aber wundervollen jüdischen Staates, der einzigen Demokratie im gesamten Nahen Osten, erfolgreich, lebensfroh, standhaft und verteidigungsbereit in einem Meer erbitterter arabischer Judenfeindschaft und missglückter menschenverachtender islamischer Blutherrschaften und Unrechtsregime.

„State of Israel is born", so titelte freudig die „Palestine Post" (heute „Jerusalem Post") im Mai 1948, als der dem Königreich Judäa vor über 2000 Jahren von den römischen Besatzern aufgezwungene Name Palästina noch kein Etikettenschwindel für eine frei erfundene Identität arabischer Usurpatoren war, sondern das bezeichnete, was es wirklich ist und für immer sein wird – die historische Heimat des jüdischen Volkes.

Der zweifelsfrei belegte und vielfach ausgewiesene historisch legitimierte Anspruch auf sein jahrtausendealtes Staatsgebiet und seine ungeteilte Hauptstadt Jerusalem konnten nicht verhindern, dass durch unsere, jeden Anstand und vor allem – wie sich auch gerade in diesen Tagen wieder besonders in großen Teilen der Grünen Partei zeigt – eine jede Vernunft entbehrende Politik, Islamanbiederung und Delegitimierung des jüdischen Staates sowie eine in trauter Verbundenheit mit islamischen Schurkenstaaten praktizierte Leugnung des geschichtlichen

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

Genaue Erscheinungstermine unter https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html

Österreich 3,80 €; Italien 3,70 €; Schweiz 4,60 CHF; Luxemburg 3,80 €; Belgien 3,90 €; Niederlande 4,60 €; Slowakei 4,50 €

4 198807 003907 05

Zwischen Diplomatie und Realpolitik

HAUKE-CHRISTIAN DITTRICH / AFP

Von Daniel Greenfield

Der ukrainische Botschafter in Israel ist nicht glücklich. Botschafter Kornitschuk hat Israel aufgefordert, alle Geschäftsbeziehungen mit Russland abzubrechen. In der Zwischenzeit stiegen die Geschäftsbeziehungen der Ukraine mit dem Iran um über 30 % und erreichten fast zwei Milliarden Dollar. Die iranischen Exporte in die Ukraine stiegen um 40 %.

Das bedeutet, dass die Ukraine buchstäblich den islamischen Terrorismus gegen Israel finanziert. Und Völkermord. Ist die Ukraine bereit, alle Geschäftsbeziehungen mit dem Iran einzustellen, wenn Israel im Gegenzug seine Geschäftsbeziehungen mit Russland beendet? Seien Sie nicht dumm! Diese Forderungen gehen natürlich nur in eine Richtung.

Der ukrainische Präsident Selenski hat sich in seiner Kampagne gegen die russische Invasion in seinem Land wiederholt auf den Holocaust berufen. „Was nützt es, 80 Jahre lang ‚nie wieder' zu sagen, wenn die Welt schweigt, wenn eine Bombe auf Babi Jar fällt", twitterte er.

Eine bessere Frage wäre vielleicht, warum ein Land, dessen Volk für einen Großteil der Tötung von Juden in Babi Jar verantwortlich war, sich den Holocaust schamlos für seine Propaganda zu eigen macht. Zumal die Ukraine ebenso wie Russland weiterhin den modernen Völkermord an den Juden finanziert. Während des Holocausts beteiligten sich ukrainische Nationalisten in großer Zahl an den Massakern an Juden. So auch in Babi Jar. Anstatt sich dafür zu schämen, werden Bandera und seine Schergen, die für die Ermordung von Zehntausenden von Juden verantwortlich waren, in der Ukraine als Nationalhelden gefeiert. Auch von Selenski.

Selbst der jüdische Selenski lobt Bandera

„Stepan Bandera ist für einen bestimmten Teil der Ukrainer ein Held, und das ist normal und cool. Er war einer derjenigen, die die Freiheit der Ukraine verteidigt haben", argumentierte Selenski vor einigen Jahren. Man kann seine Sache in den Holocaust verpacken oder Bandera feiern, aber man kann nicht beides gleichzeitig tun.

„Ich wende mich an alle Juden in der Welt: Seht ihr nicht, warum dies geschieht? Deshalb ist es sehr wichtig, dass Millionen von Juden auf der ganzen Welt jetzt nicht schweigen", forderte Selenski kürzlich in einer Rede, die von seinem Büro ins Hebräische übersetzt worden war.

Was in der Ukraine geschieht, ist falsch, aber es ist kein Völkermord. Anders als Nazi-Deutschland und seine ukrainischen nationalistischen Verbündeten lassen die Russen nicht Zehntausende ukrainischer Männer, Frauen und Kinder marschieren, entkleiden sie, erschießen sie und werfen sie in Gruben. Auch plant Russland nicht, wie die iranischen Handelspartner der Ukraine, Atombomben auf ihre Städte abzuwerfen.

In Anbetracht der jahrhundertelangen Massaker an Juden durch ukrainische Nationalhelden wie Bogdan Chmelnizkij, Simon Petlura und Stepan Bandera (nach denen Straßen und Medaillen benannt sind) sollte die Bereitschaft Israels, der Ukraine schnell Hilfe zu leisten und sie politisch zu unterstützen, gewürdigt werden. Vor allem, da es sich um eine weitere, völlig einseitige Beziehung handelt.

Israel hat in der UNO zur Unterstützung der Ukraine gestimmt, obwohl die Ukraine wiederholt gegen den jüdischen Staat und für die Terroristen gestimmt hat, die versuchen, Juden zu töten. Präsident Selenski empfindet zwar „besondere Gefühle für Israel, weil seine Mutter Jüdin ist", aber diese Gefühle müssten „auf Gegenseitigkeit beruhen", wurde Botschafter Kornitschuk zitiert. Auf Gegenseitigkeit? Was genau haben Selenski und die Ukraine bis jetzt für Israel getan?

Anerkennung Jerusalems im Austausch gegen Waffen?

Letztes Jahr schlug ein ukrainischer Abgesandter vor, dass sein Land Jerusalem als Israels Hauptstadt anerkennen könnte, wenn Israel die Forderungen der Ukraine nach Waffen erfüllen würde.

Das war's dann auch schon.

Präsident Selenski und Botschafter Kornitschuk beschweren sich, dass Israel sich nicht laut genug gegen Russland ausgesprochen hat. Wie lautstark war Selenski, als Israel sich im Krieg befand? Als Israel zuletzt angegriffen wurde, twitterte Selenski: „Der Himmel über

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Zwischen Diplomatie und Realpolitik

Die Ukraine fordert vom jüdischen Staat die Einstellung aller Wirtschaftsbeziehungen zu Russland, kurbelt aber gleichzeitig den Handelsaustausch mit dem Iran an, dessen höchstes Anliegen die atomare Vernichtung Israels ist. (JR)

#Israel ist mit Raketen übersät. Einige Städte stehen in Flammen. Es gibt Opfer. Viele Verwundete. Viele menschliche Tragödien. Es ist unmöglich, dies alles ohne Trauer und Schmerz zu betrachten. Es ist notwendig, die Eskalation sofort zu stoppen, um das Leben der Menschen zu schützen." Eine passive Stimme. Keine spezifische Verurteilung.

Anstatt die Tatsache zu würdigen, dass Israel sich aus dem Fenster lehnt, um ein Land zu unterstützen, das kein Verbündeter ist, sondern sich wiederholt in der UNO gegen Israel gestellt hat und umfangreiche Handelsbeziehungen zum Iran unterhält, hat Kornitschuk seine Forderungen und Tiraden gegen den jüdischen Staat eskalieren lassen. Botschafter Kornitschuk hat Israel und die Israelis wiederholt beschuldigt, nicht genug zu tun. Zu den jüngsten Akten der ukrainischen Chuzpe gehört, dass Kornitschuk den Obersten Gerichtshof Israels dazu drängt, eine Quoten-Regelung der israelischen Regierung bei der Aufnahme ukrainischer Zuwanderer aufzuheben, und dass er fordert, dass die israelische Knesset eigens zusammentritt, um eine Rede Selenskis zu hören.

Präsident Selenski hat das Recht, die bestmöglichen Argumente für sein Land vorzubringen. Die Ukraine leidet unter einer Invasion, die ihre nationale Existenz bedroht, und es ist verständlich, dass ihre Regierung verzweifelt versucht, jeden möglichen Knopf zu drücken, um diese Katastrophe abzuwenden.

Kriegspropaganda ist ein Austausch von Lügen. Und wir haben erlebt, wie Putin und die Ukraine sich gegenseitig des Nazismus beschuldigt haben, obwohl in Wirklichkeit beide Seiten mit den Nazis kollaboriert haben. Beide Seiten behaupten auch, dass die jeweils andere Seite Teil einer großen Verschwörung ist und ihre Niederlage zum Dritten Weltkrieg führen wird. Die kalte, harte Realität ist, dass beide Seiten so viele verrückte Lügen verbreiten, wie sie können, um einen Krieg zu gewinnen.

Es ist völlig angemessen, mit den Ukrainern zu sympathisieren, die überfallen worden sind. Die Regierung Biden hat sich entschieden, dieses Mitgefühl zum Ausdruck zu bringen, indem sie klarstellte, dass sie nicht militärisch eingreifen wird, sondern Wirtschaftssanktionen verhängen wird. Das ist ein Schritt, der den Amerikanern wahrscheinlich maximalen wirtschaftlichen Schmerz zufügt, während die militärischen Auswirkungen auf Russland minimal sind. Das ist praktisch für Biden, der Putin die Schuld an der katastrophalen Wirtschaftslage in Amerika geben kann, ohne amerikanische Opfer und die innenpolitischen Folgen eines Krieges riskieren zu müssen.

Israels beste Chance ist es jedoch, sich einfach aus dem Schlamassel herauszuhalten, in den es eigentlich nicht verwickelt ist. Selenski ist zufällig jüdischer Abstammung. Eine Reihe von engen Verbündeten Putins sind ebenfalls jüdisch. Das ist genauso bedeutsam wie die Tatsache, dass sowohl Trumps als auch Clintons Kinder jüdische Ehepartner haben. Oder dass der einzige nicht-chinesische General Chinas General „Two Gun" Cohen war.

Linke Juden wissen nicht, warum ihre Vorfahren die Ukraine verlassen haben

Man kann Selenskis Hartnäckigkeit angesichts einer massiven Invasion bewundern, ohne sich vor ihm als moralischer Instanz zu verneigen. Die Ukraine hat keinen historischen Anspruch auf die Sympathie Israels. Und nur linke Juden ohne Geschichtsbewusstsein, die wissen, dass ihre Urgroßeltern aus der Ukraine stammten, aber nicht wissen, warum sie verdammt noch mal abgehauen sind, würden das anders sehen. Und es gibt sicherlich keine nennenswerte gegenseitige Verbundenheit.

Putins Russland und die Ukraine sind beide enge Handelspartner des Iran. Darüber hinaus liefert Russland Waffen und unterstützt den Iran. Beide stimmen in der UNO wiederholt gegen Israel. Beide haben eine hässliche Geschichte, wenn es um Juden geht. Sie sind keine Verbündeten oder Freunde, sie sind bestenfalls Freunde von Feinden. Die törichten Versuche des israelischen Premierministers Bennett, so zu tun, als könne er zwischen Russland und der Ukraine vermitteln, haben weder zur Beendigung des Konflikts noch zur Verbesserung des Images Israels beigetragen.

Als die Ukrainer Ende letzten Jahres befragt wurden, sagten 71 %, dass sie im Konflikt zwischen Israel und dem Iran keine der beiden Seiten unterstützen. Und das ist nicht überraschend. Verschiedene Länder, die keine gemeinsamen Grenzen, Werte oder Interessen haben, müssen sich nicht gegenseitig unterstützen.

Das Gleiche gilt für Israel im Konflikt zwischen Russland und der Ukraine.

Daniel Greenfield ist ein Shillman Journalism Fellow am David Horowitz Freedom Center. Dieser Artikel erschien zuvor im Front Page Magazine.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Anrechts des jüdischen Volkes auf sein Stammland in Judäa, Samaria und Galiläa und ganz besonders auf seine ungeteilte Hauptstadt Jerusalem die deutsche und westeuropäische Politik bestimmen.

Gleichzeitig markiert gerade der Monat Mai das Ende der deutschen Nazi-Barbarei vor 77 Jahren und damit des grauenvollen, von deutscher Großmanns-Sucht angezettelten Zweiten Weltkriegs, der Europa und der Welt Zerstörung, Verelendung, Entwurzelung und zig-millionenfachen Tod – darunter den von 6 Millionen willkürlich, systematisch und bestialisch ermordeten jüdischen Kindern, Frauen und Männern – hinterlassen hat.

Wie unerträglich die Islam-Anbiederung und die besonders bei den Grünen in Mode gekommene Kriegstreiberei der gegenwärtig, ausgerechnet Grün-dominierten Politik gerade für Deutschland ist, vergegenwärtigt uns der bevorstehende 77. Jahrestag der besonders mit unzähligen sowjetischen, darunter auch sehr, sehr vielen Millionen russischen Opfern erkämpften Kapitulation des deutschen Nazi-Reichs.

Grüne Kriegstreiberei

Und damit ich nicht missverstanden werde, dieser geschichtliche Rückblick soll in keiner Weise das gegenwärtige Verhalten der russischen Führung und auch nicht die kürzlichen dümmlichen und judenfeindlich-dreisten Aussagen des russischen Außenministers rechtfertigen oder auch nur relativieren. Aber die heute betriebene Kriegshetze besonders der Grünen, die weit übertriebene unkritische Gefolgschaft vor allem der grünen Bessermenschen gegenüber der durchaus nicht unangreifbaren Vorgehensweise der sich auf dem Rücken ihrer eigenen Zivilbevölkerung, besonders der Mütter und Kinder zu Kriegshelden stilisierenden Ukrainischen Führung und die vorherrschende Schwarz-Weiß Malerei -- hier nur gut und dort nur böse -- trifft bei weitem nicht den Kern des zu nicht geringen Teilen vom Westen und besonders der Überheblichkeit und dem Hegemonialstreben der USA verschuldeten Konflikts und liefert auch keinerlei Ansatz für die Bannung einer globalen, vielleicht sogar atomaren Kriegsgefahr.

Und nur 77 Jahre nach dem Deutschland unverdient ein zweites Mal gewährten Glück, einen verlorenen verbrecherischen Krieg, dieses Mal erfolgreich zu einem neuen demokratischen Neubeginn zu wandeln, der erst einem Teil und ab 1989 dem ganzen Land wundervolle Jahrzehnte eines Lebens in Frieden, Freiheit, Würde, Rechtssicherheit und Wohlstand beschert hat , ist es nunmehr eine sich allzu offensichtlich hinter einer hypokritischen Gutmensch-Maske tarnende, fahrlässig ins Amt gewählte, vor allem außen grün, innen links-ideologische Bevormundungs-Polit-Kaste die mit Hilfe des Wählerverrats der Lindners und Co die Macht in diesem Lande usurpiert hat. Sie ist dabei unsere freiheitlich-demokratische Lebenswelt und unsere aufklärungs-geläuterten abendländischen Lebenswerte in zunehmend schneller werdenden Schritten nachhaltig zu vernichten und ohne wirkliche Gegenwehr ihres bislang noch Wohlstands-paralysierten Staatsvolkes der atavistischen, gewalttätig-expansiven Welteroberungs-Ideologie der sich hinter einem schlechten Religionsplagiat verbergenden Unkultur des Islam zu opfern und nun auch noch einen globalen atomaren Krieg zu riskieren und das obwohl es mehr als eine Ungereimtheit im Verhalten der ukrainischen Führung gibt.

Affront gegenüber der Amtswürde des Bundespräsidenten

Man muss kein Anhänger unserer präsidialen Fehlbesetzung im Schloss Bellevue sein. Aber auch wenn man die Ansichten F.-W. Steinmeiers, des Dauergratulanten für das Mord-Mullah-Regime in Teheran und treibenden Mitinitiators des schändlichen und gefährlichen Atombombenbeschaffungs-Abkommens für den Iran nicht teilt, versteht man dass die Ausladung und das Einreiseverbot für den Präsidenten und somit den höchsten Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in die Ukraine ein beispielloser Affront der ukrainischen Führung gegenüber diesem Land und seinen Bürgern ist, der von allen Parteien Solidarität gegenüber dem deutschen Staatsoberhaupt gebietet.

Wenn der ukrainische Botschafter Melnyk statt einer offiziellen Entschuldigung dem Kanzler dieses Landes, das zu den größten Hilfszahlern für die Ukraine gehört, auch noch unverfroren attestiert, dass er eine „beleidigte Leberwurst" sei, weil er sich als nahezu einziger Führungs-Politiker dieses sich leider überaus rückgratlos gerierenden Landes solidarisch mit dem Präsidenten zeigt, dann dürfte die Grenze des Erträglichen an diplomatischer Dissonanz überschritten und ein Überdenken der bisherigen nahezu allzu willfährigen Positionen mehr als geboten sein.

Ohnehin fällt der ukrainische Botschafter und offizieller Vertreter der ukrainischen Regierung in Deutschland Andrij Melnyk medial immer öfter auf durch seine wiederholt aggressive und der Situation nicht angemessene, extrem undiplomatische bis beleidigende Kommunikation gegenüber Deutschland und seiner Regierung auf. Hätte sich ein Präsident Trump derart geäußert, wäre es weltweit als Beleidigung des Gastlandes und als Kriegsrhetorik skandalisiert worden. Dies scheint für den Botschafter der kraine aber nicht zu gelten.

Ohne Bedenken, wohl sogar in der Hoffnung auf eine Verwicklung der NATO in einen sich global ausweitenden Krieg, fordert er von der NATO kontrollierte Flugverbotszonen und schweres Militärgerät und brüskiert ohne Rücksicht im Auftrag der Selenski-Regierung alle, die sich diesem Anliegen aus Gründen der Vernunft und nicht etwa der Parteinahme für Russland widersetzen.

Er selbst hat dabei aber kaum Berührungsängste mit nationalistischen und häufig auch judenfeindlichen Akteuren der Ukraine. Besonders vor dem Hintergrund der entsetzlich leidenden Frauen und Kinder und wirklich ohne die Verantwortung der russischen Führung klein zu reden, darf nicht übersehen werden: Melnyk bekennt sich zum ultrarechten Asow-Regiment und bezeichnet den NS-Kollaborateur und den an Judenmorden beteiligten Stepan Bandera als einen „ukrainischen Helden", was einen selbst, wenn man es nicht wollte auf den Gedanken bringt, dass Babijar und die Kiewer Juden-Pogrome des beginnenden letzten Jahrhunderts durchaus nicht zufällig in dem damaligen russischen Distrikt Ukraine verübt wurden. Jedenfalls schossen die OUN-Melnyk (Ukrainische Nationalorganisation) und die OUN-Bandera damals nach Kräften mit den Nazis auf die Juden mit.

Es ist höchste Zeit für Deeskalation

Und seit wann ist Alice Schwarzer auf Seiten von Vergewaltigern und Mördern? Das, was Melnyk sagt, ist falsch, infam und alles andere als Diplomaten-Sprech. Dazu lässt es Zweifel an vielem anderen aufkommen, was von der ukrainischen Führung verbreitet wird. Und nochmals - das ist keine Rechtfertigung für das russische Vorgehen, zeigt aber deutlich – Frauen, Kinder und alte Menschen, überhaupt die ukrainische Zivilbevölkerung schützt man durch Deeskalation und einen schnellen Kompromissfrieden nicht durch Scharfmacherei.

Dazu vergleicht die ukrainische Führung geschichtsvergessen das Geschehen in der ihrem Lande mit der Shoah, an der ihre Nationalisten durchaus nicht unbeteiligt waren und fordert vom jüdischen Staat, der richtiger Weise sehr viel humanitäre Hilfe für die ukrainischen Kriegsopfer bietet, die Einstellung aller Wirtschaftsbeziehungen zu Russland. Gleichzeitig kurbelt sie aber den Handelsaustausch mit dem Iran an, dessen höchstes Anliegen die atomare Vernichtung Israels ist. Dazu hat sie bei nahezu jeder niederträchtig-verlogenen Verurteilung Israels durch die UNO über 30-mal gegen Israel gestimmt.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 19

Der Antisemitismus kapitulierte nicht am 8. Mai 1945

Der 8. Mai markiert dank dem Einsatz der westlichen Alliierten und vor allem aber auch der Sowjetunion das Datum der Befreiung vom Nationalsozialismus und seinen unsäglichen Mordfabriken. Besonders für die Juden Europas ist der 8. Mai der Tag der Erlösung aus dem schrecklichsten Martyrium ihrer Geschichte. Er stellt das endgültige Ende der Shoah, des bestialischen Genozids an sechs Millionen unschuldigen jüdischen Opfern dar. Doch der Antisemitismus hat überlebt, in den Köpfen und in den Ministerien, auf deutschen Straßen und in Moscheen. Die Feinde der Juden inszenieren sich besonders heute wieder als Verfolgte und werden auf politischer Bühne unserer Zeit nur allzu häufig hofiert. 77 Jahre nach der Kapitulation Hitler-Deutschlands versuchen vor allem linke und grüne Kräfte die Singularität des Holocaust zu verwässern und stilisieren muslimische Israel- und Judenhasser als Opfer. (JR)

Von Monty Aviel Ott

Es ist nicht lange her, da haben wir uns eine Woche lang vom „Brot der Armut" ernährt. Das trockene Gebäck braucht so einigen Erfindungsreichtum, um wirklich genießbar zu werden. Doch verbergen die staubtrockenen Mazzeblättchen, wie auch andere symbolische Handlungen in jüdischen Ritualen, eine tiefgründige Bedeutung: „Wir waren Sklaven in Ägypten". Pessach ist das Fest der Befreiung an welchem wir uns zweierlei bewusst machen sollten: einerseits, welche Freiheit wir heute genießen und andererseits, von was wir uns heute noch versklaven lassen.

Doch kurz nach dem Ende von Pessach, liegt ein säkularer Tag der Befreiung vor uns. Und mit dem 77. Jahrestag dieser Befreiung wird es mal wieder Zeit für eine Bestandsaufnahme. Auch an diesem Tag sind wir von einem Übel befreit worden. Ein Übel, das keinen Vergleich kennt. Ein Unheil, das in seiner Monstrosität singulär in der Geschichte des Menschen ist. Der 8. (bzw. im russischsprachigen Raum der 9.) Mai markiert das Datum der Erlösung vom Nationalsozialismus, der Erlösung von den Mordfabriken, die unter anderem die Namen Auschwitz, Sobibor und Treblinka trugen.

Doch was meint eigentlich Erlösung bzw. Befreiung in diesem Zusammenhang? Wer ist befreit worden vom Nationalsozialismus? Und welche Lehren wurden daraus gezogen? Der Frankfurter Sozialpsychologe und Mitbegründer der sogenannten „Frankfurter Schule" Theodor W. Adorno konstatierte in seinem Essay „Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit": „Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an Erziehung." Adornos Forderung aus den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts hätte zur Leitmaxime der jüngeren bundesrepublikanischen Gesellschaft werden sollen. Doch weder der Fakt des industriellen Mordes noch sein Ausmaß besiegelten das Ende des Antisemitismus. Es wurde fast das komplette europäische Judentum ausgerottet und dennoch scheint die Vergangenheit in Deutschland „höchst lebendig". Adorno stellte sich die Frage, „ob bloß als Gespenst dessen, was so monströs war, daß es am eigenen Tode noch nicht starb, oder ob es gar nicht erst zum Tode kam". Wie lebendig der Antisemitismus weiterhin ist, wird einem bewusst, wenn man die Anschriften an den Zentralrat der Juden in Deutschland und die Botschaft des Staates Israel liest, wie Monika Schwarz-Friesel es auf wissenschaftlicher Basis getan hat.

Auch in Teilen der deutschen Gesellschaft leben antisemitische Vernichtungswünsche fort. Diese äußerten sich sehr offen während militärischer Konflikte im Nahen Osten oder während der Beschneidungsdebatte im Jahr 2012. Zuletzt zeigte sich die Fratze des antisemitischen Hasses auf deutschen Straßen während der Anti-Israel Aufmärschen in Berlin oder Hannover.

„Jude, Jude, feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein", hätte auch eine „Stürmer"-Überschrift lauten können. So manch einer, der gerade diese Zeilen liest, wird wahrscheinlich die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, oder er wird die Seite mit meinen Worten herausreißen und

77 Jahre nach der Kapitulation ist Deutschland „Gedenkweltmeister"

wegwerfen. Alles Paranoia, alles übertrieben! Doch frage ich mich, wie übertrieben kann die Angst vor den antisemitischen Vernichtungswünschen sein, hinsichtlich der Mordanschläge, die in den letzten Jahren auf Juden in Europa abzielten? Wer hier von Übertreibung redet, der vergisst, dass jüdische Gemeinden Hochsicherheitstrakten gleichen. In meiner Gemeinde werden wir beim Beten durch kugelsicheres Glas geschützt. Übertrieben ist nicht das jüdische Sicherheitsbedürfnis, sondern der Hass der Antisemiten. Und das auch in Deutschland nach 1945.

Trotz des offensiven Auftritts antisemitischer Auswüchse der Migrationsjahre seit 2015, muss konstatiert werden, dass die bekennenden Antisemiten weitgehend aus der Öffentlichkeit verschwunden sind. Da, wo es vor 1945 noch Antisemitenvereine gegeben hatte, wird der plumpe Neonazi-Antisemitismus weitgehend, das heißt in immer wiederkehrenden Beschwörungsformeln, geächtet. Aber wie Jean Amery bereits 1969 feststellte, „der Antisemitismus, enthalten im Anti-Israelismus oder Anti-Zionismus wie das Gewitter in der Wolke, ist wiederum ehrbar." Dabei spielt Amery darauf an, dass es heute als politisch korrekt gilt, wo antisemitische Ressentiments qua Umwegkommunikation als „Kritik am Kapitalismus" oder „freundschaftlicher Ratschlag an Israel" geäußert werden.

Die Ironie ist, dass das Kriegsende, also die Niederlage Deutschlands und seiner Verbündeten, eine neue Form (anderes Äußeres, gleiche Substanz) des Antisemitismus begründete. Die sog. „unauflösliche Verbindung" (ehemaliger Bundespräsident Joachim Gauck) zwischen Deutschland und Israel wird dabei immer wieder belegt mit Schuldabwehr und Projektionen. Und hierbei wird die politische Einordnung von „rechts" und „links" rissig, denn der antizionistische Antisemitismus ist, contraire zu manchen Faschismustheorien der 60er Jahre, kein dezidiert „rechtes" Phänomen, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem. Die negativen Eigenschaften bzw. das „Gerücht über die Juden" (Adorno) wird mit der Staatsgründung Israels (die auch in diesem Monat wieder zelebriert wird), auf den Judenstaat übertragen. So erkannte das „gute Gewissen der Bundesrepublik" in personae in Israel eine Bedrohung für den Weltfrieden. 100 Jahre zuvor sagte man noch ganz offen, dass „die Juden" die Weltbrandstifter seien. Israel wird in dieser Projektion also zum „kollektiven Juden", zum „Juden unter den Staaten" und all das nur, weil man „uns nie verzeihen (wird), daß wir uns nicht haben erschlagen oder ein bißchen vergasen lassen" (Zvi Rex).

Die Übertragungen auf Israel skizzieren den gekränkten kollektiven Narzissmus, wie es sich z.B. in den Nazi-Vergleichen eines bekannten deutschen Publizisten wiederfindet. Diese „Wunden" spiegeln die psychische Nichtbewältigung der Jahre 1933 bis 1945 wider. Obwohl man sich international damit rühmt eine Art „Gedenkweltmeister" zu sein, scheint doch eine breite Kluft zu einer gelungenen Aufarbeitung zu bestehen. Das kulminiert in dem Satz, dass „toter Juden gedacht wird, aber die lebendigen Juden vollkommen egal sind". So kann man einerseits ein trauriges Gesicht auflegen, wenn die Gedenkstunde im Deutschen Bundestag oder der Besuch einer KZ-Gedenkstätte ansteht, sich allerdings mit aller Vehemenz dagegen wehren, dass sich Israel gegen das iranische Atombemühen verteidigt. In Deutschland wurden mit „Gleichgültigkeit" (Hannah Arendt) die Trümmer weggeräumt, es wurde sich allerdings nicht bewusstgemacht, dass der zur Euphorie gesteigerte kollektive Narzissmus mit der militärischen Niederlage zerbrochen war. Damit überlebte die Identifikation mit diesem und sehnte sich fortan nach Heilung. Um diesem Wunsch zu entsprechen, musste die Realität – insbesondere die Vergangenheit – modelliert werden.

So fasste Franz Joseph Strauß zusammen: „Ein Volk, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu wollen." Während die Vergangenheit immer weiter derealisiert wurde, schloss man den „großen Frieden mit den Tätern", was der Publizist Ralph Giordano als die „zweite Schuld" beschrieb. Victor Klemperer, dessen detaillierte Tagebücher der Jahre der nationalsozialistischen Diktatur jedem Historiker ein Begriff sind, erklärte bereits 1945, dass das „3. Reich (...) schon so gut wie vergessen (ist), jeder ist sein Feind gewesen, ‚immer' gewesen". Doch das Fortleben des Nationalsozialismus spiegelte sich nicht nur in dieser Massenpsychose wider, sondern auch in dem zunehmenden Wahlerfolg rechtsradikaler Parteien und eines sich als links begreifenden Israelhasses.

Bezüglich des Letzteren berichtet der bereits angeführte Theodor W. Adorno von einer Situation aus der Frankfurter Uni. Der jüdische Studentenverband hatte den israelischen Botschafter eingeladen, um über die Situation im Nahen Osten zu referieren. Asher Ben-Natan, der einst mit seiner Familie vor der nationalsozialistischen Verfolgung aus Deutschland geflohen war, wurde von einer Allianz aus rechtsradikalen, linksradikalen und „palästinensischen" Studenten niedergebrüllt. Adorno schreibt an einen Freund: „Du müßtest nur einmal in die manisch erstarrten Augen derer sehen, die, womöglich unter Berufung auf uns selbst, ihre Wut gegen uns kehren." Unter ihnen waren auch eben jene Studenten, die sich unter anderem in „palästinensischen" Terrorlagern ausbilden ließen, um später in Deutschland Attentate auf Prominenz aus Politik und Wirtschaft auszuführen. Unter jenen, die sich ausbilden ließen, waren auch zwei Flugzeugentführer, die bei der Entführung der Air-France-Maschine im Juli 1976 nach Entebbe Schützenhilfe leisteten. Die deutschen Terroristen waren es auch, die an Bord die Selektion jüdischer Passagiere vornahmen. Hierbei kam es dann zu einer nennenswerten Begebenheit: „Als ein Holocaustüberlebender Böse (Anm.: einer der beiden Terroristen) dabei seine eintätowierte Häftlingsnummer zeigte und ihn so an die Selektion in den Konzentrationslagern erinnerte, erwiderte Böse auf den darin implizierten Vorwurf, er sei kein Nazi, sondern Idealist."

Zuvor hatten Gruppierungen deutscher Terroristen bereits Anschläge auf das jüdische Gemeindezentrum in Berlin und das jüdische Altenheim in München verübt. Das Weltbild, das diese Gruppierungen vertraten, ist bis heute in einem Teil der „Linken" aktiv. Es ist eben jener Teil linker politischer Gruppierungen, die immer noch in Israel das absolut Böse sehen und versuchen durch Täter-Opfer-Umkehr ihr Gewissen zu beruhigen. Sie leben im Wiederholungszwang, frei nach dem Motto „die Geschichte beweist, dass der Mensch nichts aus der Geschichte lernt". Der Status Quo ist, dass die Angst jüdischer Gemeinden nicht nur in Bezug auf faschistische Gruppierungen und pseudo-demokratische Parteien besteht, sondern dass sich Antisemitismus 77 Jahre nach der Befreiung quer durch die Gesellschaft bewegt.

Auf politischer und gesellschaftlicher Ebene gibt es weiterhin viele progressive und emanzipative Kräfte, die sich dem Kampf gegen Judenhass widmen. Auch im Alltagsleben kommt es immer wieder zu positiven Begegnungen. Doch muss man sich als Jude in Deutschland die Frage stellen, kann ich selbst, oder können meine Kinder (sobald/sofern ich welche habe, ihr) mein Judentum öffentlich leben, ohne Repression zu fürchten? Wir begehen den Tag der Befreiung, doch die Wahrheit ist, dass wir nicht endgültig von dem befreit wurden, was vor 77 Jahren so unsägliches Leid über Europa gebracht hat. Die Feinde der Juden befinden sich weiterhin auf dem Angesicht der Erde und einige greifen nach atomaren Waffen. Die logische Konsequenz, die gelebte Verantwortung nach der Schoah, nach dem Zweiten Weltkrieg, sollte also heißen: „Nie wieder Auschwitz". Wie diese Grundmaxime in die Tagespolitik übersetzt werden kann, sollte am besten am Beispiel der Atomverhandlungen mit dem Iran gezeigt werden.

Ausschreitungen in Schweden: Allahu Akbar und Molotowcocktails

In Schweden überreagierten vornehmlich muslimische Migranten auf angedrohte Koranverbrennungen der rechten Randpartei „Stram Kurs" mit tagelangen Krawallen und Gewaltexzessen. In einen mit vollkommen unbeteiligten Fahrgästen besetzten Bus wurde ein Molotowcocktail geworfen und der Tod der unschuldigen Insassen billigend in Kauf genommen. Indes werden in den öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland, wie gewohnt, die islamischen Täter verschwiegen und die Tatsachen verdreht. (JR)

Von Felix Perrefort

Randalierende muslimische Migranten gefährden zunehmend die innere Sicherheit in Schweden

Die am Donnerstag, dem 14. April, kurz vor Ostern beginnende Eskalation umfasste brennende Fahrzeuge und Mülltonnen sowie auf Polizisten, Fahrzeuge, Rettungswagen und Polizeiwagen geworfene Steine und Molotowcocktails. Flankiert wurden die Ausschreitungen mitunter von Allahu-Akbar-Rufen. „Bild.de" zog am darauffolgenden Dienstag Bilanz: „26 verletzte Polizisten, über 40 festgenommene Personen und 20 zerstörte Polizeiautos. 14 Personen, die nichts mit den Krawallen zu tun hatten, gerieten zwischen die Fronten und mussten medizinisch versorgt werden. Als die Polizei Warnschüsse abgab, wurden außerdem drei weitere Personen verletzt." Die angekündigten Koranverbrennungen, organisiert von dem Frontmann der rechtsextremen Kleinpartei „Stram Kurs" (Harter Kurs), fanden schließlich gar nicht statt. Die Krawalle weiteten sich auf mehrere Städte aus.

Indem sie den Anlass der Ausschreitungen statt die Täterschaft in den Vordergrund rückten, setzten die öffentlich-rechtlichen Medien neue Maßstäbe in Sachen Framing. „ZDFheute" twitterte noch am Sonntag grob irreführend: „Ausschreitungen bei rechten Demos in Schweden". Die Tagesschau meldete am selben Tag: „Rechte Demo genehmigt: Krawalle in schwedischen Städten". Am Montag wurden als Täter von ihr dann „kriminelle Gangs" benannt.

Ob öffentliche Koranverbrennungen noch in den Schutz der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit fallen, darüber ließe sich trefflich streiten. Schließlich geht sie in ihrer Symbolik über zweifellos legitime Mohammed-Karikaturen weit hinaus, sie ist wesentlich aggressiver und erinnert zumindest an Bücherverbrennungen. Unmittelbar verantwortlich wären sie für tagelange Gewaltexzesse jedoch selbstredend nicht.

Feuertod von Zivilisten in Kauf genommen

Interessant ist, dass in deutsch- und englischsprachigen Medien durchweg von einem „brennenden Objekt" die Rede war, das in einen Bus in Malmö geworfen wurde. Man durfte sich fragen, was das wohl für ein Gegenstand gewesen sein mochte, der ein derart großes Fahrzeug komplett niederzubrennen vermag. In der schwedischen Presse wusste man es präziser:

„Ein Bus fing Feuer, nachdem Molotowcocktails hineingeworfen worden waren. Nach Angaben der Polizei befanden sich zu diesem Zeitpunkt Fahrgäste in dem Bus. Eine große Anzahl von jungen Leuten stürmte darauf zu, sagt Kim Hild, Pressesprecherin der Polizei Region Süd. Der Fahrer versuchte, das Feuer zu löschen, was ihm jedoch nicht gelang, der Bus wurde evakuiert. Es heißt, dass alle unverletzt geblieben sind, aber sie haben Angst."

Gewalttätige „Gegendemonstranten", wie es in nicht nur öffentlich-rechtlichen Medien verharmlosend hieß, nahmen also den Feuertod unbescholtener Zivilisten in Kauf. Das ist ein qualitativ neues Ausmaß an Gewalt, das man auch von linksradikalen Ausschreitungen nicht kennt, die sich nicht gegen die Zivilbevölkerung richten. Es spricht dafür, dass der entfesselte Mob nicht „nur" den schwedischen Staat im Visier hatte, sondern die schwedische Gesellschaft; dass zwischen Staat, (Zivil-)Gesellschaft und einzelnen Akteuren nicht unterschieden wurde, sondern aus verletztem moslemischem Ehrgefühl die Gemeinschaft der „Ungläubigen" bestraft werden sollte. Dazu passen auch die Allahu-Akbar-Rufe (siehe Video bei Bild.de).

Polizist: „So etwas noch nie erlebt"

Um einen Eindruck vom Ausmaß der Gewalt zu bekommen, lohnt ein Blick auf die Schilderung eines schwedischen Polizisten. Sein Facebook-Beitrag wurde über 36.000-mal geteilt und handelt von den Ereignissen am 15. April. Er beschreibt ein Szenario, das er in seinen 16 Jahren als Polizeibeamter noch nie erlebt hat. Sogar Frauen und Kinder hätten Steine auf die Polizei geworfen. Die Wurfgeschosse seien extra klein und scharf gemacht worden, um lebensbedrohliche Verletzungen verursachen zu können. Er spricht von versuchtem Mord.

Auf Warnschüsse sei nicht reagiert worden, ein Angreifer habe sich vor einen Kollegen gestellt und gerufen „Erschießt mich, erschießt mich!", eine für ihn surreale Situation. Sein Appell richtet sich an die schwedische Politik, die einen neuen, schärferen Umgang mit solchen Migranten finden müsse. Er spricht sich zudem für das polizeilich und demokratisch geschützte Recht auf Meinungsfreiheit aus, das man – unabhängig von der Herkunft – in Schweden respektieren müsse. Wer es nicht tut, habe alternativ die Option, dort nicht zu leben. Er beendet seinen Beitrag mit den Worten: „Ich bin dankbar, dass ich und meine Kollegen doch noch lebend nach Hause gekommen sind."

Am Donnerstag, dem 21. April, wurde dieser Augenzeugenbericht staatsanwaltlich bestätigt. In der schwedischen Tageszeitung „Svenska Dagbladet" war zu lesen: „Es gehe hauptsächlich um junge Männer, aber es gebe mehrere Videos, die zeigen, wie Kinder und ihre Mütter mitmachen, stellt die Staatsanwaltschaft nun fest. Kinder und Mütter warfen Steine zusammen. Die Mütter streichelten die Kinder und jubelten. Es fühlt sich völlig absurd an. Unter den jungen Männern nahmen Familien mit Kindern teil. Es ist völlig verrückt, dass sie ihre Kinder in eine solche Umgebung bringen, sagt Eva Nemec Nordh, Oberstaatsanwältin der Staatsanwaltschaft Linköping, gegenüber SvD." Man vergleiche dies mit dem Eindruck, den Deutsche Medien weckten. Kleine Anekdote: Mein Vater dachte zwei Wochen später, als ich das Thema ansprach, zunächst wirklich, die Ausschreitungen gingen von Rechtsextremen aus. Das ist eben das, was hängen bleibt, wenn man nicht von vornherein kritisch an die absurd geframten Berichte herantritt.

Ein islamischer Gegensouverän

Es fehlt nicht nur in Deutschland an den Begriffen, diese Zusammenrottungen zu verstehen: Das war keine Gegendemo und auch nicht das Werk krimineller Gangs, sondern ein islamischer Gegensouverän, der sich als intergenerationale Volksgemeinschaft gegen die Prinzipien und Werte der bürgerlichen Gesellschaft richtete und verkündete: Eure Gesetze gelten für uns nicht! Dementsprechend forderte der Irak Schweden dazu auf, Handlungen zu unterlassen, die die Gesellschaft spalten oder religiöse Gefühle verletzen könnten. Nicht die Muslime wurden in die Pflicht genommen, sondern die Schweden, womit die Ausschreitungen unter der Hand legitimiert wurden und eine Täter-Opfer-Umkehr vorgenommen wurde.

So erklärte dann auch Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime in Deutschland, auf Twitter, dass es sich bei den Tätern gar um Hooligans gehandelt habe, deren Verhalten gänzlich unislamisch gewesen sei. Die Koranverbrennungen, die nicht stattgefunden hatten, oder die Gewährung der Demonstrationen (es ist nicht ganz klar) verurteilte er als „weiteren Zivilisationsbruch", ein Begriff, der Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet und zunächst auf Auschwitz verweist. Für seine Stellungnahme bekam der selbsternannte Vertreter der hiesigen Muslime übrigens drei Likes, zwei davon von Deutschen.

Die für europäische Verhältnisse extremen Krawalle werfen auch in Deutschland Fragen zur Migrationspolitik, zum Islam, der Religionsfreiheit und dem Umgang mit Rechtsextremen auf. Eine rationale Debatte erschweren deutsche Medien, wenn sie schon die triviale Faktenlage zu etwas machen, um das politisch gestritten werden muss. Es ist für sich nichts Neues, dass deutsche Journalisten sich in ihrer Darstellung der Wirklichkeit von ihrer Haltung derart treiben lassen, dass man mit einiger Berechtigung den Vorwurf der Manipulation erheben kann. Gerade bei solchen Exzessen so ideologisch vorzugehen, ist nichtsdestotrotz erschütternd.

Felix Perrefort hat einen Master in Kulturwissenschaft, lebt in Berlin und arbeitet als Redakteur bei Achgut.com.

Andrij Melnyk: Diplomat oder ukrainischer Nationalist?

Der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrij Melnyk, fällt medial durch seine wiederholt aggressive und der Situation nicht angemessene, undiplomatische Kommunikation gegenüber Deutschland und seiner Regierung auf. Hätte sich ein Präsident Trump derart geäußert, wäre es weltweit als Beleidigung des Gastlandes und als Kriegsrhetorik skandalisiert worden. Ohne Rücksicht auf die Gefahr eines Weltkriegs fordert er schweres Militärgerät und brüskiert auch andere westliche Regierungen. Dabei hat er selbst kaum Berührungsängste mit nationalistischen und häufig auch judenfeindlichen Akteuren der Ukraine. Besonders vor dem Hintergrund der entsetzlich leidenden Frauen und Kinder und ohne die Verantwortung der russischen Führung klein zu reden, darf nicht übersehen werden: Melnyk bekennt sich zum ultrarechten Asow-Regiment und bezeichnet den NS-Kollaborateur und den an Judenmorden beteiligten Stepan Bandera als einen „ukrainischen Helden". (JR)

Von Vincent Steinkohl

Dass Deutschland seit 2014 der größte staatliche Geldgeber der Ukraine ist, gerät schnell in Vergessenheit, wenn man sich die Statements des ukrainischen Botschafters zu Gemüte führt, denn Andrij Melnyk ist kein Freund der deutschen Außenpolitik. So warf er der SPD unter anderem „Putin-freundliche Politik" vor, „die den barbarischen Vernichtungskrieg gegen den Staat, Nation, Kultur, gegen Frauen und Kinder erst herbeigeführt" habe. Für einen hochrangigen Diplomaten mit langjähriger Berufserfahrung leistet er sich erstaunlich oft Entgleisungen, welche kultivierte Zeitgenossen eher am Stammtisch einer Dorfkneipe, als in Regierungsgemäuern vermuten würden. Den langjährigen Merkel-Berater Erich Vad nannte er einen „erbärmlichen Loser", der „vom Krieg keine Ahnung hat".

Der international angesehene Militärexperte Vad hatte vor einem Weltkrieg gewarnt, sollte Deutschland Waffen an die Ukraine liefern.

Dass es für eine alternde und seit Jahren militärisch abrüstende Industrienation wie Deutschland unmöglich ist, über Nacht schwere Rüstung zu liefern, interessiert die ukrainische Diplomatie scheinbar nicht.

„Wir fordern die Bundesregierung auf, in dieser entscheidenden Frage mit offenen Karten zu spielen und nicht um den heißen Brei herumreden", so Melnyk. "Jede weitere unnötige Verzögerung kostet weitere Menschenleben." Im ZDF-heute Journal hatte er beklagt, nicht ausreichend beschenkt worden zu sein: „Die Waffen, die wir brauchen, die sind nicht auf dieser Liste.". Zudem fordert Melnyk ein deutsches Gas- Embargo gegen Russland, ungeachtet der möglichen Folgen für die deutsche Wirtschaft und ignorierend, dass die Ukraine selbst bis heute Gasgeschäfte mit Moskau abwickelt. Die Rhetorik Melnyks erinnert weniger an einen Diplomaten mit kühlem Kopf im Angesicht der Krise, als an ein verzogenes Kind, dass sich beschwert, wenn es zum Geburtstag „nur" das iPhone7 bekommt.

Ginge es nach ihm, wäre die Ukraine trotz eines ernüchternden Platz 122 im internationalen Korruptionsindex, umgeben von Staaten wie Sambia und Mexiko, auf bestem Wege gen EU-Mitgliedschaft.

„Will die Ampel diese Ukrainer in der europäischen Familie als künftiges EU-Mitglied willkommen heißen? Oder ist es der Bundesregierung lieber, wenn die Ukraine eine Pufferzone zwischen der EU und Russland bleibt?". Steinmeier unterstellte er erneut „mangelndes Feingefühl".

Die zynische Nazi-Keule

Auch bei grotesken Nazi-Vergleichen gegenüber der deutschen Politik sieht Melnyk keine rote Linie erreicht. Dem ehemaligen Chefinspekteur der Marine, Kay-Achim Schönbach, welcher für die Übergabe der von russischen Separatisten besetzten Gebiete in der Ostukraine an Russland und einen beidseitigen Waffenstillstand plädiert hatte, attestierte er eine „herablassende Attitüde" gegenüber der Ukraine, durch welche sich seine Landsleute an „die Schrecken der Nazi-Besatzung erinnert" fühlten, „als die Ukrainer als Untermenschen behandelt wurden."

Große Worte von einem Mann, der vor einigen Jahren das Grab des NS-Kollaborateurs Stepan Bandera besucht hatte und welcher bis heute das Asow- Regiment lobpreist.

Bandera und das Asow- Regiment

Stepan Bandera, dessen Grab Melnyk besucht hatte, wurde 1909 im damals zu Österreich- Ungarn gehörenden Staryj Uhryniw geboren und gilt als NS-Kriegsverbrecher.

1934 wurde er wegen des Vorwurfs der Ermordung des polnischen Innenministers Bronisław Pieracki verurteilt, kam aber nach Beginn des Zweiten Weltkrieges frei. Er kooperierte mit der Wehrmacht, die ihm unterstellten Milizen übernahmen nach dem Überfall der Deutschen in Lwiw teilweise sogar die Polizeigewalt. Banderas Schergen waren für ihre Verhaftungen und Massenerschießungen gefürchtet. Ethnische Russen und Juden wurden auf Banderas Befehl hin terrorisiert und ermordet, die Ukraine war eine Hochburg des Antisemitismus und Rassismus.

Der vermeintliche Bruch mit den Nazis von Seiten Banderas vollzog sich nicht auf Grundlage weltanschaulicher Einsicht, sondern wegen Machtpolitik. Nachdem seine Gefolgsleute einen unabhängigen Staat ausgerufen hatten, wurde Bandera im KZ Sachsenhausen unter verbesserten Bedingungen als „Ehrenhäftling" gehalten.

Nach dem Krieg floh Bandera nach Deutschland, zeitgleich wurde er in der Sowjetunion in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Er wurde 1959 in München von einem KGB-Agenten vor seiner Haustür erschossen.

Dieser vielen Deutschen kaum geläufige Mann wird vom Gros der Historiker als NS-Kollaborateur und Kriegsverbrecher gesehen.

Nicht so in weiten Teilen der Westukraine: Dort verehren ihn viele bis heute als Helden im Kampf für eine freie Ukraine.

ABBAS MOMANI / AFP

Streitbar oder dreist? Andrij Melnyk spaltet mit seiner Rhetorik die Gemüter

Denkmäler, Statuen, Museen und Straßennamen bezeugen seine Beliebtheit, die in der Westukraine sehr aktive rechtsextreme „Freiheitspartei" bekennt sich offen zu ihm.

Anfang 2010 verlieh der damalige Präsident Juschtschenko Bandera post mortem den Ehrentitel „Held der Ukraine", unterstützt durch die damalige Ministerpräsidentin Julia Timoschenko.

Die polnische und russische Regierung sowie einige andere Institutionen hatten gegen diese Ehrung protestiert, auch die EU formulierte die Hoffnung, der neue Präsident der Ukraine möge den Erlass revidieren.

Bereits Im März 2010 war der Spuk vorbei, denn der neue Präsident, Wiktor Janukowytsch, kündigte an, dass Juschtschenkos Erlass außer Kraft gesetzt werde.

Im Jahr 2016 wurde per Beschluss des Stadtparlaments das Kiewer Moskauer Prospekt in „Stepan-Bandera-Prospekt" umbenannt, dies wurde in Russland als Affront aufgenommen.

> „Asow-Regiment: Die bei Neonazis weltweit beliebte „Schwarze Sonne" wurde 2015 als offizielles Logo aufgegeben, von der hierzulande ebenso verbotenen Wolfsangel in leicht modifizierter Ausführung trennte man sich aber nicht."

Beim Regiment Asow handelt es sich um ein Freiwilligenbataillon, welches seit 2014 besteht und es sich zur Aufgabe gemacht hat, im Landesosten gegen prorussische Separatisten zu kämpfen. Diese nachvollziehbare Mission wird seit jeher getrübt, da viele Asow-Kämpfer äußerst fragwürdige Positionen vertreten. Die bei Neonazis weltweit beliebte „Schwarze Sonne" wurde 2015 als offizielles Logo aufgegeben, von der hierzulande ebenso verbotenen Wolfsangel in leicht modifizierter Ausführung trennte man sich aber nicht. Laut dem Thüringer Verfassungsschutz wird die Auslandsaktivität und Propagandaarbeit der Einheit, sowie deren globale Vernetzung mit militanten Neonazis, mit Sorge beäugt.

Allein die selbstgewählte Symbolik der Einheit lässt vermuten, dass es sich bei den Verantwortlichen des Regiments um Neonazis handelt. Neonazis per definitionem, keine Bürger, die Gendersprache ablehnen und Fleisch essen, wohl gemerkt.

Zwar verzichtet man seitens Asows heutzutage weitestgehend auf pompös vorgetragene Verwendung rechtsextremer Symbolik, nimmt auch russisch,- und jüdisch stämmige Freiwillige auf und kämpft unter einem jüdischen Präsidenten, dennoch ziehen sich rassistisch motivierte Gräueltaten durch die Geschichte der Einheit: 2018 hatten junge Männer der „Misanthropic Division", welche in das Asow-Regiment eingegliedert ist, einen Anschlag auf eine Roma-Siedlung in Lwiw verübt. Im Zuge dessen wurde ein Mann erstochen und drei weitere Personen verletzt, darunter ein zehnjähriger Junge. Für diesen Fall interessierte sich damals auch das Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte. Rassistisch motivierte Attacken dieser Art passieren seit Bestehen der Einheit regelmäßig, die Aufklärungsrate bei derartigen Vorfällen ist so gering, dass man der ukrainischen Justiz einen Unwillen unterstellen muss, diese Verbrechen überhaupt aufzuklären und zu sühnen.

Fazit

Niemand, der bei klarem Verstand ist, rechtfertigt die russische Invasion der Ukraine. Nichts, absolut nichts rechtfertigt einen Angriffskrieg. Dennoch: Vor dem Hintergrund dieser Tatsachen und dem ukrainischen Umgang mit der Person Bandera, sowie den ständigen Berichten über Gräueltaten an russischen Zivilisten, auch vor der Invasion, erscheinen Selenskyj und Melnyk nicht so heilig, wie kriegshungrige Geostrategen sie gerne hätten.

Wie fast jeder Konflikt, ist auch dieser zu komplex, als dass pauschale Gut/Böse-Urteile ihm gerecht würden.

Zum Preis der eigenen Sicherheit muss kein Land der Welt ein anderes verteidigen. Selenskyj, Melnyk und Konsorten haben von Europa nichts zu fordern. Sie können höflich um Hilfe bitten und Europa kann entscheiden, ob es zusagt oder nicht.

Es ist Zeit, sich von der Vorstellung zu verabschieden, der Westen könne mittels politischen Drucks den allgemeinen Frieden waren.

Was zwischen Russland und der Ukraine passiert, liegt nicht im Einflussbereich Deutschlands, völlig egal, wer aktuell regiert.

US-Präsident Joe Biden knickt vor der Türkei ein

Mit der von Israel, Griechenland und Zypern geplanten „EastMed-Pipeline“ sollte Erdgas aus dem Mittelmeer nach Europa transportiert werden. Die Türkei sah sich übergangen, drohte wieder einmal mit militärischer Intervention gegen Griechenland und Joe Biden zog daraufhin eingeschüchtert seine Unterstützung für das Projekt zurück. Faktisch verhinderte der US-Präsident damit eine Diversifizierung der europäischen Energieversorgung und verstärkte dadurch noch mehr Europas Abhängigkeit vom russischen Gas. (JR)

Burak Bekdil/Gatestone Institute

Wieder einmal hat die strategische Fehleinschätzung von US-Präsident Joe Biden einen strategischen Preis: Er beschwichtigt den Putin-freundlichen NATO-Verbündeten Türkei und gefährdet die Energiesicherheit Europas.

In den letzten Jahren hat sich der östliche Mittelmeerraum zu einer Zeitbombe entwickelt, in der es um reiche Kohlenwasserstoffvorkommen geht, die die Türkei als eigenständige regionale Kraft gegenüber einem Bündnis aus Griechenland, Zypern und Israel für sich beansprucht.

In diesem Tauziehen drohte die Türkei mit militärischen Maßnahmen, falls die Allianz der rivalisierenden Länder ihre Pläne weiterverfolgen würde, die Türkei zu umgehen und jährlich 20 Milliarden Kubikmeter Erdgas über eine geplante Unterwasserpipeline nach Europa zu transportieren. Die Türkei behauptet, dass eine solche Pipeline ihre Souveränität über das Mittelmeer verletzen würde, und schlägt stattdessen, wenig überraschend, eine weniger kostspielige Pipeline vor, die Erdgas durch türkisches Gebiet nach Europa transportiert.

Andere Länder in der Region wie Ägypten, Jordanien, der Libanon und die Golfstaaten unterstützten das, was später zur EastMed-Gruppe wurde, die auch von der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten favorisiert wurde. Bis vor kurzem.

Biden überraschte vor kurzem die EastMed-Partner, indem er die Unterstützung der USA für die Pipeline abrupt zurückzog und damit das Projekt effektiv zum Scheitern brachte, eine diversifizierte Energieversorgung Europas verhinderte und Russland und seiner Kriegsmaschinerie noch größere Einnahmen sicherte. Das Weiße Haus erklärte, das 7-Milliarden-Dollar-Projekt stehe im Widerspruch zu seinen “Klimazielen”. Biden hofft vermutlich, dass bis 2025, dem Datum der geplanten Fertigstellung der EastMed-Pipeline, niemand mehr fossile Brennstoffe verwenden wird, obwohl Alternativen – abgesehen von Energie, die von Amerikas Gegnern wie Russland und dem Iran geliefert wird – noch lange nicht fertig sind. Die Biden-Regierung führte auch einen angeblichen Mangel an wirtschaftlicher und kommerzieller Tragfähigkeit an, obwohl eine von der Europäischen Union finanzierte Studie aus dem Jahr 2019 bestätigte, dass “das EastMed-Projekt technisch machbar, wirtschaftlich tragfähig und kommerziell wettbewerbsfähig ist.”

Mit der Rücknahme der Unterstützung fällt Joe Biden den EastMed-Staaten Israel, Zypern und Griechenland in den Rücken

Nur wenige Menschen stimmten Bidens Argumentation zu

Der griechische Verteidigungsanalyst Theofrastos Andreopoulos schrieb, Bidens Entscheidung sei ein Triumph für die Türkei und eine Niederlage für Griechenland:

„Kurz gesagt bedeutet dies, dass die Türkei, die angeblich bei den Amerikanern in Ungnade gefallen ist, genau das bekommen hat, was sie wollte: die Stornierung der Pipeline.

“Der wichtigste Parameter in dem Nein-Papier, der die US-Position rechtfertigt, abgesehen von den wirtschaftlichen und kommerziellen Elementen, weist darauf hin, dass diese Pipeline eine Quelle von Spannungen im östlichen Mittelmeer ist – und nimmt damit eindeutig die Position der Türkei ein!

“Das heißt, die Amerikaner wollen die Pipeline nicht, weil Ankara ‘wütend’ werden könnte.”

Es überrascht auch nicht, dass der Schritt der USA den islamistischen Präsidenten der Türkei, Recep Tayyip Erdoğan, weiter ermutigt hat, der aus seinen neo-osmanischen, irredentistischen Ambitionen in Bezug auf das, was einst als „türkischer See“ galt, nämlich die Ägäis und das Mittelmeer, nie einen Hehl gemacht hat.

In einer Rede am 18. Januar sagte Erdoğan: „Ohne [eine Pipeline durch die] Türkei kann das Gas aus dem Mittelmeer nicht nach Europa gebracht werden“.

Bidens Kehrtwende kam zu einer Zeit, in der die Türkei ihre Muskeln in der Ägäis und im Mittelmeer spielen lässt. Ungeachtet schwerer Haushaltszwänge und einer schweren Wirtschaftskrise entwickelt und baut die türkische Regierung für die Marine drei neue Fregatten, unbemannte U-Boot-Bekämpfungsschiffe, U-Boote, unbemannte Oberflächenboote, ein Aufklärungsschiff, Angriffsboote, eine einheimische Anti-Schiffs-Rakete und ein 1,2 Milliarden Dollar teures Hubschrauberlandedock.

Noch wichtiger ist, dass Bidens grobe Fehleinschätzung nur wenige Wochen vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine und der Ankündigung seines Diktats, die europäische Energielandkarte neu zu zeichnen, erfolgte.

Kurz nachdem Russland zwei abtrünnige Regionen in der Ostukraine, Donezk und Luhansk, offiziell anerkannt hatte, gab Deutschland am 22. Februar bekannt, dass es das Projekt der Ostsee-Erdgaspipeline Nord Stream 2, mit der der Durchfluss russischen Gases direkt nach Deutschland und Westeuropa verdoppelt und die Ukraine umgangen werden sollte, suspendieren werde. Nord Stream 2, ein Projekt im Wert von 11 Mrd. USD und möglicherweise Europas umstrittenstes Energieprojekt, wurde im September 2021 fertiggestellt, liegt aber bis zur Zertifizierung durch Deutschland und die EU brach. Deutschland hat also “heldenhaft” etwas ausgesetzt, das von vornherein nicht betriebsbereit war.

„Willkommen in der schönen neuen Welt, in der die Europäer bald 2.000 Euro für 1.000 Kubikmeter Erdgas zahlen werden“, twitterte Dmitri Medwedew, Russlands ehemaliger Präsident und Premierminister und jetzt stellvertretender Vorsitzender des russischen Sicherheitsrats, und deutete damit an, dass sich die Preise aufgrund der Aussetzung verdoppeln würden.

Die Warnungen vor den Folgen der Stornierung der EastMed-Pipeline – und damit der Verhinderung einer Diversifizierung der Energielieferungen nach Europa – kamen kurz vor dem russischen Militäreinsatz. Offensichtlich war dies nur eine weitere klare Botschaft, die Biden lieber ignorierte. Laut einer Pressemitteilung vom 24. Januar, die auf der Kongress-Website des US-Abgeordneten Gus Bilirakis veröffentlicht wurde:

„Da Erdgas im Vergleich zu Kohle eine sauberere Energieoption darstellt, ist es eine wichtige Energiequelle für Regierungen, die auf umweltfreundlichere Energiequellen umsteigen wollen. Die Europäische Union erkennt diese Tatsache an und hat die Östliche Mittelmeerpipeline zu einem ‘besonderen Projekt’ erklärt.“

„Das Vorgehen der Biden-Regierung in dieser Angelegenheit ist besonders verwerflich und heuchlerisch, wenn man bedenkt, dass sie die russische Nord-Stream-Pipeline stillschweigend billigt, die Europas Energieabhängigkeit von einem unberechenbaren Gegner nur vertiefen wird“, sagte der Kongressabgeordnete Bilirakis.

Während Biden damit beschäftigt war, drei treue US-Verbündete im Mittelmeerraum [Zypern, Israel und Griechenland] zu unterminieren, um Erdoğan und eine Fantasie von „grüner Energie“ – die noch Jahre davon entfernt ist, fertig oder erschwinglich zu sein – zu beschwichtigen, um die Demokratische Partei Amerikas zu besänftigen, wird sich Ankara wieder einmal nur als Teilzeit-Verbündeter des Westens erweisen.

Als Reaktion auf den Einmarsch Russlands in der Ukraine enthielt sich die Türkei am 25. Februar bei der Abstimmung über die Aussetzung der Mitgliedschaft Russlands im Europarat in Straßburg. „Bei der Abstimmung in Straßburg hat die Türkei beschlossen, sich der Stimme zu enthalten“, sagte der türkische Außenminister Mevlüt Çavuşoğlu. „Wir wollen den Dialog mit Russland nicht abbrechen.“

Biden sollte seine Entscheidung sofort rückgängig machen und die EastMed-Pipeline zulassen.

Im Dezember 2019 hatte Biden Erdoğan als Autokraten bezeichnet und versprochen, die Oppositionsparteien in der Türkei durch demokratische Prozesse zu stärken. War das ein Scherz, oder ist Biden ein heimlicher Fan von Erdoğan?

Burak Bekdil, einer der führenden Journalisten der Türkei, wurde kürzlich nach 29 Jahren von der renommiertesten Zeitung des Landes entlassen, weil er in Gatestone über die Geschehnisse in der Türkei schrieb. Er ist Fellow beim Middle East Forum.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Schutz gegen wachsenden Terror: Jüdische Gemeinden in den USA erhalten High-Tech Schutzschild aus Israel

Angesichts der besonders unter der Regierung Joe Bidens wachsenden Bedrohung für Juden in den USA, hat die israelische Firma Gabriel Network gerade zeitgerecht ein Sicherheitssystem entwickelt, das mit Hilfe von mobilen Apps, Sensoren und Videoüberwachungen Terror und Gewalt schnell erfasst und Hilfe anfordert. (JR)

Von Jan Smiljanski

Ein anonymer Spender aus den USA stellte eine Million US-Dollar für die Installation eines Sicherheitssystems bereit. Dieses System, entwickelt von der israelischen Firma Gabriel Network, soll 500 verschiedener Objekte der jüdischen Gemeinde im Falle eines Terroranschlags schützen. Wie die Website NoGames berichtet, handelt es sich hierbei um einige technologische Innovationen, deren Ziel es ist, vor Gefahren zu warnen, die Effizienz der Interventionsdienste erheblich zu steigern und bei der Bewältigung einer Krise in den ersten Minuten nach einem Terroranschlag zu helfen, während Hilfe noch unterwegs ist.

Die Gabriel Network-Plattform besteht aus patentierten Sensoren, mobilen Apps und einem Videoüberwachungssystem, das in die bereits vorhandenen Videoüberwachungssysteme installiert werden kann. Diese Plattform verfügt unter anderem über einen sog. "intelligenten Schutzschild", das einen abgegebenen Schuss sofort meldet, sowie über einen "intelligenten Alarmknopf", der die Gegenverkehr-Videos in Echtzeit ermöglicht.

All dies wird mit vorhandenen Sicherheitssystemen wie Überwachungskameras, Alarmanlagen, abschließbaren Sicherheitstüren etc. verbunden, um danach zu einem einfachen Dashboard verkoppelt zu werden, das ein klares Bild der Geschehnisse vermittelt. Gleichzeitig verschickt die Kommunikationsplattform Meldungen an alle an sie angeschlossenen Smartphones in der Umgebung. Somit erhalten alle, die sich in der Nähe des Orts des Terroranschlages befinden – beispielsweise im Gemeindezentrum oder in der Synagoge – sowie all diejenigen, die irgendeinen Bezug zu diesem Ort haben, unabhängig davon, wo sie sich zu dieser Zeit befinden, eine Warnmeldung.

Die Firma Gabriel Network wurde 2016 nach zwei Terroranschlägen, von Yoni Sherizen und Asaf Adler gegründet: Damals starben im Tel Aviver Sarona-Center vier Menschen und in Florida, USA, wurden im Nachtclub Pulse bei einer Massenhinrichtung 49 Menschen ermordet.

Die Innovation von Gabriel Network liegt vorwiegend darin, dass die bestehenden Technologien vom Unternehmen wesentlich verbessert und in ein System zusammengeführt wurden, das ein umfassendes Bild des unmittelbaren Geschehens bietet und die Informationen in kürzester Zeit sowohl an die Sicherheitsdienste als auch an die Bürger liefert. Das veränderte schließlich grundlegend das Gesamtkonzept zur Gewährleistung der Sicherheit.

Der Kern des Gabriel Network besteht aus dem Team von sieben Mitarbeitern, die in den Antiterror-Einheiten der IDF ausgebildet wurden und die Erfahrung im Bereich der Cybersicherheit haben. Die Teammitglieder treffen sich regelmäßig mit Experten auf diesem Gebiet, darunter ehemalige Leiter von Shin Bet (Inlandsgeheimdienst, - Anm. d. Übers.) und Mossad. Als Teamberater fungieren unter anderem der stellvertretende Mossad-Direktor Ram Ben Barak, der ehemalige israelische Polizeichef Yonathan Danino sowie der ehemalige Shin Bet-Direktor in Auslandsvertretungen Kobi Mor.

Die Superidee ist, alle jüdischen Schulen und Synagogen in den USA zu einem einheitlichen Netzwerk zu vereinen; eine Million Dollar reicht jedoch dafür eindeutig nicht aus. Deshalb benötigen die amerikanischen Juden dringend neue, ebenso großzügige Investoren. Allerdings weckt die Plattform des Unternehmens Gabriel Network ein ernsthaftes Interesse nicht nur in den USA, sondern auch in anderen Ländern.

Aus dem Russischen von I. Korotkina

EU-Pöbeleien nach Wahlsieg der Fidesz in Ungarn

Trotz der medialen Stimmungsmache innerhalb der EU genießt der amtierende Präsident Viktor Orbán, im Gegensatz zu so manchem westeuropäischen Regierungschef, das Vertrauen seines Volkes und konnte die Parlamentswahlen für sich entscheiden. Als Reaktion auf den Wahlsieg Orbáns kam ausgerechnet aus Brüssel, wo man einen Weber wählt und eine von der Leyen erhält, statt Glückwünschen die Einleitung eines Verfahrens wegen mutmaßlicher Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit. (JR)

Von Filip Gašpar

Ganz Brüssel und Europa trauten Anfang April ihren Augen nicht als sie nicht nur die Wiederwahl Viktor Orbáns sahen, sondern auch mit welchem Ergebnis. Mit 54 Prozent (135 Sitze) und somit einer Zweidrittelmehrheit ließ er die Opposition in einer Schockstarre zurück. Noch am Wahlabend rief Orbán seinen jubelnden Anhängern zu: „Wir haben einen großen Sieg errungen – einen Sieg, der so groß ist, dass man ihn vom Mond aus sehen kann, sicherlich auch von Brüssel aus", und bedankte sich für die Unterstützung bei diesem „großen Sieg" für ihn und seine Regierungskoalition aus Fidesz und KDNP. Das in seine Regierung gesetzte Vertrauen werde er nicht enttäuschen und weiterhin alles tun, um es rechtzufertigen.

„Nur Gott weiß, wie wir in einer Zeit, in der sie sich gegen uns verbünden, am meisten gewinnen können." Zum prognostizierten Kopf-an-Kopf an Rennen gegen die von Brüssel protegierte vereinigte Opposition aus sechs Parteien unter ihrem Spitzenkandidaten Péter Márki-Zay kam es nicht. Diese kamen auf 34 Prozent der Stimmen (57 Sitze). Márki-Zay und andere Politiker aus dem Bündnis hatten sich offen antisemitisch geäußert (JR März 2022).

Den Einzug schaffte auch „Mi Hazánk", eine selbst für ungarische Verhältnisse rechte Partei, mit 5,8 Prozent (6 Sitze). Márki-Zay gestand in der Wahlnacht seine Wahlniederlage ein und akzeptierte den Wahlsieg, welcher „außer Frage" stehe. Er sprach von der alles beherrschenden Propaganda des Regierungsapparates, die den Ausschlag gegeben habe.

Durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine bekam der Wahlkampf eine neue Dynamik. Man warf Orbán eine zu große Nähe zu Putin vor. Außerdem weigerte er sich vom russischen Gas loszusagen und Waffenlieferungen an die Ukraine durch Ungarn laufen zu lassen. Man kritisierte Ungarns Bereitschaft, Flüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen, unter dem Vorwand, dass dies 2015 noch verweigert worden wäre. Dabei hat das Land über 450.000 Flüchtlinge aufgenommen, und man darf die in der Ukraine lebende große ungarische Minderheit nicht vergessen, an die Orbán auch gedacht haben wird. Kurz vor der Wahl wendeten sich sogar seine Visegrád-Verbündeten von Orbán ab. Ursprünglich war für den 30. und 31. März ein Treffen der Verteidigungsminister von Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei in Budapest geplant, das dann abgesagt werden musste, weil Polen und Tschechien sich weigerten teilzunehmen, womit sie ihren Unmut über die Ukraine-Politik von Orbán zum Ausdruck bringen wollten. Dennoch gratulierten Polens Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sowie der tschechische Ministerpräsident Petr Fiala und Staatspräsident Miloš Zeman Orbán zur Wiederwahl. Aus Peking und Istanbul kamen auch Glückwünsche, wofür sich der ungarische Außenminister Péter Szijjártó bei seinen türkischen und chinesischen Amtskollegen bedankte. Aus Brüssel kamen keine Glückwünsche, sondern man erklärte stattdessen, dass sich Ungarn als erstes Land wegen möglicher Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit einem Verfahren zur Kürzung von EU-Mitteln stellen müsse. Genau dies passierte dann auch Ende April. Der linksliberale Abgeordnete Guy Verhofstadt aus Belgien twitterte: „Hass siegt über Hoffnung auf eine freie, aber unfaire Wahl … Ein dunkler Tag für die liberale Demokratie, für Ungarn und die EU in einer gefährlichen Zeit." Zu den antisemitischen Äußerungen seines Wunschkandidaten im Wahlkampf hatte er natürlich nichts gesagt.

RONALDO SCHMIDT- AFP

Mit 54 Prozent konnte Viktor Orbán die Wahlen in Ungarn wieder für sich entscheiden

Péter Dobrowiecki, Forschungsdirektor am Mathias Corvinus Collegium, Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit, sagte der JR: „Entgegen den Umfragen erreichte Fidesz-KDNP zum vierten Mal in Folge die parlamentarische Zweidrittelmehrheit und brüskierte damit die Oppositionsparteien, die dieses Mal zusammen antraten. Das schwache Abschneiden des Oppositionsbündnisses auf dem Lande und der Einzug der rechtsextremen Mi-Hazánk-Partei ins Parlament kamen für die meisten politischen Analysten überraschend. Angesichts des schrecklichen Krieges in der Nachbarschaft Ungarns schien eine Regierung, die auf Stabilität setzt und das bisher Erreichte in den Vordergrund stellt, besser als die Oppositionsparteien in der Lage zu sein, unentschlossene Wähler anzusprechen. Die Opposition war zwar geeint, konnte aber keine Einheit bilden."

Die OSZE hatte gar eine Wahlbeobachtungsmission nach Ungarn geschickt, um einen evtl. Wahlbetrug aufzudecken. Mit über 900 Wahlbeobachtern aus verschiedenen Ländern war es sicherlich die seit langem am meisten beobachte Wahl innerhalb der EU. Wahlbeobachterin war auch Margherita Saltini, von der italienischen Denkfabrik „Nazione Futura".

Der JR sagte sie exklusiv: „Die Wahlen in Ungarn verliefen auf äußerst korrekte und transparente Weise" Sie berichtet weiterhin, dass sie als internationale Beobachterin freien Zugang zu allen Wahllokalen im Land hatte und viele von ihnen, sowohl auf dem Land als auch in der Hauptstadt Budapest überwacht hat. Orbán wird sich von seinem Weg nicht abbringen lassen, egal wie Brüssel mit ihm umgeht." Dieser Aussage mag man Glauben schenken, wenn man sieht, was er seinen Kritikern ins Stammbuch schrieb: „Dieser Sieg wird uns vielleicht bis zum Ende unseres Lebens auch aus dem Grund denkwürdig bleiben, weil wir jetzt gegen die größte Übermacht kämpfen mussten. Doch vergebens das viele Geld und vergeblich die Übermacht, wenn wir zusammenhalten, kann man uns nicht aufhalten."

Frankreich: Vertuschungsversuch beim Lynchmord am Juden Jeremy Cohen

Auf der Flucht vor einem Hass-Mob wurde in Frankreich ein Mann von einer Straßenbahn erfasst und tödlich verletzt. Soweit die gängigen Meldungen der Mainstream-Medien. Doch das war nicht die ganze Geschichte: Erst die Intervention Eric Zemmours zwang die Medien, den richtigen Sachverhalt wiederzugeben. Verschwiegen wurde, dass es kein gewöhnlicher Verkehrsunfall war, sondern eine tödliche Hetzjagd mit Todesfolge. Der Mann hieß Jeremy Cohen, er war Jude und er wurde von 15 Männern gejagt und misshandelt. 10 Zähne waren ihm ausgeschlagen worden. Laut französischen Behörden ist es das vierzehnte Opfer, das in Folge islamischer antijüdischer Angriffe seit 2003 ums Leben kam. Bei den Tätern handelte es sich bisher ausnahmslos um Muslime. (JR)

Von Miriam Sofin

Ein mutmaßlich antisemitisch motivierter tödlicher Übergriff auf einen 31-jährigen Juden in der Pariser Vorstadt Bobigny beschäftigte im Endspurt des Präsidentschaftswahlkampfes die französische Öffentlichkeit. Der Tod des autistischen jungen Mannes, Jérémy Cohen, der juristisch als Totschlag, oder wenigstens als Körperverletzung mit Todesfolge eingeordnet werden muss, lag bereits sieben Wochen zurück, als Anfang April erstmals darüber berichtet wurde. Allein das ist schon ein waschechter Skandal. Die Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen ging sogar so weit, der Regierung vorzuwerfen, den Tathergang wissentlich vertuscht zu haben, "weil man über so etwas nicht während der Wahlkampagne reden wollte". Im Radiosender "France Inter" sagte sie: "Ich frage mich, ob wir nicht eine parlamentarische Untersuchung brauchen". Es müsse festgestellt werden, ob der Fall mutwillig verschwiegen wurde.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ließ derweil einen Beamten des Präsidialamtes bei der Mutter des Verstorbenen anrufen und ihr sein Beileid ausrichten. Warum er nicht selbst zum Hörer griff, ist nicht bekannt. Der Präsident verfolge den Fall und werde seine vollständige Aufklärung sicherstellen, teilte der Elysée-Palast in einer Presseerklärung mit.

Der Vater des Opfers, Gérald Cohen, sagte dem Fernsehsender "BFM-TV", dass er überall vergeblich um Hilfe gebeten habe, nachdem der Tod seines Sohnes offiziell als Unfall eingeordnet und die Ermittlungen in seinem Fall eingestellt wurden. Die Polizei hatte ihm die Kippa, die jüdische Kopfbedeckung, seines Sohnes überreicht, die am Tatort gefunden wurde. Seitdem hege er den starken Verdacht, dass sein Sohn aufgrund seines Glaubens ermordet worden sei.

Video zeigt die Brutalität des Angriffs

Nach einem Aufruf in der Nachbarschaft und eigenständiger Recherche zweier Brüder von Jérémy hatte die Familie schließlich Videoaufnahmen ausfindig gemacht, die ein Augenzeuge der Tat von seinem Fenster aus mit dem Handy gefilmt hatte. Darauf zu sehen ist ein sichtlich verängstigter Jérémy Cohen, wie er am 17. Februar panisch über die Straßenbahngleise rennt und dabei von einem Zug erfasst wird. Aber auch, was sich kurz davor abgespielt hat: Insgesamt 15 junge Männer mit migrantischem Aussehen umzingeln ihn zuerst an einem Hauseingang und stürzen sich dann brutalst auf ihn. "Sie schlugen ihn, schlugen ihn, ohne dass er sich wehrte. Als er am Boden lag, traten sie ihn mit Füßen", beschreibt Gérald Cohen die furchtbaren Szenen während eines Fernsehinterviews. Sein Sohn Jérémy erlag vier Stunden später im Krankenhaus seinen schweren inneren Verletzungen. Ihm wurden unter anderem zehn Zähne ausgeschlagen. Und das wohlgemerkt bevor er von der Tram erfasst wurde.

Um die Würde seines Sohnes zu beschützen, bat Gérald Cohen darum, das Video weder anzuschauen noch weiterzuverbreiten. Außerdem beklagte er, dass der Tod seines Sohnes medial als banaler Verkehrsunfall dargestellt und die Öffentlichkeit nicht über die wahren Tatumstände aufgeklärt wurde. In seiner Not hatte er sich an Éric Zemmour gewandt, zum damaligen Zeitpunkt Präsidentschaftskandidat, der für seine islam- und migrationskritische Haltung bekannt und - ebenso wie die Cohens - ein Mitglied der jüdischen Gemeinde ist.

Aus Angst vor islamischem Antisemitismus verlassen immer mehr Juden Frankreich

Zemmour hatte während seines Wahlkampfes immer wieder den grassierenden Antisemitismus in der überwiegend von Muslimen bewohnten Banlieue angeklagt. Er veröffentlichte den Videomitschnitt, der bis dato millionenfach abgerufen wurde, in den sozialen Netzwerken gegen dem ausdrücklichen Willen des Vaters und machte den Fall somit über Nacht bekannt. "Der Tod Jérémy Cohens ist das erschreckende Symptom der Tragödie unseres Landes", sagte Zemmour. Der junge Franzose sei buchstäblich in den Tod getrieben worden.

Der Anwalt der Familie Cohen betonte, das einzige Ziel seiner Mandanten sei es, dass der Tod ihres Sohnes endlich gründlich untersucht werde. Die Täter sollten zur Rechenschaft gezogen werden. Ein Gewerkschaftssprecher der Polizei, Mathieu Valet, erklärte gegenüber dem Fernsehsender "C'News", dass die Polizei bei ihren Ermittlungen in Bobigny keinerlei Zeugenaussagen erhalten hätte. Es handele sich dabei um ein Wohnviertel, das für illegalen Drogenhandel bekannt sei, weshalb dort das Vertrauen in die Polizei im Allgemeinen sehr gering sei. Auch vom Video der Tat hätte man vor der Veröffentlichung durch Éric Zemmour nichts gewusst. Mittlerweile wurden zwei der 15 auf dem Tat-Video erkennbaren Männer festgenommen. Sie sind 23 und 27 Jahre alt. Weitere Angabe zu den Verhafteten wurden bisher nicht veröffentlicht, was vielen Franzosen sauer aufstößt. Der zuständige Staatsanwalt gab an, dass keine "diskriminierenden Motive" für den Tod von Jérémy Cohen hätten ermittelt werden können. In einer Pressekonferenz rief auch die Familie Cohen nochmals dazu auf, angesichts der Behauptungen über ein antisemitisches Motiv "vorsichtig zu bleiben, bis hinreichende Beweise gefunden würden".

Juden sind in Frankreich nicht sicher

Sollte sich der Tod Jérémy Cohens tatsächlich als antisemitischer Mord entpuppen, so wäre er bereits die vierzehnte Person, die seit 2003 in Frankreich in Folge einer antijüdischen Attacke zu Tode gekommen ist. Zu diesen Angriffen zählen sowohl Attentate auf jüdische Einrichtungen wie auch auf Einzelpersonen. Der prozentual winzige jüdische Bevölkerungsanteil von nur rund 0,6 Prozent der Einwohner Frankreichs ist seit gut zwei Jahrzehnten den meisten Anfeindungen und Übergriffen ausgesetzt, welche die Behörden als rassistisch einstufen. Bei den Tätern handelte es sich bisher ausnahmslos um junge muslimische Männer. So ist es auch nicht verwunderlich, dass in den letzten Jahren mehrere tausend jüdische Familien aus ihren ursprünglichen Wohngegenden weggezogen sind, um dem Dauermobbing und der Bedrohung durch Muslime in ihrer Nachbarschaft zu entkommen. Viele kehrten Frankreich vollständig den Rücken und wanderten nach Israel aus.

Sollte im Fall Jérémy Cohen ein antisemitischer Übergriff mit Todesfolge absichtlich als Unfall dargestellt werden, um kurz vor den Präsidentschaftswahlen das Problem des wachsenden islamischen Antisemitismus in Frankreich zu bagatellisieren? Der Verdacht liegt zumindest nahe. Erst im Januar teilte der Sicherheitsdienst der jüdischen Gemeinschaft Frankreichs (SPCJ) mit, dass in Frankreich im Jahr 2021 589 antisemitische Vorfälle erfasst wurden, was einem Anstieg von fast 75 % im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Tätliche Angriffe gegen Juden stiegen um 36 %.

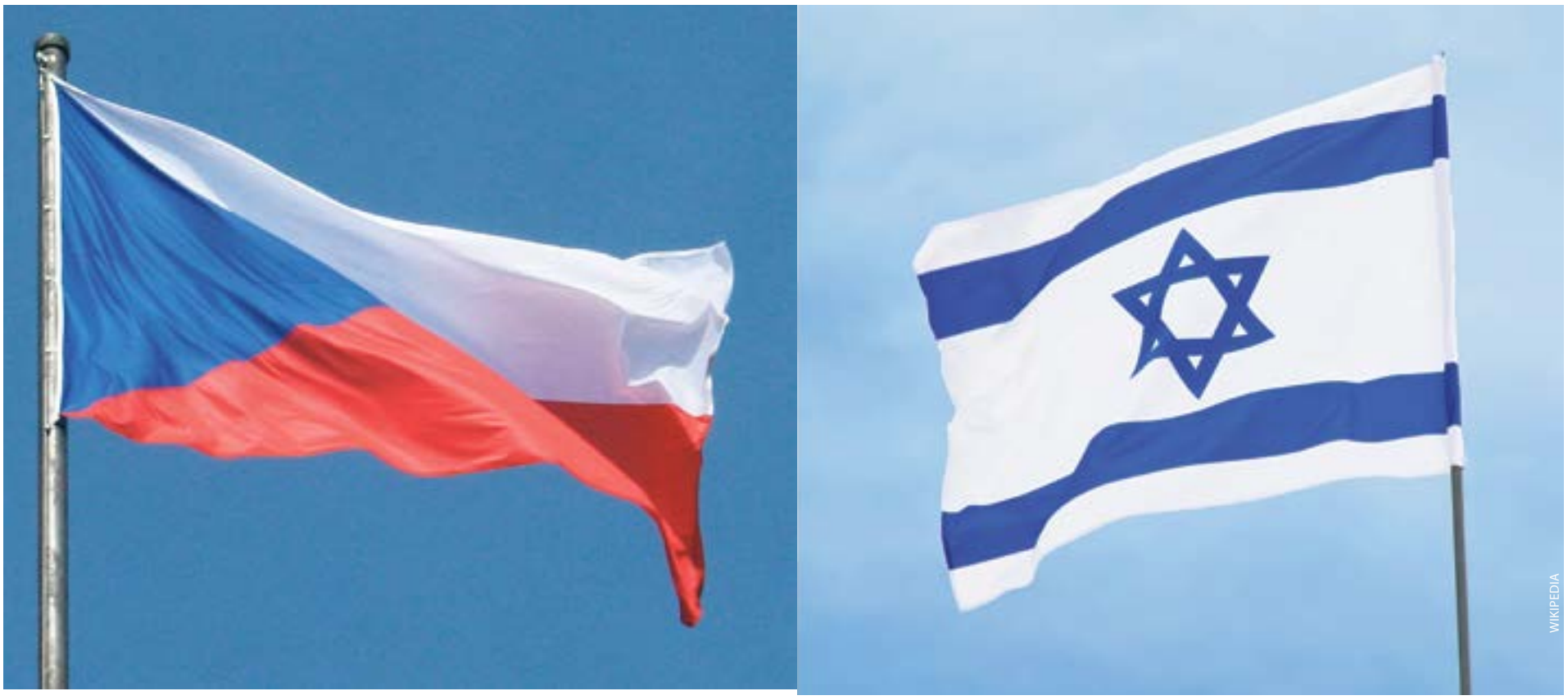
Fakt ist, dass die Todesumstände von Jérémy Cohen erst an die Öffentlichkeit gelangten, nachdem seine Familie auf eigene Faust ermittelt und Éric Zemmour den Fall in den sozialen Medien bekannt gemacht hatte. Ohne die Bemühungen der Cohens hätte es keine polizeiliche Untersuchung gegeben und Jérémy Cohen wäre als einer von vielen Verkehrstoten in die Statistik eingegangen. Sein Fall erinnert stark an die Ermordung Sarah Halimis, die sich vor fünf Jahren ereignete. Die 65-jährige Jüdin, Mutter dreier Kinder, pensionierte Ärztin und frühere Leiterin einer Kinderkrippe wurde damals in ihrer Pariser Wohnung von ihrem muslimischen Nachbarn unter "Allahu Akbar"-Gebrüll zuerst schwerst misshandelt und anschließend vom Balkon geworfen. Danach brüstete er sich damit, "den Schaitan (z. dt. Teufel) besiegt" zu haben. Obgleich bekannt war, dass ihr Mörder und seine Familie die alte Dame über Jahre hinweg antisemitisch beleidigt hatten, wurde ihm gerichtlich eine durch Marihuana ausgelöste Psychose attestiert und er wurde als schuldunfähig erklärt. Dies hatte zu weltweiten Protesten vor französischen Botschaften geführt. Auch in diesem Fall hatte die Presse zunächst von einem banalen "Nachbarschaftsmord" berichtet - ohne den antisemitischen Hintergrund der Tat zu erwähnen oder die islamischen Schlachtrufe des Mörders von Halimi.

Familie und Freunde von Jérémy Cohen beschreiben ihn als sensiblen Einzelgänger, der zwar gehemmt im sozialen Umgang mit anderen Menschen, gleichzeitig aber ein brillanter Denker gewesen sei. Insbesondere auf den Gebieten der Mathematik und Physik galt er als hochbegabt. Seine Schulzeit, die er an einem französischen Gymnasium in Jerusalem verbracht hat, beendete er mit einem Abitur mit Auszeichnung. Episodisch war er aufgrund von Depressionen in psychologischer Betreuung. Außerdem hatte er eine leichte körperliche Behinderung. Niemals seien von ihm Aggressionen ausgegangen, niemals habe er Andere provoziert oder körperlich angegangen, darüber sind sich alle einig, die ihn kannten. Auch das Tat-Video zeigt vor dem tödlichen Angriff keine Interaktion seitens Cohen mit seinen Peinigern, deren Attacke auf ihn aus dem nichts zu kommen schien.

Im Wettlauf um die Wählergunst hätte das Schicksal von Jérémy Cohen durch die Verschiebung weniger Prozentpunkte über den Ausgang der französischen Präsidentschaftswahlen entscheiden können. Macron hat schon seit Langem dem "Islamismus" und damit einhergehenden Judenhass den Krieg erklärt. Sein Innenminister hat erst kürzlich die Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Gewalt- und Straßenkriminalität noch einmal verschärft. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass der Fall vor allem Marine Le Pen weiteren Auftrieb verliehen hätte, zumal sie, ähnlich wie Zemmour, für eine besonders harte Bekämpfung der Gewaltkriminalität in den Vororten steht und als entschiedene Gegnerin der Islamisierung Frankreichs auftritt. So oder so lässt sich die steigende Gewalt gegenüber Juden, die fest mit der Bevölkerungsstruktur Frankreichs verknüpft ist, nicht länger unter dem Deckel halten. Man kann nur hoffen, dass Jérémy Cohens brutaler und sinnloser Tod den Franzosen eine Lehre sein wird… Seiner Familie gilt mein aufrichtiges Mitgefühl.

Tschechische Luftabwehr aus Israel

Im Zuge israelisch-tschechischer Zusammenarbeit modernisiert die Tschechische Republik ihre noch aus Sowjet-Zeiten stammende Luftabwehr mit einem Radarsystem und Flugabwehrraketen aus Israel. (JR)



Schon vor der Staatsgründung Israels, half die damalige Tschechoslowakei bei der Ausbildung von Kampfpiloten

Von Stefan Frank/Achgut.com

Mit israelischer Hilfe modernisiert die Tschechische Republik seine bislang noch aus sowjetischer 1970er-Jahre-Produktion stammende Luftabwehr. Vor dem Hintergrund des russischen Überfalls auf die Ukraine scheint das besonders dringlich, doch die Pläne dazu wurden schon vor Jahren gefasst.

Wie das israelische Luftfahrt- und Militärtechnikunternehmen Israel Aerospace Industries (IAI) Anfang April mitteilte, hat es der Tschechischen Republik über ihren tschechischen Partner RETIA und VTU im Rahmen eines im Dezember 2019 von den Verteidigungsministerien beider Länder unterzeichneten Vertrags das erste Luftverteidigungs-Multimissionsradar (MMR) geliefert. In der Pressemitteilung heißt es:

„Das Radar, das in Israel einsatzbereit und kampferprobt ist, bietet Kunden auf der ganzen Welt sowohl Überwachungs- als auch Verteidigungsfähigkeiten und ist in NATO-Systeme integrierbar."

Das Radar erkenne und klassifiziere Bedrohungen und versorge Waffensysteme mit jenen Daten, die erforderlich seien, um mehrere dieser Bedrohungen gleichzeitig zu neutralisieren.

Mehrere Missionen gleichzeitig bewältigen

Laut IAI ist das Radar in der Lage, auch Ziele „mit niedrigen Signaturen" zu erkennen und zu identifizieren. Gemeint sind beispielsweise kleine Drohnen. Sie bestehen hauptsächlich aus Kunststoff und Kohlenstofffaser, dazu ein wenig Elektronik, aber nur aus wenig Metall. Darum sind herkömmliche Radarsysteme, die darauf ausgelegt sind, Metall oder größere Objekte zu orten, für diesen Zweck kaum geeignet.

Das MMR ist in der Lage, mehrere Missionen gleichzeitig zu bewältigen. Es kann laut Angaben des Herstellers nicht nur Flugzeuge und Drohnen orten, sondern auch Artillerie, Mörser und Raketenstarts. Zudem lassen sich mit ihm Abfangraketen steuern. Daher wird es unter anderem bei dem bekannten israelischen Raketenabwehrsystem Iron Dome eingesetzt. IAI hat nach eigenen Angaben bereits mehr als 150 solcher Systeme an Kunden auf der ganzen Welt verkauft.

Yoav Tourgeman, Vizepräsident von IAI und CEO von ELTA, sagt:

„IAI ist stolz darauf, in Zusammenarbeit mit unseren lokalen tschechischen Partnern das tschechische Verteidigungsministerium pünktlich und gemäß dem Projektplan mit diesen modernen Radarsystemen zu beliefern."

Trotz der Herausforderungen der letzten zwei Jahre, während der COVID-19-Pandemie hätten die Projektteams sowohl in Israel als auch in der Tschechischen Republik erfolgreich zusammenarbeiten können und seien dem Ziel einer gemeinsamen Produktion verpflichtet geblieben.

„Das moderne Radar, das jetzt an die Tschechische Republik geliefert wurde, ist in der Lage, Hunderte von Zielen gleichzeitig zu identifizieren und zu klassifizieren sowie die Identifizierung von unbemannten Flugkörpern, Raketen und anderen neuen Bedrohungen im Einsatzgebiet durchzuführen.

Wir glauben, dass die Fähigkeit des Systems zur Integration mit NATO-Systemen eine neue Ära der Operationen für das tschechische Verteidigungsministerium einläuten wird."

1948: Tschechische Waffen retten Israel

Die heutige israelisch-tschechische Militärzusammenarbeit hatte Vorläufer in den späten 1940er Jahren. Nach dem Überfall von fünf arabischen Armeen auf den neu gegründeten Staat Israel im Mai 1948 half die Tschechoslowakei, Israels Überleben zu sichern. Mit Geld, das die spätere Ministerpräsidentin Golda Meir bei Juden in den USA gesammelt hatte, kaufte Israel zwischen 1947 und 1949 von der Tschechoslowakei Waffen.

Der erste Vertrag wurde am 14. Januar 1948 vom tschechoslowakischen Außenminister Jan Masaryk unterzeichnet. Er umfasste 200 MG 34-Maschinengewehre, 4.500 P 18-Gewehre und 50,4 Mio. Schuss Munition. Neben Rüstungsgütern erhielt Israel von der Tschechoslowakei auch militärische Ausbilder. Jan Fingerland, Redakteur beim Tschechischen Rundfunk, sagt:

„Am interessantesten damals war vielleicht die militärische Ausbildung von künftigen israelischen Soldaten. Die begann bereits einige Zeit vor Entstehen des Staates und wurde geführt von tschechoslowakischen Soldaten, die frische Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg mitbrachten.

Einer von ihnen war zum Beispiel Oberleutnant Antonín Sochor, ein damaliger Kriegsheld, der in den tschechoslowakischen Legionen gekämpft hatte. Er kam später unter ungeklärten Umständen ums Leben. Bis heute wird spekuliert, dass er umgebracht wurde."

Die militärische Ausbildung habe vor allem in der Schulung von Kampfpiloten bestanden, so Fingerland:

„Diese fand in der Tschechoslowakei statt. Aber gerade Sochor leitete auch Übungen unmittelbar in Palästina. Vermittelt wurde dabei nicht nur, wie man ein Flugzeug steuert, sondern auch praktische Kriegstaktik. Einer der künftigen israelischen Piloten war Ezer Weizman, der spätere siebte Präsident des Landes."

Die Hilfe der Tschechoslowakei hatte wirtschaftliche Gründe: So kam das Land zu Devisen. Ohne Stalins Billigung – der 1947/48 eine kurze proisraelische Phase hatte, weil er ein sozialistisches Israel als potenziellen Verbündeten sah – wäre sie allerdings nicht möglich gewesen. Anders als die Sowjetunion konnte die Tschechoslowakei Israel Waffen verkaufen, die, weil sie während des Zweiten Weltkriegs für die deutsche Wehrmacht gefertigt worden waren, nicht direkt mit der Sowjetunion in Verbindung gebracht werden würden.

Israel liefert auch Flugabwehrraketen

Neben dem Radarsystem wird Tschechien in Zukunft auch Flugabwehrraketen von einem israelischen Unternehmen erhalten. Ein entsprechendes Abkommen mit Rafael Advanced Defense Systems wurde im September 2021 unterzeichnet. Vier Luftabwehrsysteme des Typs „Spyder" sollen bis 2026 geliefert werden.

Das Besondere an dem Vertrag ist, dass Israel die Waffen nicht fertig liefert, sondern – wie auch beim Radarsystem MMR – tschechische Wirtschafts- und Militärunternehmen in die Produktion miteinbezieht. Der tschechische Militärblog CZ Defense beschreibt die Zusammenarbeit so:

„Auf der untersten Ebene werden tschechische Unternehmen den Kauf und die Montage gewöhnlicher kommerzieller Komponenten übernehmen, auf der mittleren Ebene wird die tschechische Industrie Spyder-Komponenten gemäß israelischen Produktionsplänen anfertigen und auf der höchsten Ebene wird der israelische Hersteller spezifizieren, was das erforderliche Subsystem erfüllen soll, und tschechische Ingenieure werden es selbst entwerfen."

Dreißig Prozent der Wertschöpfung soll in der Tschechischen Republik stattfinden. Zudem soll Tschechien durch diese Beteiligung in die Lage versetzt werden, die Waffensysteme auch im Kriegsfall ohne ausländische Hilfe zu warten und Ersatzteile selbst herzustellen.

Für die Tschechische Republik ist es wichtig, keine Waffen aus russischer Produktion mehr zu verwenden – und das hat nicht nur mit der aktuellen Lage zu tun. 2014 explodierten in der tschechischen Stadt Vrbětice im Abstand von sechs Wochen zwei Munitionslager der Armee. Die tschechische Regierung mutmaßt, dass es sich um Anschläge gehandelt haben könnte, die vom russischen Militärgeheimdienst GRU verübt wurden, der auf diese Weise den Nachschub für die ukrainische Armee habe stören wollen.

Abgesehen davon sind die sowjetischen Systeme veraltet. Wie CZ Defense schreibt, war der jetzige tschechische Generalstabschef bei ihrer Anschaffung elf Jahre alt. Es war das Jahr 1975.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Von der Schulbank bis zur Rente: Die Finanzierung der arabischen Selbstmordattentäter gegen Israel und seine Bürger durch die EU

Auch dieses Jahr randalierten arabische Jugendliche fast täglich zu Ramadan, Ostern und Pessach wieder auf dem Tempelberg in Jerusalem, warfen Steine und Feuerwerkskörper auf Polizei und vor allem auf betenden Juden an der Klagemauer. Bereits vor dem Ramadan wurde Israel vom schlimmsten arabischen Terror seit 2006 heimgesucht, mit bisher 15 Todesopfern seit März. Die EU und besonders Deutschland sind trotz „Nie wieder!"-Lüge, Terror und Antisemitismus die größten Geldgeber der „Palästinensischen" Autonomiebehörde. (JR)

Von Collin McMahon

Voriges Jahr feuerte die Hamas über zweitausend Raketen auf Zivilisten in Israel. Dieses Jahr wurden die Ausschreitungen im Vorfeld des Ramadans wieder von der Propaganda der „Palästinensischen" Autonomiebehörde (PA) angestiftet, Israel wolle die Al-Aksa-Moschee besetzen oder gar zerstören. Am ersten Tag des Ramadans rief der oberste Schariah-Richter der PA Mahmoud Al-Habbash im Palästinensischen TV zu „Dschihad, Eroberung und Sieg" auf, schließlich habe Mohammed im Ramadan Mekka erobert.

Die offizielle Tageszeitung der PA Al-Hayat Al-Jadida feierte am 3. April die „sieben Märtyrer, die in einer Woche für Palästina in den Himmel aufgestiegen sind, nachdem sie von den Besatzern erschossen wurden, die nur grundlos töten wollen." Damit waren die Terroristen gemeint, die für die Welle der Gewalt verantwortlich waren – laut PA-Zeitung „Märtyrer reinen Herzens": „Mit schmerzenden Herzen, aber auch entschlossen, standhaft zu trotzen und den Weg des Volkswiderstands zu gehen, um die Besatzer zu besiegen und aus unserem Land zu entfernen, dessen Hauptstadt Ostjerusalem ist."

Auf Lautsprechern wurden die randalierenden Jugendlichen am Tempelberg aufgerufen, sich in der Al-Aksa-Moschee zu verbarrikadieren und die „Heilige Stätte des Islams" zu verteidigen, die die Juden angeblich besetzen wollten. Die Verwaltung des Tempelberges obliegt dem Mufti von Jerusalem, Mohammed al-Husseini, Scheich Assam al Chatib, Leiter der Waqf-Stiftung Jerusalem, und dem Leiter der Al-Aksa-Moschee, Scheich Omar Kiswani, die auch zu Frieden hätten aufrufen können. Stattdessen verurteilten sie das Vorgehen der Polizei und schwiegen zu den Krawallen, eine Tatsache, die von vielen als Unterstützung der Randalierer gesehen wurde.

Seit der Befreiung Jerusalems 1967 garantiert Israel den Zugang aller Gläubigen zu ihren Heiligen Stätten. Juden ist es jedoch sogar verboten, auf dem Tempelberg zu beten. Der Zugang ist nur unter strengen Auflagen erlaubt. Das Lügenmärchen, nach dem israelische „Besatzer" nach dem Tempelberg trachten, wird alljährlich von der PA benutzt, um die arabischen Jugendlichen zum Aufstand anzustacheln.

Präsidentensprecher der PA für Jerusalem, Ahmed Al-Ruweidi, warnte vor einem drohenden „Massaker durch die Besatzer und Siedler an den Betenden in der Al-Aksa-Moschee, angesichts der Eskalation und Anstiftung durch die Siedler." Die „große militärische Präsenz in Jerusalem" und die „Invasionen der Al-Aksa-Moschee in großer Zahl beweisen, dass die Besatzer die Lage in Jerusalem eskalieren wollen", so Al-Ruweidi.

Die Fatah warnte, dass die „wilden Provokationen" der „israelischen Besatzung" während des Fastenmonats Ramadan „systematisch und geplant eine Explosion herbeiführen sollen", so die „palästinensische" Nachrichtenagentur WAFA am 4. April. Es drohe ein „offener religiöser Krieg, der die Fundamente für Frieden und Sicherheit zum Einstürzen bringen könnte." Am 19.4. kündigte der israelische Premierminister Naftali Bennett an, den Tempelberg für den Rest des Ramadans für Juden zu sperren.

„Märtyrerrenten": Deutschland und EU-Hauptgeldgeber

Es ist unklar, wieviel Geld die „Palästinensische" Autonomiebehörde aus Deutschland und der EU erhält. Laut EU-Finanztransparenzportal erhielt die PA 152,58 Mio. Euro von der EU im Jahr 2020. Laut Finanzberichten der PA waren es jedoch 217.717.141 Euro, so Palestinian Media Watch (PMW). Laut PMW fielen die EU-Ausgaben 2021 nach Kritik an den gewaltverherrlichenden Schulbüchern der PA (siehe unten) auf nur noch 27.846.206 Euro.

Laut Entwicklungsministerium liegt das jährliche Budget der Bundesregierung für die PA bei 56,2 Mio. Euro. Hinzu kämen „UN-Organisationen und Nichtregierungsorganisationen" (NGOs), wie das umstrittene UN-Hilfswerk UNRWA. Laut Israel Behind the News waren Deutschland und die EU 2020 die weltweit größten Geldgeber an die UNRWA (D: 210.384.339 $; EU 2020: 157.059.235 $).

Die Bundesregierung weigert sich offenzulegen, wieviel Steuergelder an welche NGOs in Israel und den „Palästinensischen" Autonomiegebieten gehen. Diese seien „als Verschlusssache mit dem Geheimhaltungsgrad 'VS-Vertraulich' eingestuft", so die Bundesregierung am 18.5.2021 auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Markus Frohnmaier.

Laut Palestinian Media Watch bezahlt die PA weiterhin die sogenannten „Märtyrerrenten" an Terroristen und deren Familien. 2021 waren es laut PMW 270,75 Mio. $, darunter 193,16 Mio. $ an inhaftierte und wieder freigelassene Terroristen, und 77,59 Mio. $ an verwundete Terroristen und die Familien von getöteten Terroristen.

„Diese riesige Summe ging an höchstens 5000 inhaftierte Terroristen, höchstens 12000 wieder freigelassene Terroristen und höchstens 40.000 Familien von getöteten Terroristen," schreibt PMW.

Die „Welt" zitierte eine Studie des Mideast Freedom Forum Berlin (MFFB), nach der Hinterbliebenen von „Märtyrern" monatlich zwischen rund 100 und 350 Euro als lebenslange Rente erhielten. „Gefangene erhalten je nach Dauer der Haft und weiteren Kriterien zwischen 329 und 2823 Euro pro Monat. Zum Vergleich: Im Jahr 2017 lag das durchschnittliche Monatseinkommen im Westjordanland unter 700 Euro", so Frederik Schindler in der „Welt".

Die Bundesregierung bestreitet, „Märtyrerrenten" zu bezahlen. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, Michael Roth (SPD), erklärte gegenüber der „Welt": „‚Märtyrer'-Renten dürfen niemals finanziert werden - weder direkt noch indirekt. Die Bundesregierung hat mir gegenüber versichert, dass sie strenge Kriterien an die Vergabe von deutschen Unterstützungsleistungen legt und alle ihre Partnerorganisationen in den palästinensischen Gebieten überprüft." Der außenpolitische Sprecher der Bundesregierung Nils Schmid behauptete, dass die Zahlungen der Bundesregierung „jeweils projektbezogen und mit klaren Zielsetzungen" gewährt würden und die Bundesregierung keine „Märtyrerrenten" finanziere.

Der „Palästinenser-Präsident" Mahmud Abbas sagte dagegen am 7.2.2022 laut der offiziellen PA-Tageszeitung Al-Hayat Al-Jadida, „Wir widmen all unsere Aufmerksamkeit den Gefangenen. Auch wenn wir nur noch einen Cent hätten, würde wir ihn an diese Helden bezahlen, die wir zu schützen haben".

Khan Younes: Hamas-Kämpfer feiern die Anschläge auf israelische Zivilisten

Am 8. Februar bekräftigte Abd Al-Ilah Atteereh, Mitglied des Revolutionären Fatah-Rates im PA-TV, „Gestern verkündete der PLO-Zentralrat unter Präsident Abbas, dass unser letzter Cent an die Märtyrer und Verwundeten gehen wird, trotz allem Druck, der von Europäern, Amerikanern und Israelis auf uns ausgeübt wird, die uns sagen, zahlt ihnen Sozialhilfe anstatt diese Gehälter" (Märtyrerrenten).

Hass und Gewalt in palästinensischen Schulbüchern

Neuerdings scheint sich die EU nicht mehr alles gefallen lassen zu wollen. Selbst eine extrem weichgespülte Studie des Georg-Eckert-Instituts Braunschweig 2021 im Auftrag der EU musste feststellen, dass PA-Schulbücher „die Legitimität des Staates Israel" in Frage stellen, „anti-semitische Motive" verwenden, den Dschihad feiern und die Schahid preisen, „die bei gewaltsamen Angriffen auf Israel getötet wurden", und „Gewalt durch Palästinenser auch gegen zivile Opfer als legitime Form des Widerstands" darstellen.

Die israelische NGO IMPACT-SE warf dem Georg-Eckert-Institut im Januar vor, die falschen Schulbücher geprüft zu haben und eklatante Beispiele für Antisemitismus und Gewaltaufrufe ignoriert zu haben. Das Eckert-Institut sei von der PA ausgesucht worden und „nicht die beste Wahl" für diese Aufgabe, da es ihr an Verständnis für die arabischen und hebräischen Sprachen und Kulturen fehle.

Eine Gruppe von EU-Parlamentariern der Europäischen Volkspartei (EVP) und Europäischen Konservative und Reformer (EKR) schrieb daraufhin am 1. März an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und drückte ihre „Sorge" aus, dass die Kommission „nicht genügend auf die antisemitische Hetze durch die „Palästinensische" Autonomiebehörde und die Dämonisierung Israels durch ausländische Aktivisten" reagiert habe.

„Seit mehreren Jahren verfolgen wir mit großer Sorge, wie die Schulbücher der „Palästinensischen" Autonomiebehörde Schulkinder anregen, Juden zu hassen und Terroristen nachzueifern… Diese Situation ist nicht tragbar, vor allem, da die EU die Gehälter der Lehrer bezahlt, die diese hasserfüllten Lehrbücher verwenden… Jahrelange Verhandlungen mit der PA und wiederholte Versprechen der Kommission von „null Toleranz" des Antisemitismus haben leider keine Veränderung hervorgebracht. „Palästinensische" Kinder werden missbraucht und zum Hass erzogen. Von der PA eine Änderung dieser Schulbücher zu verlangen ist keine Anmaßung, sondern eine Selbstverständlichkeit."

Falls die PA sich weiterhin verweigere, müsse die EU-Kommission die Finanzierung der PA reduzieren, so die EU-Abgeordneten, darunter von der SPD Dietmar Köster, von der FDP Nicola Beer, von der CSU Monika Hohlmeier und von der CDU Stefan Berger, Lena Düpont, Niclas Herbst, Sabine Verheyen und Marion Walsmann. Abgeordnete der Fraktion Identität und Demokratie (I&D), sowie der fraktionslosen ungarischen Fidesz, die sich 2020 an einem ähnlichen Aufruf beteiligt hatten, wurden nicht gefragt.

Dabei hatte der Berichterstatter für die EU-Haushaltsentlastung 2019 Joachim Kuhs (I&D) 2021 dafür gesorgt, dass in dem Haushaltsbericht die Sorge „über die Hetze und die Gewalt, die in „palästinensischen" Schulbüchern gelehrt" wird, aufgenommen wird. Der Bericht fordert nun, „dass sämtliches Schulmaterial, das nicht mit diesen Standards übereinstimmt, sofort entfernt wird" und „besteht darauf, dass die Zweckbindung von EU-Mitteln für die Gehälter von Lehrkräften und Beamten im Bildungswesen davon abhängig gemacht werden muss, dass das Lehrmaterial und die Lehrinhalte den UNESCO-Standards genügen."

Dem Haushaltskontrollausschuss des EU-Parlaments liegt nun ein Antrag vor, das beinhaltet, „problematische und hasserfüllte Material in palästinensischen Schulbüchern" zu verurteilen. Das zahnlose EU-Parlament hat jedoch keine weitere Handhabe, außer die Kommission „aufzufordern, die Lehrpläne gewissenhaft zu prüfen."

Illegale Landnahme durch die Araber: EU finanziert umstrittene Projekte im Westjordanland

Ein offizieller Bericht des israelischen Geheimdienstministeriums, zeigt kritisch auf, wie Brüssel die illegale arabische „Vereinnahmung" von Gebieten in Judäa und Samaria durch die „Palästinensische" Autonomiebehörde finanziert, die jüdisches Stammland sind und außerdem international als unter israelischer Kontrolle stehend anerkannt wurden. (JR)

Von Akiva Van Koningsveld/ Redaktion Audiatur

In dem Dokument wird detailliert beschrieben, wie ausländische Regierungen Hunderte von Millionen Euro in „palästinensische" Projekte im Gebiet C des Westjordanlandes (auch bekannt als Judäa und Samaria) geleitet haben, was ein Verstoß gegen das einschlägige Völkerrecht und die geltenden Vereinbarungen darstellt, insbesondere gegen die Osloer Abkommen, die den derzeitigen Status des Gebiets regeln.

Darüber hinaus haben die „Palästinensische" Autonomiebehörde (PA) und ihre europäischen Unterstützer durch die Umgehung der Verhandlungen mit Israel die Aussichten auf Frieden verschlechtert und gleichzeitig das Leben von Israelis und „Palästinensern" gefährdet.

Laut dem Bericht mit dem Titel „The Palestinian Campaign for Area C – Shaping a Security Reality on the Ground, Description and Implications" (Die „palästinensische" Kampagne für das Gebiet C – Schaffung einer Sicherheitsrealität vor Ort, Beschreibung und Auswirkungen) führt die PA-Verwaltung in Ramallah eine bewusste, konzertierte Aktion an, um das gesamte Westjordanland unter „palästinensische" Gerichtsbarkeit zu stellen.

Zu diesem Zweck haben die „Palästinenser" mit EU-Mitteln Tausende von illegalen Bauten errichtet und sich Dutzende von Quadratkilometern landwirtschaftlicher Nutzfläche angeeignet.

Der 76-seitige Untersuchungsbericht, der im Juni 2021 erstellt, aber erst in diesem Jahr freigegeben und veröffentlicht wurde, beschreibt:

[...] das systematische, institutionelle Bestreben des gegnerischen [palästinensischen] Establishments, die sicherheitspolitische und zivile Realität in den C-Territorien in einer Weise zu verändern, die die Autorität des [israelischen] Staates untergräbt und die Verpflichtungen unterläuft, die die Palästinensische Autonomiebehörde im Rahmen dieser [Osloer] Abkommen eingegangen ist.

Israelische Geheimdienstinformationen deuten darauf hin, dass die EU Ramallah seit 2014 nicht nur die finanziellen Mittel für ihr Landnahmeprojekt zur Verfügung stellt, sondern dass der Block der 27 Länder die „Palästinensische" Autonomiebehörde auch mit konkreter, umsetzbarer, rechtlicher und diplomatischer Unterstützung versorgt – entgegen Europas eigenem Bekenntnis zum Osloer Rahmen und zu direkten Friedensverhandlungen mit Israel.

Geld auch aus der Schweiz

Laut dem Bericht des israelischen Geheimdienstes hat die „Palästinensische" Autonomiebehörde in den letzten acht Jahren über eine halbe Milliarde Dollar erhalten, um „einseitige Landnahmeaktionen" durchzuführen. Nach Angaben des israelischen Geheimdienstes werden diese Mittel Ramallah von „ausländischen Regierungen (Niederlande, Dänemark, Schweden, Frankreich, Schweiz, Großbritannien, Belgien, Deutschland, Türkei, Katar, Jordanien), einer Reihe von internationalen Unterstützungsagenturen, Wirtschaftsorganisationen wie der Weltbank, UN-Organisationen und der Europäischen Union sowie – über getrennte Kanäle – von verschiedenen arabischen und islamischen Organisationen zur Verfügung gestellt".

Der Bericht fährt fort:

Unterm Strich wurden im Rahmen der Gebietseroberung in [Gebiet C] zwischen 35.000 und 40.000 Bauten errichtet, die für verschiedene Zwecke, darunter Landwirtschaft und Industrie, bestimmt sind. Diese Bauten erstrecken sich über eine Fläche von etwa 35 bis 80 Quadratkilometern. Es ist anzumerken, dass die bedeutendste Zunahme in absoluten Zahlen in der nördlichen Samaria-Region zu verzeichnen war, wo die Fläche der durch den palästinensischen Bau in Gebiet C beschlagnahmten Ländereien um über 150 % zunahm.

Die von der Regavim-Bewegung, einer israelischen Nichtregierungsorganisation, die sich mit Fragen des Landbesitzes befasst, veröffentlichten Daten zeigen, dass Palästinenser in den letzten zwei Jahren mindestens 5.097 illegale Bauten in Gebiet C errichtet haben, also durchschnittlich sieben pro Tag. Im gleichen Zeitraum beschlagnahmte die Palästinensische Autonomiebehörde Tausende von Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in diesem Gebiet.

Der Bericht ergänzt:

Es muss darauf hingewiesen werden, dass diese Aktivitäten auch die Schädigung von Naturgütern (Bauarbeiten in Naturschutzgebieten, illegale Steinbrüche, Umweltverschmutzung und Abfallablagerung), die Schädigung von Altertümern (es gibt etwa 10.000 archäologische Stätten in Judäa und Samaria) und die Forderung, einen Teil davon in muslimische Stätten umzuwandeln, umfassen.

Diese Aktivitäten untergraben nicht nur die Aussichten auf eine friedliche Beilegung eines angeblichen Territorialkonflikts, sondern sind auch nach internationalem Recht illegal.

Die Osloer Abkommen und das Völkerrecht

Nach der Unterzeichnung der Osloer Abkommen, einer Reihe von Vereinbarungen, die in den 1990er Jahren zwischen Israel und der „Palästinensischen" Befreiungsorganisation (PLO) geschlossen wurden, erhielt die neu gegründete „Palästinensische" Autonomiebehörde die Kontrolle über die Gebiete A und B des Westjordanlandes, in denen 90 % der arabischen Bevölkerung leben. In der Zwischenzeit sollte Israel die vollständige Kontrolle über das Gebiet C behalten, in dem sich alle jüdischen Gemeinden des Westjordanlandes befinden.

Aus dem Bericht des Geheimdienstministeriums geht jedoch hervor, dass:

Seit der Umsetzung der Osloer Abkommen in Judäa und Samaria und der Aufteilung des Landes haben die „Palästinenser" Maßnahmen ergriffen, um Land in Gebiet C zu besetzen. Seit 2009 (Fayyad-Plan) werden diese Bemühungen zentral von der „Palästinensischen" Autonomiebehörde (2009) gesteuert, um einen Staat "von unten" zu errichten, indem einseitig Fakten vor Ort geschaffen werden sollen und da die Behörde erkannt hat, dass sie nicht in der Lage ist, eine politische Lösung zu ihren eigenen Bedingungen voranzutreiben.

Dennoch haben die Osloer Abkommen völkerrechtlichen Bestand, wie der ehemalige Anwalt im Büro des Rechtsberaters des US-Außenministeriums, Geoffrey R. Watson, in seinem Buch „The Oslo Accords: Internationales Recht und die israelisch-palästinensischen Friedensvereinbarungen" erläutert. Obwohl die PLO anfangs nicht in der Lage war, internationale Verträge im herkömmlichen Sinne abzuschließen, stellen die Osloer Abkommen nach dem Völkergewohnheitsrecht tatsächlich rechtsverbindliche Vereinbarungen zwischen Israel und der „palästinensischen" Behörde dar.

Gefährdet die EU einen Verhandlungsfrieden zwischen Israel und der „Palästinensischen" Autonomiebehörde?

Das Interimsabkommen von 1995 – das auf der Prämisse beruhte, dass die so genannten Fragen des endgültigen Status zwischen den Parteien (wie z. B. der Verlauf der endgültigen Grenzen Israels) in späteren Verhandlungen geklärt werden würden – legte fest, dass im Gebiet C ohne die Genehmigung der Zivilverwaltung des israelischen Verteidigungsministeriums nicht gebaut werden darf. Gleichzeitig machen die Osloer Dokumente deutlich, dass die Parteien nie ein israelisches Bauverbot im Westjordanland vereinbart haben.

Trotz der wiederholten Drohungen des Präsidenten der „Palästinensischen" Autonomiebehörde Mahmoud Abbas, „alle Verpflichtungen des Osloer Abkommens" aufzukündigen, bleiben die vereinbarten Bestimmungen in Kraft und sind in einigen Fällen vorrangig vor möglichen Forderungen der „Palästinensischen" Autonomiebehörde, die sich aus den Genfer Konventionen ergeben.

Nach internationalem Recht können Verträge nämlich nur unter ganz bestimmten Umständen einseitig gekündigt werden. Das Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge besagt, dass Parteien internationaler Vereinbarungen in Ermangelung ausdrücklicher Kündigungsklauseln im Allgemeinen nur unter ganz bestimmten Umständen einseitig zurücktreten können, was im Fall der israelisch-palästinensischen Abkommen nicht zutrifft.

Daher sind sich die meisten Rechtsgelehrten einig, dass die Vereinbarungen zwischen Jerusalem und Ramallah – auch unter Berücksichtigung der fortwährenden Verstöße der „Palästinensischen" Autonomiebehörde gegen die Osloer Abkommen – in vollem Umfang in Kraft bleiben.

Die fortdauernde Bedeutung der Osloer Abkommen wurde erst kürzlich von dem langjährigen Diplomaten Dennis Ross bekräftigt, der zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Abkommen als Nahost-Gesandter des ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton fungierte. „Diese Abkommen, die von der internationalen Gemeinschaft gebilligt wurden, bilden bis heute den Eckpfeiler des bilateralen Friedensprozesses und bestimmen weiterhin die Beziehungen zwischen den Parteien", schrieb Ross in einer Eingabe an den Internationalen Strafgerichtshof im Jahr 2020.

Aber die illegale Landnahme durch die PA und die EU im Gebiet C erschwert die Umsetzung der Osloer Vereinbarungen, da die subversive Maßnahme laut dem israelischen Geheimdienstbericht darauf abzielt, „unumkehrbare Fakten [...] vor Ort zu schaffen, die weitreichende Auswirkungen auf ein zukünftiges politisches Abkommen haben".

In dem Bericht wird auch betont, dass die Landnahme bereits jetzt das Leben von Israelis und Palästinensern gleichermaßen gefährdet:

[...] Diese palästinensischen Aktivitäten haben zu einer erheblichen Einschränkung der Bewegungsfreiheit auf den Hauptverkehrsadern der Region geführt und die "Verkehrskorridore" aus der Oslo-Ära in "Fahrspuren" umgewandelt, die überwacht werden und bedroht sind, was die Sicherheit des Verkehrs auf Abschnitten einiger der wichtigsten Routen beeinträchtigen könnte [...]

Seit fast drei Jahrzehnten setzt sich die Europäische Union für eine „Zweistaatenlösung auf der Grundlage der Osloer Abkommen und des Völkerrechts" ein und warnt häufig vor vermeintlichen „einseitigen Abweichungen Israels von den Osloer Abkommen". Erst im vergangenen Jahr berief sich der europäische Gesandte im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ausdrücklich auf die Abkommen, um angebliche einseitige israelische Schritte im Westjordanland zu bekämpfen.

Während Europa Lippenbekenntnisse zur Notwendigkeit direkter Gespräche zwischen den beiden Parteien auf der Grundlage früherer Vereinbarungen abgab und der damalige deutsche Außenminister Heiko Maas im Mai 2021 erklärte, es gebe „keine Alternative zu direkten Gesprächen zwischen Israelis und Palästinensern", unterstützt Brüssel eindeutig einseitige Schritte der „Palästinensischen" Autonomiebehörde.

Die illegale Kampagne der PA im Gebiet C des Westjordanlandes wird von den europäischen Steuerzahlern finanziert und verringert effektiv die Aussichten auf einen Verhandlungsfrieden zwischen Israelis und „Palästinensern".

Der Autor ist Mitarbeiter von Honest-Reporting, einem in Jerusalem ansässigen Medienbeobachtungsdienst mit Schwerpunkt auf Antisemitismus und israelfeindlichen Tendenzen, wo dieser Artikel zuerst auf Englisch erschien.

Antisemitismus und Antizionismus in linken Parteien

Linker Antisemitismus kommt nicht nur seit Jahrzehnten als brachialer Antizionismus daher, sondern operiert auch subtiler, unter dem Deckmantel der links-sozialen Weltanschauung. So ist er in großen Teilen der nach links driftenden westlichen Welt salonfähig geworden und wird es zum Nachteil des jüdischen Staates täglich mehr. (JR)

Von David Niederhofer/ Achgut.com

WIKIPEDIA

Der Antisemitismus wird in linken Kreisen oft als „Israel-Kritik" verpackt

Wenn in heutigen Beiträgen und Diskussionen von Antisemitismus die Rede ist, dann wird dies im westlich-mitteleuropäischen Kulturkreis nahezu ausschließlich mit einer pauschalen Judenfeindlichkeit aus dem nationalistisch-völkischen mitunter rassistischen (Parteien-)Spektrum verortet. Wenn von einer rechtsnationalen Partei eine „180-Grad-Wende der deutschen Erinnerungskultur" und einem „Denkmal der Schande" gesprochen wird und die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland als „Vogelschiss der Geschichte" bezeichnet wird, ist jedem auch nur mittelmäßig gebildetem Beobachter klar, dass versucht wird, das anerkannte Geschichtsbild mittels Geschichtsrevisionismus, einer pseudowissenschaftlichen Geschichtsfälschung, zu verändern.

Wenn diese Andeutungen manchem Bürger noch zu zweideutig sind, so werden mit Aussagen wie der, dass die wahre Macht bei denen läge, die Geld hätten, wie der Familie Rothschild, eindeutig in rechten Verschwörungstheorien festgemacht. Ein in rechtspopulistischen Kreisen beliebtes Muster ist das Stereotyp, alles Geld der Welt und alle Macht, die man dadurch erlangen kann, läge in Händen jüdischer Familien. Aussagen eines Vertreters einer österreichischen rechtspopulistischen Partei, George Soros, ein US-amerikanischer Philanthrop und Investor ungarischer Herkunft und jüdischen Glaubens, sei an der Flüchtlingskrise 2015 schuld, reihen sich in einen Kreis althergebrachter Mythen als eine Art moderner Adaption der Brunnenvergiftung ein. Nur Personen, die selbst ideologisch in diesem Kreis verwurzelt sind, verleugnen die antisemitische Durchsetzung dieser Parteien.

Anders der Antisemitismus im linken (Parteien-)Spektrum. Dieser verhält sich nicht nach der Methode „Vorschlaghammer", sondern integriert sich subtiler in die linke Ideologie, die mitunter ohne diese tradierten Ressentiments ihres Kerns beraubt wäre. Man mag meinen, dass sich gerade in linken, bisweilen intellektuellen Kreisen Ressentiments gegen Jüdinnen und Juden oder das „Jüdisch-sein" als abstrakten Begriff nicht durchsetzen könnten oder gar im Widerspruch zu den Parolen der klassenlosen Gesellschaft stünden; hingegen wird durch die Aufteilung der Welt in Gut und Böse und der damit einhergehenden Personalisierung des Bösen der Blick auf eine von außen vermeintlich konkrete und leicht zu separierende Gruppe gelenkt. So kann man dem linken Lager in seiner Gänze intellektuell nicht absprechen, die nötigen theoretischen und rhetorischen Mittel für eine Abstrahierung der gesellschaftlichen Missstände zu besitzen, doch gerade in plakativen, bisweilen populistischen Strömungen wird die Einfachheit des Schubladendenkens der einer differenzierten Debatte vorgezogen.

Linke fallen beim 3-D-Test für Antisemitismus durch

Mit der von Laien schwer zu setzenden Grenze zwischen einer – wenn fachlich differenziert – in Teilen nachvollziehbaren Israel-Kritik über einen Antizionismus, der Ablehnung des Staates Israel, bis hin zum Antisemitismus spielen frühere und heutige politisch linke Gruppierungen gerne. Um dennoch eine verständliche, auch für in diesem Thema wenig bewanderte Menschen einen Leitfaden zur richtigen Zuordnung an die Hand zu geben, wurde 2003 von Natan Sharansky, dem damaligen Minister Israels für soziale Fragen, der „3-D-Test für Antisemitismus" entwickelt. So können Aussagen, die entweder Israel dämonisieren, sprich beispielsweise „palästinensische" Flüchtlingslager mit dem Vernichtungslager Auschwitz gleichzusetzen suchen oder im wahrsten Sinne des Wortes mit Satan gleichsetzen, nebst dem Aufdecken von Doppelstandards, wie UNO-Resolutionen gegen Menschenrechtsverletzungen gegen Israel, nicht jedoch gegen China, Venezuela oder andere diktatorisch regierte Staaten, bis hin zur Delegitimierung, also der Negierung des Existenzrechts des Staates Israel, auf einen antisemitischen Kern überprüft werden.

Dass Antisemitismus und Antizionismus nicht das Wesensmerkmal der linken Politik sind, zeigt sich gerade auch im Hinblick auf eine der vier ursprünglichen Richtungen des Zionismus, dem „Sozialistischen Zionismus". Die „Sozialistischen Monatshefte – Internationale Revue des Sozialismus", eine besonders den Revisionisten in der SPD nahestehende Zeitschrift, hat ab etwa 1907 den Zionismus gefördert und diesen gar als sozialistische Kulturpolitik gelobt.

Etwa zur gleichen Zeit, mitunter auch davor, begann bereits in Teilen der sozialistischen Arbeiterbewegung und kleinem Bürgertum die Ablehnung des Zionismus; zunächst weniger verbunden mit Antisemitismus, vielmehr betrachtet als Selbstaufgabe der Zionisten vor den antisemitischen Angriffen aus dem rechten Lager und damit der Erfüllung der Forderungen nach Ausschluss der Juden in der sogenannten Judenfrage durch eigene Auswanderung.

In den frühen Jahren der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) war, getragen von der Ablehnung der Vorstellung eines sogenannten Siedlungskolonialismus in Palästina, der Antizionismus weit verbreitet. Durch die Klassifizierung der Juden als Aggressor in Palästina wird vielleicht nicht erstmals, aber mit Sicherheit am deutlichsten antisemitisches Gedankengut innerhalb der Partei sichtbar. Dies gipfelte in

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU" SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

einem Antrag auf dem Leipziger Parteitag, als versucht wurde, die Mitarbeiter der Sozialistischen Monatshefte aus der Partei auszuschließen. Gerade die einseitige Glorifizierung des arabischen Palästinas und die Ablehnung jeglicher Wünsche der nahezu weltweit verfolgten Juden nach einem eigenen geschützten Bereich im Heiligen Land waren von nun an fester Bestandteil der Programme linker Parteien. Auch eine aufgeheizte Neiddebatte drang in der Sozialdemokratie der Jahrhundertwende nach vorne. Während die „deutschen" Arbeiter seltener höhere Berufe oder gar Hochschulbildung erreichten, war besonders die Quote der Abiturienten und der Sozialaufsteiger innerhalb der jüdischen Bevölkerung stärker ausgeprägt. Mit dem immerwährenden Kampf gegen das Bürgertum wurden auch diese jüdischen Sozialaufsteiger und mit ihnen aliquot die ganze jüdische Gemeinschaft rhetorisch bekämpft.

Kommunisten schon vor Gründung Israels gegen Zionismus

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Erstarken des rechtsnationalen Lagers sowie der Gründung der KPD als Abspaltung der SPD erstarkte ein neuer, durch virulente Stereotypen und die Fokussierung auf den bereits in der SPD bekämpften Antiimperialismus geprägter linker Antisemitismus. Das Parteiorgan der KPD, die Zeitschrift Rote Fahne, titelte beispielsweise mit der ersten Überschrift: „Zionismus – Kettenhund des englischen Imperialismus. Zum Wiener Zionistenkongreß". Ab Ende 1920 wurde Zionismus von der Kommunistischen Partei Deutschlands dem Faschismus gleichgesetzt. In dieser Debatte wurden bereits zionistisch und jüdisch synonym verwendet. So titelte die Rote Fahne dann konsequenterweise von jüdischem Faschismus. Während sich die SPD der Weimarer Republik vom Gedanken des Antizionismus und Antisemitismus abwandte, verstärkte die KPD die Agitation und beschrieb die jüdischen Menschen in Palästina als europäische Parasiten, gegen die sich zu wehren kein nationalistischer Fanatismus, sondern eine soziale Tat sei.

Auch sickerte das völkische Vokabular von Rassen und die Gleichsetzung der jüdischen Bevölkerung mit einer Rasse im ethnischen Sinne in den linken Sprachduktus ein. Auch Angriffe der arabischen Nationalisten in Palästina auf die Kommunistische Partei Palästinas, die eine rein jüdische Partei war, taten der uneingeschränkten Parteinahme für die arabische Nationalbewegung keinen Abbruch. Mit dem Pogrom 1929, bei dem 133 Juden in Palästina von Arabern ermordet wurden, trat eine Zäsur ein. Zwar wurde am Rande darüber berichtet, die Hintergründe jedoch verschwiegen, eine weitere Berichterstattung über Palästina fand in der Roten Fahne nicht mehr statt, stattdessen wurde der Antizionismus wieder auf den Fokus Deutschland gemünzt. Auch nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933 war der Antizionismus noch Teil der Partei-DNS der KPD, während sich die SPD der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz verweigerte, ebenso zwangsweise aufgelöst wurde und damit im Dritten Reich im Widerstand befand.

Der Opportunismus der SPD zeigte sich dann nach 1945, als schützend die Hand über Parteigenossen gehalten wurde, die eigene Parteifreunde an die Gestapo verraten hatten, gleichzeitig mit dem Verschweigen der eigenen Wohltaten. Auch stand Genossen, die zuvor NSDAP-Mitglieder waren, die Tür offen. Wohingegen der Umgang der SPD und linksliberaler Strömungen mit der jüdischen Bevölkerung ab Ende der 1940er Jahre durch einen ausgeprägten Philosemitismus geprägt war. Eine Aussöhnung mit dem 1948 gegründeten Staat Israel stand in der SPD im Vordergrund; so stimmte diese für die Ratifizierung des „Wiedergutmachungsabkommens" des Bundestags 1953. Die KPD stimmte gegen die Ratifizierung. Auch trieb die SPD die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel voran.

Mit ideologischem Rüstzeug gegen die Juden

Der Wendepunkt in der Betrachtung des Staates Israels trat mit den Ereignissen um den Sechs-Tage-Krieg 1967 ein, ausgelöst durch eine Blockade israelischer Seehandelswege im Roten Meer durch Ägypten, einem ägyptischen Truppenaufmarsch im Sinai und dem anschließenden Präventivschlag durch die israelische Armee. Mit dem Verbot der KPD 1956 und der Erstarkung der Außerparlamentarischen Opposition begannen Vertreter der neuen radikalen Linken zu einem historisch brisanten Datum, am 9. November 1969 (Jahrestag der sogenannten Reichskristallnacht) mit Angriffen auf jüdische Denkmäler. Im Gemeindehaus der jüdischen Gemeinde wurde zudem eine Brandbombe platziert. Aus dieser Bewegung entstanden in Folge die „Revolutionären Zellen", die 1976 maßgeblich an der Entführung eines französischen Airbus mit 258 überwiegend jüdischen Passagieren nach Entebbe (Uganda) beteiligt waren.

Mit 2005 wurde mit dem BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) eine Kampagne unter linken Gruppierungen, beispielsweise mit Unterstützung der Die Linke Nachwuchsorganisation Linksjugend Solid ins Leben gerufen, die zum Boykott des Staates Israel und seiner Bürger, undifferenziert jedoch vor allem jüdischer Wirtschaftstreibender aufruft. Das Ziel der BDS-Kampagne ist jedoch die Abschaffung des israelischen Staates. Ein bewaffneter Konflikt, um dieses und weitere Ziele zu erreichen, wird nicht ausgeschlossen. Dessen ungeachtet werden BDS-Aktivisten von linksgeprägten kommunalen Vertretern hofiert: 2015 erhielt eine BDS-Gruppe eine Ehrung der Stadt Bayreuth. Der Antizionismus in der SPD hat sich auf niedrigem, teils nicht nach außen wahrnehmbarem Niveau gehalten, bis im Jahr 2020 die Parteijugend (Jusos) mittels Parteitagsbeschluss die offen extremistische Fatah-Jugend als Partnerorganisation anerkannte und ihr ein Vetorecht für Juso-Beschlüsse einräumte. Außerdem entschuldigten sich die Jusos für pro-israelische Beschlüsse.

Gerade die neuere Zeit zeigt auf, dass sich der Antisemitismus der linken Parteien gewandelt hat, er versucht nicht mehr, die Juden als eigene Gruppierung direkt anzugreifen, sondern bedient sich, wie im populistischen Handeln üblich, einfach wirkender Vehikel wie einem stilisierten Kampf zwischen dem vermeintlich übermächtigen, vom internationalen Finanzkapital getragenen Israel gegen den angeblichen palästinensischen Underdog, der einer Überfremdung durch zionistischen Imperialismus erlitten habe. Durch die vor allem stark in das intellektuelle Milieu reichenden Sympathien und Unterstützungen der BDS-Bewegung wird ein unterschwelliges antizionistisches Denken mit latentem Antisemitismus bis hin in den Hochschulbetrieb gefördert. Der rechte Antisemitismus ist zwar sichtbarer, und durch einzelne Gewalttaten wird ein Klima der Angst geschürt, jedoch ist der linke Antisemitismus in dieser Relation gefährlicher, weil er den Antisemitismus unter dem Deckmantel der links-sozialen Weltanschauung wieder salonfähig macht.

David Niederhofer, 1988 in München geboren, ist Startup-Unternehmer in Wien und studiert Judaistik an einer Fern-Uni.

Frieden im Nahen Osten nach Art der Linken

Die Jugendorganisation der Linkspartei „solid" hat einen sogenannten Vier-Punkte-Plan für den Frieden im Nahen Osten erarbeitet. Diese Lösung, wen mag es verwundern, spricht Israel quasi das Existenzrecht ab. Ein jüdischer Staat, ohne Zionismus, ohne eigene Identität, das gefällt so manchem Linken. (JR)

Von Henryk M. Broder/ Achgut.com

„Das Problem ist: Mach einem Bekloppten klar, dass er bekloppt ist." – Man kann diesen Satz von Dieter Bohlen nicht oft genug zitieren, fasst er doch in wenigen Worten zusammen, wofür professionelle Denker hunderte engbedruckte Seiten brauchen. Nur Adornos Diktum – „Es gibt kein richtiges Leben im falschen" – kann da mithalten. In der Tat: Das Beklopptsein artikuliert sich am deutlichsten in der Unfähigkeit des Bekloppten, den Zusammenhang zwischen Ursache und Wirkung zu erkennen. Wer angesichts des russischen Aufmarsches an den Grenzen zur Ukraine meint, die Ukrainer auffordern zu müssen, mit dem „Säbelrasseln" aufzuhören, der ist bekloppt, auch wenn er seine Haltung eloquent vertreten kann.

Nicht nur Individuen agieren bekloppt, auch Gruppen neigen zu diesem Verhalten, und je kleiner und unbedeutender sie sind, umso bekloppter treten sie auf.

Die Berliner Sektion der Jugendorganisation der Linkspartei namens „solid" hat auf ihrer Landesversammlung am letzten Wochenende eine Reihe von wegweisenden Beschlüssen gefasst. Darunter auch einen Vier-Punkte-Plan zur Lösung des Nahostkonflikts. Punkt eins: „Die Anerkennung Israels als Apartheidstaat". Punkt zwei: „Rückkehrrecht aller Palästinenser". Punkt drei: Die Anerkennung des „Zionismus als nationalistische, reaktionäre Ideologie". Punkt vier: „Errichtung eines einzelnen binationalen, sozialistischen Staates", irgendwo in Palästina.

Ja, so könnte es gehen. So könnte der Nahost-Konflikt gelöst werden, friedlich und gewaltfrei, noch bevor der Hahn dreimal kräht. Die Frage, was die Israelis und die „Palästinenser" von einem solchen binationalen, sozialistischen Staat halten, in dem sie nach dem Willen der „solid"-Jugend leben sollen, wird nicht einmal der Höflichkeit halber gestellt. Wann und wo ein „binationaler sozialistischer Staat" jemals funktioniert hat, bleibt ebenfalls ungesagt.

Was der antisemitische Nachwuchs der Linkspartei beschließt oder nicht beschließt, ist für das Weltgeschehen von derselben Bedeutung wie der Wasserstand der Altmühl bei Dietfurt für die Baumwollernte in Alabama. Dennoch: Der Judenhass ist eine kreative Bewegung. Nachdem es mit der „Endlösung der Judenfrage" in Europa nicht ganz geklappt hat, soll das Projekt im Nahen Osten vollendet werden. Diesmal unter dem Etikett einer Ent-Zionisierung.

Die wehrlose Bundeswehr

Deutschland war lange Jahre ein sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer bei den USA und den anderen Nato-Partnern und hat die Bundeswehr systematisch zum peinlichen Sanierungsfall gemacht. Neben den maroden Waffensystemen gehen der Bundeswehr außerdem die Soldaten aus. Seit dem Aussetzen der Wehrpflicht, gibt es nur wenige Freiwillige, die sich dem Militärdienst verpflichten wollen. Es lohnt sich für Deutschland einen Blick auf die israelische Armee zu werfen: Die IDF wird von der Gesellschaft geachtet und gehört zu den am besten ausgebildeten, ausgerüsteten und motiviertesten Armeen der Welt. (JR)

Von Jaffa Lyn

Die Hilflosigkeit ist der deutschen Verteidigungsministerin, Christine Lambrecht (SPD), anzusehen

„Deutschlands Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt“, verkündete der damalige Verteidigungsminister Peter Struck und legitimierte damit den Afghanistan-Einsatz im Jahr 2002.

Die hehren Worte des SPD-Politikers Struck verschwiegen allerdings, dass die Sicherheit im eigenen Land nicht gewährleistet war. Und sie ist es bis heute nicht. Deutschland ist nicht „abwehrbereit“. Es wurde gespart an allen Ecken.

Hin und wieder berichteten die Medien darüber: um Fluglizenzen zu erhalten, mussten beim ADAC tausende Flugstunden angemietet werden, von den 128 Eurofightern waren höchstens fünf ohne jede Einschränkung einsatzfähig; dies traf auch auf die 68 Hubschrauber des Typs Tiger zu, ebenso auf die Transporthubschrauber NH90; besonders peinlich, dass von den neuen Transportfliegern A400M nur ein Fünftel der Flugzeuge einsetzbar war, von den Fregatten fünf von 13 und von den Leopard II-Panzern 105 von 244. Es gab Zeiten, da war keines der sechs U-Boote der 212A-Klasse einsatzbereit.

Die Bundeswehr wurde erfolgreich kaputtgespart. Einen Aufschrei gab es aber nicht.

Die Kriege waren bisher weit weg. Deutschland war Exportweltmeister bei Waffenlieferungen, beteiligte sich an Auslandseinsätzen und brachte sich vor allem „moralisch“ ein, aber nahm es mit der Bündnisstreue nicht allzu genau. Das Versprechen gegenüber den NATO-Partnern, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die äußere Sicherheit einschließlich der Bundeswehr, zu investieren, wurde nie eingehalten.

Als Präsident Trump auf dem NATO-Gipfel in Brüssel 2019 von Deutschland höhere Militärausgaben forderte, erhielt er Zustimmung von Unions-Politikern. Der damalige Finanzminister Olaf Scholz lehnte eine Erhöhung der Militärausgaben hingegen strikt ab. Ebenso Hofreiter von den Grünen. Er argumentierte: „Indem sie (Kanzlerin Merkel) sich dieser Aufrüstungsideologie unterworfen hat, hat sie sich gegenüber den USA erpressbar gemacht".

Für die Linkspartei kommentierte Tobias Pflüger, dass Deutschland mit einer Zusage an Trump „fleißig an der Aufrüstungsspirale“ drehe.

Von Aufrüstungsspirale konnte wahrlich nicht die Rede sein. Wie schrieb schon Jonas Hermann in der „Neuen Zürcher Zeitung“ ein Jahr zuvor: „Deutschlands Militär ist ein Sanierungsfall” (NZZ 21.02.2018).

Allen Parteien, allen Abgeordneten im Bundestag war und ist klar, dass Deutschland sich nicht allein verteidigen kann.

Eigentlich ist es ganz einfach: wenn man Verteidigung im Bündnis erwartet, dann muss man sich entsprechend einbringen und fiskalische Zusagen einhalten. Deutschland darf kein sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer der USA und der anderen Bündnispartner sein. Aber genau dies tat Deutschland bisher!

Rhetorisches Bekenntnis zur Sicherheit und die tatsächliche Verteidigung der Sicherheit gingen und gehen in Deutschland da sehr getrennte Wege!

Und wie stand und steht es um die Armee selbst, also vor allem den Soldaten in der Bundeswehr?

Nachdem Finanzminister Wolfgang Schäuble eine drastische Kürzung des Verteidigungsetats anmahnte, nahm der damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg dies zum Anlass, sein Modell „Aussetzung statt Abschaffung“ vorzuschlagen. Am 15. Dezember 2010 beschloss das schwarz-gelbe Bundeskabinett die Änderung. Am 1. März 2011 wurde die Einberufung von Wehrpflichtigen ausgesetzt.

> „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht“ Robert Habeck, amtierender Wirtschaftsminister

Seitdem setzt sich die Armee aus Berufs- und Zeitsoldaten sowie Reservisten zusammen. Deshalb ist die Bundeswehr auf Freiwillige angewiesen. Doch der Bundeswehr gehen die Rekruten aus

Es ist eine schwierige Aufgabe und zeigt, wie es in Deutschland um die Akzeptanz der Bundeswehr bestellt ist.

Die Bundeswehr führt in Deutschland ein Schattendasein. Belächelt oder bedauert, teils sogar beschimpft und bespuckt.

Kriege waren bisher weit weg. Weshalb Soldaten, weshalb die Bundeswehr? Die Einen verspotten die Armee als „Gurkengruppe“, die Anderen stacheln zum Boykott auf. Auch mit militanten Mitteln sind einige Linke bereit, diesen durchzusetzen.

2017 beim G20-Gipfel in Hamburg wurde der Befehl erlassen, dass sich Soldaten nicht in Uniformen zeigen durften – aus Angst um die Sicherheit der Soldaten.

Die ARD thematisierte in der Sendung „Kontraste“ in einer TV-Reportage „Bezahlte Mörder“ (15.12.2016; 21.45 Uhr) das Dilemma, wie Soldaten der Bundeswehr öffentlich angefeindet und missachtet werden.

Stellvertretend dazu diese Erfahrungen und Beiträge aus der Sendung:

Melanie Baum: „Ich war mit meiner vorherigen Einheit auf dem Hamburger Hafengeburtstag, wir waren bis 20.00 Uhr verpflichtet oder wir wurden gebeten, von der Stadt Hamburg, bis 20.00 Uhr eben auch in Uniformen dort aufzutreten. Dann sind wir mit den Uniformen auch raus und da wurde vor uns ausgespuckt und Leute haben uns recht böse angeschaut.“

Sie überlegt sich jetzt zweimal, ob sie in Uniform etwa zum Einkaufen rausgeht und sich verächtlichen Sprüchen aussetzt. Am meisten getroffen hat sie ein Erlebnis in ihrer Heimatstadt.

„Ich war in meiner ehemaligen Schule, hab dort meine ehemalige Klassenlehrerin getroffen. Wir sind ins Gespräch gekommen, sie hat mich gefragt was ich beruflich mache, ich hab ihr dann halt geantwortet: Ich bin Soldat bei der Marine. Und daraufhin hat sie mich dann ‚bezahlter Mörder‘ genannt und mich vom Schulgelände verwiesen.“

Frage:

„Wie war das für sie?“

Melanie Baum: „Schrecklich, verletzend und ein Schlag ins Gesicht, ein verbaler Schlag ins Gesicht.“

„Rekrutierungsveranstaltungen“ sind für die Bundeswehr notwendig, um den Personalmangel auszugleichen

Die Lehrergewerkschaft GEW lehnt Auftritte der Bundeswehr an Schulen strikt ab und ruft bundesweit zu Gegenaktionen auf: beispielsweise mit Farbanschlägen, bewusster Provokation von Soldaten, wer Flyer der Bundeswehr in den Müll wirft, wird mit einem Muffin belohnt, ein Sarg wird aufgestellt zum „Probeliegen“ für künftige Soldaten und viel Kunstblut soll eventuelle Wehrwillige abschrecken.

Zum Schluss der Sendung wird der Militärforscher Klaus Naumann dazu befragt.

„Es ist die merkwürdige Situation entstanden, dass der Soldat den schwarzen Peter für eine mangelnde Begründungsfähigkeit der Politik erhalten hat. Es werden Mandate erteilt, aber die werden nicht ausführlich begründet. Es gibt keine Auswertung der Auslandseinsätze, noch nicht mal des

jahrelangen Afghanistan-Einsatzes, also ein schonungsloses, realistisches Bild von der Lage und den Zielen."

Fazit: Naumann macht die Bundesregierung dafür verantwortlich.

Die SPD in Berlin setzte noch eins obendrauf:

Die Berliner SPD erweiterte auf ihrem Parteitag im März 2019 das Schulgesetz um folgenden Satz: „Es wird militärischen Organisationen untersagt, an Berliner Schulen für den Dienst und die Arbeit im militärischen Bereich zu werben." Begründung: „Für Töten und Sterben macht man keine Werbung." Bei so viel Ablehnung und Hetze darf man getrost die Frage stellen, ob nicht solche Aussagen zu Straftaten gegen die Bundeswehr ermuntert oder sie gar rechtfertigt.

Im Berichtsjahr 2021 wurden mit Stand vom 13. Dezember 2021 insgesamt 113 Anschläge beziehungsweise Straftaten gegen die Bundeswehr verübt (2020: 96). Danach richteten sich 23 Gewalttaten gegen Angehörige der Bundeswehr (2020: 18). Bei den 90 Gewalttaten gegen Sachen der Bundeswehr (2020: 78) waren ein Brandanschlag (2020: drei) und vier Sabotageakte (2020: vier) zu registrieren. (Deutscher Bundestag Drucksache 20/900. Wahlperiode 15.03.2022, Unterrichtung durch die Wehrbeauftragte; Jahresbericht 2021/63)

Das deutsche Parlament hat in seiner Fürsorgepflicht gegenüber den Soldaten versagt. Daran ändern auch nicht die öffentliche Darstellung und Berichterstattung über eine transsexuelle Kommandeurin. Werbung für Transgender-Personen gehören sicher nicht zu den Hoheitsaufgaben der Bundeswehr. Weitaus wichtiger sollte die Gewährleistung der elementaren Ausrüstung und Versorgung der Soldaten sein. Es ist unbegreiflich, dass es den Soldaten und Soldatinnen an wetterfester Unterwäsche mangelt, wie zurzeit die Medien berichten. Es mangelte außerdem an fehlender Achtung und Wertschätzung durch die Regierung. Diese erhalten die Soldaten demnach vor allem durch ihre beherzten Offiziere und Generale.

Um sein Land zu verteidigen, es zu schützen, bedarf es der Liebe zum Land, der eigenen Heimat, zu seinen Bürgern. Wenn dann Politiker wie Robert Habeck verkünden: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wusste mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht", dann motiviert es kaum junge Menschen, als Soldaten ihr Land zu schützen, zu verteidigen – auch auf die Gefahr hin, für dieses Land zu sterben.

Israels Armee IDF

Weshalb werden die Soldatinnen und Soldaten in Eretz Israel so ganz anders als in Deutschland geachtet und geschätzt? „Die Existenz, territoriale Integrität und Souveränität des Staates Israel zu verteidigen. Die Einwohner Israels zu schützen und alle Formen des Terrorismus zu bekämpfen, die das tägliche Leben bedrohen." So beschreibt die israelische Armee (Israel Defense Forces, abgekürzt IDF) ihren Auftrag.

Die israelische Armee zählt zu den bestausgerüsteten im Nahen Osten und gilt weltweit als eine der schlagkräftigsten. Die Kampfkraft der IDF wurde in mehreren großen Kriegen und vielen kleinen Konflikten erprobt. Das Land hat pro Kopf das höchste Verteidigungsbudget der Welt. Die Streitkräfte verfügen über High-Tech-Waffen.

Die meisten Israelis identifizieren sich mit der Armee. Zur israelischen Identität gehört der Dienst in der Armee. Mit der Staatsgründung Israels im Jahre 1948 wurde der Militärdienst für junge Männer und Frauen nach der Schulzeit verpflichtend. Frauen dienen in der IDF zwei Jahre, Männer 32 Monate.

Die Dienstzeit in der israelischen Verteidigungsarmee, der IDF, entscheidet über vieles im weiteren Leben. Besonders beeindruckend: auch „Außenseiter" können ihren Dienst in der israelischen Armee leisten. Dazu gehören beispielsweise auch Autisten. Vor fast zehn Jahren startete das Projekt. Zusätzlich werden die autistischen Soldaten von Psychotherapeuten begleitet. Die Akteure des Programmes erklären, dass es keine Wohltätigkeitsaktion sei. Denn trotz des hohen Aufwandes sei es für die autistischen Soldaten und der Armee eine Win-Win-Situation. Diese Soldaten seien besonders hochmotiviert und akribisch und leisteten einen enormen Beitrag bei der Satellitenaufklärung. Und das in einer Eliteeinheit der Armee.

Jeder kann seine Fähigkeiten, seine Talente nutzen. Körperlich oder psychisch eingeschränkte Israelis können einen Dienst absolvieren. Das Projekt „Special in Uniform" integriert junge Menschen in die Armee. Damit sind sie auch in die israelische Gesellschaft integriert.

Soldaten in Uniformen mit Waffe gehören in Israel zum Straßenbild. Man begegnet ihnen mit Respekt und Achtung. In Zügen oder Bussen ist es eine Selbstverständlichkeit, dass man für Soldaten aufsteht und seinen Platz anbietet. Auch in Restaurants, insbesondere zu Feiertagen werden Soldaten eingeladen, es wird auf Bezahlung verzichtet. Die Dankbarkeit, der Respekt gegenüber den Soldaten ist für alle sichtbar. Warum ist dies so?

Die Israelis wissen, dass nur die Armee das Land und somit auch sie schützen, und sie im Kriegsfall selbst diese Armee sind, als Wehrpflichtige und Reservisten.

Und wie geht es weiter mit der Bundeswehr in Deutschland? Dies weiß wohl keiner. Nicht einmal der hoch geachtete Militärhistoriker Martin van Creveld: „Ich bin kein Deutscher und ich lebe nicht in Deutschland. Obwohl ich mich eingehend mit der deutschen Militärgeschichte beschäftigt habe, ist die heutige deutsche Sicherheit für mich nur von marginalem Interesse. Nicht ich, sondern die Deutschen sollten folgende Fragen beantworten: Hat die Bundeswehr die Kampfkraft, die sie zum Kämpfen braucht? Wenn nicht, warum? Was kann getan werden, um die Situation zu ändern? Wie geht man mit der, wie soll ich sagen, nicht so glorreichen Vergangenheit um? Die Antwort, meine Freunde, kennt ganz allein der Wind."

„The answer is blowing in the wind": So sanft lyrisch es auch klingen mag, uns an Bob Dylan erinnert, die Antwort kann die Bundesregierung nicht wie in den vergangenen Jahren "dem Wind überlassen".

Jetzt muss Tacheles gesprochen werden: Kein Schweigen, keine Ausflüchte, keine halbherzige Kommunikation sind vonnöten, sondern eine glasklare Ansage ist das Gebot der Stunde. Genauso wie eine umfassende Aufarbeitung der pazifistischen Bevormundung, die ein grün-sozialistischer Diskurs jahrzehntelang in Teilen unserer Gesellschaft verankern konnte.

Unser Volk ist mündig und benötigt keine ideologische Bevormundung, egal aus welcher politischen Richtung. Unsere Sicherheit betrifft unser Leben, das Leben unserer Familie, unserer Kinder, unserer Freunde. Und unserer Soldaten!

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau" oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- **Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.**
- **Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.**
- **Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.**
- **Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.**
- **Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.**
- **Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.**

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

Auf Stimmenfang: Baden-Württemberg senkt Wahlalter auf 16 Jahre

Bei der Akquise neuer Wählerstimmen fordern Linke und Grüne wiederholt ein Wahlrecht für Kinder, auch auf Bundesebene - natürlich nicht ohne vorangegangene und ihrer Programmatik entsprechende Indoktrinierung. Das langfristige Ziel ist durchschaubar: Es dient dem Machterhalt der linken und grünen Parteien und man will eine neue, ideologisch leicht manipulierbare, nach links und grün geeichte Wählerschaft generieren. (JR)

Von Vincent Steinkohl

Junge Wähler stimmen tendenziell eher für linke Parteien

Am 6. April hat der baden-württembergische Landtag die Absenkung des Wahlalters von 18 auf 16 Jahre beschlossen.

Was bereits bei Kommunalwahlen in Kraft ist, gilt als neue Regelung im Ländle von nun an auch für Landtagswahlen, Volksbegehren, Volksabstimmungen und andere demokratische Prozeduren.

Die Grün-Schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg folgt damit einem deutschlandweiten Trend. In Bremen, Hamburg, Brandenburg und Schleswig- Holstein sind Landtagswahlen ab 16 bereits in Kraft, Rheinland-Pfalz und Berlin wollen demnächst nachziehen. Ginge es nach dem Willen großer Teile der aktuellen Bundesregierung, würden auch Bundestagswahlen für Minderjährige bald schon Realität werden. Angesichts solcher Ideen fragt man sich, ob die Köpfe hinter solchen Plänen keine Kinder haben, oder ob sie sich nicht mehr an die eigene Jugend erinnern können, wenn sie derartiges für eine gute Idee halten.

Fragwürdige Ideen der Ampel- Parteien

Der „Ampel"-Koalitionsvertrag vom 7. Dezember 2021 schreibt auf Seite 10: „Wir werden das aktive Wahlalter für die Wahlen zum Europäischen Parlament auf 16 Jahre senken. Wir wollen das Grundgesetz ändern, um das aktive Wahlalter für die Wahl zum Deutschen Bundestag auf 16 Jahre zu senken."

Für eine Änderung des Europawahlrechts bedarf es keiner Änderung des Grundgesetzes, somit reicht eine einfache Mehrheit im Bundestag. Es ist daher davon auszugehen, dass diese auch eintreten wird.

Damit Jugendliche unter 18 in Zukunft auch das deutsche Parlament mitwählen dürften, wäre hingegen eine Änderung des Grundgesetzes vonnöten, denn Artikel 38 GG definiert das Mindestwahlalter von 18. Hierfür bräuchte es deshalb eine Zweidrittel-Mehrheit, welche schwierig zu erreichen sein dürfte, schließlich erfordere dies die Stimmen aller SPD, Grünen, FDP und Linken- Parlamentarier, plus einige der CDU.

Möglicherweise hat ausgerechnet Annalena Baerbock als Personifizierung von Inkompetenz, dem flexiblen Verhältnis zum geistigen Eigentum anderer und dem daraus resultierenden relativ schwachen Abschneiden der Grünen bei der letzten Bundestagswahl unfreiwillig dafür gesorgt, dass die deutsche Demokratie mit einem blauen Auge davongekommen ist. Denn ginge es nach den Grünen, wäre ein Mindestwahlalter von 16 Jahren nicht einmal das absurdeste denkbare Szenario.

Noch unter der Großen Koalition unter Leitung Angela Merkels wurden am 21. Mai 2021 drei Anträge der Grünen zurückgewiesen, welche es in sich hatten.

Ein Antrag forderte die Änderung von Artikel 38 des Grundgesetzes zugunsten eines Bundestagswahlrechts ab der Vollendung des 16. Lebensjahres, der andere dasselbe für Europawahlen.

Neben CDU/CSU und AfD votierten damals auch Teile der SPD dagegen und beendeten den Spuk fürs Erste, die FDP stimmte zusammen mit Grünen und Linken dafür.

Die Infantilisierung Deutschlands

Wer heutzutage noch FDP wählt, um eine „gesunde Mitte" zwischen woken Wahnsinnigen und Ewiggestrigen alten weißen Männern zu erreichen und bestenfalls dabei noch Steuern zu sparen, denke beizeiten an Ereignisse wie dieses.

Denn es wird noch besser: Drucksache 19/13512, eingereicht von den üblichen Verdächtigen wie Britta Haßelmann und Filiz Polat und unterstützt durch die sich „liberal" nennenden Zeitgeistopportunisten der FDP, beinhaltete der Gesetzesentwurf auch folgende Passage: „Denkbar wäre, im Grundgesetz auf die Festlegung einer Wahlaltersgrenze überhaupt zu verzichten und dies als nähere Regelung des Wahlrechts (Art. 38 Abs. 3GG) ebenfalls der Bestimmung durch den Bundesgesetzgeber zu überlassen. Angesichts der Bedeutung der Wahlaltersgrenze für den demokratischen Prozess und aus Gründen der Rechtssicherheit soll es aber bei dem traditionellen Regelungsort der Verfassung verbleiben."

Weiter hieß es: „Dagegen ist ein sogenanntes Kinderwahlrecht dergestalt, dass sich Kinder bzw. Jugendliche im Alter unter der generell festgelegten Altersgrenze für das aktive Wahlrecht, sobald sie dies wollen und eigenständig können, persönlich in das Wählerverzeichnis eintragen lassen, als Alternative und weiterer Schritt zu einem generationengerechten allgemeinen Wahlrecht denkbar." Die Grünen fordern ein Wahlrecht für Kinder, natürlich nicht ohne vorangegangene Indoktrinierung.

> Wer Jugendliche und Kinder am demokratischen Prozess teilnehmen lässt, hilft weder den Kindern noch der Demokratie, im Gegenteil: Er schadet beiden.

„Um junge Menschen besser über ihre Partizipationsrechte zu informieren und gezielte politische Aufklärungsarbeit stärker auszubauen, können im Rahmen einer Informationskampagne für Bund und Länder Kosten entstehen, auch etwa für entsprechende, als notwendig erscheinende Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung und der dafür zuständigen Stellen der Länder."

Von der Krabbelgruppe zur Wahlurne, gelebter Wahnsinn. Ob den kleinen im Rahmen dieser „Informationskampagnen" der katholische Traditionalismus genauso neutral präsentiert wird wie die schöne neue Welt der Windräder und Gendersternchen, sei vorsichtig bezweifelt. Wie schon bei Nancy Faesers Plänen zur „Demokratieerziehung im Kindergarten" beschleicht skeptische Köpfe instinktiv der Verdacht, man wolle Kinder vereinnahmen, um sie zu gefügigen Erwachsenen zu formen.

Dass die bei bildungsbürgerlichen Familien äußerst beliebte „Sendung mit der Maus" ihrer Zielgruppe von drei- bis zehnjährigen Kindern zuletzt den Transgenderismus erläutert hat, schlägt in eine ähnliche Kerbe. Das 68´er- Motto „Alles ist politisch" macht heutzutage auch vor den Jüngsten nicht mehr Halt.

Ein derartiges Gebaren erinnert mehr an Sektenführer als an aufrechte Demokraten, welche an Meinungspluralismus, allgemeiner Vernunft und ergebnisoffenen Debatten interessiert sind.

Wer Jugendliche und Kinder am demokratischen Prozess teilnehmen lässt, hilft weder den Kindern noch der Demokratie, im Gegenteil: Er schadet beiden.

Die meisten Kinder und Jugendliche verfügen nicht einmal über die nötige geistige Reife, langfristige und schwerwiegende Entscheidungen für sich selbst und ihr Leben zu treffen. Aus diesem Grund ist es unter 18-Jährigen ohne Einwilligung der Eltern verboten, einen Mietvertrag zu unterschreiben. Zigaretten kaufen oder Lotto spielen ist sogar generell untersagt, unabhängig vom Urteil der Eltern. Hätte ich mit 16 oder gar 14 das Wahlrecht besessen, wäre meine Entscheidung wohl auf die Linkspartei, möglicherweise sogar auf die MLPD gefallen, denn damals waren Ausbeutung und Armut in aller Munde, von CO2 habe ich damals noch nicht gehört.

Wer noch kein eigenes Geld verdient, über wenig Lebenserfahrung verfügt und wessen Gehirn noch nicht vollständig ausgewachsen ist, sollte in seinem eigenen Interesse auch nicht wählen dürfen. Natürlich gibt es Jugendliche, deren mentales Alter ihr tatsächliches deutlich übersteigt, doch sind diese die Ausnahme, nicht die Regel.

Linker Utopismus und der Wille zur Macht

Natürlich ist es kein Zufall, dass gerade politisch linksstehende Parteien, sowie ihr 8 Milliarden Euro schweres Sprachrohr der öffentlich-rechtlichen Qualitätsmedien die Absenkung des Wahlalters vorantreiben wollen. Jüngere Menschen denken und handeln deutlich häufiger in ihrem Sinn als Erwachsene. Der Altersdurchschnitt der Wähler verschiedener Bundestagsparteien zeigt das deutlich. Bei Schülerwahlen stemmt „Die Partei“ regelmäßig die Fünf-Prozent-Hürde. Wie so oft bei Ideen dieser Art, ist es nicht einfach, zwischen bösem Willen und blanker Naivität zu unterscheiden, wobei das Resultat in beiden Fällen kein positives ist.

Denn neben dem Streben nach Zugewinn an Wählerstimmen, liegt derartigen Vorhaben auch ein grundlegendes Problem im Denken der modernen Linken zugrunde: Es darf keine natürliche Ordnung geben.

Die marxistische Grundannahme, wonach sich jede Gesellschaft in Ausbeuter und Unterdrückte unterteilen ließe, hat überall, wo sie in Realpolitik umgesetzt wurde verheerenden Schaden angerichtet, eben weil sie das menschliche Wesen völlig falsch bewertet.

„Denn so redet mir die Gerechtigkeit: »Die Menschen sind nicht gleich.«“, heißt es bereits in Nietzsches Zarathustra. Welch wahre Worte.

Wo Männer häufiger in Spitzenpositionen anzutreffen sind als Frauen, wittert der Linke sogleich misogyne Ausbeutung, strenge Eltern gelten als „kleinkariert“ und „autoritär“. Wenn die Polizei auf Grundlage täglicher Berufserfahrung und empirischer Statistiken junge Männer mit nahöstlichem und afrikanischem Migrationshintergrund häufiger kontrolliert als Deutsche oder Asiaten, muss es sich um Rassismus handeln.

Wer biologische Männer im Frauensport ablehnt und auf die massiven anatomischen Unterschiede bezüglich durchschnittlicher Körpergröße und Muskelmasse hinweist, gilt in Kreisen besonders guter Menschen als „biologistisch“. Wer Geschlecht nicht als natürliche Tatsache, sondern als gesellschaftliches Konstrukt versteht, neigt konsequenterweise auch dazu, dies beim Alter zu tun.

Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass es die Grünen waren, welche zu Beginn ihres Bestehens auch die Abschaffung des Verbotes von sexuellen Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern durchzusetzen versuchten.

Kinder sollten geschützt werden vor sich selbst und vor Vereinnahmung durch Erwachsene.

Gerade im Zuge der Corona-Pandemie und der von der Politik beschlossenen Ungleichbehandlung Ungeimpfter, wurde ausgerechnet in linken und grünen Kreisen argumentiert, dass mit Rechten auch Pflichten einhergehen würden.

Das Recht zu Wählen indes ist dieser Tage bereits denkbar leicht verdient. Wer 18 Jahre alt und Staatsbürger ist, darf sich beteiligen.

Das allein ist bereits ein starkes Zugeständnis, denn dem war nicht immer so: Vom antiken Griechenland bis zu den Tagen des preußischen Landtags herrschte vielerorts das Zensuswahlrecht. Dieses besagte, dass nur wählen durfte, wer besitzend ist, also Steuern zahlt. Der Gedanke dahinter ist nicht gänzlich abwegig: Nur wer einen Teil zum Staatshaushalt beiträgt, sollte bestimmen dürfen, was mit seinem Geld passiert.

> Die marxistische Grundannahme, wonach sich jede Gesellschaft in Ausbeuter und Unterdrückte unterteilen ließe, hat überall, wo sie in Realpolitik umgesetzt wurde, verheerenden Schaden angerichtet, eben weil sie das menschliche Wesen völlig falsch bewertet.

Nach diesem Prinzip funktionieren bis heute eingetragene Vereine und ihre Satzungen. In anderen Wahlrechtsformen musste man im Militär gedient haben, um seine Stimme abgeben zu dürfen. Die politische Linke jener Tage hat im Zuge ihres Machtgewinns diese konservativen Prinzipien der Ungleichheit vollständig beseitigt. Als Grundprinzip verankert geblieben ist lediglich die Altersgrenze beim Wählen, welche peu a peu von 25 Jahren im alten Preußen immer wieder herabgesetzt wurde auf 18 Jahre in der heutigen Bundesrepublik. Dass das Alter nicht bei jedem einzelnen Individuum Rückschlüsse auf das Verantwortungsgefühl und die Reife zulässt, ist stets gegeben. Technisch gesehen ist jede Altersgrenze willkürlich. Wer einen Tag vor seinem 18. Geburtstag einen blutigen, nicht jugendfreien Horrorfilm sieht und sich infolgedessen wochenlang nicht mehr in den dunklen Keller traut, wäre wohl auch einen Tag später nicht zum Connaisseur des Horror-Genres herangewachsen. Doch nur weil Ausnahmen existieren und Grenzen verschwimmen, sind sie dennoch existent. Kein Elternteil mit einem Funken gesunden Menschenverstand würde seinem minderjährigen Spross eine Tätowierung erlauben.

Aus guten Gründen verurteilt das Jugendstrafrecht Delinquenten bei gleichem Sachverhalt milder als ihre erwachsenen Pendants.

Ein 17-Jähriger, welcher dank außergewöhnlicher Begabung sein Geld mit Bitcoins, IT-Kenntnissen oder Videospielen verdient, dürfte angesichts der Erfahrung im Umgang mit Einkommenssteuern und Krankenkassenbeiträgen tendenziell seltener nach links tendieren und um diesen ohnehin verschwindend kleinen Teil Jugendlicher und Heranwachsender geht es den Parteien der Ampel auch nicht.

Es geht ihnen um die Greta-Jünger und selbsterklärten non-binären, genau jene Jugendlichen, welche im medialen Mainstream als das Ideal der Zeit präsentiert werden. Während die Jugendangebote des Rundfunks, aber auch die meisten Jugendmagazine der größten deutschen Zeitungen mit radikaler Einseitigkeit neu linke Standpunkte als objektive Wahrheiten und „Wissenschaft“ verkaufen und die ersten Bildungsstätten bereits das Schulschwänzen im Namen des Klimaschutzes legalisiert haben, liegen andere Themen seit Jahren brach.

Beschleunigung eines Negativtrends

Dass Deutschland seit Jahren bei den PISA-Testergebnissen in Bezug auf mathematisches Verständnis absinkt, schafft ebenfalls wenig Vertrauen in das Einschätzungsvermögen von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden.

Der allgegenwärtige Zugang zum Internet hat entgegen den Hoffnungen technikaffiner Zeitgenossen nicht dazu beigetragen, kommende Generationen besser auszubilden, im Gegenteil: Die durchschnittliche Aufmerksamkeitsspanne von Jugendlichen wird immer kürzer. TikTok und ähnliche Applikationen dürften einen gewaltigen Anteil daran haben.

Medienkompetenz steht wenig bis überhaupt nicht auf den Lehrplänen und dementsprechend einheitlich ist auch das Meinungsbild in jugendlichen Kreisen. Dieser Abwärtsspirale begegnet man von Seiten der Politik, indem man einerseits die Ansprüche senkt, jedoch andererseits Kinder zu Erwachsenen stilisiert. Diese Entwicklung ist fatal. In den 80er-Jahren hätte wohl außerhalb grüner Intellektuellenzirkel niemand etwas auf die naturwissenschaftliche Expertise einer Teenagerin ohne Studienabschluss gegeben, doch im Westen der heutigen Tage ist das gang und gäbe.

Abgesehen davon, dass es Kinder ihrer Jugend beraubt und ihnen die Möglichkeit, Fehler zu machen nimmt, wenn man ihnen das Wahlrecht zuspricht, trivialisiert es auch die Lebensleistungen von Erwachsenen. Wer jahrelang gearbeitet hat, wer als Elternteil gelernt hat, dem Nachwuchs zuliebe Opfer zu bringen, wer im Ernstfall die Verantwortung für Missetaten der eigenen Kinder trägt, verdient es auch, ihnen rechtlich zu überstehen. Wer Macht innehat, trägt auch Verantwortung. Ersteres verteilen die Befürworter des Wahlrechts großzügig, mit letzterem tun sie sich schwer. Die allerwenigsten unter ihnen würden Minderjährige einen LKW fahren lassen oder sie bei strafrechtlichen Vergehen mit der vollen Härte des Erwachsenenstrafrechts belangen wollen, warum sie also zu vollwertigen politischen Akteuren erklären?

Im Sinne der Zukunft Deutschlands als wichtige Industrienation und Garant für allgemeinen Wohlstand wäre es vernünftiger, vermehrt auf knallharten Matheunterricht mit Formeln zu setzen, den Rundfunk wieder an seine eigenen Neutralitätsgebote zu erinnern, Unterschiedlichkeit zu akzeptieren, statt sie zu verteufeln und auch Eltern in die Pflicht zu nehmen, einfach mal „Nein“ zu sagen.

Bis das eintritt, wäre eine Absenkung des Wahlalters kontraproduktiv und fatal für alle Generationen unserer Gesellschaft, ob Jung oder Alt.

Es bleibt inständig zu hoffen, dass das bereits in einigen Bundesländern praktizierte Wahlrecht ab 16 auf Bundesebene an der Hürde einer absoluten Mehrheit im Parlament scheitert und als weitere Schnapsidee linker Ideologen in Vergessenheit gerät.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU“ SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 85 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Ist der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes befangen?

In seinem neuen Buch „Wo unsere Justiz versagt" rechnet der aktive Richter Thorsten Schleif mit dem Justizversagen in Deutschland ab. Dabei scheut er auch nicht vor dem Vorsitzenden des Bundesverfassungsgerichts zurück und liest diesem wegen „Besorgnis der Befangenheit" die Leviten. Die von Richter Schleif gerügte, besonders in letzter Zeit zunehmende Fraternisierung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative gefährdet die Neutralität der verfassungsrechtlichen Rechtsprechung und damit auch die innere Sicherheit Deutschlands. Die erkennbar praktizierte und offensichtlich politisch gewollte Bagatellisierung der Übergriffe auf Juden durch Muslime, schränkt die Juden in ihrer Freiheit ein und baut neue, unsichtbare Ghettos in unsere Städte. (JR)

Von Thorsten Schleif/Achgut.com

Stephan Harbarth, also known as Präsident des Bundesverfassungsgerichts, war Mitglied des Bundestages von 2009 bis 2018 für die CDU und stellvertretender Fraktionsvorsitzender bis zu seinem Ausscheiden aus dem Bundestag im November 2018, also demselben Monat, in dem er Richter am Bundesverfassungsgericht wurde. Nicht nur „einfacher" Richter am Verfassungsgericht, sondern gleich dessen Vizepräsident. Vom Bundestagsabgeordneten und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden einer Regierungspartei zum Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts ist es in Berlin eben nur ein Katzensprung. Wenn man die richtigen Leute kennt.

Nun war Vetternwirtschaft in der Berliner Politik noch nie ein Thema zum Naserümpfen, sondern deren Akzeptanz Einstellungsvoraussetzung für einen Abgeordneten. Schließlich werden Politiker immer wieder auf irgendwelche Posten und Pöstchen, in Ministerien, Ausschüssen und Aufsichtsräten, verschoben. Die besondere Schwierigkeit, die selbst einige Mainstream-Medien veranlasste zuzugeben, dass die Besetzung des Verfassungsgerichts mit engen Parteifreunden rückblickend betrachtet vielleicht doch etwas suboptimal sei, ergibt sich aus der Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts.

Es ist das höchste unabhängige Verfassungsorgan der Justiz. Und damit ist es unter anderem zuständig für die sogenannten Verfassungsbeschwerden, wenn sich ein Bürger in seinen Grundrechten durch staatliches Handeln – vor allem durch Gesetze und Verordnungen – verletzt sieht. Zum Beispiel durch jene Gesetze, die der Bundestag erlassen hat und erlässt. Derselbe Bundestag, dem der Präsident des Bundesverfassungsgerichts bis unmittelbar vor seiner Berufung in das Verfassungsgericht angehört hat. Nun argumentieren manche, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts gehöre dem Bundestag ja nicht mehr an.

Unterbewusstsein wird massiv von Umständen beeinflusst

Seine Pflichten als Abgeordneter endeten, als seine Pflichten als Verfassungsrichter begannen. Gar kein Problem. Nun, es wäre dann gar kein Problem, wenn der Präsident des Bundesverfassungsgerichts eine Maschine, ein Computer wäre, bei dem einfach ein Schalter umgelegt oder eine alte Programmierung gelöscht und ein neues Programm installiert werden würde. Aber auch der Präsident des Bundesverfassungsgerichts – vergib mir Herr, ich habe gesündigt – ist und bleibt ein Mensch. Und damit verfügt er über dieselben Denk- und Entscheidungssysteme wie jeder andere Mensch auch. Seine Entscheidungen werden immer – ebenso wie Ihre und meine – sowohl mit dem Bewusstsein als auch mit dem Unterbewusstsein getroffen. Und das Unterbewusstsein wird massiv von Umständen beeinflusst wie zum Beispiel der Gruppenzugehörigkeit. Jeder Mensch neigt dazu, seine Entscheidungen einer Gruppe anzupassen. Je mehr er sich einer Gruppe zugehörig fühlt, desto leichter erfolgt die Anpassung. Es muss kein aktiver Druck oder Zwang seitens der Gruppe ausgeübt werden, obwohl das in Berlin durchaus denkbar ist. Die Anpassung erfolgt völlig automatisch, eben unterbewusst, und unabhängig vom kulturellen oder sozialen Hintergrund der Person.

Es ist absolut illusorisch, dass eine Gruppenzugehörigkeit wie die von Stephan Harbarth zu der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die über einen Zeitraum von neun Jahren gefestigt wurde, sich von einem auf den anderen Tag lösen lässt. Eine völlige Auflösung dieser Verbindung benötigt Jahre – falls sie überhaupt möglich ist. Und während dieser Phase der „Auflösung" wird das Unterbewusstsein bei jeder Entscheidung von dieser Gruppenzugehörigkeit beeinflusst. Dass viele Juristen – vor allem auch Richter – diese Art der Beeinflussung in Abrede stellen, zeigt erneut die bereits erwähnte gefährliche Kombination von Ignoranz und Arroganz in diesem Berufszweig.

Der Gefahr einer Gruppenanpassung der eigenen Entscheidung kann nur wirksam begegnet werden, wenn sichergestellt wird, dass die Richter des Bundesverfassungsgerichts eine ausreichend lange Zeit vor ihrer Berufung weder einer Bundes- noch einer Landesregierung und ebenso wenig einem Bundes- oder Landesparlament und auch keiner Partei angehört haben. Der Zeitraum sollte unter Berücksichtigung dessen, dass eine ein- oder zweimalige Wiederwahl der Abgeordneten eines Landtages oder des Bundestages üblich geworden ist, mindestens zwölf Jahre betragen. Nach Ablauf dieser Zeit ist die jeweilige Gruppe in der ursprünglichen Zusammensetzung kaum noch vorhanden, wodurch das Zugehörigkeitsgefühl zumindest erheblich reduziert wird.

Antipasti, Rindergeschnetzeltes, Schokoladenmousse und Käseplatte

Darüber hinaus wäre auch eine gewisse Erfahrung als ordentlicher Richter oder außerordentlicher Richter – darüber verfügen tatsächlich nur sehr wenige Verfassungsrichter – sicherlich von Vorteil. Dann wäre gewährleistet, dass auch die hohen Herren und Damen des Bundesverfassungsgerichts mit den Grundsätzen der Befangenheit eines Richters ausreichend vertraut wären (…).

Am 27. September 2021 erschien in der Welt ein Artikel, der vielen Lesern – auch mir – zunächst wie eine klassische Zeitungsente oder, wie es umgangssprachlich heißt, wie Fake News erschien. Unter der Überschrift „Versuch einer Einflussnahme der Politik auf das Verfassungsgericht" berichtete die Zeitung, dass die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel die Richter des Bundesverfassungsgerichts einschließlich des Präsidenten Harbarth Ende Juni 2021 zum Diner ins Kanzleramt eingeladen hatte. Und das trotz laufender Prozesse, die die Bundesregierung betreffen, unter anderem auch die erwähnten Verfassungsbeschwerden gegen die sogenannte Bundesnotbremse. Justizministerin Christine Lambrecht hielt eine flammende Rede auf die deutsche Coronapolitik, während die Verfassungsrichter Antipasti, Rindergeschnetzeltes, Schokoladenmousse und Käseplatte genossen.

Als das Treffen zwischen den Vertretern der Coronapolitik, den Urhebern der Bundesnotbremse, und den Verfassungsrichtern bekannt wurde, wurden mit viel zu großer Zurückhaltung doch einige Fragen gestellt: Sind der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Harbarth und gegebenenfalls auch weitere Richter des Gerichts befangen? Sind sie aufgrund der freundlichen Behandlung durch die Bundeskanzlerin voreingenommen? Und können sie noch unbefangen über die Verfassungsbeschwerden, die die Bundesnotbremse zum Gegenstand haben, entscheiden?

Anlass, an der Unvoreingenommenheit des Richters zu zweifeln

Achtung: Anders als in den Medien vielfach vermittelt wurde, kommt es auf diese Fragen nicht an. Es ist völlig gleichgültig, ob Richter Harbarth und seine Kollegen tatsächlich befangen sind oder nicht. Entscheidend ist allein, ob die Besorgnis einer Befangenheit besteht. Das ist etwas anderes. Gemäß § 19 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht kann ein Richter wegen „Besorgnis der Befangenheit" abgelehnt werden. Es ist absolut unerheblich, ob der Richter tatsächlich befangen ist.

Das sah das Bundesverfassungsgericht bis vor einigen Jahren übrigens auch so und erklärte: Es komme nicht darauf an, ob der Richter tatsächlich „parteilich" oder „befangen" sei oder ob er sich selbst für befangen halte. Entscheidend sei ausschließlich, ob ein am Verfahren Beteiligter bei vernünftiger Würdigung aller Umstände Anlass habe, an der Unvoreingenommenheit des Richters zu zweifeln. Bei den Vorschriften über die Besorgnis der Befangenheit gehe es nämlich darum, bereits den bösen Schein einer möglicherweise fehlenden Unvoreingenommenheit zu vermeiden.

Besorgnis der Befangenheit bedeutet eben etwas anderes als Befangenheit. Die Besorgnis, schwanger zu sein, ist auch etwas anderes, als schwanger zu sein. Und deshalb war entscheidend, ob die Verfassungsrichter, indem sie der Einladung der Bundeskanzlerin zu einem Abendessen folgen, bei dem die Justizministerin die Coronapolitik der Bundesregierung verteidigt, den bösen Schein einer fehlenden Unvoreingenommenheit erwecken können. Ja, was denn sonst?!

Den Ehrenwertesten am Allerwertesten vorbei

Das fragten sich zahlreiche Bürger. Unter anderem auch ein Rechtsanwalt, der ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht führte, das die Ausgangssperre der Bundesnotbremse zum Gegenstand hatte. Und deshalb reichte er ein Ablehnungsgesuch wegen Besorgnis der Befangenheit des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts und eine weitere Richterin ein. Dieses Gesuch wies das Bundesverfassungsgericht am 12. Oktober 2021 mit offensichtlicher Empörung zurück. „Treffen zum Gedanken- und Erfahrungsaustausch zwischen dem Bundesverfassungsgericht und der Bundesregierung als solche und damit auch das Treffen vom 30. Juni 2021" seien „ein zur Begründung der Besorgnis der Befangenheit gänzlich ungeeigneter Grund", so das Bundesverfassungsgericht.

Dass das Thema des Treffens von Präsident Harbarth gerade zu dem Zweck vorgeschlagen worden sei, Mitgliedern der Bundesregierung die Möglichkeit zu geben, sich zu tatsächlichen und rechtlichen Aspekten konkret anhängiger Verfahren zu äußern, stelle eine bloße Behauptung dar, „die bei vernünftiger Betrachtung nicht naheliegt". Mit dieser Argumentation ließe sich auch begründen: „Regelmäßiger ungeschützter Geschlechtsverkehr zwischen einer Frau und einem Mann ist ein zur Begründung der Besorgnis der Schwangerschaft gänzlich ungeeigneter Grund." Die Ansicht der ehrenwerten Richter des Bundesverfassungsgerichts widerspricht gänzlich der Auffassung der sogenannten Otto Normalverbraucher. Doch was soll es? Die Meinung der gewöhnlichen rechtstreuen Bürger geht den Ehrenwertesten am Allerwertesten vorbei.

Dies ist ein Auszug aus dem Buch „Wo unsere Justiz versagt" von Thorsten Schleif, 2022, München, Verlag Riva.

Thorsten Schleif, 1980 geboren, studierte Rechtswissenschaften in Bonn und ist seit 2007 Richter in Nordrhein-Westfalen.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

Die ehemalige Friedenspartei schreit heute laut nach Waffenlieferungen für die Ukraine

Und noch einmal für alle, die mich missverstehen wollen, das ist keine aber auch gar keine Rechtfertigung für die russische Führung, nicht für ihre Kriegstreiber und nicht für ihre Juden- und Israelfeinde. Aber es soll zeigen, dass die Dinge tiefer liegen als an der Oberfläche.

Die verunrechteten, ausgebombten und traumatisierten Frauen und Kinder schützen wir durch einen schnellen Frieden nicht durch selbstgemachte Helden. Da hat Frau Schwarzer und die anderen Verfasser des Vernunftaufrufs recht – und ich bin alles andere als ein Schwarzer-Fan.

Atomare Kriegsgefahr für uns alle

Die Demagogie und das martialische Anliegen unserer grünen Kriegsbefürworterin im Außenministeramt, Russland und auch die hiesigen vielfach völlig am Geschehen unbeteiligten Russen zu ruinieren, muss ein schnelles Ende haben. Man darf eine Atommacht nicht in die Gefahr bringen, das Gesicht zu verlieren, wenn man keinen atomaren Schlag riskieren will.

Die wirklichen Opfer werden wir alle und auch wieder die Frauen und Kinder sein. Und genau die sind es, die meine Empathie haben, nicht diejenigen, die jetzt wohl schon Dollar- und Euro-Zeichen in den Augen haben, ob der im Überfluss strömenden Wiederaufbau- und Waffenkauf-Subsidien aus dem Westen und von dem Kriegsgaranten Biden, der gerade seinen Stellvertreterkrieg gegen Russland finanziert, weil er wohl irrig glaubt, der atomare Schlag bleibe auf Europa beschränkt.

Der Krieg darf nicht perpetuiert werden, schon gar nicht mit unseren Waffen. Eine schnelle Kompromisslösung muss her. Gegebenenfalls Neutralität, EU- und NATO-Verzicht oder vielleicht eine Zweistaaten-Lösung des ohnehin tief gespaltenen Landes. Das findet die Ukraine gemeinsam mit unseren Gutmenschen ja auch für Israel richtig – warum dann nicht für sie selbst.

Ohnehin wäre der Einmarsch der russischen Truppen und das ganze Leid – so nicht nur die hiesige Ansicht sondern auch die von Teilen der noch der Vernunft zugänglichen Politik – vermeidbar gewesen, wenn Bidens USA auf die deutlich sichtbaren Anzeichen mit Gipfelgesprächen reagiert hätte.

Leider ist aber die erforderliche Deeskalation nicht zu erwarten. Dem steht schon das grüne Kriegspathos entgegen.

Ausgerechnet die Klima- und Gender-Gagaisten, Lasten-Fahrrad-, Atom-Ausstiegs und "Zurück in die Steinzeit"-Fetischisten, die mit verantwortlich dafür sind, dass Russland diesen Schritt überhaupt erst erwogen hat, ausgerechnet diejenigen, die uns allen Ernstes weis machen wollen, dass auch Männer Kinder bekommen können, den Staat Israel für illegitim halten und in Jesus einen illegalen jüdischen Siedler oder einen Palästinenser sehen, verkaufen uns im Ukraine-Konflikt plötzlich die absolute und unanfechtbare Wahrheit.

Natürlich ändert das nichts an dem hiesigen Urteil über die russische Führung – aber in diesem Konflikt gibt es wohl außer den unschuldigen Opfern keine wirklich Guten. Biden, Hofreiter oder Baerbock sind es ganz sicher nicht. Mehr noch, wenn man sich plötzlich auf einer Seite mit Hofreiter und Baerbock befindet, sollte man über seine Position noch einmal nachdenken.

Frauen, Kinder, alte Menschen und die Zivilbevölkerung retten – Krieg beenden – keinen "Schlacht um Berlin"-Trip Selenskis, Melnyks und Klitschkos unterstützen – das ist unsere humanitäre Aufgabe, besonders als Juden und das ist schon viel mehr als die Ukrainer in ihrer Nationalsozialismus-affinen und Juden-feindlichen Geschichte für die Juden getan haben.

Die Kriegsprofiteure

Aus Deutschland kommen diese Anstöße leider nicht. In der CDU herrschen die militante Haltung und die USA-Verbundenheit von Friedrich Merz, dem ehemaligen Blackrock-Lobbyisten, dessen früherer Arbeitgeber am Anstieg der Aktienkurse der Rüstungskonzerne verdient. Es gibt aber auch schon vernünftige und gemäßigte Stimmen in der CDU wie die von Ministerpräsident Kretschmer, die die Eskalationsgefahr erkennen und den Weg von Merz nicht mehr mitgehen wollen.

Die FDP ist unter Lindner zum Steigbügelhalter der Grünen degeneriert und der Kanzler steht unter einem erheblichen Druck der Grünen, die seine bisher Vernunft-getragene Position immer mehr aufweichen.

Die fanatisierten grünen Waffenliefer-Begeisterten im Bundestag werden am Ende aber nur den Krieg verlängern und mitverantwortlich sein für die täglich steigende Zahl der Toten.

Auch Macron scheint die Weitsicht de Gaulles zu fehlen, um sich nicht für die Hegemonial-Interessen der Biden-USA missbrauchen zu lassen.

Selbst wenn Selenski es wollte, wird er sich dem kriegstreibenden Einfluss Bidens und seiner eigenen Nationalisten nicht entziehen können. Der Krieg könnte daher leicht sehr zum Leid der Bevölkerung der Ukraine besonders bei der Prävalenz der Grünen und ihrer Verbundenheit mit der Biden-Administration noch weiter eskalieren. Mit Präsident Trump hätte es diese Entwicklung vermutlich nicht gegeben.

> „Der Krieg darf nicht perpetuiert werden, schon gar nicht mit unseren Waffen. Nur das hilft nachhaltig den traumatisierten Frauen und Kindern. Eine schnelle Kompromisslösung muss her. Gegebenenfalls Neutralität, EU- und NATO-Verzicht oder vielleicht eine Zweistaaten-Lösung des ohnehin tief gespaltenen Landes. Das findet die Ukraine gemeinsam mit unseren Gutmenschen ja auch für Israel richtig – warum dann nicht für sie selbst.“

Islam-Appeasement

Neben dieser unerwarteten Militanz in der die Grünen, von denen besonders Westeuropa nicht genügend im Sinne einer supranationalen EU entnationalisiert werden kann, sich plötzlich für nationalistische Bewegungen in der Ukraine einsetzen, herrscht unter ihrem dem Einfluss in unserem Lande Appeasement gegenüber islamischen Verbrechen im Inneren und gegenüber der Bedrohung Israels im Äußeren.

Diese Politik Deutschlands und Westeuropas -- in Schweden legen zugewanderte Muslime ganze Städte mit Krawallen lahm - werden jüdische Präsenz in West-Europa ganz im Sinne Hitlers durch Abwanderung dezimieren oder gar ganz beseitigen.

Besonders für die Juden Europas war der 8./9. Mai 1945 der Tag der Erlösung aus dem schrecklichsten Martyrium ihrer Geschichte. Er stellte das endgültige Ende der Shoah, des bestialischen Genozids an sechs Millionen unschuldigen jüdischen Opfern dar.

Aber entgegen aller damaligen Hoffnung hat der Antisemitismus überlebt, in den Köpfen und in den Ministerien, auf deutschen und westeuropäischen Straßen und in Moscheen.

Die Feinde der Juden inszenieren sich besonders heute wieder als Verfolgte und werden auf politischer Bühne unserer Zeit nur allzu häufig hofiert. 77 Jahre nach der Kapitulation Hitler-Deutschlands versuchen vor allem linke und grüne Kräfte die Singularität des Holocaust zu verwässern und stilisieren muslimische Israel- und Judenhasser als Opfer.

Ein offizieller Bericht des israelischen Geheimdienstministeriums, zeigt kritisch auf, wie Brüssel unter deutscher Führung die illegale arabische „Vereinnahmung“ von Gebieten in Judäa und Samaria durch die „Palästinensische“ Autonomiebehörde finanziert, die jüdisches Stammland sind und außerdem international als unter israelischer Kontrolle stehend anerkannt wurden.

Das Ziel der grünen und Linken ist entweder eine Zweistaatenlösung, die mit einem militanten arabischen Terror-Staat wie Gaza die Existenz des jüdischen Staates bedrohen wird oder ein zahnloses Israel ohne Zionismus und ohne eigene Identität. Darauf zielt auch die hier an den Schulen und Universitäten betriebene einseitige Dämonisierung Israels, die bis in die nächsten Generationen für eine Prävalenz des expansiven Islam im Mittleren Osten aber auch in ganz Westeuropa wirken soll.

Wer sich wie etwa der ungarische Ministerpräsident daran nicht beteiligt, wird von Deutschland und der EU ausgegrenzt und kriminalisiert, obwohl in Ungarn gerade wegen seiner restriktiven Haltung gegenüber dem Islam No-Go-Areas für Juden anders als im übrigen Westeuropa und in diesem Lande nicht existieren.

Trotz alledem und aller islamischen Anfeindung, ebenso wie trotz des auch dort gewachsenen grünen und linken Einflusses wird Israel daran nicht Schaden nehmen. Es begeht im Mai den Feiertag der 1967 erfolgten Wiedervereinigung seiner uralten historischen Hauptstadt Jerusalem und erfreut sich wachsender Anerkennung vieler Staaten, auch solcher aus der Dritten Welt wegen der großen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und humanitären Erfolge seiner Menschen.

Für das Wohlergehen des jüdischen Staates und den im Mai ebenfalls anstehenden Yom HaAtzmaut wünschen die Redaktion und ich alles erdenklich Gute.

Frieden, Sicherheit und die allerbesten Wünsche auch für alle unsere Leser und unsere Freunde.

Am Israel Chai!
Ihr
Dr. Rafael Korenzecher

Offener Judenhass auf Demos in Deutschland

Muslimische Antisemiten rufen zur Gewalt gegen Juden und Journalisten auf. Abstoßende Videos dokumentieren den rassistischen Judenhass auf deutschen Straßen, massive Volksverhetzung und Genozid-Androhungen gegen Juden. Reporter, die über diese Zustände berichten wollten, wurden von Muslime getreten und beschimpft und unsere linke Politik hält offensichtlich, von den Medien weitgehend ungerügt, ihre schützende Hand darüber. (JR)

Von Simone Schermann

„Drecksjude!“ „Scheißjude!“ rufen aggressive Muslime in Berlin und Journalisten werden von den „Ordnern“ der Hass-Demo in Teamwork mit der Polizei vertrieben. Wie die „WELT“ berichtete, wies ein Polizeibeamter Reporter an, den Aufzug zu verlassen, weil der Veranstalter von dem „ihm obliegenden Recht“ gebrauch machte, Personen aus der Versammlung auszuschließen. Zuvor waren die Pressevertreter als „zionistische, rassistische, jüdische Presse“ beleidigt worden. Dieser Vorgang ist seit der Gesetzesänderung der rot-rot-grünen Berliner Landesregierung möglich: Jemand kann von Versammlungen ausgeschlossen werden, wenn er diese „erheblich stört.“ Der linksliberale Berlin-Senat wird zum Steigbügelhalter des gewaltbereiten, arabischen Antisemitismus mit Vernichtungsphantasien gegen Juden und Israel.

Von Nancy Faser kommt dazu lediglich inhaltsloses Gewäsch, die SPD ist eine Partei, die Judenhass immer wieder hofiert. Was will man auch von einer SPD-Frau erwarten, die einen Israel-Hasser mit einem Anti-Terror-Preis auszeichnet: den Rapper „Massiv“, der selbst Hass und Hetze verbreitet.

Zu den jüngsten Auswüchsen sagte die Innenministerin: „Für Judenfeindlichkeit gibt es in unserer Gesellschaft keinen Platz,“ „egal von wo und von wem“ sie komme. Ein Antisemitismus ohne Antisemiten. Sicher werden bald Stolpersteine gegen „Hass und Hetze“ poliert, auf denen die importierten muslimischen Judenhasser unlängst tobten. Das Problem ist die SPD selbst, die aus der Polizei den Exekutor ihrer Antisemiten freundlichen Politik macht und zum Vollstreckungsorgan des arabischen Mobs. Eine ekelerregende Eskalation, wenn „Ordner“ aus der muslimischen Hetz-Demo die Presse verjagen, die Berichterstattung verhindern, unter Mithilfe der Polizei, die zum Unterstützer der Judenfeindlichkeit verkommt.

Hass als Happening

Dabei herrschte ausgelassene Stimmung im Land: Mordaufrufe, grölend wird die Vernichtung Israels und der jüdischen Gemeinschaft als Volksfest zelebriert, Hass als Happening. Judenfeinde sind, so scheint es, die Schützlinge der SPD-Innenministerin, die den antisemitischen Islam nie beim Namen nennt. Pogromstimmung in Deutschland! „Drecksjude“ meint nicht nur Juden, sondern auch jeden, der für Israel Partei ergreift oder über Judenfeinde berichterstattet. Nicht die Polizei war der „Scheißjude“, sie war Handlanger der Judenhasser.

Bei Anti-Israel-Demos war es in Berlin-Neukölln, Dortmund und Hannover am Osterwochenende zu hochaggressiven und gewalttätigen Exzessen gekommen, aufgerufen dazu hatte die Gruppe „Palästina spricht.“ Gebrüllt wurden volkverhetzende Gewaltparolen wie „Boykott Israel“ oder „Intifada bis zum Sieg.“ Julius Streicher, Weggefährte Hitlers und Verleger des primitiven Hetzblattes „Der Stürmer“ hätte seine helle Freude am SPD-geführten Deutschland. Der Chefpropagandist des Führers, Joseph Goebbels, würde sich in den hasserfüllten Parolen der Schützlinge Nancy Fasers wiederfinden. Die Parole „Deutsche! Wehrt euch! Kauft nicht bei Juden!“ erfährt heute eine Renaissance.

Der „Tagesspiegel“ berichtete, dass es am Ostermontag Demonstranten aus einer Anti-Israel-Demo bestehend aus rund 700 Personen in Berlin Neu-Kölln zu Gewalt gegenüber Polizisten gekommen ist. Die Beamten wurden mit Flaschen und Steinen beworfen, Journalisten massiv bedroht und beleidigt. Eine Fotografin berichtete, ein Vater habe sein Kleinkind in die Kamera gehalten und es als einen zukünftigen „großen Bombenleger“ angepriesen. Vereinzelt sollen Teilnehmer nach Bedrohungen von Journalisten „vorübergehend in Gewahrsam genommen worden.“ Neben Fahnenträgern der PFLP-nahen Gruppe „Samidoun“, die in Israels Sicherheitskreisen als „Vorfeldorganisation“ der Terrorgruppe „PFLP“ eingestuft wird, marschierten laut „Tagesspiegel“ Genossinnen und Genossen der Linksjugend „solid.“ Der aggressive Mob zog durch Kreuzberg und Neukölln, verbreitete antisemitische Hetze, das Existenzrecht Israels wurde geleugnet. Der BILD-Reporter Peter Wilke wurde eingekesselt, als „Drecksjude“ und „Scheißjude“ bezeichnet und getreten. Es kursieren Bilder in den sozialen Medien, wie Wilke nur durch Geleitschutz der Polizei heil aus der Situation kommt. Ein anderer Journalist wird auf Wunsch des Veranstalters durch die Polizei von der Demonstration verwiesen, berichtet Jörg Reichel, Geschäftsführer der Deutschen Journalisten-Union (DJU) der „taz“.

Schlachtrufe gegen Juden

Todesdrohungen gab es auch letztes Jahr gegen Juden auf Deutschlands Straßen. Vor der Synagoge in Gelsenkirchen riefen muslimische Männer im Mai 2021 im Chor: „Scheiß Juden, Scheiß Juden“ … und niemand stoppte sie. In unzähligen deutschen Städten wurden Schlachtrufe, wie „Chaibar, ya Yahud“, (in der Stadt Chaibar im heutigen Saudi-Arabien richtete der islamische Prophet Mohammed ein Massaker unter den Juden an, Anmerk. der Redaktion) skandiert, so auch in Freiburg, wo die Polizei untätig und passiv blieb.

Die SPD hat ein Gesinnungsproblem wie der Stadtrat Falco Liecke (CDU) „tichysenblick“ berichtet, da die SPD-Innenministerin Nancy Faser sich weigert, die Täter beim Namen zu nennen. Jüdische Kinder werden in Berlin laut Liecke auf der Straße angefeindet, Regebogenflaggen abgerissen. Der blanke Antisemitismus herrsche und bedroht unsere freiheitliche Lebensweise, so Liecke.

Wenn Polizei zum Helfershelfer von Judenfeinden wird, auf deren Wunsch Journalisten „Platzverweise“ erteilten, ist der Staat am Ende: die SPD macht Staatsbeamte zum Handlanger von Antisemiten und zum Erfüllungsgehilfen ihrer Ideologie, die arabischen Antisemitismus hofiert und schützt. Die SPD hat ein Antisemitismus-Problem, weshalb sie nicht mit muslimischen Judenhassern kurzen Prozess macht, dafür mit Kritikern dieser Politik. Ein weiteres Beispiel:

Am 23. August 2021 missbrauchte der SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Fechner die ehemaligen Synagoge Kippenheim (bei Freiburg) für seinen Wahlkampf. Dazu war auch der Chef -Antisemitismusbeauftragte Felix Klein im Gepäck. Herr Fechner warb mit den Worten „schärfer gegen Antisemitismus in Deutschland vorgehen“ zu wollen und lud zu „einem Fachgespräch über die Tradition jüdischen Lebens in Deutschland und den aktuellen Antisemitismus“ ein. Alle Sachverhalte betreffen mich als Jüdin und Vorsitzende des Deutsch-Israelischen Arbeitskreis persönlich, da wir unentwegt gegen Israel-Hass und Judenfeindlichkeit eintreten.

John MACDOUGALL / AFP
WIKIPEDIA

Anti-Israel Demo in Berlin

Gemeinsame Werte

Kritische Fragen sind bei der SPD aber unerwünscht, was verständlich ist, da die Partei innige Freundschaften mit Terroristen pflegt. Zum who is who innigster SPD-Verbündeter von arabischen Mördern und Judenhassern gehört Andrea Nahles. Sie war 2012 SPD-Generalsekretärin und betonte nach einem Treffen mit Vertretern der Fatah – der Partei von Jassir Arafat und seinem Nachfolger Mahmud Abbas – die „gemeinsamen Werte“ zwischen Fatah und den Sozialdemokraten. Arafat trug den Kampf gegen Israel in die ganze Welt, war für „palästinensische“ Terroranschläge mitverantwortlich, hatte viele mitgeplant, logistisch unterstützt, finanziert, oft direkt befehligt und gilt als Drahtzieher des Massakers an der israelischen Olympiamannschaft im Jahr 1972.

Das sind die „gemeinsamen Werte“ die SPD-Spitzenpolitikerin Andrea Nahles lobt und vor denen der Bundespräsident sich im rechten Winkel 2017 am Grab des Massenmörders Arafat verneigte. Im Dezember 2020 erklärte die Jugendorganisation der SPD die Israel-Hasser der Fatah-Jugend zur Schwesterorganisation. Eine Gruppe, die Israels Existenzrecht negiert, mit Terroranschlägen droht und antisemitische Inhalte verbreitet. Der Chef der Fatah-Jugend auf Facebook: „Palästina lebt vom Fluss bis zum Meer.“

Wo genau sind die „gemeinsamen Werte“ der SPD mit Judenmördern? Das hätte ich Herrn Fechner gerne gefragt, aber man verwehrte mir den Eintritt. Johannes Fechner hatte bei dem Antrag der FDP im Bundestag 2019, in dem es darum ging das Abstimmungsverhalten Deutschlands gegen Israel in der UNO zu verändern, mit NEIN gestimmt. Dass der UN-Menschenrechtsrat mehr Resolutionen gegen Israel verabschiedet hat als gegen den Rest der Welt zusammen, befürwortet er. Herr Fechner ist für die Beibehaltung dieses menschenverachtenden Umgangs mit Israel, wenn die Feinde Israels die UN instrumentalisieren, um den jüdischen Staat systematisch zu delegitimieren und zu dämonisieren, während mörderische Diktaturen weitgehend unbehelligt bleiben.

Ich sei einst „unangenehm aufgefallen“, sagte mir der SPD-Synagogen-Türsteher. Nun, 2019 hatte ich die Gelegenheit, dem SPD-Mann Walter Caroli in der Kippenheimer Synagoge eine Frage zu stellen, da er sich zuvor auch berechtigt zum Antisemitismus in Teilen der AfD äußerte. Folgende Frage war mein Vergehen: Im Juni 2016 verbreitete Mahmoud Abbas im EU-Parlament die Legende von der Brunnenvergiftung durch Juden und sprach von einem „Genozid“ an den „Palästinensern“ durch Rabbiner. Er bekam für seine judenfeindliche Hetze stehende Ovationen vom höchsten europäischen Gremium, kein EU-Parlamentarier verließ den Raum oder widersprach. Unter denen, die den Hetzer Abbas bejubelten, war der Präsident des EU-Parlaments, Martin Schulz, der sich für die „inspirierende Ansprache“ bedankte. Herr Caroli, angesichts dessen: Was tun Sie gegen den Antisemitismus in Ihrer eigenen Partei und gegen den von Martin Schulz?

Wer der SPD kritische Fragen stellt, ihr Antisemitismus-Problem und muslimischen Judenhass anprangert wird diffamiert, verleumdet und bekommt einen Platzverweis. Kritiker sollen entmutigt werden, sich öffentlich einzumischen, Juden sowieso. Synagogen gehören heute nicht selten deutschen Vereinen. Nichtjuden, die einstige Gotteshäuser für ihre Parteipolitik missbrauchen, üben das Hausrecht aus.

Die Kippenheimer Juden sind ausgelöscht und ihre Synagoge gehört den Nachfahren der Mörder, die einst Juden enteigneten, ihre Synagogen beschlagnahmten und entweihten. Man kann das jüdische Volk ermorden und sogar die Toten für politische Zwecke missbrauchen, in dem man die Erinnerungsarbeit würdigt, um im selben Moment mit Steuergeldern Judenmord in Israel zu finanzieren. Man kann als SPD „gemeinsame Werte“ mit Judenmördern pflegen, während man sich im Schein der Stolpersteine sonnt und wie Herr Fechner immer gegen Israel stimmt. Man nimmt den Toten ihre Würde und plündert ihre Gotteshäuser noch einmal aus, indem man sie als Bühne für Wahlkämpfe benutzt.

Der SPD-Mann Fechner pflegt seit seinem Besuch im April 2017 in „Palästina“, laut der Friedrich-Ebert-Stiftung, ohnehin eigene engere Beziehungen zur extremistischen und israelfeindlichen Fatah. Sicher um „gemeinsame Werte“ auszuloten.

Wo bleibt die Entschuldigungskultur?

Deutsche Zuwanderungspolitik kennt augenscheinlich nur eine Programmatik: Dort weiter machen, wo man bereits gescheitert ist. Als Deutschland im Massen-Migrations-Jahr 2015 nicht nur vermeintlich Verfolgte, sondern auch Verfolger in Land ließ, nahmen die verantwortlichen Politiker die gesellschaftliche und kulturelle Destabilisierung Deutschlands grob fahrlässig in Kauf. Nun kommen im Zuge der berechtigten ukrainischen Fluchtbewegung leider auch Kriminelle und ca. sechs Prozent Migranten aus Nordafrika. Eine Grenzkontrolle hält man trotz der negativen Erfahrungen des Jahres 2015, offensichtlich wieder nicht für erforderlich. (JR)

Von Gunter Weißgerber/ weissgerber-freiheit.de

CHRISTOF STACHE / AFP

Ankommende Migranten im Jahr 2015

2015 war Deutschland betrunken und zog die Europäische Union in die Party mit hinein. Die Orgie lief als „Willkommenskultur“, die Märchenerzähler hießen Angela Merkel, Jean Asselborn, Jean-Claude Juncker, Katrin Göring-Eckardt, Katarina Barley und viele andere Schlafwandler in menschenfreundlicher Verkleidung. Wirres Ziel war die bedenkenlose Flut von Menschen aus archaischen Regionen in die Europäische Union. Es war sogenannte Menschenfreundlichkeit um jeden Preis und sei es der Preis des eigenen staatlichen Untergangs. Gefährdet hatten uns die Märchenerzähler, gerettet hatten uns die Ungarn.

Alle sollten kommen, egal ob es Verfolgte oder Verfolger, Gesetzestreue oder Terroristen, emanzipierte Frauen oder Kopftuchträgerinnen, Kinderschützer oder Kinderschänder (Kinderehe), Anpassungswillige oder Befürworter von Parallelgesellschaften waren. Nichts wurde geprüft. Weder die Identität der Kommenden noch ihre Haltung zu den Grundwerten in Europa wie Akzeptanz von Verfassungen oder Nichtbeachtung derselben, wie Gleichberechtigung von Religionen oder Herrschaft einer Religion mit dem Ziel der Vernichtung anderer Religionen. Unter der dummen Parole von „Multikulti“ sollte die wunderbare differenzierte Kultur Europas in einem zerstörerischen Mix homogenisiert werden. Statt der bestehenden Vielfalt sollte es überall gleich werden. Die Ideologie des Multikulturismus ist gleichmacherischer, alles plattmacherischer Wahn. Wenn es „hier“ wird, wie es „dort“ schon ist, ist alles gleich. Und wo alles gleich ist, ist es wie im Sozialismus: alles gleich nach unten nivelliert. Die menschliche Zivilisation hat Besseres verdient.

Die Folgen der „Willkommenskultur“ machen Deutschland immer noch zu schaffen. Deutschland wurde instabiler. Viele Bürger haben den Eindruck, es herrscht zweierlei Maß. Justitias Augen sind nicht mehr verbunden, auf die regierungsfreundliche Haltung kommt es an.

Die Merkel-Zeit war verheerend für die Europäische Union. Sowohl in Fragen der Zuwanderung und nicht kontrollierter Grenzen als auch in der Energie- und Sicherheitspolitik. Die neue Bundesregierung unter Kanzler Olaf Scholz will das leider alles nicht besser, sondern noch schlechter machen. Die fahrlässige und an Mao erinnernde Bezeichnung des Regierungsbündnisses lautet „Transformationskoalition“. Mit diesem Ziel kann man Deutschland aus der Reihe seriöser Staaten eigentlich verabschieden.

Eigentlich und vielleicht doch noch nicht?

In allen drei Fragen steht die gründominierte deutsche Politik vor der unangenehmen Aufgabe, ihr Erbrochenes selbst essen zu müssen. Ich wünsche guten Appetit! Gerade die grünen Politiker aller Parteien müssen den Leuten jetzt sagen, dass die staatliche Existenz über dem Klimamärchen steht, dass die letzten drei Kernkraftwerke nicht abgeschaltet werden können und neue Kernkraftwerke gebaut werden müssen, Kohleabbau und Energiegewinnung aus Kohle Zukunft haben und dass Donald Trump mit seiner 2-Prozent-Verteidigungshaushaltsforderung recht hatte. An dieser Stelle sprach auch Viktor Orbán jüngst eine Grundwahrheit aus: Die NATO verteidigt nur diejenigen, die sich und die NATO gleichfalls verteidigen wollen. Nur im gemeinsamen Ziel ist das Bündnis zuverlässig.

Die multikulturelle Zuwanderungspolitik scheiterte bereits 2015. Zugegeben wird das bis heute nicht. Zugegeben wurde bis heute nicht, dass Ungarn, Polen, Österreich, Dänemark die Europäische Union vor der Implosion infolge der unkontrollierten Zuwanderung retteten. Statt diesen wachsamen Mitgliedsländern zu danken, werden die immer wieder beschimpft und als inhuman diffamiert. Jüngstes Beispiel war das Anrennen gegen die polnische Grenze von Zuwanderern aus archaischen Gegenden über Belarus. Hier war die EU froh, dass Polen standhielt; gleichzeitig beschimpft dieselbe EU Polen und will unberechtigt Geld zurückhaben. Ungarn ergeht es seit Jahren genauso. Gäbe es einen Preis für Verlogenheit, die Europäische Union wäre verdienter Preisträger.

Ich erinnere an zwei der dümmsten Sätze, die eine deutsche Politikerin 2015 absonderte: „Flüchtlinge machen Deutschland religiöser, vielfältiger und jünger“ und „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich darauf!“ (Katrin Göring-Eckardt/Grüne). In Deutschland werden solche Deutschland-Gegner sogar gewählt.

Kann das mit einheimischen Ungarn-Gegnern genauso in Ungarn passieren?

2016 schrieb ich einen Artikel mit der Überschrift „Wo bleibt die Entschuldigungskultur?“ Gefordert hatte ich damit die Besinnung auf die ungarische Leistung, die Grenzen zu tatsächlichen Kontrolllinien zu machen, damit wir alle wissen, wer über Ungarn nach Europa kommen wollte und wer in der EU nichts zu suchen hat. Ungarn war vor dem Hintergrund der damaligen Besoffenheit Deutschlands, Luxemburgs und anderer Staaten mutig und konsequent. Wir alle wollen helfen und Menschen schützen. Das entbindet uns nicht zur Pflicht der Kontrolle und der Einhaltung allgemeiner Normen. Der Schutz des eigenen Staates und seiner Bevölkerung gehört zu diesen Normen.

In Deutschland und in der Europäischen Union hat sich bis heute keine Entschuldigungskultur entwickelt. Es wird weitergemacht wie bisher. Selbst die jetzige Welle tatsächlicher Flüchtlinge aus der Ukraine und die enorme Aufnahmebereitschaft Ungarns und Polens ändern das falsche Bild in Berlin und Brüssel nicht. Im Gegenteil, die Berichterstattung darüber fällt vielen Politikern und Medien noch immer schwer. Ungarn ist aber solidarisch, steht zu seinen Bündnisverpflichtungen und hat zum Zeitpunkt dieses Artikels bereits mehr als 500 000 echte Flüchtlinge aufgenommen. Kritisiert wird Ungarn dafür, dass es genau hinschaut, wer Flüchtling ist und wer Abenteurer oder Sozialhilfejäger ist. Auch hier macht sich Ungarn erneut verdient! Noch heute behauptet die deutsche Innenministerin, es gibt kein Sicherheitsproblem und deshalb gibt es keine stationären Grenzkontrollen. Frau Faeser sieht auch nach der doppelten Vergewaltigung einer 18-jährigen Ukrainerin durch einen Iraker und einen Nigerianer in Düsseldorf keine Veranlassung, ihr Denken der Realität anzupassen. Die von angeblichen Flüchtlingen vergewaltigte tatsächliche Schutzsuchende lernte grausam, in Polen lebt sie sicherer als in Deutschland. Dorthin flüchtete sie nämlich in ihrer Not nach dem Verbrechen an ihr. Ich bin sicher, sie hätte auch von Deutschland nach Ungarn flüchten können, weil sie auch in Ungarn vor angeblichen Flüchtlingen sicherer leben könnte.

So klug war Ungarn schon 2015

Das Deutschland des März 2022 steht noch immer für keine Grenzkontrollen und damit freie Bahn für Schleuser! Sechs Prozent der aus der und über die Ukraine kommenden Flüchtlinge sind aus Nordafrika. Ungarn macht es richtig! Wir wollen wissen, wer kommt und warum. Der „Münchner Merkur“ schreibt am 17. März 2022 dazu: „Bereits jetzt häufen sich Hinweise, dass sich in den Strom der Schutzsuchenden viele Drittstaatler mischen, die nicht aus der Ukraine kommen. Einen weiteren Kontrollverlust an den Grenzen darf sich Deutschland nicht erlauben. Wir müssen wissen, wer zu uns kommt.“ So klug war Ungarn schon 2015.

„Hilf dir selbst, dann helfen dir andere“, heißt ein deutsches Sprichwort. In diesem Sinne beglückwünsche ich Ungarn zur Wiederwahl Viktor Orbáns. Es liegt an Ungarn, ob sich in der EU eine „Entschuldigungskultur“ entwickelt und ob die Diffamierung und Erpressung Ungarns durch Brüssel und Berlin aufhört.

Die Europäische Union und die NATO können nur funktionieren und Sicherheit geben, wenn alle Mitgliedsstaaten selbstbewusst auftreten und fair zueinander sind. Besonders die Europäische Union muss lernen, mit den Wahlergebnissen des ungarischen Volkes anständig umzugehen. Das ungarische Parlament ist kein grüner SPD-Ortsverein.

Gunter Weißgerber war Redner der Leipziger Montagsdemonstrationen 1989/90, Mitbegründer der Leipziger SPD und 19 Jahre Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Heute arbeitet er als Unternehmensberater und Publizist.

Der Einzelne und das System: Angela Merkels Erbe

Politik läuft durch die Zentrierung auf nur eine Person Gefahr, dass der Lebensentwurf des Machthalters zum Entwurf der gesamten Nation wird. Auch die zerstörerische Selbstverwirklichung von Angela Merkel war dafür ein Beispiel. Ihre Agenda war ein grandios angelegtes Zerstörungswerk. Sie nutzte die hysterische Kraft der Grünen für die staatsgefährdende Energiewende und die Kräfte der Antifa, um in der „Flüchtlingskrise" ihre „Willkommenskultur" durchzudrücken, die das jüdische Leben in Deutschland existenziell bedrohte und zunehmend bedroht. (JR)

Von Markus Vahlefeld/ Achgut.com

Mit dem Weggang Merkels ist für Putin der letzte Ansprechpartner und Garant für die Durchsetzung seiner russischen Großmachtphantasien in Europa von der Bühne getreten.

Systeme haben keine Postadresse und dennoch existieren sie als ideelle und vertragliche Verbindlichkeiten zwischen Menschen, Gesellschaften und Nationen. Die EU ist ein solches System, die Nato ebenfalls, und natürlich ist auch Deutschland ein System, das sich im Idealfall durch Regierungskontrolle und unabhängige Gerichtsbarkeit auszeichnet. Das Individuum – man könnte auch sagen: der Mensch – hat im System einen fest zugewiesenen Platz, der sich durch die Funktion innerhalb des Systems definiert und auszeichnet. Im idealen System ist der Einzelne austauschbar, ohne dass sich dadurch das System verändern würde. Der Einzelne – sei es als Mensch oder als Nation – ist der große Widersacher des Systems.

Die Wirkungsweise von Systemen, die sich über nationale Selbstbestimmung und demokratische Prozesse erheben, konnte man recht anschaulich im Zuge der Eurokrise beobachten. Als Griechenland am 25. Januar 2015 seine Euroschulden-Eliten krachend abgewählt und eine Regierung aus Kommunisten und Rechtsradikalen ins Amt gewählt hatte, änderte sich an der Euro-Politik Griechenlands: nichts! Selbst als der damalige griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras ein halbes Jahr später eine Volksabstimmung initiierte, die ganz eindeutig die Ablehnung der Politik der Euro-Zone zum Ergebnis hatte, änderte sich in der Folge genau: nichts! Das System aus Euro und EU ging schlicht über die demokratische Willensbildung der Griechen hinweg.

Nun haben Systeme die Tendenz, schwerfällige Dickschiffe zu sein mit einem über Jahre angelegten Bremsweg. Das verleiht ihnen Stabilität und Verlässlichkeit, lässt sie aber hilflos agieren gegenüber disruptiv angelegten Konkurrenten, die auf einen einzigen Menschen hin zugeschnitten sind und die man in der Regel Autokratien, Despotien oder Diktaturen nennt. Auf das Launische und Willkürliche eines Einzelherrschers können Systeme, die in einem starren Formalismus gefangen sind, nicht reagieren. So verlässt sich das System auf sich selbst, das sich im Zuge von Vereinbarungen, Abkommen und Verträgen zurechtgeschnürt hat, kann aber nur mit moralischer Empörung reagieren, wenn Autokraten oder Diktatoren dieses Regelwerk, dessen Überbau immer das Völkerrecht sein soll, brechen.

Politik läuft durch die Hinzentrierung auf nur eine Person Gefahr, dass der Lebensentwurf des Herrschers zum Entwurf der gesamten Nation wird, und das ist nicht nur eine Eigenschaft von Autokratien und Diktaturen. Die Besonderheit von Demokratien ist, dass dieser Prozess der Engführung auf einen Herrscher mehr Zeit in Anspruch nimmt, dafür aber auch systemisch stabiler ist. Die fünfzehn Jahre Kanzlerschaft Angela Merkels sind in dieser Hinsicht ein komplettes Debakel. Je länger sie Kanzlerin war, desto tiefer und umfassender konnte sie das politische System des Landes ihrer eigenen Lebensaufgabe anpassen. Man nennt das auch Selbstverwirklichung, und genau dieser Selbstverwirklichung eines Herrschers stehen die rechtsstaatlichen Institutionen eines Landes entgegen. Aber in Deutschland widerstanden sie nicht, und das sowjetisch geprägte Selbstverwirklichungsprojekt Merkels konnte seinen Lauf nehmen. Mehr als zu Putins Statthalter in der Mitte Europas hat es dann nicht gereicht.

> „Merkel nutzte das stalinistische Instrument des Kampfes gegen den Faschismus, um jeden Gegner aus dem politischen Feld zu kegeln und sogar demokratische Wahlen rückgängig zu machen."

Wie umfassend die deutsche Kanzlerin ihre Alleingänge durchziehen konnte, wird ja an dem Umgang mit der Ukraine deutlich: Es war die deutsche Kanzlerin persönlich, die 2008 unterband, dass die Nato Georgien und der Ukraine einen Beitrittsprozess formulieren durfte. Es war die deutsche Kanzlerin, die 2014 eine militärische Unterstützung der Ukraine im hybriden Krieg mit Russland verhinderte. Es war die deutsche Kanzlerin, die genau ein Jahr nach der Annexion der Krim den Startschuss zum Bau von Nord Stream 2 gab und damit alle Bedenken der Nachbarländer in den Wind blies. Und es war wieder die deutsche Kanzlerin höchstselbst, die sich auch noch 2020/21 weigerte, die Ukraine mit militärischem Gerät aus NVA-Beständen auszustatten. Kurzum: Jede falsche Entscheidung, die zur Schwächung der Ukraine führte, geht auf die deutsche Ex-Kanzlerin zurück. Dahinter nicht die Formen eines Merkelschen Großprojekts zu erkennen, fällt wahrlich schwer.

Der disruptive Ausstieg aus der Kernkraft, die disruptive Flüchtlingspolitik, die Zerstörung Deutschlands als Industriestandort, die sogenannte "De-Nazifizierung" der Streitkräfte und militärischen wie polizeilichen Eliteeinheiten, die Hinführung auf eine komplette Abhängigkeit von russischem Gas – all das fällt unter das große Selbstverwirklichungsprojekt Angela Merkels, das unter stehenden Ovationen ihrer Partei seinen Fortgang nahm. Und da haben wir von der faktischen Abschaffung deutscher Verteidigungsfähigkeit und der sturen Weigerung, das 2%-Ausgabenziel der Nato umzusetzen, noch gar nicht gesprochen.

Selbstzerstörung Deutschlands durch Umkrempelung des politischen Systems eingeleitet

Das Herausdrängen des Militärischen aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens hat unter Merkel Blüten getrieben, die jedem von Russland bezahlten Pazifisten die Freudentränen in die Augen hätten schießen lassen. Die Abschaffung der Wehrpflicht war dabei nur der Startschuss, in dessen Folge sich kein ranghoher Politiker noch mit Soldaten gemeinsam fotografieren lassen wollte, die Bundeswehr von Schulen und Kongressen ausgeschlossen wurde und selbst den in Afghanistan gefallenen deutschen Soldaten die Bestattung in einem Kriegsgrab verwehrt blieb. Und als die deutschen Soldaten aus einem hastig und chaotisch abgelaufenen Rückzug aus Afghanistan in die Heimat zurückkehrten, da hätte die deutsche Politik sie am liebsten klammheimlich und ohne viel Aufhebens in der Versenkung verschwinden lassen wollen. Federführend an der Demontage allen Soldatischen war übrigens mit ihren Verteidigungsministerinnen die CDU, das sollte man dabei nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Angela Merkel fand ein politisches System in Deutschland vor, das sie spätestens im Lauf ihrer zweiten Amtszeit umzumodellieren begann, so dass es ihrer Agenda zuträglich war und sich Deutschland außerhalb des alten westlichen Wertesystems selbst zerstören konnte. Sie nutzte die hysterische Kraft der Grünen für die Energiewende, sie nutzte die Kräfte der Antifa, um die Flüchtlingskrise durchzudrücken, sie nutzte den antiwestlichen und antiamerikanischen Kurs der SPD, um Deutschland immer näher an Russland heranzurücken, sie nutzte das stalinistische Instrument des Kampfes gegen den Faschismus, um jeden Gegner aus dem politischen Feld zu kegeln und sogar demokratische Wahlen rückgängig zu machen. Sie nutzte Fridays for Future, die neuen deutschen Medienmacher und all die anderen undemokratischen Vorfeldorganisationen im Verbund mit den aktivistischen Medien, um ihr Projekt gesellschaftlich abzusichern. Vor allem aber nutzte sie die Feigheit ihrer Partei, um mit dem Versprechen des Machterhalts eben jenen zu zementieren.

Vergleicht man Angela Merkel mit ihrem großen Widerpart Donald Trump, so findet man mehr Gemeinsames, als man oberflächlich zu denken meint. Auch Donald Trumps Regierungszeit war von disruptiven Entscheidungen und Alleingängen geprägt, was ihm den nicht ganz unberechtigten Verdacht einbrachte, das US-System nachhaltig verändern zu wollen. Aber während in den USA die Präsidentschaft strikt auf zwei Legislaturperioden begrenzt ist, das föderale Prinzip eine starke Eigendynamik besitzt und die Institutionen so unabhängig agieren, dass sie den Handlungsspielraum eines Präsidenten auf Schritt und Tritt einengen, fand Angela Merkel diese beschämende deutsche Bereitschaft vor, jede Institution zum Wohlergehen des Herrschers schleifen zu wollen. Was beide, Angela Merkel und Donald Trump, ebenfalls vereint und auszeichnet, ist ihre Herkunft aus der System-Nonkonformität. Sie waren keine Parteigewächse, die auf dem langen Weg zur Macht glattgeschliffen wurden, sondern der eine kam aus der Bau- und Medienwirtschaft, während die andere eine DDR-Physikerin mit Sowjethintergrund war.

Politik der Einzelherrschaft kollabiert binnen Wochen

Im Moment werden wir Zeuge, wie eine deutsche Politik, die sich über Jahre auf eine Herrscherin allein hin ausgerichtet hatte, innerhalb weniger Wochen kollabiert. Das ist nicht überraschend, denn zum einen wird jede Ideologie irgendwann von der Wirklichkeit überholt, zum anderen musste nach dem Weggang Merkels der Druck, den nur ihre Person gegen das System aufgebaut hatte, entweichen. Sie war eine Meisterin darin, das Bedrohungsbedürfnis des Menschen, das die Politik schon immer für ihre Zwecke instrumentalisierte, von einer modulierten Irrealität aus Klimaszenarien zu besetzen, während die realen Bedrohungen so lange negiert wurden, bis der Knoten disruptiv platzte.

Positiv kann man nun ausrufen: "Endlich, die Hexe ist weg!", negativ bleibt zu bemerken, dass sich mit Joe Biden, Annalena Baerbock und Robert Habeck die Systemlinge wieder an die Herrschaft gekämpft haben. Habecks Auftritt in der Ukraine im Frühsommer 2021, sein pressewirksames Foto unterm Stahlhelm, seine bereits im Mai 2021 erhobene Forderung, die Ukraine zu bewaffnen, und vor allem Baerbocks Hinweis im Wahlkampf, sie käme ja aus dem Völkerrecht, waren Chiffren und Signale an die westlichen Länder, allen voran an die USA, dass unter einer grünen Regierung das westliche System wieder zu seiner vollen Wirksamkeit zurückgeführt wird. Und auf einmal ist dann auch das 2%-Nato-Ziel kein Dissens mehr, über das bis dahin dieselben deutschen Politiker nur laut lachen konnten.

Putin treibt den Westen vor sich her

Herrscher wie Merkel und Trump standen auf Kriegsfuß mit dem System, von dem sie sich eingeengt fühlten, aber beiden wurde die Möglichkeit ihrer Selbstausdehnung nur eine Zeit lang geschenkt. Donald Trump kurz, Angela Merkel viel zu lang. Der nächste im Bunde, Wladimir Putin, verknüpft gerade seine eigene Lebenszeit mit der Lebenszeit Russlands. Das ist brandgefährlich, denn niemand weiß, was aus Russland würde, sollte Putin stürzen. Die Überdehnung des imperialen Anspruchs war in der Geschichte meist der Anfang vom Ende des Einzelherrschers.

Ein Putin verachtet Systeme. Grundsätzliches wie das Völkerrecht, Prinzipielles wie die territoriale Integrität der Nationalstaaten, Formalismus und Verträge interessieren ihn nur solange, wie sie seinen persönlichen und imperialen Interessen dienen. Das ist das Wesen von Einzelherrschern. Solange seine Gegenüber im Westen Donald Trump und Angela Merkel hießen, die sich selbst über ihre Systeme erhoben hatten, war Krieg keine Option für ihn, hätte einer wie Trump doch ohne Probleme und ohne systemische Rückendeckung durch die Nato mit der Bombardierung Moskaus gedroht. Und diese Sprache versteht Putin. Dass mit dem Weggang Merkels der letzte Ansprechpartner und Garant für die Durchsetzung seiner russischen Großmachtphantasien in Europa von der Bühne trat und sich stattdessen wieder das System aus Formalismen und Gesprächsrunden etabliert hatte, ließ die Option auf einen Krieg für Putin immer attraktiver erscheinen. Denn ein System, das sich darauf geeinigt hat, dass Krieg eben nicht mehr die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, hat einem Angriffskrieg nur wenig entgegenzusetzen. Wie unmöglich dem System das Verständnis imperialer Kriege ist, wird in der durchgängigen Bereitschaft deutlich, Putin zu einem Wahnsinnigen zu erklären.

> Dem Wesen des Alleinherrschers liegt es inne, den eigenen Lebensentwurf und das Schicksal seines Landes in eins gesetzt zu haben.

Nach der Lesart des westlichen Systemdenkens ist Krieg das Gegenteil von Politik und nicht ihre Fortführung mit militärischen Mitteln. Krieg, das ist die Hölle, und Herrscher, die Kriege vom Zaun brechen, sind dementsprechend irre oder schlicht böse. Mehr Vokabular des Verständnisses bleibt dann nicht, und bereits in ihm offenbart sich die Hilflosigkeit des Westens in dem Konflikt mit Putin. Daran schließen sich Charakterisierungen des Krieges als barbarisch, völkerrechtswidrig und verbrecherisch an, während Politik als ein diplomatischer Gesprächskreis mit der Kraft der besseren Argumente verstanden wird. Dass diese Illusion im Moment am lautesten zerplatzt, ist nicht das schlechteste, vor allem weil das Diktum des Krieges als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln weiterhin seine Gültigkeit besitzt. Zumindest für Russland und – ehrlicherweise – auch für alle anderen Groß- und Atommächte wie die USA, Frankreich oder China.

Dem Wesen des Alleinherrschers liegt es inne, den eigenen Lebensentwurf und das Schicksal seines Landes in eins gesetzt zu haben. Ob jedoch Putin seine eigene Lebenszeit mit der Weltzeit in eins setzt und ein Welteninferno zu entfachen bereit ist, darüber herrscht Unklarheit. Dabei macht Putin seine Kriegssache besser, als viele Kommentatoren glauben. Putins Umgang mit dem Westen ähnelte bisher dem eines Schulhofschlägers, der die Kinder der niedrigeren Klassenstufen vor sich hertreibt. In den letzten Wochen hat es Putin geschafft, jedes Mal den ersten Schlag zu setzen, dem der Westen dann hinterherhecheln musste. Die Truppenzusammenziehung um die Ukraine, der militärische Angriff mit Panzern und Divisionen, die kurz darauf erfolgte Aktivierung der "Abschreckwaffen", was nur ein Euphemismus für Atomwaffen ist – all das zwang den Westen immer wieder, reagieren zu müssen, statt selbst in den Angriffsmodus kommen zu können. Den Frieden in der Ukraine mag Putin nicht gewinnen können, die Hilflosigkeit des Westens hat er aber bisher geschafft, ganz vortrefflich zu offenbaren, auch wenn der gesamte Westen sich der Sanktionen wegen gegenseitig auf die Schultern klopft.

Und auch wenn der Westen Putin bereits vor seinem Waffengang in der Ukraine zugesichert hatte, nicht direkt einzugreifen zu gedenken – was von der Warte des formalistischen Systems durchaus korrekt war, Putin aber bei seiner Entscheidung für den Krieg bestärkt haben dürfte –, so muss sich Deutschland sehr schnell entscheiden, ob für die kleinen Länder des Baltikums die gleiche Zurückhaltung gilt, oder dort der Bündnisfall wirklich zwingend wäre. „Si vis pacem para bellum“, wenn du Frieden willst, bereite dich auf den Krieg vor. Nur: Willkommen in der Realität, denn einsatzbereit wird das deutsche Militär auf Jahre nicht sein.

Markus Vahlefeld wurde 1966 in Hong Kong als Brite geboren und studierte Philosophie in Berlin und Barcelona. Er schrieb Drehbücher und produzierte Filme und ist Autor der Bestseller Bücher „Mal eben kurz die Welt retten“ und „Macht hoch die Tür – Das System Merkel und die Spaltung Deutschlands“. Mehr auf: markus-vahlefeld.de

Das verzerrte Israelbild an deutschen Schulen

Was Jugendliche an Schulen über Israel lernen, prägt ihr späteres Verhältnis zum jüdischen Staat und zu den Juden. Forscher der Deutsch-Israelischen Schulbuchkommission haben festgestellt, dass Israel in deutschen Schulbüchern hauptsächlich als Fremdkörper und als kriegsführender Krisenstaat im Nahen Osten erscheint. Dabei wird vorsätzlich kaum dargestellt, dass es sich bei Israel um eine moderne funktionierende Demokratie mit westlicher Gewaltenteilung handelt. Im Gegensatz zur faktischen Situation reiht sich die überwiegende Botschaft der deutschen Schulbücher in eine Kette von links- und grünmotiviertem Israel-Bashing ein. (JR)

Von Boris Itkis/Israelnetz

Die deutsch-israelischen Beziehungen sind seit jeher besonders. Diese Besonderheit, die auf einem rassistisch motivierten Völkermord beruht, ist unvermeidlich und allgegenwärtig. Sie zeigte sich auch zuletzt wieder am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, als der Präsident des israelischen Parlaments, Mickey Levy, eine bewegende Ansprache im Deutschen Bundestag hielt. Er schloss die Rede mit einem Totengebet für die ermordeten Holocaustopfer ab und brach dabei in Tränen aus.

Vor dem Gefühlsausbruch äußerte der Vorsitzende der Knesset jedoch auch seine Vision für die Zukunft der deutsch-israelischen Beziehungen. Hier baue er auf die jungen Menschen und auf die nachfolgenden Generationen, welche gemeinsam die freiheitlichen Werte beider Staaten stützen mögen.

Damit die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel wachsen und gedeihen, bedarf es einer gegenseitigen Wahrnehmung, die von Verständnis und Empathie geprägt ist. Dies beginnt schon bei den Jüngsten. Das, was Schülerinnen und Schüler in Deutschland heute und morgen über Israel lernen, ist neben persönlichen Begegnungen maßgeblich für das gemeinsame deutsch-israelische Fundament. Doch wie schaut es derzeit mit dem Israelbild in deutschen Schulbüchern aus?

Demokratie als gemeinsamer Nenner

Jörg Rensmann vom „Mideast Freedom Forum Berlin“, das Lehrkräfte im Umgang mit Antisemitismus schult, hat sich explizit mit diesem Phänomen auseinander gesetzt. Dabei erhielt er Unterstützung von weiteren Multiplikatoren, wie der Deutsch-Israelischen Schulbuchkommission. Gegenüber Israelnetz äußerte er, die Forscher hätten festgestellt, dass Israel in deutschen Schulbüchern hauptsächlich als kriegsführender Krisenstaat im Nahen Osten erscheine. Dieses Bild sei allerdings äußerst einseitig. Nicht dargestellt werde, dass es sich bei Israel um eine moderne funktionierende Demokratie mit westlicher Gewaltenteilung handele.

An dieser Stelle würde sich aus seiner Sicht auch ein Einblick in das politische System Israels anbieten. Hier ließen sich Parallelen mit dem politischen System der Bundesrepublik aufzeigen, auch um Israel als Teil der westlichen demokratischen Gemeinschaft darzustellen. Lohnenswert wäre auch ein Blick auf die sehr lebendige israelische Innenpolitik, mit ihren vielen auf demokratischem Wege ausgefochtenen Diskursen. Ferner fehlt eine Darstellung der israelischen vielfältigen und multiethnischen Zivilgesellschaft mit ihren Diskursen und jeweiligen ganz individuellen Interessen. Auch Minderheitenrechte sind in Israel einklagbar. Dies geschieht regelmäßig in der Praxis.

Israelis können unabhängig ihrer Konfession in israelischen Universitäten studieren und anschließend hohe gesellschaftliche Positionen besetzen. Minderheiten dürfen ihren jeweiligen Glauben frei praktizieren, aktiv und passiv an Wahlen partizipieren und vieles mehr. Erst kürzlich wurde ein muslimischer Richter dauerhaft zum Obersten Gericht Israels berufen. Es wäre sehr förderlich, sich beim Umgang mit Israel in Schulen auch auf diese gemeinsamen Werte zu fokussieren.

Verständnis für Zionismus schaffen

Die Deutsch-Israelische Schulbuchkommission bemängelte laut Jörg Rensmann auch, dass die historische Präsenz von Juden in Palästina nicht korrekt dargestellt werde. Denn Juden leben seit weit über 3.000 Jahren in der Region. Israelische Städte wie Safed (Zefat) oder Tiberias gelten seit kurz nach Beginn der Zeitrechnung als durchgängig besiedelt. Ohne diese Information in Schulbüchern könne der Eindruck entstehen, dass die Juden gar keine Vorgeschichte in dem Land hätten und als Besatzer und Kolonialisten ins Land gekommen seien.

Besatzung und Kolonisation sind auch Begriffe, die manch ein Jugendlicher aufgrund einseitiger Informationen aus dem Elternhaus, Freundeskreis oder tendenziöser Berichterstattung mit dem „Zionismus“ verbindet. Hier könnten deutsche Schulbücher eingreifen und diesem Bild entgegenwirken.

Nach den jahrhundertelangen Erfahrungen mit europäischem Antisemitismus, die schließlich in den Holocaust mündeten, erschien ein jüdischer Staat vielen Juden als einziger sicherer Zufluchtsort. Dies ist ein Kernanliegen des Zionismus. Es sollte als solches vermittelt werden, um Verständnis für den Wunsch vieler Juden nach einer Heimstätte, einem sicheren Hafen zu schaffen.

Komplexe Zusammenhänge vermitteln

Das Aufkommen des Nahostkonfliktes war nicht durch die zunehmende jüdische Besiedlung vorherbestimmt. Viele Araber im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina setzten sich in den 1920er Jahren für einen Ausgleich mit den Zionisten ein. Diese politische Strömung wurde in den 30er Jahren jedoch von der palästinensischen Nationalbewegung zerschlagen.

Mohammed Amin al-Husseini, auch als „Mufti von Jerusalem“ bekannt, war an diesen Geschehnissen maßgeblich beteiligt. Al-Husseini war ein entfernter Verwandter vom späteren Chef der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO), Jasser Arafat, und ein überzeugter Antisemit. Er agierte im Zweiten Weltkrieg als Bündnispartner der Nationalsozialisten und war durch Kriegsverbrechen auch selbst aktiv am Holocaust beteiligt. Da Al-Husseini eine aktive Rolle bei der Etablierung des palästinensischen Nationalismus spielte, sollte diese Rolle auch in Schulbüchern wahrheitsgemäß dargestellt werden.

Die historische und zivilgesellschaftliche Komplexität des Nahostkonfliktes wird in Schulbüchern nur unzureichend abgebildet. Zwar thematisieren deutsche Lehrbücher oft die arabische „Nakba“, also die Flucht und Vertreibung von arabischen Palästinensern aus dem früheren britischen Mandatsgebiet Palästina, als der israelische Staat gegründet wurde. In gegenwärtigen Debatten und Schulbüchern findet jedoch keine Erwähnung, dass es solch eine „Nakba“ auch auf jüdischer Seite gab. Im Zuge der Staatsgründung Israels flohen und emigrierten rund 850.000 Juden aus arabischen Ländern nach Israel, vielfach aufgrund von stark zunehmenden Diskriminierungserfahrungen.

In der Schule wird auch das zukünftige Weltbild der Schüler geprägt

Auch umstrittene und polarisierende Themen wie den Siedlungsbau sollte der Schulunterricht nicht ausklammern. Allerdings hält der Politikwissenschaftler Rensmann es für wichtig, die Vorgeschichte zu thematisieren, um der Komplexität des Themas gerecht zu werden: So sollte in diesem Kontext erwähnt werden, dass das Westjordanland nie ein palästinensisch-selbstständiger Staat war. Von 1949 bis 1967 war das Gebiet von Jordanien annektiert. Kurz nach dem Sechs-Tage-Krieg 1967 entwickelte das israelische Kabinett einen umfassenden Friedensvorschlag, auf den die arabischen Staaten allerdings nicht eingingen. Die im November verabschiedete UN-Resolution 242 verlangt von Israel zwar einen Rückzug aus im Sechs-Tage-Krieg eroberten Gebieten, allerdings nicht explizit aus „allen“ eroberten Gebieten. Die Formulierung wurde in der britischen Version des Textes bewusst offen gehalten, damit die betroffenen Parteien den finalen Grenzverlauf regeln können.

Israelbezogenen Antisemitismus thematisieren

Die Beschäftigung mit dem Thema Israel ist für Schülerinnen und Schüler auch deswegen wichtig, da sich gegenwartsbezogener Antisemitismus häufig am Staat Israel entzündet.

Aus einem Bericht der Bundesregierung geht hervor, dass rund 40 Prozent der Bundesbürger israelbezogenen antisemitischen Stereotypen zustimmen. Sie bejahen Sätze wie „Bei dem, was Israel tut, kann ich verstehen, wenn man etwas gegen Juden hat“. Auch Julia Bernstein von der „Frankfurt University of Applied Sciences“ (Frankfurt UAS) beklagt, dass durch die sozialen Medien vor allem ein Antisemitismus zugenommen habe, der sich unter dem Deckmantel sogenannter Israelkritik tarne. Dadurch werde dieser zu einem erlaubten Ressentiment. Der Forschung der Professorin zufolge ist der israelbezogene Antisemitismus die aktuell dominierende Erscheinungsform.

Laut Jörg Rensmann ist es gerade angesichts solcher flächendeckend verbreiteten antisemitischen Ressentiments sehr wichtig, dass das Thema Israel an Schulen richtig behandelt wird. Die führenden Experten auf diesem Gebiet sprechen sich dafür aus, dass das Erkennen und der Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus zu einem verbindlichen Teil der Lehramtsausbildung werde.

Eine Auseinandersetzung mit Fakten zur Entstehung und Gegenwart der israelischen Demokratie könne helfen, falschen Welterklärungen sowie einem verzerrten Israelbild an deutschen Schulen entgegenzutreten.

Ein stabiles Fundament für die Zukunft schaffen

Die unvermeidliche Besonderheit in den deutsch-israelischen Beziehungen wird auch in Zukunft fortbestehen. Das gemeinsame Fundament sollte jedoch breiter und stabiler werden. Um dies zu erreichen, bedarf es eines besseren gegenseitigen Verständnisses.

Heutzutage ist Israel eben auch ein modernes, demokratisches und dynamisches Land, in dem Bildung, Forschung, Start-ups und neue Technologien eine große Rolle spielen. Das, was Schüler in Deutschland heute und morgen über Israel in all seinen Facetten lernen, ist neben persönlichen Begegnungen maßgeblich für das gemeinsame Fundament.

Degussa
GOLD UND SILBER.

DIE GANZE WELT DER EDELMETALLE. BEI DEGUSSA.

Wir bieten Ihnen eine große Auswahl an Barren und Anlagemünzen und übernehmen für Sie auf Wunsch auch gerne die professionelle Einlagerung in unserem Degussa Schließfach oder in unserem Hochsicherheitslager.

Auch für den Verkauf Ihrer Edelmetalle wie beispielsweise Barren, Münzen oder alten Schmuck sind Sie bei uns goldrichtig. Unsere Experten prüfen Ihre Ware fachmännisch und kaufen diese direkt in unserer Niederlassung oder im Ankaufszentrum an.

DEGUSSA-GOLDHANDEL.DE

Degussa fördert eine unabhängige jüdische Presse in Deutschland!

Pessach 2022: Arabischer Terror gegen jüdische Beter auf dem Tempelberg

Nach einer Terror-Reihe mit 14 israelischen Opfern, eskalierte die Gewalt zu den Feiertagen Pessach und Ostern auch vor allem auf dem ehemaligen Dach des alten jüdischen Tempels. Dabei kamen auf arabischer Seite auch Steine und Feuerwerkskörper gegen jüdische Betende zum Einsatz. Die israelische Polizei griff ein, um die Gewalt zu stoppen. Für die Unruhen macht Oppositionsführer Benjamin Netanjahu (Likud) die offensichtliche Führungsschwäche der Regierungskoalition verantwortlich. Die Ausschreitungen stellen deutlich erkennbar das Produkt einer falschen Toleranz gegenüber dem fast durchweg gewaltbereiten Islam dar. (JR)

Von Dr. Manfred Schwarz

Die Hamas ruft auch zu den religiösen Feiertagen zu Gewalt und Terror auf

Das gibt in Israel nur alle 33 Jahre: Drei hohe Festtage von drei Weltreligionen sind in diesem Jahr auf die gleiche Zeit gefallen – Juden feierten Pessach, Christen das Osterfest und Muslime den Fastenmonat Ramadan. Deswegen wurden gefährliche Spannungen erwartet, besonders in Jerusalem.

Die schlimmen Befürchtungen wurden bestätigt. Es hat – nach mehreren Terroranschlägen – tatsächlich gewalttätige Unruhen gegeben. Und es gab mehrfach „palästinensische" Raketenangriffe auf Israel, die die israelische Luftwaffe zumeist mit Konterschlägen beantwortete. Schon vorher war es in Jerusalem zu einer Regierungskrise gekommen.

Erste Unruhen am Karfreitag

Auf dem Jerusalemer Tempelberg sind die ersten schweren Unruhen am zweiten Freitag des Fastenmonats Ramadan, nach dem muslimischen Morgengebet gegen vier Uhr, ausgebrochen.

Mit Steinen, Stöcken und Stühlen – die zuvor in der al-Aqsa-Moschee gestapelt worden waren – griffen Hunderte arabische Jugendliche die israelische Polizeistation an. Etliche der Aktivisten schwenkten Hamas-Fähnchen. Die „Palästinenser" warfen auch Steine hinunter auf den niedriger gelegenen Platz vor der Klagemauer, wo traditionell die Juden beten. Immer wieder wurde skandiert: „Allahu Akbar!"

Die israelische Polizei ging mit Gummiknüppeln, Blendgranaten und auch mit Gummigeschossen gegen die arabischen Randalierer vor. Auch in der Woche nach Ostern kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen auf dem Tempelberg – nach ähnlichem Muster wie am Karfreitag.

Der Tempelberg steht vertraglich unter muslimisch-jordanischer Verwaltung, Israels Behörden sind für die Sicherheit zuständig. Juden dürfen nach den geltenden Vereinbarungen die Anlage zwar besuchen, dort aber nicht beten. Die „Palästinenser" werfen Israel immer wieder vor, es wolle Rechte gläubiger Juden auf der heiligen Stätte ausweiten. Ein Vorwurf, der – was jedenfalls die Regierung und die breite Mehrheit der Israelis angeht – völlig aus der Luft gegriffen ist.

Jüdische Patrioten und die Hamas

Die ohnehin angespannte Situation wurde am 20. April zusätzlich verschärft. Hunderte zionistische Israelis demonstrierten in Jerusalem, sie wollten zum Tempelberg durch das Damaskus-Tor marschieren – einem Haupteingang zum arabischen Teil der Altstadt, wo sich traditionell anlässlich des Ramadan gern viele Araber versammeln. Die israelische Polizei stoppte den jüdischen Zug, um Zusammenstöße mit arabischen Aktivisten zu verhindern.

Ab dem 22. April sperrte die israelische Polizei für zehn Tage sogar für Nicht-Muslime den Zugang zum Tempelberg. Diese Praxis wird bereits seit mehreren Jahren öfter angewandt, um Konfrontationen mit den Muslimen zu verhindern. Trotzdem versuchte die Hamas die Stimmung noch anzuheizen; sie drohte wegen der Demo mit Rachefeldzügen – mit „dem Finger am Abzug", wie es bei der Terrororganisation wörtlich hieß.

Raketenangriffe auf Israel

In der Woche nach Ostern kam es auch zu „palästinensischen" Raketenangriffen auf Israel. Die meisten Raketen, abgefeuert im Gaza-Streifen, sind aber offenbar durch das Raketen-Abwehrsystem „Iron Dome" in der Luft abgeschossen worden.

Nach den ersten Raketenattacken hat die israelische Luftwaffe jeweils zur Abwehr Luftangriffe geflogen – dort bevorzugt auf militärisches Gelände der Hamas, die den Gaza-Streifen totalitär seit vielen Jahren beherrscht und freie Wahlen seit über 15 Jahren verhindert. Einmal bombardierten israelische Kampfflugzeuge zum Beispiel eine unterirdische Anlage zur Produktion von Raketenantrieben.

In der Nacht zum 23. April feuerten „Palästinenser" wieder Raketen nach Israel ab. Eine der Raketen landete allerdings auf dem Gaza-Gebiet. Nach diesen Raketen-Angriffen haben Israelis ihre Grenze zum Gazastreifen für Tausende von „palästinensischen" Arbeitern und Händler bis auf weiteres geschlossen. Dafür verzichtete die israelische Regierung in diesem Fall darauf, mit Luftangriffen zu reagieren.

In 15 Tagen: 14 israelische Opfer

Erst in den Wochen vor Ostern wurden in Israel innerhalb von 15 Tagen insgesamt 14 Bürger durch Anschläge von „Palästinensern" und arabischen Israelis getötet. Dutzende israelische Bürger sind – zum Teil schwer – verletzt worden.

Experten vermuten, dass in vielen Fällen die Hamas hinter den Anschlägen steckt, die immer wieder versucht, die Stimmung der Araber im Gaza-Streifen, im Westjordanland und in den arabischen Stadtvierteln Israels gegen die Juden anzuheizen.

Die Hamas scheint aber derzeit noch nicht wieder in der Lage zu sein, einen Krieg – wie 2021 – gegen Israel zu entfesseln. Im Mai vorigen Jahres waren nach Angaben der israelischen Armee rund 3.150 Raketen nach Israel abgefeuert worden. Rund 450 der gestarteten Raketen seien jedoch noch im Gazastreifen selbst niedergegangen. Die meisten anderen gefährlichen Geschosse sind vom „Iron Dome" abgefangen und in der Luft zerstört worden.

Präventivmaßnahmen der Israelis

Nach den Anschlägen in Israel haben israelische Sicherheitskräfte mehrfach in der Westbank „Palästinenser" festgenommen, die im dringenden Verdacht stehen, Terroranschläge auf Juden zu planen. Nach monatelangen Ermittlungen haben der Inlandsgeheimdienst Shin Bet und die israelischen Verteidigungskräfte im Zuge von Präventivmaßnahmen zum Beispiel am 25. April sieben Araber aus Dschenin und den umliegenden Dörfern in der Westbank festgenommen, die offenbar von Funktionären des „Palästinensischen" Islamischen Jihad (PIJ) vom Gaza-Streifen aus rekrutiert worden waren.

Nach Informationen des Shin Bet ist es damit gelungen, einen Versuch des PIJ zu vereiteln, „eine Terrorinfrastruktur in Judäa und Samaria" – also in der Westbank – zu etablieren. Diese Terrorgruppe hatte es sich anscheinend zum Ziel gesetzt, Angriffe auf israelische Zivilisten auch mit Sprengstoff durchzuführen«.

Arabische Koalitionsfraktion droht der Regierung

Die neuerlichen heftigen Kontroversen auf dem Tempelberg haben die Viel-Parteien-Koalition des israelischen Ministerpräsidenten Naftali Bennett ins Wanken gebracht: Die – unter Juden recht umstrittene – arabische Ra'am-Partei hat nach den militanten Auseinanderadersetzungen auf dem Tempelberg ihre Beteiligung an der Regierungskoalition im israelischen Parlament, der Knesset, vorläufig auf Eis gelegt.

Falls die Polizei weiterhin so massiv gegen die „Demonstranten" vorgehe, will die Ra'am-Fraktion mit ihren vier Parlamentssitzen ihre Zusammenarbeit mit der Bennett-Regierung beenden. Sollte die arabische Fraktion ihre Drohung wahrmachen, wäre das Kabinett Bennett wohl am Ende, weil die Regierung dann nicht einmal mehr die Hälfte der Knesset-Abgeordneten hinter sich hätte.

Das Vielparteien-Kabinett wankt

Die gegenwärtige israelische Viel-Parteien-Regierung steckt allerdings schon länger in einer Krise. Der frühere langjährige, konservative Ministerpräsident Benjamin Netanjahu (Likud), der jetzt Oppositionsführer ist, erklärte schon ein paar Tage vor Ostern: „Wenn Terrorismus Schwäche wittert, erhebt er sein Haupt. Wenn er aber mit Stärke konfrontiert wird, senkt er sein Haupt." Netanjahu fordert den Rücktritt der Jerusalemer Regierung.

Rund zehn Monate ist die jetzige Acht-Parteien-Koalition im Amt, die durch radikal-linke, liberale, konservative und rechte Fraktionen getragen wird, deren Grundpositionen zu einem großen Teil weit auseinander liegen. Das gilt insbesondere für die arabische Ra'am-Partei, der oft Islamismus vorgeworfen wird.

Selbst die Bennett-Partei ist sich uneins

Am 6. April hat die Abgeordnete Idit Silman – ausgerechnet aus der rechtsgerichteten Jamina-Partei des Ministerpräsidenten Bennett – die bunt schillernde Koalition verlassen. Silman wirft dem jetzigen Kabinett vor, insgesamt zu links positioniert zu sein und die „Erosion der jüdischen Identität" zuzulassen. Mit dem Weggang von Idit Silman hat das Regierungsbündnis seine absolute Mehrheit von ohnehin nur einem Mandat verloren.

Aber die Lage droht noch schlimmer für die jetzige Regierung zu werden. Kurz nach den Erklärungen Silmans hat auch der Jamina-Minister Nir Orbach seine Kabinettskollegen öffentlich scharf kritisiert: Die Bennett-Regierung vernachlässige zunehmend die jüdischen Interessen in Judäa und Samaria.

Gewalt und Heuchelei: Die zwei Gesichter der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde

Die „Palästinensische“ Autonomiebehörde spricht seit langem “mit zwei Stimmen”, indem sie einerseits gemäßigte Botschaften für westliche und israelische Ohren verkündet und andererseits radikale Agitation für die arabische Öffentlichkeit verbreitet. (JR)

Yaakov Lapin/JNS

Nasser Nasser / POOL / AFP

Anti-Israel Propaganda steht oft auf der Tagesordnung der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde

Ra’ad Hazem, ein „palästinensischer“ Terrorist, der am 7. April bei einem Schusswechsel in Tel Aviv drei israelische Zivilisten ermordete, wurde tags darauf von israelischen Sicherheitskräften in Jaffa erschossen.

Hazems Vater, ein ehemaliger Sicherheitsbeamter der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, Fathi Hazem, lobte die Taten seines Sohnes vor einer Menschenmenge, die sich am nächsten Tag vor seinem Haus in Jenin versammelt hatte, und sagte: „Ihr werdet den Sieg erringen, wenn Allah es will, in eurer Generation, in den kommenden Jahren, in den kommenden Tagen“, und rief: „Ihr werdet in die Freiheit gehen und eure Unabhängigkeit erlangen. Allah, befreie unsere Al-Aqsa-Moschee von der Verunreinigung durch die Besatzer.“

Seitdem ist er zusammen mit den beiden Brüdern des Terroristen den Versuchen der israelischen Sicherheitskräfte, ihn festzunehmen, entgangen.

Oberst a.D. Moshe Elad, einer der Begründer der Sicherheitskoordination zwischen den israelischen Streitkräften und der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, sagte, dass diese Art von Rhetorik nicht überraschen sollte.

“Für westliche und israelische Ohren redet die „Palästinensische“ Autonomiebehörde von der Zwei-Staaten-Lösung und sagt, dass sie eine Basis gibt, um auf den Frieden hinzuarbeiten. Doch intern werden täglich „Märtyrer’ verherrlicht“, sagte Elad, Dozent am Western Galilee College in Nordisrael.

„Es gibt alle Arten von Gedenkveranstaltungen für Kindermörder und Terroristen, die schreckliche Verbrechen begangen haben“, so Elad. „Sie erhalten einen Ehrenplatz in der P.A. Es wird freitags in Moscheen und in der Schule gegen Juden gehetzt. Es herrscht keine Atmosphäre des Friedens.“

Elad sagte, er habe einen Anstieg solcher Aufwiegelungen bemerkt und fügte hinzu, dass in der Vergangenheit die Vertreter der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde gesagt hätten, dass gelegentlich Erklärungen veröffentlicht würden, um die Herzen und Köpfe der „Palästinenser“ zu gewinnen, aber jetzt “ist es nicht mehr gelegentlich. Es geschieht die ganze Zeit über. Die „Palästinensische“ Autonomiebehörde ist Teil des allgemeinen Terrortrends geworden”.

Andererseits seien in der PA nach wie vor Persönlichkeiten und Offiziere tätig, die die Sicherheitskoordination mit den israelischen Verteidigungsstreitkräften übernehmen. Viele von ihnen verbreiten andere Botschaften als die in der P.A., „die die Rolle derjenigen übernommen haben, die auf Israel einprügeln. An einem Tag ist es der Gouverneur von Dschenin, der Israel angreift, und am nächsten Tag sind es die Gouverneure der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde in Ramallah und Hebron. Jedes Mal ist es jemand anderes. Daher sollte es nicht überraschen, was der Vater des Terroristen sagte. Er lebt in dieser Atmosphäre. Hat irgendjemand erwartet, dass er sich gegen seinen Sohn aussprechen würde? Dass er sich gegen das Flüchtlingslager Jenin aussprechen würde? Er wird dieses Risiko nicht eingehen. Ich weiß nicht, ob er an das glaubt, was er gesagt hat, aber er hat es gesagt, und er wird [von Israel] dafür bestraft werden“.

Die Sicherheitskräfte der PA müssen von Israel unter Druck gesetzt werden, um die gemeinsame Koordination fortzusetzen, schätzte Elad ein, auch wenn diese Koordination auf dem gemeinsamen Interesse beruht, die Hamas im Westjordanland zu unterdrücken.

> Es gibt alle Arten von Gedenkveranstaltungen für Kindermörder und Terroristen, die schreckliche Verbrechen begangen haben

Elad nannte PA-Funktionäre wie Hussein El-Sheikh, Leiter der Allgemeinen Behörde für zivile Angelegenheiten, und Generalmajor Majed Faraj, Leiter des Allgemeinen Nachrichtendienstes der PA, die in eine Sackgasse geraten, wenn PA-Chef Mahmoud Abbas die politische Bühne verlässt.

„Zusammen mit einer großen Gruppe von Leuten werden sie nach Abbas nichts mehr zu tun haben, wenn sie nicht gewählt werden. Deshalb stimmen sie sich weiterhin mit Israel ab, sowohl in Zivilen- als auch in Sicherheitsfragen”, so Elad.“ Wenn sie mit ihren israelischen Gesprächspartnern sprechen, reden sie davon, dass sie versuchen, das System zu stabilisieren, und das israelische System gibt diese Botschaften bis zum israelischen Premierminister und Verteidigungsminister weiter. Das ist im Prinzip richtig. Diese „palästinensischen“ Akteure haben ein persönliches Interesse daran, Stabilität zu erreichen”.

‘Der erste Schuss in Richtung Hamas-Revolte ist abgefeuert worden’

Faraj sei ein „Ziel der Hamas“, ebenso wie Israel, bemerkte Elad. „Aber was passiert nach Abbas? Meiner Meinung nach ist der erste Schuss in Richtung einer Hamas-Revolte bereits abgefeuert worden. Wie werden die Bataillone der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde reagieren, wenn es zu einer Krise kommt? Wenn sie zusammen mit den IDF schnell die Macht übernehmen, um einen Aufstand der Hamas zu verhindern, wäre das ein vernünftiges Szenario. Wenn nicht, weiß niemand, wohin die Dinge führen könnten.

Elad zitierte eine kürzlich durchgeführte Umfrage des Palestinian Center Policy and Survey Research, in der ein hoher Prozentsatz der „Palästinenser“ angab, die Hamas der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde vorzuziehen.

„Die arabische Öffentlichkeit neigt dazu, die Hamas zu wählen, und zwar nicht aus religiösen Gründen, sondern weil sie in ihr eine Alternative zur Korruption und mangelnden Transparenz der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde sieht. Das Image der PA ist am Boden, und viele „Palästinenser“ wollen sie loswerden“, sagte Elad. „Sie ziehen [den Chef des politischen Büros der Hamas, Ismail] Haniyeh Abbas vor. Aber wenn Marwan Barghouti“ – der inhaftierte Terrorist, der mit der Fatah-Partei verbunden ist und fünf lebenslange Haftstrafen in einem israelischen Gefängnis verbüßt – kandidierte, würde er Haniyeh im Rennen um den PLO-Vorsitz besiegen.

Elad sagte, Jenin sei seit Jahrzehnten eine Hauptstadt des Terrors und der Gewalt gewesen, das Problem ließe sich bis zur ersten Intifada von 1987 bis 1991 zurückverfolgen.

1987 diente Elad als israelischer Militärgouverneur von Jenin. Damals, so erinnert er sich, „war Jenin zusammen mit Tulkarm die ruhigste Gegend. Manche dachten, das läge daran, dass es nahe der Nahtlinie lag, dass es gute Beziehungen zu den israelischen Arabern habe und dass es von Juden besucht wurde. Was geschah mit Jenin? Die IDF beschloss, Teile davon nicht mehr zu kontrollieren, weil ihr die Mittel fehlten.“

1991, so Elad, tauchten Geschichten über bewaffnete „palästinensische“ Gruppierungen auf, die sich in der ganzen Stadt bildeten, „und seitdem ist es Israel nicht gelungen, dieses Phänomen zu bekämpfen. Jenin hat sich zu einer Hauptstadt des Terrors entwickelt. Kann Israel das ändern? Auf jeden Fall. Es ist eine Frage der Prioritätensetzung. Es hängt davon ab, wie viel Personal wir für die Stadt bereitstellen.“ Abbas und die „Palästinensische“ Autonomiebehörde können die Stadt nicht betreten, und der Führer der PA „hat sie seit Jahren nicht mehr besucht. Er kann nicht hinein.“

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Die Zweistaatenlösung bringt Israel keinen Frieden

Um Kritik am neuen, das Mullah-Regime begünstigenden, Iran-Atomabkommen abzuwehren, wollte der amerikanische Außenminister Anthony Blinken auf dem Negev-Gipfel die israelisch-arabische strategische Allianz gegen den Iran neutralisieren. Dazu propagierte er weiter, die unter Präsident Biden wieder ins Gespräch gekommene und von der EU allzeit favorisierte Zweistaatenlösung, um dieses Ziel zu erreichen. Was die Iran- und Hamas-Verharmloser auf beiden Seiten des Ozeans aber unter den Teppich kehren wollen, ist, dass eine Zweistaatenlösung immer schon und bereits im Ansatz anti-israelisch war und es auch heute ist. (JR)

Caroline Glick/JNS

Auf das Wort arabischer Politiker der Autonomiebehörde ist in der Vergangenheit kaum Verlass gewesen.

Die „Zweistaatenlösung“ hat ein Comeback erlebt. Das ist die wichtigste Erkenntnis aus dem Negev-Gipfel im März. Die abschließenden Bemerkungen der vier arabischen Außenminister und die Äußerungen von US-Außenminister Anthony Blinken auf dem Gipfel und während seines Besuchs machen dies überdeutlich. Alle Gäste Israels forderten, dass die Lösung vorangetrieben wird.

Die sogenannte Zweistaatenlösung hat eine hundertjährige Geschichte des ununterbrochenen Scheiterns. Im Jahr 1920 erteilte der Völkerbund Großbritannien das Mandat für Palästina, das es rechtlich als künftiges Heimatland des jüdischen Volkes zu verwalten hatte. Im Jahr 1922 schnitten die Briten den größten Teil des für die Juden vorgesehenen Landes ab und gründeten den arabischen Staat Transjordanien – heute bekannt als das Haschemitische Königreich Jordanien.

Die ursprüngliche britische Zwei-Staaten-Lösung sollte den arabischen Konflikt mit Israel beenden. Aber das tat sie natürlich nicht. Die Araber nahmen Transjordanien ein und weiteten ihren Krieg aus, wie sie es bei jedem nachfolgenden Versuch, die Zweistaatenlösung umzusetzen, getan haben.

Viele Israelis und Freunde Israels gingen davon aus, dass die so genannte Zweistaatenlösung im Jahr 2000 endgültig ausgereizt war, als PLO-Chef und Vorsitzender der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde Jassir Arafat den „palästinensischen“ Staat, den Israel ihm auf dem Gipfel von Camp David angeboten hatte, ablehnte und einen Terrorkrieg gegen den jüdischen Staat begann.

Israel hat Arafats Terrorkrieg 2004 knapp gewonnen. Letzte Woche jährte sich die israelische Anti-Terror-Offensive zum 20. Mal. Die „Operation Defensive Shield“, mit der Israels langer, schmerzhafter Weg zum Sieg begann, wurde am 31. März 2002 gestartet, nachdem einen Monat lang fast täglich 130 Israelis bei Selbstmordattentaten im ganzen Land ermordet worden waren. Insgesamt wurden in dem „palästinensischen“ Terrorkrieg mehr als tausend Israelis getötet und mehr als zehntausend verwundet.

Doch anstatt die katastrophale Zweistaatenlösung aufzugeben und einen neuen Kurs einzuschlagen, hat Israel sie nur wenige Monate später mit seinem „Rückzugsplan“ wiederbelebt. Der Plan sah vor, den Gazastreifen komplett an die PLO zu übergeben, 10.000 gesetzestreue israelische Zivilisten aus ihren Häusern im Gazastreifen zu vertreiben und ihre Dörfer und Bauernhöfe zu verwüsten, während alle IDF-Truppen aus dem Gebiet abgezogen wurden, einschließlich von der Grenze zwischen Gaza und Ägypten.

Mit anderen Worten: Der Rückzugsplan des damaligen Premierministers Ariel Scharon sah die Gründung eines völlig unabhängigen „palästinensischen“ Staates im Gazastreifen vor, ganz im Sinne der Zwei-Staaten-Lösung.

Wie die Gründung von Transjordanien und der gescheiterte Osloer Friedensprozess zuvor hat Israels Abtretung des Gazastreifens und die Gründung des späteren „Hamastan“ im Gazastreifen die Araber im Lande Israel – oder sogar im Gazastreifen – nicht besänftigt. Sie steckten das Zugeständnis ein und nutzten das Gebiet, das sie erhalten hatten, um ihren Krieg gegen Israel zu eskalieren.

Seit dem gescheiterten Rückzug aus dem Gazastreifen gab es Dutzende von Plänen, Friedenskonferenzen und Gesandten, die sich alle für eine Zweistaatenlösung einsetzten.

> „Die richtige und in der Tat einzig angemessene Antwort auf die anti-israelische Zweistaatenlösung ist der Zionismus“

Man hatte das Gefühl, dass der lange Alptraum mit dem gescheiterten politischen Paradigma während der Präsidentschaft von Donald Trump und der Premierministerschaft von Benjamin Netanjahu endlich und endgültig zu Ende gegangen war. Doch nun, da Trump durch Biden und Netanjahu durch die Regierung Bennett-Lapid-Gantz-Abbas ersetzt wurde, kehrte er letzte Woche mit Macht zurück.

Die Frage ist, warum? Was hat es mit der kolossal gescheiterten Zwei-Staaten-Lösung auf sich, dass die Menschen sich weigern, sie aufzugeben?

Die Zweistaatenlösung beruht auf zwei Prämissen. Erstens, dass es möglich ist, die Araber zu besänftigen, dass es eine Obergrenze für ihre Forderungen gibt und dass es möglich ist, diese zu erreichen, ohne Israel zu zerstören.

Die zweite ist, dass die Juden und Israel die alleinige Schuld am Konflikt mit den Arabern tragen und daher die volle Verantwortung für die Umsetzung der Zweistaatenlösung tragen. Der Grund, warum es keinen Frieden gibt, ist, dass Israel gierig und böse ist. Es hat den „Palästinensern“ zu wenig angeboten. Daher ist es Aufgabe der internationalen Gemeinschaft, Israel zu mehr Großzügigkeit zu zwingen.

Antisemiten werden noch an der Zweistaatenlösung festhalten, wenn die Hölle zufriert, und zwar wegen ihrer zweiten Annahme. Sie gibt ihnen eine Politik, hinter der sie ihre Bigotterie verstecken können. Besser noch, die Zweistaatenlösung gibt ihnen die Lizenz, die Juden zu schikanieren, sei es mit Gewalt oder auf diplomatischem Wege.

Leute, die als große Staatsmänner angesehen werden wollen, aber nicht bereit sind, Israels Feinde für ihre Feindseligkeit nicht nur gegenüber Israel, sondern auch gegenüber dem Westen zu konfrontieren, mögen die Zweistaatenlösung ebenfalls. Von Henry Kissinger bis Blinken konnten Staatssekretäre die Zweistaatenlösung als Rechtfertigung für einen Kotau vor Aggressoren von Arafat bis zum iranischen Diktator Ayatollah Ali Khamenei nutzen. Viele haben gehofft, für ihre Schikanen gegenüber Israel den Friedensnobelpreis zu erhalten. Alle haben gehofft, den Vereinigten Staaten Immunität gegen „palästinensische“ Terroristen zu gewinnen, indem sie deren Terrorismus gegen Israel effektiv legitimieren.

Viele Israelis haben es außerdem aus verschiedenen Gründen als bequem empfunden, die Zweistaatenlösung zu unterstützen, die ihrem Land die Schuld an der Aggression ihrer Feinde gibt. Wenn Israel die Schuld daran trägt, dass es keinen Frieden gibt, dann hat es auch die Macht, Frieden zu schaffen und den „palästinensischen“ Konflikt ohne Krieg zu lösen. Wenn der „palästinensische“ Antagonismus die Schuld der Israelis ist, die sich weigern, die Schuld für den „palästinensischen“ Antagonismus zu übernehmen, dann können sich die Israelis, die Israels Schuld anerkennen, mit den Regierungen der Welt zusammentun, die von Israel verlangen, die von ihm kontrollierten Gebiete an die Araber abzugeben.

Blinken hat bei seinem Besuch ein weiteres Ziel für die Zwei-Staaten-Lösung aufgezeigt.

Blinkens Besuch in Israel in der vergangenen Woche war ein herausfordernder Moment für ihn. Wie seine Kollegen in der Biden-Regierung setzt sich Blinken für die Umsetzung des Plans der Obama-Regierung ein, die Vereinigten Staaten weg von Israel und den sunnitischen arabischen Staaten und hin zum Iran auszurichten. Als Israel 2014 von den Plänen des damaligen Präsidenten Barack Obama erfuhr, startete Netanjahu eine diplomatische Offensive gegen sie. Der Höhepunkt dieser Offensive war Netanjahus Rede vor der gemeinsamen Sitzung des Kongresses im März 2015, in der er die Gefahren des Atomabkommens der Regierung mit dem Iran darlegte.

Angeführt von Saudi-Arabien sahen die sunnitischen arabischen Staaten

Israels unverblümte Bemühungen und beschlossen, dass die Zeit gekommen war, die Zweistaatenlösung beiseitezulegen. Die gesamte „palästinensische“ Frage wurde durch die existenzielle Bedrohung, die der Iran darstellte, in den Schatten gestellt – für sie ebenso wie für Israel. Als Israel gegen die Vereinigten Staaten und den Iran antrat, wollten die Saudis ebenso wie die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Ägypten und andere arabische Staaten, dass Israel so mächtig wie möglich sei, denn sein Kampf war auch ihr Kampf.

Diese Einschätzung der Saudis und der Vereinigten Arabischen Emirate bildete die Grundlage für eine arabisch-israelische strategische Allianz gegen den Iran. Und dieses informelle Bündnis wiederum bildete die Grundlage für die Abraham-Abkommen.

Um Kritik an dem Atomabkommen zu verhindern, das die Vereinigten Staaten jetzt mit den Iranern abschließen, bestand Blinkens Herausforderung beim Negev-Gipfel darin, die israelisch-arabische strategische Allianz gegen den Iran zu neutralisieren. Und er benutzte die Zweistaatenlösung, um dieses Ziel zu erreichen.

Bevor Blinken auf dem Negev-Gipfel eintraf, hielt er in Ramallah ein weiteres Gipfeltreffen mit dem PLO-Chef und P.A.-Vorsitzenden Mahmoud Abbas ab. Bei seiner Ankunft in Sde Boker nutzte Blinken sein Treffen in Ramallah, um die „Palästinenser“ zum Hauptthema des Gesprächs zu machen.

Angesichts der existenziellen Bedrohung, die der Iran für die Länder der Region darstellt, hätten Blinkens Bemühungen ohne israelische Unterstützung keine Chance auf Erfolg gehabt.

Blinkens größter israelischer Unterstützer ist zweifelsohne Verteidigungsminister Benny Gantz. Gantz hat eine unabhängige Außenpolitik betrieben, die völlig mit den anti-israelischen Positionen der Regierung übereinstimmt. Zu Gantz' unabhängigen diplomatischen Streifzügen gehörten Treffen mit Abbas und König Abdullah von Jordanien. Medienberichten zufolge arbeitete Gantz daran, beide Männer zum Negev-Gipfel zu bringen, ein Schritt, der alle Gespräche über den Iran beendet hätte.

Gantz ist nicht der einzige israelische Regierungschef, der Blinken tatkräftig unterstützt hat. Premierminister Naftali Bennett und Außenminister Yair Lapid halfen Blinken ebenfalls, als sie es versäumten, Israel gegen Blinkens verleumderische Äußerungen über "Siedlergewalt" zu verteidigen, die es so gut wie gar nicht gibt.

Zweistaatenlösung bringt Israel keinen Frieden

Angesichts des israelisch-arabischen Terrors in Beerscheva und Hadera wäre es ein Leichtes gewesen, Blinken in seine Schranken zu weisen und das Gerede von einer Zwei-Staaten-Lösung zu beenden. Der israelisch-arabische Terror zeigt, dass die erste Prämisse der Zweistaatenlösung – dass es eine Obergrenze für die arabischen Forderungen gibt – falsch ist. Wenn Israel Judäa, Samaria und große Teile Jerusalems aufgibt, wird das keinen Frieden bringen. Er wird den Krieg nach Galiläa, in den Negev und in das restliche Israel verlagern, das dann noch übrig ist. In der Tat ist er dort bereits ausgebrochen.

Aber Lapid und Bennett sagten nichts, als Blinken ihr Land imaginärer Verbrechen beschuldigte, um die Zweistaatenlösung zu fördern.

Blinkens Offensive für die Zwei-Staaten-Lösung ermöglichte es ihm, alle Proteste zu ignorieren, die Lapid und die arabischen Außenminister auf dem Negev-Gipfel äußerten. Sie ermöglichte es ihm auch, das Thema zu wechseln. In ihren Abschlusserklärungen zum Ende des Gipfels ignorierten die arabischen Außenminister den Iran und schlossen sich Blinken an, indem sie ihre Unterstützung für die Zweistaatenlösung bekundeten.

In Wahrheit liegt der Hauptgrund dafür, dass die Fake-Politik der "Zweistaatenlösung" weitergeführt wird, darin, dass einige Juden in Israel die Wahrheit über den „palästinensisch“-arabischen Konflikt mit Israel und dessen Bedeutung noch nicht akzeptiert haben. Die Zweistaatenlösung ist von Natur aus und notwendigerweise anti-israelisch. In einer Situation, in der die Mehrheit der westlich des Jordans lebenden Araber (ob in Gaza, Judäa, Samaria, Jerusalem, dem Negev, Galiläa, der Dan-Region oder Scharon) nicht bereit ist, das Existenzrecht des jüdischen Staates in allen Grenzen zu akzeptieren, kann man nicht pro-israelisch und pro-„palästinensisch“ sein. Man muss sich entscheiden.

Die richtige und in der Tat einzig angemessene Antwort auf die anti-israelische Zweistaatenlösung ist der Zionismus. Um mit den Palästinensern, den Iranern, den Amerikanern und allem, was dazwischen liegt, konkurrieren zu können, muss Israel in allen Bereichen eine zionistische Politik verfolgen und beibehalten, sei es in der Militärpolitik, in der Außenpolitik und der öffentlichen Diplomatie, im Rechtssystem, in der Wirtschaft oder in sozialen Angelegenheiten. Ohne den Zionismus wird Israel nicht in der Lage sein, den neuen Terrorangriff abzuwehren. Es wird nicht in der Lage sein, den Weg des Irans zu einer nuklear bewaffneten regionalen Hegemonie zu blockieren. Und es wird nicht in der Lage sein, sich mit der Regierung Biden auseinanderzusetzen, die beides fördert.

Caroline Glick ist eine preisgekrönte Kolumnistin und Autorin von "Die israelische Lösung: Ein Ein-Staaten-Plan für Frieden im Nahen Osten".
Dieser Artikel erschien zuerst in Israel Hayom.

Aus dem Englischen von Daniel Heiniger

Fatah-Terrorpropaganda auf Facebook

Die offizielle Vertretung der Autonomiebehörde zahlt nicht nur Terror-Renten, sie feiert auch die Jahrestage der Terror-Anschläge und wiegelt damit die Judenhasser zu noch mehr Gewalt auf. Die Hass-Propaganda wird von der Fatah auch auf Social Media verbreitet und Facebook ist dabei, wie bei nahezu allen Hass-Beiträgen von Islamisten und Judenhassern, ein unkritischer Helfer. (JR)

Von Stefan Frank/Achgut.com

Während Machmud Abbas, der Präsident der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, die letzten beiden Terroranschläge auf Israelis öffentlich verurteilt hat (was für ihn ungewöhnlich ist), wiegelt seine Fatah weiter zu Mordanschlägen auf – unter anderem auf Facebook.

Wie das israelische Institut Palestinian Media Watch (PMW), das Medienberichte und Regierungsverlautbarungen in den „Palästinensischen“ Autonomiegebieten auswertet und ins Englische übersetzt, berichtet, veröffentlichte die Fatah letzten Monat auf einer ihrer Facebook-Seiten einen Film, in dem sie den Jahrestag der Ermordung von drei israelischen Zivilisten im März 1988 feierte.

So, wie Religionsgemeinschaften ihre Feiertage begehen, feiert die Fatah ihre Terroranschläge. Jeden 1. Januar begeht sie zum Beispiel den Jahrestag des ersten großen von ihr verübten Terrorangriffs vom 1. Januar 1965. Damals drangen Fatah-Terroristen nach Israel ein und installierten eine Bombe am National Water Carrier, einem Kanal, der den See Genezareth mit der Negev-Wüste verbindet und die Bevölkerung im Süden Israels mit Trinkwasser versorgt. Die Bombe explodierte glücklicherweise nicht.

Das sogenannte Küstenstraßenmassaker vom 11. März 1978 mit der Drahtzieherin Dalal Mughrabi feiert die Fatah an seinem entsprechenden Jahrestag – oder auch am 8. März, dem Weltfrauentag. Am 5. September (aber auch zwischendurch) verherrlicht die Fatah die „Helden“, die das Massaker von München im Jahr 1972 verübten, bei dem elf israelische Athleten ermordet wurden.

„Anschlag auf den Bus der Mütter“

Auf Facebook glorifiziert die Fatah nun den Anschlag, der in Israel „Anschlag auf den Bus der Mütter“ genannt wird. Am 7. März 1988, während der ersten Intifada, drangen drei schwer bewaffnete PLO-Terroristen von der ägyptischen Halbinsel Sinai nach Israel ein. Sie stoppten ein Auto, zwangen die vier Insassen zum Aussteigen und fuhren mit dem Fahrzeug zur Negev-Wüste ins Landesinnere weiter.

In der Nähe der Beduinensiedlung Ar'ara BaNegev hielten sie durch Beschuss einen Bus an. Zwar öffnete der Busfahrer noch die Türen, sodass einige Fahrgäste fliehen konnten, doch die übrigen Insassen wurden von den Terroristen als Geiseln genommen: elf Frauen und ein Mann, alle Angestellte des Kernforschungszentrums Dimona, die auf dem Weg zur Arbeit waren.

Die Insassen des zuvor entführten Wagens hatten unterdessen die Polizei alarmiert, die Straßensperren errichtete. Es gelang der auf Anti-Terror-Einsätze spezialisierten Eliteeinheit Yamam der israelischen Polizei, den Bus zu stoppen und zu umzingeln. Die Entführer verlangten die Freilassung aller in israelischen Gefängnissen inhaftierten PLO-Terroristen und setzten ein Ultimatum von einer halben Stunde, danach würden sie die Geiseln ermorden.

Tatsächlich töteten sie nach Ablauf der Frist Victor Ram, einen 39-jährigen Vater von drei Kindern, und eine der Frauen, Miriam Ben-Yair, 46, Mutter von vier Kindern. Daraufhin stürmten die Yamam-Kämpfer den Bus und töteten alle drei Entführer. Es gelang den Terroristen jedoch noch, eine weitere Geisel zu töten: Rina Shiratky, 31, Mutter von zwei Kindern. Acht weitere Geiseln wurden leicht verletzt.

Virale Terrorverherrlichung

Letzten Monat feierte die Fatah den Anschlag und postete einen Propagandafilm auf Facebook, der von der Fatah-Kommission für Information und Kultur produziert wurde. Darin verherrlichen sie die Täter als „Helden“, die „Heldentum und Wagemut der spektakulärsten Art“ bewiesen hätten. Das Video ist 69 Sekunden lang und besteht aus in schneller Folge zusammengeschnittenen Fotos und animierter Grafik.

Die Fotos zeigen abwechselnd die Terroristen und das Kernforschungszentrum – und zwar so, als hätte der Angriff diesem gegolten und nicht den Fahrgästen eines Busses. Einmal wird die Anlage sogar mitten in einem Fadenkreuz gezeigt. Untermalt ist der Film mit dramatischer Musik. Der Text wird als Untertitel eingeblendet: „Den aufopferungsvollen Kämpfern gelang es, drei Soldaten und eine Frau zu töten, bevor sie als Märtyrer starben.“ Tatsächlich ermordeten die Männer drei Zivilisten.

Es sei bei Weitem nicht das erste Mal, dass die Fatah auf ihrer Facebook-Seite Attentate verherrliche, sagt Itamar Marcus, Direktor von Palestinian Media Watch, gegenüber Mena-Watch. Ebenfalls im letzten Monat habe sie auf Facebook ein Video veröffentlicht, in dem wieder einmal Dalal Mughrabi und das Küstenstraßenmassaker glorifiziert worden sind.

Als ein besonders abstoßendes Beispiel für den Antisemitismus, den die Fatah zudem auf Facebook verbreitet, nennt Marcus einen von der Bildungsabteilung der Fatah produzierten Dokumentarfilm, in dem es heißt, „reiche Juden“ hätten mit den Nazis Geschäfte gemacht „und das Blut ihres eigenen Volkes verkauft“.

Mena-Watch wandte sich an die Presseabteilung von Facebook und konfrontierte sie mit dem Film, in dem der Anschlag von Dimona und die Ermordung von drei Zivilisten gefeiert werden, sowie mit dem Urteil von Palestinian Media Watch: „Facebook erweist sich weiterhin als williges Werkzeug von Abbas' Fatah-Bewegung, um Morde an Israelis zu verherrlichen und zu feiern.“ Mena-Watch wollte wissen: Billigt Facebook Terrorismus?

Eine Antwort gab es nicht, und das Propagandavideo über die Morde von Dimona wurde auch nicht zurückgezogen. Es kann weiterhin von rund drei Milliarden Nutzern in aller Welt gesehen werden.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Stefan Frank, geboren 1976, ist unabhängiger Publizist und schreibt u.a. für Audiatur online, die Jüdische Rundschau und MENA Watch.

Yom HaAtzmaut – Israelischer Unabhängigkeitstag: 74 Jahre Israel!

Der israelische Unabhängigkeitstag und Tag der Staatsgründung am 4. Mai markiert für die Juden die Wiedergeburt einer nationalen jüdischen Identität. Doch schon einen Tag nach dem Abzug des britischen Hochkommissars und der Proklamation der Staatsgründung durch David Ben Gurion, griffen fünf arabische Staaten den jungen, noch militärisch schlecht ausgerüsteten Staat Israel an. Trotz der damaligen Verluste eines Teils israelischer Gebiete, die erst im Sechs-Tage-Krieg 1967 wieder befreit werden konnten, ist der Yom HaAtzmaut ein Freudentag und ein Symbol für die Überlebenskraft der jüdischen Schicksalsgemeinschaft. (JR)

Von Simone Schermann

JACK GUEZ, AFP

Der Staat Israel ist Garant für die Sicherheit jüdischen Lebens

Der Unabhängigkeitskrieg konsolidierte ein waches, jüdisches Gedächtnis, das Jahrtausende zurückreicht und das immer die jüdische Identität und eine jüdische Nation ausgemacht hatte. Aus einer Schicksalsgemeinschaft wurde ein Staat auf jüdischem Boden, der seine Selbstbehauptung in einer feindlichen Umwelt feiert.

Am Vormittag des 14. Mai 1948 verließ der letzte britische Hochkommissar, Sir Allen Cunningham, Palästina auf dem Seeweg. Mittags wurde der Union-Jack eingeholt, die letzten Soldaten Seiner Majestät verließen das Land und bereits vier Stunden später proklamierte David Ben Gurion im Tel Aviver Museum am Rothschild Boulevard die Schaffung des Staates Israel als Heimstatt der Juden und aller weiteren Glaubensgemeinschaften und Völker im Lande.

Der Jubel währte nur kurz, denn schon am 15. Mai 1948 überfielen die Königreiche Ägypten und Irak, Transjordanien, Syrien, der Libanon und Saudi-Arabien den unabhängigen Staat. Der Jeshuv und die zionistische Bewegung waren keine Bedrohung für diese arabischen Staaten, dennoch waren sie fest entschlossen, Israel zu vernichten.

Die vorausgegangene Verabschiedung der Teilungsresolution am 29. November 1947 beendete die Phasen zähen Ringens um die Schaffung des Staates Israel, die sich rasch vom diplomatischen Parkett in New York auf das Schlachtfeld in Palästina verlagern sollte. „Ich konnte nicht tanzen, ich konnte nicht singen in dieser Nacht. Ich schaute ihnen, die so fröhlich waren, zu und konnte nur daran denken, dass sie alle in den Krieg ziehen werden.“ So erinnert sich David Ben-Gurion, der ein halbes Jahr später die Staatsgründung verkünden sollte.

Ein Tag zum Feiern

Yom HaAtzmaut ist in Israel ein Grund für Feierlichkeiten, offizielle Paraden und öffentliche Veranstaltungen. Im ganzen Land wehen die blau-weißen Fahnen. Der Festtag beginnt dieses Jahr am Abend des 4. Mai mit dem Sonnenuntergang und endet am 5. Mai ebenfalls mit dem Sonnenuntergang.

Yom HaZikaron, ein Tag zuvor, erinnert mit Gedenkzeremonien an die Veteranen, an gefallene Soldaten und an die Zivilisten, die dem arabischen Terror zum Opfer fielen. Yom HaAtzmaut beginnt mit der am Vortag auf Halbmast gesetzten Fahne am Mount Herzl, die nun wieder hochgezogen wird. Jedem Israeli ist bewusst: Ohne diese Opfer, gäbe es kein unabhängiges Israel – die Unabhängigkeit fordert bis heute ihre Opfer.

Beide Tage demonstrieren die enge Verbundenheit der Menschen mit ihrem Land, aber eben auch den schmalen Grat zwischen Leben und Tod, Trauer und Glück und wie man der Opfer würdig gedenkt. Dem Blick zurück folgt unmittelbar der Ausblick auf das Leben, den prosperierenden Staat der Juden, der auf den Schultern der Familien, den Müttern, Vätern, Söhnen und Töchtern getragen wird. Einer der wichtigsten Tage im jüdischen Kalender wird gefeiert, der gleichzeitig ein Familientag ist. Mit Live-Shows, festlichen Gebeten an der Klagemauer, Partys, Tanzveranstaltungen, privaten Picknicks oder Barbecues wird Israels Unabhängigkeitstag und offizieller Nationalfeiertag zelebriert.

Alter und neuer Terror

Seit seiner Gründung sieht sich Israel nicht nur mit Vernichtungsdrohungen konfrontiert, sondern mit manifesten Vernichtungsversuchen. Der erste begann unmittelbar nach der Ausrufung des Staates am 14. Mai 1948, als die arabischen Armeen dem Jeshuv rein waffentechnisch, zumindest bei Kriegsbeginn, überlegen waren. Die offen formulierten Genozid-Androhungen der arabischen Führer beflügelten die Motivation der jüdischen Kämpfer, von denen nicht wenige gerade erst der NS-Vernichtungsmaschinerie entkommen waren. Ihnen war bewusst, dass eine mögliche Niederlage drei Jahre nach der Befreiung von Auschwitz die Vernichtung des Jeshuvs bedeutet hätte. Achmet Shukeiry, ein Gehilfe des Mufti el-Husseini und Vorgänger Jassir Arafats als Führer der PLO, nannte als Ziel der arabischen Invasion „die Vernichtung des jüdischen Staates“. Der Generalsekretär der Arabischen Liga, Abdel Rahman Azzam, verkündete seinem Gesprächspartner von der Jewish Agency: „Dies wird ein Krieg der Vernichtung sein und ein enormes Massaker, von dem man noch ähnlich sprechen wird wie von den Massakern der Mongolen.“

Dieser Artikel entsteht unter dem Eindruck tragischer Geschehnisse: Ein arabischer Attentäter erschoss Anfang April in einem Café in Tel Aviv drei junge Männer – Tomer Morad, Eytam Mageni und Batak Lopen. Zwei Tage zuvor war meine kleine Nichte mit dem schönen Namen Eden der israelischen Marine beigetreten, ihre Schwester Ofek ist Offizierin in der israelischen Armee. Während in Israel junge Menschen in Cafés, Bars und Restaurants sitzen, verteidigen ihre Freunde oder Geschwister das Land, wissend, dass Hass, Krieg und Terror sie überall erreichen kann. Über den nahenden Freudentag zu schreiben heißt, unter dem Einfluss der Ereignisse zu stehen, als Israel seit Wochen von der blutigsten Terrorwelle seit der zweiten Intifada überrollt wird. Noch nie habe ich junge Erwachsene gesehen, die dennoch so glücklich und gelassen wie meine zwei Nichten sind. Sie geben drei Jahre ihres Lebens vollkommen selbstverständlich ihrem Land, dienen ihm in der IDF und starten erst dann ihr persönliches Leben. Ich habe höchsten Respekt vor diesen jungen Frauen und Männern, die ohne die üblichen jüdischen Diaspora-Neurosen, völlig selbstsicher als Juden und Israelis ihren Weg gehen.

Emanzipation vom Ghetto

Die Welt aber ist erbarmungslos, was Juden anbelangt und noch gnadenloser bezüglich Israel. Was Israel seit 74 Jahren am Leben hält, sind diese jungen Israelis und ihre Resilienz. Ein kleines Land von der Größe Hessens feiert seine Existenz seit seiner Gründung angesichts massiven Widerstands, der vom

europäischen, islamischen und arabischen Antisemitismus ausgeht. Und dennoch ist allein Israel die Antwort auf den weltweiten Judenhass. Erez Israel ist das Symbol zionistischen, jüdischen und nationalen Widerstands: wehrhaft, selbstbestimmt, in Freiheit und erhobenen Hauptes – die ultimative Emanzipation vom Ghetto in der Diaspora. Der einzelne Jude, die einzelne jüdische Gemeinschaft existieren außerhalb Israels zwar, aber auf Kosten der eigenen Würde, der Selbstbestimmung und der Aufgabe eines öffentlich gelebten Judentums.

Der deutsche Diaspora-Jude

Juden sind in Deutschland nur als ewige Opfergemeinschaft im Exil und mit Hang zur autochthonen Ghettomentalität endlich toleriert und hofiert, wofür sie ihren Polit-Protektoren mit demütiger Dankbarkeit bei den jährlichen Trauerbanketts huldigen, ohne dass ihnen die Schamröte ins Gesicht steigt. Nach der Shoah strebt man auf deutscher Seite bis heute nach der eigenen „Wiedergutwerdung“ – und die Juden liefern sie.

Der Diaspora-Jude, mit Neigung zum nachsichtigen Opfer ohne Nationalgefühl, ist für die wiedergutgewordenen Deutschen zum perfektionierten Judentum-Repräsentanten avanciert, an dem sich gefälligst alle Juden auszurichten hätten. Als Reinkarnation der Figur des „Nathan“ ist der Diaspora-Jude der wahre Erbe Lessings: ein total aufgeklärter Super-Jude ohne zionistische Bestrebungen, ohne Wehrhaftigkeit, all seiner jüdischen Merkmale beraubt. Und das Beste an ihm: Die Shoah hat er verziehen.

So wie Lessings Nathan der Weise das Sinnbild der deutschen Aufklärung wurde, wurde dieser Super-Jude zum Gleichnis eines vollendeten Judentums, das hinter Panzerglas und unter Polizeibewachung stattfindet. Juden müssen links sein, Opfer und unbewaffnet; denn die Linken brauchen das Gefühl, einem Juden zumindest gedanklich die Genehmigung für dessen Befreiung aus einem KZ besorgt zu haben, auch wenn sie parallel dazu weiter EU-Gelder für Terror gegen Israel fließen lassen. Nur dann wird der Linke zum „Judenfreund“. Ein Zionsfreund wird er nie.

Lessings Nathan ist der assimiliert-aufgeklärte Antagonist zum jüdischen Traditionalisten, zur jüdischen Orthodoxie, zur jüdischen Nation und zum wehrhaften Israeli. Zionisten wie Robert Weltsch oder Ernst Simon dekonstruierten bereits in den 1920er-Jahren den Diaspora-Habitus und lehnten Lessings Juden-Gestalt kategorisch ab. Die Muslime und Christen in dem „Toleranzstück“ sind als solche beschrieben und haben gute und schlechte Eigenschaften: Die Christen sind Christen, die Muslime sind Muslime. Nur der Jude Nathan ist ein aufgeklärter Mensch, ein edler Jude, der sich niemals rächt und nur stoisch duldet.

Der britische Sündenfall

Im Februar 1947 warf die britische Regierung das Handtuch, als ihre ohnehin antijüdische Palästina-Politik nach dem desaströsen Umgang mit der „Exodus“ endgültig gescheitert war. Das klapprige Schiff wurde von der britischen Marine auf hoher See gerammt und gekapert, während sich 4500 Überlebende der Nazilager mit Händen und Füßen gegen den Einsatz britischer Gewehrkolben wehrten.

Das Ergebnis war Hunderte Verletzte, drei tote Juden, einer mit Knüppeln zu Tode geprügelt – und dass die Briten auf die unglaubliche Idee kamen, die Überlebenden der europäischen Konzentrationslager zurück nach Deutschland zu schaffen. Dazu hatte die Royal Navy die „Exodus“ in den Hafen von Haifa gelenkt und die Menschen mit Tränengas und Wasserwerfern gezwungen, auf drei ihrer Schiffe umzusteigen. Nach einer Odyssee und der Weigerung, in Frankreich von Bord zu gehen, wurden die Juden unter Anwendung massiver Gewalt in Hamburg von Bord gebracht und in einem mit Stacheldraht und Wachtürmen umgebenen Lager interniert.

Nun brachte die britische Regierung ihr Palästina-Problem also vor die UNO, um die Zukunft Palästinas zu diskutieren und das Schicksals der DPs hinter Stacheldraht, angewiesen auf das Gutdünken des Europas, das der Vernichtung ihrer Familien beigewohnt hatte. Völlig unerwartet sprach sich der sowjetische Vertreter, Andrej Gromyko, für die Teilung des Landes in einen jüdischen und einen arabischen Staat aus. Hinter diesem Vorschlag stand die Absicht, dem britischen Empire eine geopolitische Niederlage zu bereiten: Gromyko erkannte die Juden als Volk an und betonte dessen historischen Bezug zu Palästina.

Der 29. November 1947 fiel auf Schabbat, als in einem Vorort von New York mit dem bezeichnenden Namen „Lake Success“ die Vollversammlung der Vereinten Nationen zusammentrat. Ein handverlesener Kreis von 57 Diplomaten war im Begriff, die Entstehung oder die Verhinderung eines jüdischen Staats zu beschließen – Leben oder Untergang des Jeshuv zu besiegeln.

> Juden sind in Deutschland nur als ewige Opfergemeinschaft im Exil und mit Hang zur autochthonen Ghettomentalität endlich toleriert und hofiert, wofür sie ihren Polit-Protektoren mit demütiger Dankbarkeit bei den jährlichen Trauerbanketts huldigen.

Es war das erste und auch das letzte Mal, dass die Völkergemeinschaft in Gestalt der UNO Partei für den jüdischen Staat ergriff. Weder Kriegserklärungen noch Vernichtungsfantasien oder Militärschläge gegen Israel waren jemals Gegenstand einer UN-Verurteilung. Über kein anderes Land der Welt wird derart mit hasserfüllter Manier und Schaum vorm Mund polemisiert wie über Israel, dessen Existenz seit nunmehr 74 Jahren ungeniert diskutiert und infrage gestellt wird.

Eine schicksalshafte Abstimmung

Mit erwartungsvoller Anspannung verfolgten die Juden Palästinas bei der Direktübertragung des Rundfunks das Votum der Mitgliedstaaten, die nacheinander aufgerufen wurden, ihre Stimme bezüglich der Resolution 181 (II) abzugeben – der UN-Teilungsplan. Der spätere israelische Premierminister Mosche Scharet beschrieb, was sich 9000 Kilometer und einige Zeitzonen von New York entfernt abspielte: „In dieser schlaflosen Nacht hingen Scharen von Juden in Palästina und in der Diaspora mit ihren Ohren an den Radioapparaten und zählten die Stimmen der Länder, die über das Schicksal der Nation entschieden – für Freiheit oder fortgesetzte Sklaverei.“

Amos Oz beschreibt in seinem Roman „Eine Geschichte von Liebe und Finsternis“, wie sich die Menschenmassen auf den Straßen schweigend versammelten und den Ausgang erwarteten. Lange nach Mitternacht, in einer „flimmernden Finsternis“, warteten Alte und Junge, Männer, Frauen mit schlafenden Kindern im Arm, Nachbarn, Freunde, Fremde, manche in Schlafanzügen oder Morgenröcken, andere in Jackett und Krawatte.

„Kein Wort, kein Husten, kein Schrittgeräusch. Keine Mücke summte dort. Nur die tiefe, raue Stimme des amerikanischen Sprechers drang aus dem voll aufgedrehten Radio und ließ die Nachtluft erzittern.“ Die Szene beschreibt die Menschenmenge als versteinerte Gestalten, von der eine „außerirdische Stille“ ausging, ein „schreckerfülltes, unheilschwangeres Schweigen“, wie der Schriftsteller es sonst niemals gehört hatte, „nicht vor dieser Nacht und nicht nach dieser Nacht.“ Der Präsident der Vollversammlung, Oswaldo Aranha, rief die Staaten nach dem englischen Alphabet auf und die Antworten dröhnten: „United Kingdom: abstains. Union of Soviet Socialist Republics: yes. United States: yes. Uruguay: yes. Venezuela: yes. Yemen: no. Yugoslavia: abstains.“ Mit 33 Ja- und 13 Nein-Stimmen bei 11 Enthaltungen, also mit der laut UN-Charta geforderten Zweidrittelmehrheit, war die sogenannte Teilungsresolution angenommen worden.

Die Briten hatten fest damit gerechnet, dass diese Mehrheit niemals zustande kommen, sondern im Konflikt des Kalten Krieges unter die Räder kommen würde. Dann wäre das Königreich als Mandatsmacht zurückgekehrt, um, frisch gestärkt durch die Vereinten Nationen, seine zuletzt immer rigider werdende Einwanderungspolitik für Juden fortzuführen, die seit dem Weißbuch von 1939 herrschte. Es zielte darauf ab, jüdische Zuwanderung zu verhindern, Palästina zu einem eng mit dem Königreich verbundenen arabischen Staat zu machen und so die Balfour-Deklaration de facto zu widerrufen. Wenn man auf Konfrontationskurs mit einer der Konfliktparteien gehen musste, dann nicht mit der arabischen.

Die Juden feierten in der Nacht in allen jüdischen Stadtvierteln, aus Synagogen erklang der Schofar, Thorarollen wurden aus ihren Schreinen gehoben und von Tanzenden hinausgetragen. Bars öffneten, verteilten bis zum Morgen Erfrischungsgetränke, Süßes, Backwaren und Alkohol. Fremde umarmten und küssten einander unter Tränen auf den Straßen. Aus Tom Segevs Biografie über David Ben Gurion erfährt man von dessen Gemütszustand in diese Nacht. „Noch nie hatte ich solche jüdische Freude gesehen. Und ich war vielleicht der einzige Jude, der nicht tanzte.“ Zu seiner Tochter Renana sagte er: „Wer weiß, ob nicht manche der hier Tanzenden fallen werden.“

Die Nachbarn antworteten mit Krieg

Die arabischen Staaten, die den Teilungsbeschluss ablehnten, ließen nicht mit düsteren Drohungen auf sich warten, falls der Beschluss zur Teilung gefasst würde. Schon am Morgen nach der Verkündung der UN-Teilungsresolution begann Israels Unabhängigkeitskrieg, als arabische Milizen Busse mit jüdischen Zivilisten unter Beschuss nahmen, arabischer Mob in Jerusalem jüdische Passanten attackierte und Geschäfte in Brand setzte und isolierte jüdische Siedlungen unter MG-Beschuss genommen wurde. Ihre geistlichen Führer hatten den Dschihad gegen die Juden ausgerufen. In Jerusalem marschierten bewaffnete Araber unter dem Geleitschutz der Briten, sangen blutrünstige Lieder, brüllten Koranverse und schrien „Ibda al jahud“ („Schlachtet die Juden ab“). Amos Oz berichtet, ein britischer Panzer habe den arabischen Plünderern beim Brandschatzen des jüdischen Viertels Hilfe geleistet, und britische Polizisten hinderten die Hagana daran, den im Geschäftsviertel eingeschlossenen Juden zu Hilfe zu kommen.

Dieser erste, defensive Krieg dauerte ein halbes Jahr. Er endete mit der israelischen Staatsgründung und dem Beginn des konventionellen Krieges einen Tag danach, als die Briten den Jeshuv sich selbst überließen und der Arabischen Liga, die eine Minute nach Mitternacht ohne Kriegserklärung mit der geballten militärischen Macht von fünf arabischen Staaten von Süden, Osten und Norden ins Land eindrang, mit der Absicht, dem eben entstandenen Staat wieder ein Ende zu machen und das jüdische Gemeinwesen zu vernichten.

Am Morgen des Schabbat bombardierten ägyptische Flugzeuge Tel Aviv, während die Arabische Legion (die halb britische Armee des Königreichs Transjordanien), irakische Truppen sowie bewaffnete muslimische Freiwilligenverbände aus mehreren Staaten von den Engländern eingeladen worden waren, Schlüsselpositionen im ganzen Land zu besetzen, noch vor dem offiziellen Ablaufen des britischen Mandats. König Abdullah, Londons Protegé, sah sich bereits als König von Jerusalem und die Geschützbatterien der Arabischen Legion standen unter dem Kommando britischer Offiziere. Ägyptische Flugzeuge warfen Brandbomben über Jerusalem ab, während transjordanische und ägyptische Geschütze die Zivilbevölkerung unter Beschuss nahmen.

Am 5. Dezember 1947, eine Woche nach Verabschiedung der Teilungsresolution, erließ das State Department ein Embargo für Waffenlieferungen in den Nahen Osten. Die arabische Seite wurde weiter von den Briten aufgerüstet. Während sie mit der Seeblockade Palästinas und ständigen Waffenrazzien beim Jeshuv die jüdische Seite gezielt schwächten und eine Gegenoffensive vereitelten, eroberte die Armee Transjordaniens, unter britischer Befehlsgewalt stehend, das Westjordanland und den Ostteil Jerusalems inklusive der Altstadt.

Der Anfang vom Ende des israelischen Unabhängigkeitskrieges wurde mit dem Abschluss des israelisch-ägyptischen Waffenstillstandsabkommen am 24. Februar 1949 auf Rhodos eingeläutet, dem der Libanon, Jordanien und Syrien folgten. Aber vor allem mit der Etablierung der Israel Defence Forces.

Während Israels Flugstaffel alljährlich am Unabhängigkeitstag Loopings am Himmel fliegt und Soldaten geehrt werden, zünden bei der Hauptveranstaltung auf dem Jerusalemer Herzlberg ausgewählte Israelis zwölf Fackeln an. Sie symbolisieren die zwölf Stämme Israels. Eine von ihnen steht für die Diaspora.

Der Gaza-Streifen im Würgegriff der Hamas

Im Zuge der jüngsten Angriffe auf Israel, nutzte die Hamas wieder Schulen, Krankenhäuser oder Moscheen als Waffenlager oder Verstecke für Kriegstunnel und missbrauchte stets ihre eigene Zivilbevölkerung als menschliche Schutzschilde. Eine Verteidigungsreaktion Israels verwertet die Terrorgruppe umgehend als Mittel für ihren, besonders in unseren Medien gern weiter getragenen, Propaganda-Krieg. Zum Leidwesen der Menschen in Gaza, braucht die Hamas den Hass auf Israel, um die eigene vorgegaukelte Legitimation aufrecht zu erhalten. (JR)

Von Mirjam Lübke

Die Kinder wachsen in Gaza mit Hass-Propaganda auf

Das Dilemma beginnt von deutscher Seite aus schon in Berlin. Wieder einmal zogen Unterstützer der Hamas durch einschlägige Stadtviertel und brüllten die üblichen »Khaibar«-Parolen, in der sie von der Rückkehr ihres Propheten träumen, der wie damals 628 die in der gleichnamigen Oase lebenden Juden besiegte und tötete. Die völlig unvorbereiteten Bewohner Khaibars wurden vernichtend geschlagen, seitdem ertönt dieser Kampfruf jedes Mal, wenn es darum geht, gegen den Staat Israel zu randalieren und jüdische Einrichtungen in aller Welt zu attackieren. Die Hamas und ihre Unterstützer empfinden es offenbar als schwere Demütigung, dass Israel heute sehr wohl vorbereitet ist, sich ihrer Angriffe zu erwehren – und sie sich jedes Mal eine blutige Nase holen. Das führt allerdings nicht dazu, endlich einen Waffenstillstand zu schließen – der währt immer nur so lange, bis Nachschub besorgt ist – sondern steigert den Hass nur noch mehr. Der Stolz ist verletzt.

Auch in diesem Jahr gab es wieder Ausschreitungen am Tempelberg, nicht nur gegen betende Juden, sondern auch gegen Muslime, die sich diesen Ausschreitungen nicht anschließen, sondern anlässlich des Ramadans einfach in Ruhe beten wollten. Wieder einmal erfuhr man aus den deutschen Medien nur die arabische Perspektive, die bitteren Klagen der arabischen Knesseth-Abgeordneten über die Durchsuchung der al-Aqsa-Moschee, als habe das israelische Militär aus reiner Willkür die Räume durchsucht. Dabei waren dort einmal wieder Wurfgeschosse eingelagert worden, mit denen sich junge Kämpfer der Hamas stolz in den sozialen Medien zeigten. Auffällig dabei war, dass sie fast alle Straßenschuhe trugen – und das an einem angeblich für Muslime so heiligen Ort. Immerhin wird dies stets als Begründung für Ausschreitungen herangezogen, sollten sich ein paar jüdische Beter der Moschee etwas zu sehr nähern.

Nun wiederholt sich das gleiche Spiel wie immer: Man ist Opfer. So wird man auch in Deutschland wahrgenommen, in den Kommentaren bei Twitter und Facebook herrschen Mitgefühl und Verständnis vor. Wenn bei der Demonstration in Berlin nicht auch Journalisten angegriffen worden wären, dann hätten wir den hasserfüllten Aufmarsch wohl erneut unter dem Teppich bedeckt gefunden, der derlei Aggressionen schon in der Vergangenheit gern bedeckte. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) hat zwar ebenfalls ein Statement abgegeben – man habe keinen Platz für Antisemitismus in Deutschland – aber auch sie nennt den Elefanten im Raum nicht. Auch in ihren Kreisen sympathisiert man gern mit den »Palästinensern« - man denke nur an den Schulterschluss der Berliner Jusos mit der Jugendorganisation der Fatah – da setzt man sich nicht gern in die Nesseln.

Bewohner Gazas unter dem Joch der Hamas

Doch stellt niemand die entscheidende Frage: Warum stellen sich die Bewohner des Gaza-Streifens nicht endlich auf die eigenen Füße? Warum besteht Mahmud Abbas so dringend darauf, dass Gaza nicht von Israel geräumt wird? Dazu müssten die Freunde des „palästinensischen" Volkes erst einmal ein wenig Selbstkritik üben – denn offensichtlich lassen sie sich gern von Abbas Sichtweise einseifen. Und sie schauen nicht gern darauf, von wem die Aggressionen zumeist angezettelt werden, egal, ob sie nun von den Bewohnern von Gaza ausgehen oder von in Israel lebenden Arabern, die vielleicht sogar israelische Staatsbürger sind.

Dabei wäre eine andere Sichtweise möglich. Man kann keineswegs allen Arabern der Region unterstellen, nicht in Frieden mit Israel leben zu wollen oder zumindest in einem Status des dauerhaften Waffenstillstands. Schließlich ist es nicht so, dass es keinerlei Zusammenarbeit gäbe. Das berühmteste Beispiel einer solchen Kooperation steht in vielen deutschen Küchen und erspart der Familie das Schleppen von Wasserflaschen. In der israelischen Firma arbeiten Juden und Araber friedlich zusammen. Allerdings gefiel auch das der Hamas nicht. Während der »Naqba«-Angriffe von 2018 auf Süd-Israel musste die Firma aus Sicherheitsgründen in den Norden verlegt werden, dabei verloren die arabischen Mitarbeiter aus der Region ihre Arbeitsplätze. Zwar wurden am neuen Standort wieder welche geschaffen, aber dennoch hatte die Hamas wieder ihr Ziel erreicht: Sie hatten der eigenen Bevölkerung deutlich vor Augen geführt, wie gefährlich es ist, mit dem »Feind« zusammenzuarbeiten. Nicht umsonst wird der Slogan »Free Gaza!« gern in »Free Gaza from Hamas!« umgewandelt. Es ist nicht erwünscht, dass die eigenen Leute begreifen, dass eine Zusammenarbeit mit Israel für beide Seiten zum Wohlstand beitragen würde.

Etwa 20.000 Bewohner des Gaza-Streifens und der „palästinensischen" Autonomiegebiete lassen sich jährlich in israelischen Krankenhäusern behandeln. Offenbar vertrauen sie diesen Krankenhäusern mehr als der offiziellen Propaganda: Es ist noch gar nicht so lange her, da wurde selbst im „palästinensischen" Kinderfernsehen behauptet, die Israelis raubten arabischen Kindern die Organe. Dennoch behandelt Israel selbst Attentäter. Wie passt das zu der immer wieder geäußerten Behauptung, Israel begingе »Völkermord« an seinen Nachbarn in Gaza? Vielmehr ist es doch so, dass ein Teil der Bewohner sehr wohl zu schätzen weiß, dass der »Feind« sich kümmert. Doch nicht nur die Hamas hat ein Interesse daran, die Legende vom mordenden Zionisten aufrecht zu erhalten, auch ihr Konkurrent Abbas fährt mit seiner Propaganda fort. Bietet Israel in Kooperation mit den USA gar an, in Gaza selbst ein Hospital zu errichten, muss laut Abbas ein finsterer Plan dahinterstecken: Angeblich handelt es sich dabei in Wirklichkeit um amerikanische Militäreinrichtungen. Es besteht offensichtlich ein Interesse daran, die Bevölkerung von Gaza im Elend zu halten, während es sich in den Autonomiegebieten recht gut leben lässt: Einschlägige Hotelvermittlungen im Internet weisen für Ramallah mehrere 5-Sterne-Hotels für Geschäftsleute aus. Ursprünglich gab es sogar einmal ein Abkommen, nach dem sich die Autonomiebehörde an den Behandlungskosten beteiligen wollte, dies ließ man aber 2019 einfach platzen. Es ist eine schizophrene Situation, die auch von der EU ignoriert wird, die weiterhin Hilfsgelder nach Ramallah fließen lässt. Auch unsere Außenministerin Annalena Baerbock schwärmte vom herzlichen Empfang bei Präsident Abbas. Der ist kein Wunder, schließlich hilft auch Deutschland finanziell, ohne die erbrachten Leistungen zu prüfen – die erbringt im humanitären Bereich vor allem Israel, das sich im Gegenzug auch von Baerbock moralische Vorhaltungen machen lässt.

Hass-Propaganda für den Machterhalt

Man könnte noch weitere Beispiele anführen, wie Israel trotz anderslautender Propaganda dem Gaza-Streifen hilft. Denn sowohl bei der »Organräuber-Lüge« wie auch bei der immer wieder aufgebrachten Behauptung, Israel stehle dem Gaza-Streifen das dringend benötigte Wasser, handelt es sich im Grunde um im neuen Gewand präsentierte uralte antisemitische Stereotype, die offenbar auch in Europa noch immer geglaubt werden. Dabei sieht auch hier die Wirklichkeit vollkommen anders aus: Mit insgesamt vier Pipelines liefert Israel Süßwasser zum Gaza-Streifen. Gefährdet werden diese – wie sollte es anders sein – allerdings durch die Hamas, die auch schon während der Unruhen von 2018 Kontrollpunkte an der Grenze zerstörte, über welche Lebensmittel und Medikamente aus Israel geliefert werden.

Der Hamas dienen diese Lügen und Angriffe zum Machterhalt, um die Bewohner Gazas in Abhängigkeit zu halten. Da kommt einem ein böser Gedanke: Was wäre, wenn Israel seine Hilfe für die Zivilisten komplett einstellen würde? Würde es den Menschen die Augen öffnen und sie dazu bringen, sich endlich gegen die brutale Unterdrückung durch die Terroristen zu wehren? Israel gilt ohnehin als Dämon in der Region – es hätte kaum etwas zu verlieren. Dass Israel dennoch weiterhin hilft, mag den Bewohnern Gazas, die von klein an mit Hass-Propaganda aufwachsen, nicht als Widerspruch erscheinen, weil sie zwischen Angst vor den eigenen Leuten und verinnerlichter Abneigung gefangen sind. Aber von den Europäern dürfte man eigentlich einen klareren Blick erwarten, denn die Informationen über die israelischen Hilfsmaßnahmen sind für jeden ohne große Recherchearbeit im Internet zu finden. Das lässt leider nur einen Schluss zu: Auch Teile Europas sind zu tief in Vorurteile verstrickt, um die Fakten sehen zu wollen. Deutschland macht dabei keine Ausnahme, obwohl es immer wieder seine Verbundenheit zu Israel betont. Aber wenn trotz der schon inflationär gebrauchten Formel »Nie wieder!« noch nicht einmal hier für die Sicherheit der jüdischen Bevölkerung garantiert werden kann, sind diese Bekundungen von Solidarität wohl nichts weiter als eine bunte Seifenblase.

Muslimische Attentäterinnen in Israel: Selbstmordanschläge als Ausweg aus der Repression durch ihre eigene islamische Gesellschaft

Für einige arabische Frauen sind die selbstgewählten Selbstmordanschläge ein Weg der häuslichen Gewalt oder der islamischen Tyrannei in ihrer Gesellschaft zu entfliehen und gleichzeitig einen vermeintlich gottgefälligen Tod zu sterben. Wer bei einem Anschlag auf Juden getötet wird, glaubt als Märtyrer im Paradies zu landen und weiß außerdem, dass seine Angehörigen lukrative Renten von der „palästinensischen" Autonomiebehörde erhalten werden. (JR)

Von Ulrich W. Sahm und Elisabeth Lahusen

„Palästinenserin nach Messerangriff auf Soldaten getötet", so titelten einige deutschsprachige Zeitungen und Online-Medien (z.B. auch der Stern) am 11. April 2022. „Palästinenserin bei Messerattacke erschossen" titelte schon der BR 24 vom 9. November 2015.

Die Titel variieren über die Jahre, die Beschreibung des Hergangs ist nahezu identisch. Mal waren es Wellen, mal einzelne Vorfälle. Oft folgen auch Details zu den Umständen, etwa dass die Frau mit gezücktem Messer auf bewaffnete Posten an einem Kontrollpunkt zulief und die Rufe der Soldaten und Soldatinnen ignorierte, stehen zu bleiben. Manchmal gelingt es einer solchen Angreiferin auch, noch einen Soldaten zu ermorden, bevor sie selbst erschossen wird. Über die Motive der Frauen und ihre Lebensumstände erfährt man in europäischen Medien nichts. Interessiert es denn keinen, was die oft noch jungen Frauen dazu bringt, nur mit einem Messer bewaffnet einen Soldaten anzugreifen – wohl wissend, dass sie diese Tat auf keinen Fall überleben würden? Es sind Teenagerinnen darunter oder auch junge Mütter. Warum wird von ihrem Tod berichtet, aber weder von ihrem Leben davor noch von den Folgen ihres Todes für ihre Familie? Kann man das in dieser Häufung wirklich mit der typisch westlichen Erklärung: „Das sind halt weibliche Widerstandskämpferinnen" abtun, wenn doch den beteiligten Frauen oft nur eines sicher ist – ihr eigener Tod? Besonders tragisch wird es, wenn eine „Palästinenserin" gar keine bösen Absichten hatte, sondern nur während eines anderen Festnahmeverfahrens angeschossen wird und stirbt, weil sie auf einen Zuruf der Soldaten nicht stehen blieb. So wie es im April in der Nähe von Bethlehem geschah.

Wen interessiert das Schicksal der „Palästinenserinnen"?

Die europäischen Medien eint ein seltsames Desinteresse an dem Leben und Sterben „palästinensischer" Frauen. Dabei gäbe es Möglichkeiten, auch etwas über die Hintergründe der Suizide / Selbstmordattentate zu erfahren. Wenn ein Mensch an einem Kontrollpunkt erschossen worden ist, muss der Vorfall ja untersucht werden. Aber wenn die israelischen Behörden zu einem Ergebnis gelangt sind, ist es für die ausländischen Medien offenbar zu spät, über einen zeitlich zurückliegenden Fall noch einmal zu berichten.

Männliche Terroristen kennen wir auch in Europa. Man berichtet über junge Männer, die für den IS in den Dschihad gegangen sind – und von ihren europäischen Frauen, die sich freiwillig diesen Terroristen angeschlossen haben und dann später in Deutschland vor Gericht berichten, dass sie doch „nur Hausfrau und Mutter" gewesen seien. Aber kann man die Lebensumstände der muslimischen Frauen in den „Palästinensergebieten" wirklich mit denen solcher Konvertitinnen gleichsetzen – von denen ihrer „Brüder" ganz zu schweigen?

Der einsame „Suizid durch Soldaten"

Wenn eine suizidale Frau von einer Brücke oder einen Berghang in den Abgrund springt, oder sich mit Tabletten umbringt, ist das tragisch genug. Aber in Europa wäre es wohl undenkbar, dass eine Frau vor dem Gang in den Supermarkt oder gar vor einem Urlaubsflug in ihre Küche geht und aus der Schublade ein spitzes langes Küchenmesser auswählt, um es für einen „Suizid durch Soldaten" in ihre Handtasche zu packen. Warum also wundert man sich in deutschen Redaktionsstuben nicht, wenn „Palästinenserinnen" so anders handeln als Selbstmordkandidatinnen aus Europa?

Muslimisch-arabische Frauen sind in den sogenannten besetzten Gebieten oft einem enormen Druck ausgesetzt. Im arabischen Basar in der Altstadt Jerusalems kann man die Diskrepanz zwischen ihren privaten Wünschen und den Regeln ihrer Communitys täglich beobachten. Viele Läden bieten in ihrer Auslage offen hunderte bunte Büstenhalter und andere weibliche Unterwäsche an. Und zwar nicht etwa nur für Touristinnen vor der Coronazeit. Sondern auch in den vergangenen beiden Jahren. Die meisten Kundinnen sind komplett schwarz verhüllte Frauen. Selbst bei brüllender Hitze im Hochsommer in bodenlanger Kleidung. Durch einen schmalen Sehschlitz sind kaum die Augen zu sehen. Wenn sie einen knalligen sexy BH mit Strass und Glitter erwerben, Höschen mit Spitzen und knappe Hemdchen, ist klar, dass sie all diese bunten Dinge nur privat im eigenen Heim und fern jeglicher fremden Augen anziehen können. Demgegenüber können ihre weniger frommen Geschlechtsgenossinnen mit knappen Outfits am Strand von Tel Aviv oder sogar in den Straßen Jerusalems problemlos herumlaufen, wie sie wollen. Natürlich sieht man gerade in Jerusalem auch fromme Jüdinnen und Christinnen, die nicht in Shorts und bauchfrei auftreten, aber die Diskrepanz zwischen den „Verkaufsrennern im Basar" und dem öffentlichen Auftritt der weiblichen Kundschaft ist nirgendwo so groß wie in den arabisch – muslimischen Läden.

In Israel werden die Ergebnisse der Untersuchungen nach Attentaten registriert und berichtet. Denn sie dienen dazu, Terroranschläge besser zu verstehen und vielleicht in Zukunft zu verhindern. Erfahrungsgemäß finden die Ermittler zwei verschiedene Motive. Entweder verfolgen die Frauen politische Ziele und wollen israelische Besatzer töten, oder aber sie haben zum Beispiel Streit im Haus und wollen ihr Leben beenden.

Wenn tatsächlich politische Motive vorliegen, werden die meist schon im Voraus über soziale Medien verbreitet, um Gefolgsleute zu rekrutieren. Um mögliche Anschläge zu verhindern, verfolgen die israelischen Sicherheitsdienste sehr genau die arabischen sozialen Netzwerke. Dabei setzen sie Algorithmen ein, die Alarm schlagen, sobald gewisse Schlagworte verbreitet werden.

Wer die Frauenrechte stärkt, sorgt auch für eine stabilere Gesellschaft. Der Islam kennt aber keine Gleichberechtigung.

In mehreren Fällen ist es den Israelis schon gelungen, auf diese Weise ganz gezielt Attentäter oder Attentäterinnen auf dem Weg zu einem mörderischen Anschlag zu finden und rechtzeitig zu stoppen. Schwieriger ist es, Selbstmörderinnen vorab zu finden, für die der Anschlag ein letzter Ausweg aus der privaten Hölle ist, weil die häuslichen Streitereien nur selten öffentlich in den Netzwerken ausgetragen werden.

Statt Frauenhäusern werden Terror-Renten finanziert

Da die getötete Person nicht mehr befragt werden kann, erfahren die Behörden die Ursache dann erst durch ein Überprüfen des allgegenwärtigen Smartphones oder durch Befragen der Freunde, Nachbarn und Angehörigen.

Der Koran sagt, dass der private Suizid eine Sünde sei. Aber vorehelicher Sex wird auch oft mit dem Tod bestraft, wenn Verwandte die Familienehre wieder herstellen wollen. Das eigene Heim darf eine gute Tochter nicht „beschmutzen". Da die muslimischen Frauen keinerlei Hilfe bei ihrer Emanzipation aus den starren Rollenmustern erwarten können, verwundert es nicht, dass besonders in den „Palästinensergebieten" immer wieder einige von ihnen versuchen, diesem „Gefängnis" durch einen Selbstmord zu entrinnen, der formal kein Selbstmord ist. Am einfachsten ist es für sie dann, mit gezücktem Messer auf israelische Sicherheitsleute zuzugehen.

Diese wiederum gehen kein Risiko ein und schießen scharf, wenn jemand mit gezücktem Messer auf sie zu rennt, um sie zu töten. Das ist dann reine Notwehr. Denn oft genug wurden Soldaten oder Polizisten auf offener Straße oder an den Kontrollpunkt durch Messerstiche ermordet.

Es klingt makaber, aber einen Anschlag zu verüben, statt eine Überdosis Tabletten zu schlucken bietet neben dem religiösen Aspekt der Befreiung von der „Sünde" für die Täterin auch handfeste Vorteile für die Hinterbliebenen. Für Mütter gilt zudem, dass sie auch ihre Kinder über ihren Tod hinaus versorgt wissen.

Denn die „palästinensische" Autonomiebehörde stiftet den Angehörigen von „Märtyrern" großzügige Renten. Je mehr Juden sie umbringen konnten, desto höher sind die teilweise von den Europäern mitfinanzierten Zahlungen. Es ist allgemein bekannt, dass es für Attentate in Jerusalem auch noch einen Zuschlag gibt.

Wie aber soll man eine Tat ahnden, wenn der Täter nicht mehr lebt? Selbst wenn die Israelis das Heim der Attentäter zerstören, kommen begeisterte „Gleichgesinnte" oder gar die „palästinensische" Autonomiebehörde, um das Haus wieder zu errichten. Zudem ist die propagandistische Wirkung der international verbreiteten Bilder von zerstreutem Spielzeug in zertrümmerten Kinderzimmern verheerend. In der israelischen Bevölkerung nimmt die Verunsicherung zu. Man ist zunehmend ratlos, wie dieser Terror am besten bekämpft werden kann. Die Autonomiebehörde hat an dem Schutz der Frauen kein Interesse. Frauenhäuser gibt es im muslimischen Kulturkreis nicht. Selbst die Türkei ist aus der sogenannten Istanbul- Konvention zum Schutz der Frauen wieder ausgetreten. Die Proteste der Feministinnen in der Türkei am 1. Juli 2021 verhallten in Europa genauso wirkungslos, wie die stummen Hilfeschreie vieler „Täterinnen" im Nahen Osten.

Ulrich W. Sahm ist seit 1975 Nahost-Korrespondent für verschiedene deutschsprachige Medien und berichtet direkt aus Jerusalem. Elisabeth Lahusen ist Heilpädagogin und Journalistin.

Das erfundene Volk: Die arabische Falsch-Etikettierung Palästinas

Als Jassir Arafat nach dem Sechs-Tage-Krieg in der PLO-Charta das „palästinensische Volk" erfand, ist der Terror gegen Juden, auch mit Hilfe des Westens, zum legitimen Freiheitskampf stilisiert worden. Doch statt empört mit dem Zeigefinger auf diese geschichtsverfälschende Lüge zu deuten, vollzog die internationale und allen voran die deutsche Linke einen Schulterschluss mit den arabischen Terroristen und Judenhassern. (JR)

Von Mirjam Lübke

Man sagt Jassir Arafat gemeinhin nach, er habe das Volk der „Palästinenser" 1968 in der PLO-Charta erfunden – aber das wäre zu viel der Ehre. Nach heutigem Verständnis würde man von „kultureller Aneignung" sprechen, denn ein Gebiet namens Palästina gab es bekanntlich sehr wohl. Dies allerdings geht auf die römische Besatzung zurück.

Eine der härtesten Bestrafungen, die in der römischen Kaiserzeit angewandt werden konnte, war die „damnatio memoriae", die durchaus auch einigen besonders grausamen römischen Herrschern zuteilwurde: Die Auslöschung der Erinnerung an jemanden oder etwas. So wurde aus der Provinz Judäa nach dem Bar-Kochba-Aufstand Syria Palaestina, aus dem zerstörten Jerusalem Aelia Capitolina. Kaiser Hadrian legte so, ohne es zu wissen, den Grundstein für Arafats Legende vom „palästinensischen Volk". Einen Staat dieses Namens gab es freilich nie, das von der PLO reklamierte Gebilde besaß weder eine Hauptstadt noch eine eigene Währung oder eine Infrastruktur, welche man es von Staaten gemeinhin erwartet.

Gern verweisen arabische Diskussionsteilnehmer in den sozialen Medien auf alte Karten, in denen auch vor der Gründung Israels 1948 eine Region Palästina verzeichnet ist – dabei handelt es sich freilich um das britische Mandatsgebiet, das sogar einen Davidstern in der Fahne trug. Wer sich mit der Geschichte der Region ein wenig auskennt, kann nur staunen, wie viele deutsche Leser auf diese arabische Legende hereinfallen, wahrscheinlich, weil sie darauf hereinfallen wollen. Hartnäckig hält sich die Legende von den jüdischen Siedlern, welche „den Palästinensern das Land weggenommen haben". Lange Zeit hielt ich das für eine deutsche Spezialität, eine Art Selbstberuhigung angesichts der Shoah, zur Abwehr von Schuldgefühlen. „Die Deutschen werden den Juden den Holocaust nie verzeihen", lautet ein berühmtes Zitat des israelischen Psychoanalytiker Zvi Rix – und so lauert man darauf, dass die Israelis etwas tun, über das man sich moralisch empören kann. Vor allem vielen Linken ist das Selbstbewusstsein des jüdischen Staates ein Dorn im Auge, die Entschlossenheit, die eigene Identität – und das schiere Überleben – aus eigener Kraft zu verteidigen. Sie entdeckten schon früh die Araber der Region als neue Klientel, welche die wehrhaft gewordenen Juden als verteidigungswürdige „Opfer" ersetzen sollten.

Doch die leidenschaftliche Liebe zur Sache der „Palästinenser" ist eine internationale geworden, und Jassir Arafat verstand es, diese Stimmung aufzugreifen. Als er im November 1974 einen malerischen Auftritt vor der UNO ablieferte, flogen ihm vor allem die Herzen der kommunistisch regierten Länder zu. Mit Kufiya, Uniform und Pistolengurt erwähnte er das von ihm ausgerufene Volk zum ersten Mal offiziell und verlieh so den Terrorangriffen der PLO auf Israel den Anstrich des Freiheitskampfes. Weltweit ist die Kufiya, das „Palästinensertuch" seitdem zum Symbol des Widerstands geworden. Auch wenn es von vielen jungen Menschen getragen wird, ohne dass sie dessen genaue Bedeutung kennen, glauben sie doch, damit etwas Revolutionäres zu tun. Sogar in die Popkultur hielt es Einzug, ich staunte nicht schlecht, als es auch der Held einer durch Steven Spielberg produzierten Serie beim Kampf gegen seine Widersacher trug. Auch du, mein Sohn Steven!

Das „Palästinensische" Volk ist ein Framing-Produkt arabischer Propaganda

Keine geschichtlichen Belege für ein „palästinensisches Volk"

Was Arafat begann, wird seitdem systematisch fortgeführt und trifft in der heutigen Debatte um die Spätfolgen des Kolonialismus den Nerv vieler Aktivisten, die angetreten sind, die „Herrschaft des weißen Mannes zu beenden". Dabei wird zum einen vollkommen die multiethnische Zusammensetzung der israelischen Bevölkerung ignoriert, denn Israel soll schließlich allen bedrängten Juden der Welt eine Heimat bieten. Die „palästinensische" Propaganda arbeitet zudem hartnäckig daran, sich auch die Vergangenheit der Region zu eigen zu machen, in der Juden nach ihrer Darstellung im besten Fall einen Teil der Bevölkerung stellten, bevorzugt aber als „Eindringlinge" beschrieben werden. Ihre Ansiedlung in der Region soll gemäß dieser Propaganda niemals als Rückkehr nach Vertreibung oder Not gesehen werden, sondern als plötzliches, unerwartetes Auftauchen zum Zwecke der böswilligen Eroberung. Vor ein paar Jahren wurde gar ein Museum für „palästinensische" Geschichte eingeweiht, dem allerdings die Ausstellungsstücke fehlen – denn wo kein „palästinensisches" Volk existierte, können auch keine archäologischen Zeugnisse desselben gefunden werden. Man spricht nicht gern darüber, dass die Region zu Beginn der jüdischen Siedlungsbewegung im 20. Jahrhundert auch von arabischen Beduinen nur dünn besiedelt war, gerade diese machte das Land schließlich erst attraktiv. Dort tat sich Vielversprechendes, das auch das eigene Leben verbessern konnte.

Verharmlosung der Hamas

Einiges in der von Arafat initiierten Propagandamaschinerie mag nicht recht zusammenpassen, dennoch nimmt auch der Westen deren Faden gern immer wieder auf. Das beste Beispiel dafür ist der Gaza-Streifen, den Israel bereits 2005 als Friedensangebot räumte, aber in der Vorstellung der meisten Deutschen noch immer israelisch besetzt ist. Dies wird sogar vom Auswärtigen Amt bekräftigt, das sich dabei nicht etwa an den Tatsachen orientiert, sondern der Darstellung des Dauerpräsidenten der „palästinensischen" Autonomiebehörde, Mahmud Abbas. Wie es möglich wäre, dass die im Gaza-Streifen regierende Terrororganisation Hamas das Gebiet als Abschussbasis für ihre Raketen nutzt, wäre dort israelisches Militär anwesend, ist eine Frage, die man sich offensichtlich weder in den deutschen Medien noch im Auswärtigen Amt stellt. Die Hamas, die nach dem Niedergang der PLO deren Terror-Mission fortführt, genießt vor allem in linken deutschen Kreisen eine Art Welpenschutz, der unmittelbar auf den von Arafat geschaffenen Opfermythos zurückgeht. Diesem Mythos zufolge steht auf der einen Seite die High-Tech-Militärmacht Israel, auf der anderen die Befreiungsarmee der „Palästinenser", die sich ein paar selbstgebastelte Raketen vom Munde abspart, welche vom Iron Dome der Israelis mit links abgefangen werden. Wir alle haben uns schon einmal über die einseitige Darstellung der deutschen Abendnachrichten geärgert, die ihre Berichterstattung grundsätzlich mit israelischen Luftangriffen auf Gaza beginnen. Die Botschaft dahinter ist deutlich: Die Hamas ist harmlos, eine Gruppe verzweifelter Unterdrückter, die doch nur versucht, sich zu wehren.

Selbstverständlich ist schon die Grundannahme falsch, denn Israel hat gar kein Interesse daran, Gaza anzugreifen, wenn es nicht in Selbstverteidigung dazu gezwungen ist. Gaza wird zudem reichlich mit finanziellen Mitteln der EU versorgt, auch mit dreistelligen Millionenbeträgen aus Deutschland, die eigentlich dem Aufbau einer Infrastruktur dienen sollen, aber stattdessen in die Taschen der Hamas fließen, deren Anführer es sich davon gut gehen lassen. Allerdings hat sich das Bild des unterdrückten „Palästinensers" im Westen so verfestigt, dass niemand die asymmetrische Kriegsführung der Hamas erkennen will. Jede ihrer Raketen, sei sie noch so billig zusammengebaut, löst das israelische Verteidigungssystem aus, was Israel Unsummen kostet. Noch tragischer ist allerdings der auf die israelische Bevölkerung ausgeübte Psychoterror. Wer den Luftalarm hört, kann schließlich nicht wissen, von welcher Wirkung der Beschuss diesmal sein wird. Es ist eine als unorganisierter Kampf getarnte Zermürbungstaktik, die darauf abzielt, den verhassten Nachbarn emotional und finanziell auszubluten. Verbleibt ein Großteil der Bevölkerung Gazas deshalb in Armut, arbeitet das der Hamas in die Hände – das Ausland bekommt die Bilder, die es sehen will. Der Opfermythos reproduziert sich selbst.

Schon Arafat wusste genau, wie er mit der Stimmung seiner Ära spielen konnte. Die Zeit des Kolonialismus in Nordafrika lag noch nicht lange zurück, es war leicht, in den eigenen Kreisen Israel als westliche Kolonialmacht zu verkaufen, die letzte Bastion des europäischen und amerikanischen Einflusses in diesem Teil der Welt. Da spielte es auch keine Rolle, dass die Sowjetunion schon ihren Fuß in die Tür gestellt hatte, um im Mittelmeerraum an militärischem Einfluss zu gewinnen. Die stärkste Unterstützung erfuhr der PLO-Chef aber durch die westeuropäische Linke, die bei der Auswahl der von ihr bevorzugten „Opfergruppen" nur wenig auf die Wahl derer Waffen achtete. In Deutschland sprang vor allem die RAF gern auf diese Propaganda auf und unterstützte die PLO bekanntlich bei zahlreichen Terrorakten, wofür sie mit Kampftraining und Asyl belohnt wurde. Auch in sozialdemokratischen Kreisen galt es als schick, mit Arafat gesehen zu werden. Noch heute weiß man dort genau, was Israel zu tun oder zu lassen hat – denn eins hat dieser auf jeden Fall erreicht: Man hatte endlich einen Grund, sich „den Juden" moralisch überlegen zu fühlen – da kam das Märchen vom „palästinensischen" Volk, das doch nur für seine Freiheit kämpft, gerade recht.

Verfasserin von „Schindlers Liste“ mit 107 Jahren verstorben: Ein Nachruf auf Carmen „Mimi“ Reinhardt

Oskar Schindlers Sekretärin Carmen „Mimi“ Reinhardt ist in Israel im Alter von 107 Jahren gestorben. Im Zweiten Weltkrieg tippte sie die Liste mit 1200 Namen jüdischer Zwangsarbeiter und half damit, hunderte Menschen vor dem Vernichtungstod durch die Nationalsozialisten zu retten. (JR)

Von Julian M. Plutz

Wenn eine Floskel stimmt, dann wohl diese: Die Geschichte von Mimi Reinhardt passte auch in mehrere Biografien. Am 8. April schlug das Herz der israelisch-österreichischen Jüdin das letzte Mal. Sie hinterlässt eine Geschichte von 107 Jahren. Eine Geschichte der Hoffnung und des Mutes. Aber auch der Erniedrigung und des Leides.

Geboren wurde sie 1915 als Tochter von Emil und Frieda Koppel in Wien. Ihre Kindheit war unbeschwert. Schon früh entdeckte sie ihre Leidenschaft und ihr Talent: Sprachen. Um im Studium an der Universität zu Wien besser mitschreiben zu können, lernte sie Stenografie. Eine Kenntnis, die ihr später noch einmal helfen sollte. Wien war auch die Stadt, in der sie ihren Mann kennenlernte. 1936 zog das Ehepaar ins polnische Krakau.

„Menschenverachtende Zustände“

Als die Nazis einmarschierten, wurden beide zunächst ins Krakauer Ghetto gesperrt. Als dieses aufgelöst wurde, kam sie ins KZ Plaszów. Allein. Ihr Mann wurde bei einem Fluchtversuch von den Deutschen erschossen. Ihr Sohn, der 1939 zu Welt kam, lernte seinen Vater kaum mehr kennen. Mit falschen Papieren konnte er mit vier Jahren von den Großeltern nach Ungarn geschmuggelt werden.

Im Konzentrationslager Plaszów kam ihr ihre Fähigkeit als Stenografin zugute. So wurde sie von den Nazis in der Lagerverwaltung eingesetzt und lernte dort Oskar Schindler kennen. Dieser war zu dem Zeitpunkt ein aufstrebender Großindustrieller, der sich mit seiner NSDAP-Mitgliedschaft Aufträge der Partei sicherte, die in Wahrheit aus Enteignungen entstammten. Doch als er die menschenverachtenden Zustände in den Lagern sah, schmolz sein Karrierewillen und wandelte sich in Mitgefühl und Wut, aber auch den festen Entschluss, so viele Menschen, wie möglich, aus den Lagern zu befreien, was er bereits im KZ Krakau tat, in dem auch Mimi Reinhardt inhaftiert war.

Umetikettieren der Mitarbeiter

Dort wurde die Deutsche Munitionsfabrik DEF errichtet, in der Zwangsarbeiter vor allem Granatenhülsen produzierten. Sein guter Ruf als Industrieller ermöglichte ihm lukrative Verträge abzuschließen und dadurch so viele jüdische Arbeiter anzufordern, die er benötigte und die vormals unter der Kontrolle der SS standen.

Erfolgreich konnte er die Nazis täuschen, seine Fabrik erfülle kriegswichtige Aufträge und seine Arbeiter seien unabkömmlich. Durch diese Lüge konnte er viele Ausnahmen erwirken, sobald Juden den Transport in Vernichtungslager drohten. Hierbei half auch der Zufall. Oskar Schindler nutzte die Namensgleichheit mit einem hohen SS-General, um an Informationen zu kommen und Dokumente zu fälschen. So wurden Kinder, oder Hochschullehrer zu qualifizierten Metallarbeitern umetikettiert, um so der Todeshölle zu entkommen.

GIDEON MARKOWICZ / AFP

Erst im Alter von 92 Jahren erzählte Mimi Reinhardt öffentlich von der Zeit im Nationalsozialismus

Ein Wunder, dass Schindler nicht aufgeflogen ist

Als Krakau vom Arbeitslager in ein Vernichtungslager umgewandt wird, kam er ins besagte KZ Plaszów. Um seine Mission dort fortzusetzen, freundete sich Schindler mit dem Lagerkommandanten Amon Göth an, der für seine Brutalität bekannt war. Durch den direkten Draht konnte er „seine“ jüdischen Arbeiter in einem eigens errichteten Lager unterbringen. Die Arbeitsbedingungen waren etwas humaner, die von Göth angeordneter systematische Mangelernährung kompensierte Schindler mit eigenen Lebensmitteln, die er auf dem Schwarzmarkt kaufte. Denn schon damals wurden in sozialistischer Manier Nahrungsmittel rationiert und waren legal nur mit staatlichen Essensmarken erhältlich.

Er und seine Mitarbeiter riegelten selbst ihr eigenes Lager ab. Es wurden Wachtürme errichtet, falls ungebetener Besuch drohte, wurden die Arbeiter mit einem Signalton vorgewarnt, was jedoch aufgrund des engen Verhältnisses mit Amon Göth selten vorkam. Im Nachhinein scheint es ein Wunder zu sein, dass Oskar Schindler, der 1974 in Hildesheim verstarb, mit seinen Heldentaten nicht aufgeflogen ist.

Letzte Station Brünnlitz

Mehrmals wurde Oskar Schindler von der Gestapo vernommen, die ihn wegen Unregelmäßigkeiten, Bestechung der SS und Begünstigung von Juden verdächtigen. Ein Zeitzeuge beschreibt Schindler, den man hedonistische Verschwendungslust nachsagte, als einen charismatischen Menschenfänger. So konnte er wohl die SS überzeugen, wie die Gestapo, aber auch seine Belegschaft, die er immer als seine Mitarbeiter bezeichnete, für die er als Vorgesetzter die Verantwortung trägt, motivieren.

Im Juli 1944 wurde bekannt, dass das KZ Plaszów aufgelöst werden sollte, ebenso wie Schindlers eigens errichtete Nebenlager. Oskar Schindler fasste den Entschluss, gemeinsam mit Mimi Reinhardt, die damals noch nach ihrem verstorbenen Mann Weitmann hieß, und vielen anderen Widerstandskämpfern, wie Miecyslaw Pemper, oder Itshak Stern und den Arbeitern mit umzuziehen. Der geplante Ort war Brünnlitz, im Bezirk Zwitter, Tschechien, was kein Zufall war. Schindler war dort geboren und aufgewachsen.

Viele Juden vor der Vernichtung gerettet

Die SS hatte Schindler 800 Männer und 300 Frauen als Arbeiter bewilligt. Der Transport führte über Auschwitz, da eine Vorschrift verlangte, dass alle Häftlinge mindestens zwei Wochen in Quarantäne kamen, bevor sie in andere Länder verlegt wurden. In dieser Zeit entstanden die Listen der sogenannten „Schindler-Juden“, die Mimi Reinhardt abtippte. Auch ihren Namen setzte sie darauf: „Weitmann, Carmen, 15.1.1915, Schreibkraft“ steht an Nummer 279 der Liste.

Am Ende waren es 297 Frauen und 781 Männer, die so vor Auschwitz gerettet wurden. Ein Foto des Schreibmaschinendokuments, das Mimi Rheinhardt übrigens mit zwei Fingern erstellte, ist heute bei Yad Vashem öffentlich zugänglich. Von A wie Szyja Abramoczyk, bis Z wie Jenta Zwteschkenstiel verdankten die „Schindler-Juden“ der Liste ihr Leben.

„Er war immer gut zu den Juden“

Maßgeblich lag es auch am Vertrauen, die Mimi Reinhardt in Oskar Schindler hatte. Obwohl er oft nächtelang mit SS-Offizieren getrunken habe, sei er morgens immer pünktlich im Büro gewesen. Er war „immer gut“ zu den Juden, sagte sie in einem Interview. „Wir waren uns nicht sicher, ob Schindler uns retten kann. Aber ich habe an ihn geglaubt und deshalb wollte ich mit ihm nach Brünnlitz kommen“.

Wie sie die Liste erstellte, erzählte sie nüchtern, wie beklemmend. "Erst tippte ich die Namen der Fabrikarbeiter auf die Liste, dann die Namen von ihren Familienangehörigen und ihren Freunden. Zum Schluss meinen Namen und einiger meiner Freunde, dann war die Quote erfüllt", so Reinhardt.

Wiedersehen mit Oskar Schindler

Über Schindler, der in Israel als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt wurde, sagte sie in einen ihrer letzten Interviews: "Er war kein Engel. Wir wussten, dass er der SS angehörte. Aber er konnte nicht mitansehen, was man uns Juden angetan hat. Es hat ihn angewidert." Eine Frage, die sie mit ins Grab nahm, war die, weshalb es nicht „mehr Menschen wie Schindler“ gegeben hat, die Geld, Ruhm und am Ende ihr Leben riskiert haben, um Juden zu retten. Schindler, so Mimi Rheinardt, „muss ein Herz aus Gold gehabt haben“.

Nach dem Krieg fand sie ihren Sohn in Ungarn und zog mit ihm nach Tanger in Marokko. Dort lernte sie ihre zweite große Liebe, Albert Reinhardt kennen, ein Hotelier, den sie heiratete. Die Familie zog in die USA, genauer gesagt nach New York. Eine Tochter aus dieser Ehe starb im Jahr 2000.

Als Mimi Reinhardt einige Jahre später nach Wien flog, um ihre Tante zu besuchen, passierte das Unglaubliche. Es war ein warmer Tag und sie flanierten durch die Innenstadt, als plötzlich ein Mann ihren früheren Namen rief: „Carmen Weitmann?“ Es war Oskar Schindler. „Er hatte mich wiedererkannt. Er saß in einem Café mit anderen Juden, die für ihn gearbeitet hatten. Meine Tante fragte mich irritiert, woher ich diesen Mann kenne.“

Ein Vermächtnis der Menschlichkeit

In den letzten Jahren ist es ruhig um Mimi Rheinhardt geworden. Sie zog nach Herzlia, Israel und verbrachte ihre letzten Jahre wohlverdient in einem Altenheim. Zur Premiere des Films „Schindlers Liste“ lud sie Steven Spielberg ein. Sie sagte jedoch ab. Sie sei noch nicht bereit, den Film zu sehen. Etwas später sah sie ihn dann doch. Göth und Schindler seien sehr gut getroffen, weniger aber die Juden, befand Frau Rheinhardt: „Die waren alle zu gut gekleidet.“

Nun ist Mimi Reinhardt mit 107 Jahren gestorben. Die Erinnerung bleibt an eine starke Frau, die zur richtigen Zeit, den richtigen Menschen vertraute und so überlebte und vielen anderen Juden das Leben rettete. Vielleicht ist ihr Vermächtnis, neben dem, dass man über 100 Jahre alt werden kann, eben das: Vertrauen ehrt nicht nur, es macht uns erst menschlich. Nur so können wir gemeinsam leben. „Keep me searching for a heart of gold“, sang Neil Young. Das ist, was wir in den dunkelsten Zeiten brauchen. Mimi Reinhardt und Oskar Schindler gehörten dazu. Mögen sie in Frieden ruhen.

Auf den Spuren des russischen Judentums von der Zarenzeit bis zur Gegenwart

Ein Reisebericht aus dem Herbst 2021 über die jüdische Kultur in den russischen Städten Kazan und Samara. (JR)

Von Matti Goldschmidt

Kazan, Tempel aller Religionen.

Im ersten Teil dieses Reiseberichtes (JR 4/2002 [92], S. 42 f.) wurde über die jüdische Gemeinde in Ufa, der Hauptstadt der Autonomen Republik Baschkortostans, erzählt sowie über die jüdische Geschichte Samaras bis kurz nach dem 2. Weltkrieg. In den Jahren 1935-1991 wurde Samara, urkundlich erstmalig erwähnt um 1365, nach Walerian Wladimirowitsch Kuibyschew (1888-1935) benannt, u.a. ab 1927 Mitglied des Politbüros der KPdSU. Wir setzen nun unseren Rundgang in Samara fort.

Die Ruinen der Großen Choralsynagoge präsentieren sich als ein monumentales Gebäude im neo-maurischen Stil mit rot-weiß gestreiften Ziegelwänden. Außer dem Hauptturm zur Straßenfront und ein paar Außenwänden ist über die Jahrzehnte nicht viel übriggeblieben; die Innenräume sind total zerstört. Bis zum 1. Weltkrieg galt die Große Choralsynagoge mit eintausend Sitzplätzen als die größte Synagoge Europas. Die sowjetischen Behörden schlossen dieses Gebetshaus jedoch bereits im Jahre 1929 und übergaben es zuerst einem jüdischen Verein unter der Aufsicht des Komintern, der sogenannten Dritten Internationalen; es wurde ein „Haus der Kultur". Nach dem 2. Weltkrieg wurde das Gebäude in eine Bäckerei umgewandelt und erst nach dem Zerfall der Sowjetunion wieder an die jüdische Gemeinschaft retourniert. Am 5. Oktober 2021 wurde in einer großen Zeremonie der Grundstein für die Restaurierung dieses Hauses gelegt, selbstverständlich unter Teilnahme des Gesandten des Lubavitcher Rebbe, Rabbiner Shlomo Deutsch, des Oberrabbiners Russlands Shlomo Dov Pinchas Lazar (1964-), besser bekannt als Berel Lazar, sowie des Gouverneurs des Samara Oblasts, Dmitry Igorevich Azarov.

Für eine Besichtigung nicht zugänglich war die ehemalige Bierbrauerei Zhigulevskoe, gegründet 1881 von dem Österreicher Alfred Vacano Ritter von Wellho (1846-1929). Ursprünglich bekannt unter dem Namen „Venskoje pivo" (Wiener Bier), befanden die sowjetischen Behörden alsbald diesen Namen vollkommen bourgeois und machten daraus „Zhigulevskoe", dessen Bedeutung mir leider unklar blieb, etwa, ob es mit der Stadt Schiguli (deutsch: Reckeln) in der heutigen Oblast Kaliningrad (Königsberg) zusammenhängen könnte. Zumindest unter diesem Namen wurde ab 1938 das Bier praktisch aller russischen Brauereien verbreitet und ist etwa auch heute in der Ukraine als solches bekannt.

Im historischen Bereich Samaras, der Altstadt, ist mit geübtem Auge schnell zu erkennen, dass es vor hundert Jahren eine etliche Anzahl von palastartigen Gebäuden gegeben haben muss, die jedoch zwischenzeitlich einen eher verfallenen Eindruck machen. Grandios aber nach wie vor das 1888 erbaute, nun vollkommen restaurierte Akademische Gorky-Drama-Theater sowie das Akademische Theater für Oper und Ballett, eröffnet am 1. Juni 1931 mit „Boris Godunov" von Modest Petrovich Mussorgsky (1839-1881). Während des 2. Weltkrieges wurde auch das Bolschoiballett in dieses Haus verlegt. Schließlich ist auch ein ausgedehnter Spaziergang entlang der Wolgapromenade praktisch unverzichtbar; Wagemutige wären selbstverständlich auch für ein Schwimmen im Fluss eingeladen.

Weiter nach Kazan

Mit einem Boot auf der Wolga sollte es nun über 360 Kilometer nördlich weiter nach Kazan gehen, des nachts vorbei an Tolyatti, vormals Stawropol-Wolschskij und benannt nach dem italienischen Kommunisten Palmiro Togliatti (1893-1964). Leider konnte diese Stadt mit 720.000 Einwohnern, die zweitgrößte Stadt der Oblast, nicht besucht werden, genauso wenig wie Uljanowsk, vormals Sibirsk, der Geburtsstadt von Wladimir Iljitsch Uljanow (aka Lenin, 1870-1924) und mit 620.000 Einwohnern auch Hauptstadt der gleichnamigen Oblast oder auch Bolgar, heute nurmehr eine kleinere Stadt, aber dennoch weit über deren Grenzen hinaus bekannt als UNESCO-Weltkulturerbe. Dass auch Bolgar wie das nur 260 Kilometer entfernte Samara im Zeitraum 1935-1991 den Namen Kuibyschew erhielt, mag eines der vielen unerklärlichen Besonderheiten der Sowjetunion gewesen sein. Wie in den drei von mir beschriebenen Städten gibt es auch in Togliatti und Uljanovsk von Chabadnikim geleitete jüdische Gemeinden.

Bevor ich schließlich in Kazan, dem Endziel meiner Russlandreise, das Schiff verließ, erreichten wir das von Iwan dem Schrecklichen im Jahre 1583 gegründete und an der Wolga gelegene Kozmodemyansk sowie mit dem Bus Tsaryovokokshaysk, ab 1927 Yoschkar-Ola, mit 250.000 Einwohnern die Hauptstadt der Autonomen Republik Mari El. Die dortige sehr kleine jüdische Gemeinde gehört in den Einzugsbereich des auf der Straße etwa 150 Kilometer entfernten Kazan. Das von mir ebendort gewählte Hotel war das „Giuseppe" in der Kremlyovskayastraße (vormals Voskresenskaya) und mit geschmackvoll dekorierten Gängen ausgestattet, die die Atmosphäre einer venezianischen Villa zu vermitteln versuchten. Es lag praktisch in Spuckweite zur Hauptattraktion Kazans, nämlich dem „lokalen" Kreml.

Das Wetter war regnerisch und kühl und so beschloss ich, als Erstes den „Tempel aller Religionen", auch „Universaltempel" genannt, zu besuchen, etwa zwölf Kilometer vom Stadtzentrum entfernt und im westlichen Außenbezirk Kazans gelegen, von seinem Gründer Ildar Kanov (1940-2013) selbst als „Tempel der Kultur und Wahrheit" bezeichnet. Gegründet wurde das Projekt 1992 und ein Ende von Konstruktionen bzw. Erweiterungen des gesamten Baukomplexes ist noch nicht abzusehen. Ich konnte, durch die verschiedenen Räume schlendernd, ohne Zweifel den Islam erkennen, danach den Buddhismus sowie die russisch-orthodoxe Kirche. Eine Synagoge war allerdings unauffindbar und die Abteilung zur römisch-katholischen Kirche fiel recht kurz und eher beiläufig aus, beides etwa ganz im Gegensatz zum Kulturzentrum „Rukh Ordo" in Tscholpon Ata, Kirgistan. Ohne Zweifel haftete dem Ganzen ein bisschen Kitsch an, als ob der gesamte Komplex aus einer anderen Welt stammte, zumindest überhaupt nicht in diesen sonst recht grauen Vorort von Kazan passte.

Mit einer Elektritschka ging es nun zurück ins Stadtzentrum und direkt zum Kazaner Kreml, vor dessen Eingang sich unübersehbar eine riesige Statue befand, und zwar das Monument des Musa Jalil (1906-1944), einem gefeierten tatarischen Widerstandskämpfer. Jalil wurde von der Wehrmacht in einer Wolga-Tataren-Kompanie eingesetzt, die alsbald meuterte und schließlich alle deutschen Offiziere erschoss. Er wurde später von der Gestapo gefangen genommen und im Februar 1944 in Berlin-Plötzensee geköpft. 1947 wurde er öffentlich als Verräter der UdSSR erklärt, 1956 jedoch als Held der Sowjetunion rehabilitiert. 1957 erhielt er den Leninliteraturpreis für seine Moabiter Tagebücher.

Die Renovierungen zwischenzeitlich sämtlicher Gebäude des mit einer Mauer umgebenen Gebietes des Kreml hatten erst vor etwa 45 Jahren begonnen. Anhand von Photos aus dem Jahre 1980 muss der Eindruck entstehen, dass damals, also noch zu Sowjetzeiten, fast alles dem Verfall preisgegeben war. Das sich darin befindliche ins Auge fallende und bekannteste Gebäude, die Kul Sharif Moschee, ist von innen genauso beeindruckend wie von außen, auch wenn jeder optische Vergleich dieser Innenräume mit einer russisch-orthodoxen Kirche immer zugunsten letzterer ausfallen muss. Die Verkündigungskirche innerhalb der Kremlmauern wurde im Jahre 2005 wiedereröffnet. Sie war auf den Resten einer Moschee mit acht (!) Minaretten gebaut wurde, wenngleich es sich 1552 noch um eine Holzkonstruktion handelte.

Bevor ich mir die Kazaner Synagoge anschauen wollte, kam ich an einem „Sozialistenmuseum" vorbei, dessen Leiter nicht nur Englisch, sondern auch ein recht gutes Deutsch sprach. Besonders stolz war er auf Uniformen der NVA (Nationale Volksarmee) und weiteren DDR-Utensilien. Groß waren die Räumlichkeiten nicht, aber die Faszination muss wohl in den Details gelegen zu haben. Wahrscheinlich hätte man Tage, wenn nicht Wochen benötigt, um sich jedes einzelne Stück auch wirklich anzuschauen. Über einen Monitor wurden Schlager aus der Zeit der Sowjetunion gezeigt.

Die Synagoge selbst, erbaut 1915-1917, befand sich nur unweit des Kremls in der Profsojuznajastraße 15. Mit dem Untergang der Sowjetunion 1992 war auch dieses Gebäude, 1962 geschlossen und längst von den Sowjetbehörden enteignet, wenig überraschend dem Verfall nahe. Was insofern nicht verwunderte, da dies mit vielen historischen Gebäuden in praktisch allen Ortschaften Russlands passierte, insbesondere mit sakralen Bauten, ganz egal, welcher Denomination sie angeschlossen waren. 1996 retournierten die Kazaner Munizipalbehörden das Haus an die jüdische Gemeinde. Ohne Zweifel war für das jüdische Gemeindezentrum eine Totalrenovierung fällig. Glücklicherweise gab es noch ältere Dokumente, anhand derer man die Innenbereiche des einhundert Jahre alten jüdischen Gemeindezentrums rekonstruieren konnte. Finanziert wurden die aufwendigen Arbeiten durch Zuschüsse der Autonomen Republik Tatarstan sowie aus eigenen Gemeindemitteln, so dass das Gebäude im September 2015 neu eröffnet werden konnte. Als Gäste zu verzeichnen waren neben dem bereits weiter oben erwähnten Berel Lazar, seit dem Jahre 2000 neben Adolf Solomonovich Shayevich (1937-) einer der beiden Oberrabiner Russlands, etwa auch Rustam Nurgaliyevich Minnikhanov (1957-), seit 2010 Präsident Tatarstans.

Für eine organisierte Voranmeldung hatte meine kurze Zeit in Kazan nicht ausgereicht und so beließ ich es bei einem mehr oder weniger spontanen Besuch. Das Haus war schnell gefunden, aber auch hier fehlten mir irgendwie die Sicherheitskameras um ein solches Gebäude, wie ich es bedauerlicherweise aus vielen anderen Ländern gewöhnt bin. Die Eingangstüre war versperrt, jedoch nach etwas Klopfen an der Türe erschien nach wenigen Minuten ein Wächter in nicht näher erkennbarer Militärkleidung, der mich wortlos eintreten ließ und direkt in den Synagogenraum führte. Rabbi Yitzchak Gorelik, seit über 25 Jahren als Chabad-Lubavitch-Abgesandter für die jüdische Gemeinde in Kazan tätig, war leider nicht zu sprechen. So blieb es bedauerlicherweise nur für einen kurzen Besuch mit ein paar Fotos.

Samara, Choral-Synagoge. Sie wurde 1908 vom Architekten Selman Kleinerman gebaut.

Wiewohl Kazans Bevölkerung fast zur Hälfte muslimisch ist, gibt es hauptsächlich russisch-orthodoxe Gebetshäuser außerhalb des Kremls, die einen Besuch wert wären, wie beispielsweise die Kazanskii Kathedrale oder die Peter-und-Paul-Kathedrale, ganz abgesehen von so kleinen Juwelen wie etwa das Uschkova-Haus am Beginn der Kremljovskayastraße, vormals eine Privatvilla, heute Teil der Nationalbibliothek der Republik. Das herausragende Merkmal des Gebäudes war der Wintergarten, in dem alles an eine natürliche Höhle erinnern sollte, ergänzt sogar mit Stalaktiten, die von der Decke hingen.

Zu etwa gleichen Teilen, nämlich rund 48 Prozent, besteht die Bevölkerung Kazans aus Russen (meist orthodox) und Tataren (meist sunni-islamisch). Vor allem wie auch in Ufa fand ich es erstaunlich, wie in Kazan offen, vollkommen tolerant und friedlich die drei Hauptweltreligionen nebeneinander existieren. Zumindest in Samara befanden sich Muslims und Juden (und andere) gegenüber den Russischorthodoxen weit in der Minderheit. Insgesamt aber beobachtete ich in allen drei Städten ein Nebeneinander, von dem wir in weiten Teilen Europas (und anderen Teilen der Welt) im 21. Jahrhundert nurmehr träumen können. Bemerkenswert bleibt in jedem Fall, dass Dank der aktiven und nahezu unbezahlbaren Arbeit der Chabadniks das jüdische Leben auch in für Mitteleuropäer eher unbekannteren Städten Russlands erfolgreich reaktiviert wurde.

Anmerkung: Wenngleich ich Russland noch im Herbst letzten Jahres besuchte, wurden diese Zeilen erst in den ersten Tagen des Einmarsches russischer Truppen in die Ukraine beendet. Auch wenn ich den Eindruck habe, dass ein (viel zu) großer Teil der Bevölkerung der Russischen Föderation diese eindeutige Aggression als eine „Friedensmission gegen faschistische Nationalisten“ rechtfertigt, dann vermute ich, dass eben doch noch viel zu viele der gelenkten Informationspolitik zum Opfer fallen. Russland ist für mich nach wie vor ein wunderbares Land und es obliegt dessen Bevölkerung, die korrupte und despotische Clique um Putin und den Größenwahnsinnigen selbst zurechtzuweisen.

JUDISCHE RUNDSCHAU

Unabhängige Monatszeitung
Herausgeber: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH
Verlag: J. B. O. Jewish Berlin Online GmbH, Dahlmannstr. 23, 10629 Berlin
Für die Postsendungen: Postfach 12 08 41, 10598 Berlin
Tel. (Redaktion): (030) 54 71 02 51 , (Aboverwaltung) Fax: (03222) 13 24 601
E-Mail: redaktion@juedische-rundschau.de • www.juedische-rundschau.de
Redaktion: Laila Mirzo (V.i.S.d.P.) • Administration: Michail Goldberg • Layout: Maria Pokrovski
Kontaktmöglichkeiten
• per Post: **J. B. O. GmbH, Postfach 120841, 10598 Berlin** • per Mail: **redaktion@juedische-rundschau.de**
• per Telefon: **(030) 54 71 02 51** (Redaktion) • per Fax: **(03222) 13 24 601** (Aboverwaltung)
• per Website: **www.juedische-rundschau.de**
Werbeabteilung: Tel.: **(030) 54 71 02 51**
E-Mail: **werbung@juedische-rundschau.de**
Druck: Pressedruck Potsdam GmbH, Friedrich-Engels-Str. 24, 14473 Potsdam
Die Zeitung erscheint monatlich. Abonnementpreis: frei Haus jährlich 39€, ermäßigt 32€ einschließlich 7% MwSt.
Alle in dieser Zeitung veröffentlichten Beiträge unterliegen dem Urheberrecht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider. Der Verlag haftet nicht für die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben und für die Werbung. Für unaufgeforderte Manuskripte oder Fotos wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Für fernmündlich und handschriftlich erteilte Anzeigenaufträge übernimmt der Verlag keine Haftung.
© Copyright AFP Agence France-Presse GmbH – Das mit dem Kürzel «AFP» gekennzeichnete Bildmaterial dieser Seiten ist urheberrechtlich geschützt und ausschließlich für die persönliche Information bestimmt. Jede weitergehende Verwendung, insbesondere die Speicherung in Datenbanken, Veröffentlichung, Vervielfältigung und jede Form der gewerblichen Nutzung sowie die Weitergabe an Dritte – auch in Teilen oder in überarbeiteter Form – ohne explizite Zustimmung der AFP GmbH ist untersagt.

Unsere Kontaktadressen

J. B. O., Postfach 12 08 41,
10598 Berlin

(030) 54 71 02 51 (Redaktion, auch Anrufbeantworter)
(030) 54 71 02 50 (Aboverwaltung, auch Anrufbeantworter)

redaktion@juedische-rundschau.de

(03222) 13 24 601

www.juedische-rundschau.de

www.facebook.com/jrundschau

@jrundschau

COUPON ABO-BESTELLUNG

Hiermit bestelle ich zum nächstmöglichen Termin die Monatszeitung «Jüdische Rundschau» im Abonnement zum Preis (in Deutschland) von

☐ **39 € für ein Jahr (Preis gilt für Deutschland, in anderen EU-Ländern und Schweiz - 58 €, in Israel zum Preis von 82 €)**
☐ **49 € für ein Jahr in einem Umschlag (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **73 € für zwei Jahre (Preis gilt für Deutschland)**
☐ **32 € für ein Jahr als Student (nur in Deutschland, mit Nachweis).**

Name, Vorname _____
Strasse, Hausnummer _____
PLZ _____ **Wohnort** _____
Geburtsdatum _____ **Telefon:** _____ **E-Mail:** _____

Ich bin damit einverstanden, dass mein Abonnement sich um ein weiteres Jahr verlängert, wenn ich es nicht spätestens sechs Wochen von dem Ende schriftlich kündige. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von 14 Tagen meine Bestellung widerrufen kann.

Datum _____ **Unterschrift** ☒ _____

Ich zahle gegen Rechnung:
Ich bin damit einverstanden, dass meine Daten für interne Verlagszwecke gespeichert und verarbeiten werden sowie dafür benutzt werden, um mich über die Neuigkeiten des Verlags zu informieren. Dieses Einverständnis kann jederzeit schriftlich widerrufen werden.

Füllen Sie bitte den Abo-Coupon aus, schneiden Sie ihn aus und schicken ihn uns per Post (J. B. O., Postfach 120841, 10598 Berlin), per Fax (03222/1324601) oder als Scan per E-Mail an: redaktion@juedische-rundschau.de. Sie können die Zeitung auch auf unserer Website www.juedische-rundschau.de abonnieren.

Gunda Trepps Buch: Gebrauchsanweisung gegen Antisemitismus: Lernen. Wissen. Handeln.

Antisemitismus kann man mit Aufklärung entgegentreten und damit Vorurteile abbauen. Doch immer mehr Juden verstecken in Deutschland ihr „Jüdischsein" aus Angst vor Repressalien und körperlichen Übergriffen. Besonders mit der unkontrollierten und illegalen Migration aus islamischen Ländern ist die Gefahr für Juden exponentiell angestiegen. (JR)

Von Dr. Nikoline Hansen

Gebrauchsanweisung gegen Antisemitismus – geht das überhaupt? So eine Art Beipackzettel, der Nebenwirkungen, Gefahren und korrekte Handlungsanleitungen gibt? Natürlich geht das nicht – und doch, es geht. Indem man Denkanstöße gibt, auf Missstände aufmerksam macht, versucht Empathie für Menschen zu schaffen, mit denen man im normalen Leben nichts oder wenig zu tun hat - oder von denen man gar nicht weiß, dass es sie tatsächlich auch im richtigen Leben gibt. Man kann helfen Vorurteile abzubauen, Probleme ansprechen und – vielleicht der wichtigste Punkt: Man kann aufklären über Stereotype und Fehlinformationen. Man kann Propaganda entlarven, die in vielen Fällen seit hunderten von Jahre in die Köpfe von Menschen gepflanzt wird, mit unterschiedlichen Konsequenzen, aber mit einem Ziel: dem Ausbau von Machtstrukturen mittels Abgrenzung. Auch wenn dieser letzte Punkt im zeitgenössischen Deutschland des 21. Jahrhunderts weitgehend aus dem Fokus gerückt ist – gerade in den neuen Formen des gegen Israel gerichteten Antisemitismus ist diese Zielsetzung wieder sehr präsent. Hier sind es insbesondere Teile der arabischen Welt, die ein Interesse daran haben, Juden zu vernichten – sie zurück ins Meer zu treiben, wie es oft unverhohlen und unmissverständlich formuliert wird.

Also eine Gebrauchsanweisung gegen Antisemitismus. Gunda Trepp schreibt klar, strukturiert und mit dem Ziel, Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen mit diesem Thema konfrontiert sind, eine Anleitung an die Hand zu geben, die deutlich aufzeigt, was Antisemitismus ist, wie er funktioniert und was dagegen getan werden muss. Das ist anstrengend, und manchmal merkt man das dem Buch an. Manchmal, auch das macht die Autorin klar, ist es vergebene Liebesmüh – die Brüche im Freundeskreis zeigen das, oder die Weigerung eines Syrers, sie zu treffen, da er Juden für Teufel hält – eine neue Form des Antisemitismus, mit der Deutschland künftig lernen muss umzugehen. Ein Hass, der seit Generationen in Schulen gelehrt wird und auf fruchtbaren Boden fällt, denn eine andere Perspektive gibt es in manchen arabischen Ländern nicht. Ein Problem, an das viele Juden sich gewöhnt haben, an das man sich aber eigentlich niemals gewöhnen darf.

So rüttelt Gunda Trepp im letzten Kapitel ihres Buches „Den Davidstern versteck' ich unterm Pulli" die Leser auf, wenn sie schreibt, dass die jüdische Identität allen Versuchen der Politik zum Trotz, Antisemitismus zu bekämpfen, nur privat im engsten Freundeskreis und der Familie beziehungsweise in der jüdischen Gemeinschaft gelebt wird: „Doch auf der Arbeit, an der Uni oder beim Sport verstecken viele ihr Jüdischsein schon heute. Im Internet oder auf Behörden sind sie noch vorsichtiger. In bestimmte Gegenden gehen sie ohnehin nicht mehr und tragen erst recht keine jüdischen Symbole. … Das ist eine zutiefst erschreckende Entwicklung. Wenn Menschen einen Teil ihres Selbst verleugnen, um unbehelligt durchs Leben zu gehen, stimmt etwas in der Gesellschaft nicht. Noch besorgniserregender ist es, wenn Kinder sich nicht mehr trauen, in ihrer Schule als Juden aufzutreten." Nun könnte man meinen, das sei übertrieben – ist es aber nicht, wie sie anhand der Fakten belegt. Dabei kann sie sowohl auf persönliche Beispiele aus ihrem Freundeskreis als auch auf Beispiele, die in den Medien gut dokumentiert sind, zurückgreifen. Auch die Meldestelle RIAS ist immer wieder mit solchen Fällen konfrontiert, die Antisemitismusbeauftragten der jüdischen Gemeinden und der Schulleiter der jüdischen Oberschule in Berlin: Letzterer ließ die Autorin wissen, dass alle zwei bis drei Wochen ein jüdischer Schüler zum Aufnahmegespräch komme. Die Schule hält inzwischen freie Kapazitäten für solche Notfälle vor.

Aber wie konnte es so weit kommen? Und wo fängt Antisemitismus an? Die Ablehnung von Juden ist ein Phänomen, das sich über Jahrhunderte vollkommen anders als andere Formen der Menschenfeindlichkeit entwickelt hat – und das nicht immer auf den ersten Blick zu erkennen ist. Wenn jemand sagt „Koscher essen ist affig" – ist das einfach eine Meinung, die unüberlegt geäußert zwar verletzt aber eigentlich nicht böse gemeint ist? Es spiegelt, schreibt Trepp, eine Haltung, „die jüdischen Menschen seit Jahrtausenden begegnet: Die Juden sind die Anderen". Die Juden gehören nicht dazu. Das erste dokumentierte Pogrom der Antike fand im Jahr 38 in Alexandria statt – und diese Gewalterfahrung zieht sich wie ein roter Faden durch die Geschichte. „Die Juden werden nicht aufgrund irgendwelcher realen Ereignisse gehasst, sondern weil sie Juden sind." Dies entwickelte sich im Christentum zu einer speziellen Form des Antijudaismus und erreichte einen vorläufigen Höhepunkt im Rassenantisemitismus, der im 20. Jahrhundert in einem beispiellosen Vernichtungsfeldzug gipfelte. So weit so gut – oder schlecht. Es ist Geschichte. Aber was geschah nach 1945? Verschwand der Antisemitismus zumindest in Deutschland? Die Antwort lautet: Nein. Er entwickelte eine neue Form, nach dem Motto: „Es muss doch endlich Schluss sein". Im zweiten Kapitel „Mal muss Schluss sein mit der Vergangenheit" legt Gunda Trepp ausführlich dar, weshalb die Schoah nun zum Instrument gegen die Juden wurde. Die Juden selbst hatten den Kampf gegen die Verfolgung inzwischen derart verinnerlicht, „dass sie ihre anormale Situation als Normalität wahrnahmen", wie ihr Mann, der Rabbiner Leo Trepp es einmal sagte. Mit anderen Worten: „Sie spürten die unterschwellig feindselige Haltung ihnen gegenüber ständig". Und: Es gab keine Stunde Null: Antisemitismus war nach dem Krieg nicht plötzlich verschwunden.

Das mag jüngere Menschen verwundern, die diese Zeit nicht miterlebt haben – wer sie allerdings noch miterlebt hat oder aus den Erzählungen der Betroffenen kennt, weiß das genau. So ist gerade die Darstellung der Entwicklung nach 1945 ein sehr interessantes Kapitel, das bislang viel zu wenig Beachtung fand. Sie ist aber entscheidend um zu verstehen, warum sich in den Köpfen der Mehrheitsgesellschaft nicht alles zum Besseren gewendet hat. Es irritiert, dass erst jetzt eine Aufarbeitung dieser Zeit möglich wird. Verwundern tut es aber nicht.

Mit derselben Klarheit widmet sich die Autorin dem Thema Israel. Wie sich erkennen lässt, dass Israel anders behandelt wird als andere Staaten, zeigt der 3-D plus 1 Test: Dämonisierung, Doppelte Standards und Delegitimierung – und als weiteres Phänomen die De-Realisierung, wie Monika Schwarz-Friesel und Jehuda Reinharz in ihrer Studie herausgearbeitet haben. In diesem Kapitel widmet sich Trepp auch der BDS (Boycott, Divestment, Sanction) Bewegung, deren Zielsetzung die Zerstörung des jüdischen Staates ist.

Nicht nur der jüdische Staat ist den Antisemiten ein Dorn im Auge. Auch in Europa keimen immer wieder Debatten auf, in denen Gesetze gefordert werden, die es Juden unmöglich machen würden, nach religiösen Regeln zu leben. Das zeigte sich unter anderem 2012 im Zuge der Beschneidungsdebatte, während der Juden vorgeworfen wurde, sie misshandelten ihre eigenen Kinder. Der Deutsche Bundestag entschied nach einer intensiven Debatte und Gesprächen mit offiziellen Vertretern der jüdischen und islamischen Gemeinschaft mit großer Mehrheit, dass die Beschneidung von Jungen zulässig sei. So wurde dem Grundrecht auf Religionsfreiheit genüge getan. Indes, so schreibt Trepp: „In einer Umfrage stimmten nur 24 Prozent der Bundesbürger dem neuen Gesetz zu".

Aufgebaut ist das Buch, das in fünf Kapitel geteilt ist, als ein Angebot, anhand von Merksätzen die wichtigsten Argumente zu verinnerlichen. Literaturempfehlungen ermöglichen, sich weiter mit dem Thema zu befassen. Es ist daher sehr zu empfehlen für alle, die aus beruflichen oder privaten Gründen mit dem Thema konfrontiert werden. Es beschreibt nicht nur, wie Antisemitismus entstand, sondern gibt dem Individuum auch Argumentationshilfen an die Hand, um ihn wirksam zu bekämpfen. Es sollte Pflichtlektüre für Lehrer sein, um dieses Jahrtausende alte Übel wirksam zu bekämpfen.

Gunda Trepp: Gebrauchsanweisung gegen Antisemitismus. 2022, ISBN 978-3-534-27418-5 € 20,--

Dr. Nikoline Hansen, Redakteurin und Autorin der vom Bund der Verfolgten des Naziregimes Berlin e.V. herausgegebenen Zeitschrift „Die Mahnung" sowie Vorsitzende des Vereins bis zu seiner Auflösung im Dezember 2016. Literaturwissenschaftlerin und Politologin.

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

330

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Abonnementspreis einschliesslich LITERATURBLATT vierteljährlich: 1. durch die Expedition: a) in Berlin —,90 Mark. b) nach auswärts 1,— Mark. c) für das Ausland 1,50 Mark. 2. im Postabonnement 1,25 Mark.

Insertionspreis die viergespaltene Petit-Zeile oder deren Raum 25 Pfennig.

Allgemeine Jüdische Zeitung

Redaktion: BERLIN NW. 52, Melanchthonstrasse 4. Telephon: II, 3387.

Expedition und Adresse für Geldsendungen und Bestellungen: Verlag Jüdische Rundschau, E. G. m. b. H., Berlin N. 54, Augustastrasse 49a.

Geschäftsstunden der Expedition täglich (ausser Sabbat und Sonntag) vormittags 10—1, nachmittags 3—7 U.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck aus der JUEDISCHEN RUNDSCHAU nur bei voller Quellenangabe gestattet.

Nummer 19 | Berlin, 16. Ijjâr 5666 — 11. Mai 1906 | XI. Jahrgang

Inhalt

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. (Baseler Programm.)

Verständige Juden oder anständige Juden? Von Eljâqîm

Deutscher Reichstag: Stenographischer Bericht über die Interpellation betr. Ausweisung russischer Staatsangehöriger.

Antwort des Ministers. Reden der Abgeordneten Bebel und v. Oldenburg

Jüdische Abgeordnete in Russland

Briefkasten

Beilage

Mitteilungen des Zentralbureaus der zionist. Vereinigung für Deutschland

Zum Schekeltage

Der zehnte Delegiertentag der Zion. Vereinig. f. Deutschland in Hannover

Brauereien und Brennereien in Palästina. Eine Antwort. Von M. Lewite, Landwirt

Die Lage im Judentum und die Pflichten des jüdischen Studenten. Von Willi Unna (Hasmonaea) (Schluss)

Zum deutschen Delegiertentag: Ein Rundschreiben

Aus den Ortsgruppen: Berlin — Metz — Würzburg — München — Kattowitz — Rybnik — Ratibor — Duisburg — Frankenthal

Nationalfond

Gedenket des Schekels!

ZIONISTISCHE VEREINIGUNG FÜR DEUTSCHLAND

NATIONALFOND-VERWALTUNG Adresse für Geldsendungen Max Wollsteiner, Berlin N.W. 23, Holsteiner Ufer 10

ZENTRALBUREAU Berlin W. 66 Mauerstrasse 2 III

Schekeltage am 27., 28., 29. Mai 1906

Zum 105. Geburtstag von John F. Kennedy: Vom NS-Sympathisanten zum Verbündeten Israels

Trotz Präsident Biden und seiner Democrats sind die USA bis heute Israels wichtigster Verbündeter. Doch noch in den 1950er Jahren waren die Beziehungen zwischen den beiden Ländern kühl. Erst in den 1960er Jahren, als John F. Kennedy ins Weiße Haus einzog, kam es zum Tauwetter. Dies war umso bemerkenswerter, als er aus einer antisemitisch geprägten Familie stammte. (JR)

Von Alexander Kumbarg

John F. Kennedy und David Ben-Gurion während eines kurzen Treffens in Israel, 1951.

Heute gilt die enge Beziehung zwischen den USA und Israel als eine Selbstverständlichkeit. Doch noch in den 1950er Jahren hätte man diese Beziehung als recht kühl beschreiben können. Eine spürbare Abkühlung begann erst in den 60er Jahren, als John F. Kennedy in das Weiße Haus einzog. Bemerkenswert eigentlich, bedenkt man die Tatsache, dass Kennedy aus einer Familie mit stark antisemitischen Ansichten stammte.

Wie der Vater, so der Sohn?

John F. Kennedys Vater, Joseph Patrick Kennedy, der Begründer des Familienclans, war ein irischstämmiger Multimillionär aus Boston, ein Businessman, machte Immobiliengeschäfte, handelte mit Alkohol, war Börsenspekulant und in der Filmindustrie tätig. Der Historiker David Nasaw hielt in seinem Buch „The Patriarch" fest, dass sich Joseph in der 1930er Jahren aktiv politisch engagierte, Franklin Roosevelt unterstützte und eine beträchtliche Summe in die Demokratische Partei investierte. Präsident Roosevelt ernannte ihn zum Vorsitzenden der Securities and Exchange Commission. Und dann plötzlich (offenbar aus Dankbarkeit für seine finanzielle Unterstützung) wurde er auch noch Botschafter in Großbritannien. Dieses Amt bekleidete Kennedy Senior von 1938 bis 1940 und legte in dieser Zeit auch seine antijüdischen Vorurteile offen. Er sympathisierte mit dem Hitler-Regime und befürwortete friedliche Beziehungen mit dem NS-Staat gegen eine Beteiligung der USA am Krieg in Europa, da er der Ansicht war, dass weder die Briten noch die Amerikaner in der Lage seien, Nazi-Deutschland in die Knie zu zwingen. In Großbritannien stand er in engem Kontakt mit den Rechtsextremen. Er gab den Juden die Schuld dafür, was ihnen in Deutschland widerfuhr. Der Zweite Weltkrieg war bereits im Gange, als Roosevelt seinen nazifreundlichen Botschafter endlich des Amtes enthob.

Dies war das Ende seiner politischen Karriere. Obwohl Joseph von einer Zukunft als Präsident geträumt hatte. An der Entlassung seien die Juden hinter Roosevelt schuld, sagte er.

Natürlich färbte die Schwärmerei des Vaters Hitler gegenüber auch auf die Familie ab. Von 1937 bis 1945 besuchte der Sohn John Deutschland dreimal und jedes dieser Male zeigte er sich von dem Nazi-Regime begeistert. Gleichzeitig berichtete sein Freund und Mitreisender Lem Billings aber, dass beide eine merkwürdige Abneigung dabei empfanden, wenn die Deutschen wahnhaft „Heil Hitler" riefen. Und der amerikanische Historiker Alan Brinkley vermerkt in seinem Buch „John F. Kennedy", dass John auch von dem deutschen Hochmut angewidert war und den wachsenden staatlichen Antisemitismus verurteilte.

Anfangs setzte sich Kennedy für eine Einigung mit dem Aggressor ein, für eine Akzeptanz der neuen Grenzen Nazi-Deutschlands durch die westlichen Länder, aber unter Beibehaltung der Unabhängigkeit Großbritanniens und Frankreichs. Doch dann kam der Harvard-Absolvent mit einer veröffentlichten Studie zu dem Schluss, dass es für die Vereinigten Staaten notwendig sei, Länder zu unterstützen, die sich im Krieg mit Deutschland befinden. Seiner Meinung nach können Großbritannien und die USA die Welt vor Totalitarismus schützen. John nahm auch selbst an den Kämpfen des Zweiten Weltkriegs teil und befehligte ein amerikanisches Torpedoboot.

> „Er stellte sich gegen das Waffenembargo in Palästina, damit die Juden sich selbst schützen konnten, und befürwortete die Gründung eines jüdischen Staates."

Ein Freund Israels

John F. Kennedy war der erste US-Präsident, der zunächst Palästina und anschließend Israel besuchte, noch bevor er offiziell in seinem Amt als Staatsoberhaupt der USA bestätigt worden war. Er tat dies erstmals als 22-jähriger Student im Jahr 1939. Seine politisch motivierten Eindrücke von Palästina, das damals noch unter britischem Mandat stand, waren durchaus kritisch. So schrieb er z.B. an seinen Vater: „Solche Menschen wie die Juden und Araber habe ich noch nie gesehen. Sie sind vollkommen unwillig, ein Abkommen auszuhandeln. Die Meinungsverschiedenheiten sind enorm."

Aus seiner Sicht lag die einzige Lösung in einer gewaltsamen Teilung des Landes in zwei autonome Territorien mit Selbstverwaltungsrechten, unter Berücksichtigung der Interessen Großbritanniens. Und mit Jerusalem als neutrale freie Stadt.

Aber mit der Zeit tendierte Kennedy immer mehr zur jüdischen Sicht auf die Dinge. Schwer zu sagen, was dazu wirklich beigetragen hatte: ein schärferer Blick auf die politische Landschaft im Nahen Osten, Sympathie für die Juden nach dem Holocaust oder banale, persönlichere politische Ambitionen? 1946 nahm er als Demokrat an den Wahlen zum Repräsentantenhaus der USA in Boston teil, unter dessen Wählern sich viele Juden befanden. Das berücksichtigte er in seinem Wahlkampf. Er sprach auch internationale Themen an. Er stellte sich gegen das Waffenembargo in Palästina, damit die Juden sich selbst schützen konnten, und befürwortete die Gründung eines jüdischen Staates.

Zwei Jahre später unterstützte Kennedy als Kongressabgeordneter die Entscheidung von Präsident Harry Truman, den Staat Israel anzuerkennen.

Nach seiner Israelreise im Jahr 1951 zeigte sich John beeindruckt von dem wirtschaftlichen Boom des Landes, kein Vergleich zu seinen Eindrücken von 1939. Der russisch-israelische Autor des Buches „John Kennedy: Der rothaarige Prinz von Amerika" in russischer Sprache, Dmitry Petrov, sagte in einem Interview mit dem Online-Nachrichtenportal „Detaly": „Da ist ihm klar geworden, dass eine neue, politisch engagierte Nation entstanden war. Dieses uralte Volk hat endlich seine alte Heimat wiedergefunden. Eine friedliche Zukunft des Nahen Ostens hängt davon ab, wie sich die Nachbarn dem Staat Israel gegenüber positionieren."

Im Jahr 1959 stellte der Kongress dem Staat Israel technische Ausrüstung und Munition im Wert von 100 Millionen US-Dollar zur Verfügung. Zu den Unterstützern des Programms gehörte John F. Kennedy.

Juden für Kennedy

Als Kennedy im Jahr 1960 für das Präsidentenamt kandidierte, arbeitete er fleißig daran, die jüdische Gemeinde für sich zu gewinnen. Er begab sich auf eine Konferenz der Zionist Organization of America in New York. In einer Brandrede sprach er von einer bedingungslosen Unterstützung Israels, nannte das Land „ein Kind der Hoffnung", „die Heimat der Tapferen" und „den Schutzschild der Demokratie", die Freundschaft mit Israel sei keine Frage der Parteizugehörigkeit, sondern die Verpflichtung des Staates.

Die amerikanischen Juden wählten mehrheitlich die Demokraten, und Kennedy versuchte, diesen Status quo zu stärken. Indem er energisch mit der jüdischen Gemeinde zusammen-

arbeitete und mit seinen glänzenden pro-israelischen Reden für sich warb, erhielt er bei den Präsidentschaftswahlen mehr als 80 % der Stimmen der jüdischen Amerikaner.

Nach dem wahren „Marathon“ an Wahlen gewann er mit nur minimalem Vorsprung: 34,227 Mio. Amerikaner stimmten für ihn, 34,108 Mio. für Nixon. Die jüdische Wählerschaft war auf Kennedys Seite. In den USA stellten sie zwar nur etwa 3 % der Bevölkerung (ca. 6 Mio. Menschen), jedoch sollte man das Engagement und die große Aktivität dieser Gruppe, so auch bei den Wahlen, berücksichtigen. Zudem beeinflussten viele einflussreiche Juden – Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Journalisten, Geschäftsleute – die öffentliche Meinung in Amerika durch die Medien.

Das Kennedy-Kabinett

Während seines Präsidentschaftswahlkampfes sagte Kennedy: „Ich glaube an ein Amerika, in dem die Trennung von Kirche und Staat absolut ist … Wo niemandem ein öffentliches Amt verweigert wird, weil seine Religion nicht die des Präsidenten ist, der ihn ernennt oder der Menschen, die ihn wählen.“ Und tatsächlich waren in seinem Team viele Nichtchristen bzw. Juden vertreten.

Kennedys wichtigster Vertrauter war Ted Sorensen, Jurist, Schriftsteller und jüdischer Abstammung mütterlicherseits. Sorensen war als Berater und Redenschreiber tätig, war Autor eines Großteils der Reden des Präsidenten und befasste sich mit Fragen der Innen- und Außenpolitik. Er war es auch, der Kennedy auf einen liberaleren Kurs brachte.

Kennedy veröffentlichte das Buch „Zivilcourage“, das Essays über Politiker, die er sich zum Vorbild nahm, beinhaltet. „Es besteht kein Zweifel, dass Sorensen oder irgendein anderer Ghostwriter an dem Werk beteiligt war, meinte der Kennedy-Biograf Alan Brinkley. „Es ist natürlich nichts Neues, wenn man sagt, dass Politiker ihre Bücher gern mit fremder Hilfe schreiben. Aber 1957 gewann Kennedy damit den Pulitzer-Preis für die beste Biografie.“

Neben Sorensen befanden sich im Kabinett des Präsidenten: der Gesundheits-, Bildungs- und Wohlfahrtsminister Abraham A. Ribicoff sowie der Wirtschaftsberater und zukünftige Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Paul A. Samuelson, beide jüdischen Glaubens.

Jüdische Wurzeln hatte der erfahrene Investmentbanker Clarence Dillon, der als Finanzminister arbeitete, wie auch der Historiker, Schriftsteller und zweifacher Pulitzer-Preisträger Arthur Schlesinger Junior, ein weiterer Berater und Redenschreiber von Kennedy.

Eine strategisch wichtige Beziehung

Mit Kennedys Amtsantritt entstand sogleich eine neue, positive amerikanisch-israelische Beziehung. Die USA der Truman- und Eisenhower-Ära waren in dieser Hinsicht weitgehend neutral gewesen und neigten gelegentlich zu antiisraelischen Aktionen.

Während eines Meetings mit Kennedy im Jahr 1961 bat ihn der israelische Premier Ben-Gurion um Unterstützung bei der Bewaffnung seiner Armee; er nannte dabei auch Gamal Nassers Wunsch, Israel zu vernichten. Kennedy schreckte ein solcher Hilferuf zunächst ab, da er eine neue Phase des Wettrüstens in der Krisenregion befürchtete. Doch schon im darauffolgenden Jahr lieferten die Vereinigten Staaten das Flugabwehrraketensystem HAWK an Israel; das damals neueste Luftverteidigungssystem. Die Kampfkraft des Landes gegen ägyptische Angreifer, die ihre Flugzeuge wiederum aus der Sowjetunion erhielten, wurde so um ein Vielfaches erhöht. Als Antikommunist, der den Russen im strategisch wichtigen Nahen Osten entschieden entgegentreten wollte, sah der US-Präsident im Staat Israel einen Repräsentanten der freien Welt, einen amerikanischen Außenposten in Westasien. Gleichzeitig konzentrierte auch Israel seine Politik auf die gute und strategisch wichtige Beziehung mit den Amerikanern.

Man kann nicht sagen, dass John F. Kennedy vollkommen von israelischen Ideen geleitet wurde, denn vielmehr versuchte er, zwischen Nasser und Ben-Gurion zu vermitteln. So kam es zwischendurch auch zu Krisen in der amerikanisch-israelischen Beziehung. Das Thema um die Atomwaffen war dabei eines der heikelsten.

Wie es der russische Journalist Leonid Mletchin in seinem Buch „Mossad. Der geheime Krieg“ schreibt, sei das Gerede davon, dass die Israelis eigene Nuklearwaffen bauen, steinalt. Und Kennedy war ebenfalls nicht gerade begeistert von der Vorstellung, Israel könne über derartige Waffen verfügen. Er glaubte, die Araber könnten sich in einem solchen Fall an die Sowjetunion wenden, um so ihr eigenes Atomwaffenarsenal zu schaffen. Als Folge könnte die gesamte Welt in einen beispiellosen Atomkrieg hineingezogen werden.

Kennedy diskutierte mit Ben-Gurion über das israelische Nuklearprogramm und forderte, dass amerikanische Experten den Kernreaktor in Dimona testen dürften. Die Wissenschaftler fanden schließlich keine Beweise für eine Nutzung der Atomenergie zu militärischen Zwecken.

Das Attentat

Am 22 November 1963 wurde John F. Kennedy in Dallas ermordet. Die Untersuchung ergab, dass der Mörder Lee Harvey Oswald war, ein psychisch labiler Linksextremer, der einige Zeit in der Sowjetunion gelebt hatte. Er soll auf eigene Faust gehandelt haben.

Viele bedeutende Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kriminalistik zeigten großes Interesse an dem Fall. Infolge entstand eine Vielzahl unterschiedlichster Versionen darüber, wer den Mord tatsächlich initiiert haben könnte.

Ins Visier rückte u.a. die CIA, die Mafia, der KGB, Anhänger und Gegner des Fidel-Castro-Regimes, der amerikanische Vizepräsident Lyndon Johnson, Revolutionär Che Guevara, Ölscheichs, hochrangige US-Militärs und sogar Außerirdische. Natürlich wurde auch über eine jüdisch-zionistische Beteiligung an dem Mordattentat gemunkelt, wie hätte es auch ohne diese Königin aller Verschwörungstheorien sein können? Die Israelis hätten eben ein großes Problem damit gehabt, dass Kennedy gegen israelische Atomwaffen war.

Der mutmaßliche Killer Oswald wurde zwei Tage nach der Tat von Jack Ruby getötet, einem Juden, der zu Protokoll gab, er habe den Präsidenten rächen wollen.

Ron Capshaw, der für das amerikanisch-jüdische Tablet Magazine einen Artikel über Ruby geschrieben hat, verweist darauf, dass oft übersehen wird, dass Ruby sich als Beschützer der Juden gesehen hat. Als Rabbiner Silverman Ruby im Gefängnis besuchte, verriet ihm Jack, dass er nicht nur aus patriotischen Motiven gehandelt habe: „Ich habe es für das jüdische Volk getan.“ Er glaubte offenbar, durch die Tötung des Killers Oswald, den Verdacht von den Juden abwenden zu können. Doch seine Teilnahme an dieser Geschichte wirkte sich eher negativ auf die Juden aus. Die Ultra-Rechten beschuldigten Ruby und „die Juden“ der Ermordung Kennedys. Obwohl Ruby sogar einem Lügendetektortest zugestimmt hatte, um zu beweisen, dass er an keiner Verschwörung beteiligt war.

Die Kennedy-Brüder

Auch die jüngeren Brüder von John Kennedy, Robert und Edward, zeigten Interesse am „jüdischen Thema“. Der 22-jährige Robert kam 1948 für die Boston Post nach Palästina und war schnell beeindruckt von der festen Entschlossenheit der Juden „mit beispiellosem Mut in den Kampf zu ziehen.“ Er schrieb, dass die Juden in Palästina anders seien als alle anderen Juden, die er je kennengelernt hatte; und ihr „unzähmbarer Wille“ fehle den Arabern.

Der britische Historiker Warren Bass berichtete, dass R. Kennedy fest davon überzeugt war, dass ein jüdischer Staat im Nahen Osten trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit der Araber entstehen würde. Die Befürchtung, Israel könne zu einem Ort kommunistischer Ideologien werden, bezeichnete er als weit hergeholt und absurd, er betonte, dass die USA und England ihre volle Aufmerksamkeit auf Israel richten sollten, um ihren Einfluss in diesem Gebiet zu halten.

Unter der Regierung seines Bruders diente Robert als Justizminister des Landes, wurde später Senator und 1968 Präsidentschaftskandidat der Demokraten. Er hatte gute Chancen, Präsident zu werden, wurde aber kurz nach einer Dankesrede von dem „palästinensischen“ Einwanderer S. Sirhan erschossen.

Edward Kennedy war ein einflussreicher Senator aus Massachusetts, der entschieden die Interessen der Juden verschiedener Länder verteidigte. Nach mehreren Gesprächen mit dem Sowjetführer Leonid Breschnew gelang es ihm, den Juden in der Sowjetunion die Prozedur der Ausreisegenehmigung zu erleichtern. Auch mit Michail Gorbatschow führte er Gespräche über die Emigration sowjetischer Juden. Der israelische Präsident Schimon Peres wie auch Außenminister Avigdor Lieberman betonten, dass Edward immer ein Freund ihres Landes gewesen sei.

Wir vergessen nicht

„Wer sein Leben auf tragische Weise beendet, ist ein wahrer Poet“, lauteten die Worte des berühmten russischen Sängers jüdischer Herkunft Wladimir Wyssozki. Der frühe Tod ließ Kennedy fast zu einer Ikone werden. Aber auch schon zu Lebzeiten hatte dieser charmante, gutaussehende und energische Politiker eine starke Wirkung auf seine Mitmenschen ausgeübt. Kennedy erfreute sich großer Beliebtheit, schien dem Land ganz neue Horizonte zu eröffnen.

In dem 1965 erschienenen Buch „Die tausend Tage Kennedys“ schreibt sein Mitarbeiter Arthur Schlesinger über die kurze, dreijährige Regierungszeit: „(…) er gab dem Land seine wahre, großartige Bedeutung zurück und zermalmte das Image einer Nation alter, müder Greise, die voller Angst vor neuen Ideen, vor Veränderungen und der Zukunft waren. Er zeigte der Welt, dass die Entdeckung Amerikas noch nicht abgeschlossen war. Er hat die Republik neu erfunden …“

Wenn wir über die Beziehung zu Israel sprechen, dann ist Kennedy der Präsident, unter dem sich die besonders herausragenden israelisch-amerikanischen Beziehungen zu bilden begannen. In der Einsicht, dass eine Demokratie in der Lage sein muss, sich zu verteidigen und der Expansion des Kommunismus entgegenzutreten, stellte er die Weichen für eine starke Unterstützung Israels mit Waffen; allerdings nicht mit Atomwaffen, obwohl der Staat von Feinden umgeben war. Vielleicht aus dem Grund, weil die „Israel-Frage“ verständlicherweise nicht zu seinen obersten Prioritäten gehörte. Kuba, Berlin, Vietnam, inneramerikanische Probleme – all das schien doch wichtiger zu sein.

Trotzdem hat dieser US-Präsident viel für Israel und auch für die Juden in Amerika geleistet. Darum schauen wir auch heute noch mit Dankbarkeit auf das beeindruckende 7 Meter hohe Kennedy-Denkmal in der Nähe unserer Hauptstadt Jerusalems. Darum sind auch einige Straßen der Stadt nach ihm benannt.

Aus dem Russischen
von Edgar Seibel

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Moshe Dayan: Der einäugige Wüstenadler

Moshe Dayan war eine widersprüchliche Persönlichkeit. Er war Bauer, General, Landwirtschafts-, Verteidigungs- und Außenminister in Israel. Seine taktischen Manöver waren mitentscheidend für den Sieg Israels über die arabischen Aggressoren, später ebnete sein diplomatisches Geschick den Friedensvertrag mit Ägypten. (JR)

Von Michail Bunimowitsch/ jewishmagazine.ru

Mosche Dajan mit Golda Meïr im Juli 1969.

Moshe Dayan! In der modernen jüdischen Geschichte ist er einer der berühmtesten Hauptakteure. Von der Herkunft her ein Bauer, seiner Berufung, dem Charakter und dem Schicksal nach ein Krieger. Darüber hinaus: Minister, Diplomat, Antiquitätensammler, einer der Schöpfer eines neuen Staates. Dieser Mann wurde aus Widersprüchen geschaffen. Er hatte den stärksten Willen, aber lebte seine Leidenschaften. Er war völlig unerfahren in der Militärwissenschaft, führte aber geniale Militäroperationen durch. Er liebte seine Ehefrauen und betrug sie stets. Er behandelte das Land Israel mit Ehrfurcht, überließ jedoch den Tempelberg den Arabern.

Moshes Eltern, Samuil Kitaigorodski und Dvoira Zatulovskaja, stammten aus Russland und wurden zusammen mit anderen Pionieren die Gründer des ersten Kibbuz – Degania. Im Laufe der Zeit wurden die beiden zu berühmten Persönlichkeiten: Sein Vater wurde Mitglied der Knesset, die Mutter - eine der Anführerinnen der Frauenbewegung.

Die Siedlung Nahalal gründeten seine Eltern zusammen mit einer Gruppe Gleichgesinnter. Hier lernte Moshe zusammen mit seiner jüngeren Schwester Aviva und seinem Bruder Zohar, auf dem Land zu arbeiten; im Alter von sieben Jahren lernte er reiten und mit zehn konnte er bereits präzise schießen. Mit 14 endete die Kindheit: Er wurde Haganah-Kämpfer (Haganah - aus dem Hebr. «Die Verteidigung» - war eine paramilitärische zionistische Untergrundorganisation zu der Zeit des britischen Mandats; nach der Gründung des Staates Israel 1948 entstanden daraus die Israelischen Verteidigungsstreitkräfte - Anm. d. Übers.).

Niemanden verschonen

Am 20. Mai 1929 wurde Moshe 14 Jahre alt; das war das Jahr der blutigen arabischen Aufstände in ganz Palästina. In jüdischen Gemeinden wie Tel Aviv und Haifa, wo überwiegend die säkulare Bevölkerung lebte, konnten Selbstverteidigungskämpfer den Ansturm der Angreifer abwehren. Die jüdischen Gemeinden von Gaza, Hebron, Sichem, Ramallah, die sich auf den Schutz der Behörden und vor allem des Allmächtigen verließen, haben aufgehört zu existieren. Es war eine Lektion, und der junge Dayan hat daraus gelernt: Wenn es um Leben und Tod geht, kann man sich nur auf sich selbst verlassen.

Der Leiter der Haganah, Jitzchak Sadeh, wählte sofort Moshe unter den Rekruten aus – ihn und Yigal Alon. So werden diese zwei Kameraden, zwei Rivalen, zwei Minister, zwei Generäle zusammen durchs Leben gehen.

Das schreckliche Jahr 1936 kam. Die Araber erhoben sich erneut gegen die Briten und die Juden – in einem richtigen Krieg, nicht mehr in kurzfristigen Unruhen wie 1929. Als Gegenmaßnahme rekrutierte die britische Armee jüdische Führer in ihre Reihen. So wurde Dayan zunächst Soldat und bald sogar Unteroffizier. Allerdings nicht lange: Er wurde wegen seines frechen Betragens degradiert.

Der Dienst in der britischen Armee war nicht nur eine Ehre. Für einen jungen jüdischen Soldaten war dies in erster Linie eine Schule, und diese Schule war grausam. Dayan schrieb in seinen Memoiren: «Einmal, als wir durch das Dorf Ejn Dor fuhren, befahl er mir, den Muchtar (auf Arabisch ‚Dorfältester', - Anm. d. Übers.) des Dorfes aufzurufen… «Sag' diesem Schurken», befahl mir der Kommandeur, «wenn die Sabotage nicht aufhört, werde ich sein Haus sprengen. Und wenn das nicht hilft, werde ich befehlen, die restlichen Häuser im Dorf in die Luft zu jagen.» Ich wiederholte seine Worte in meinem schlichten Arabisch, und wir setzten unseren Weg fort. In der Nacht wurde die Ölleitung erneut beschädigt, und am nächsten Morgen sprengte man das Haus des Muchtars.»

> Die Spitzenoffiziere der Arabischen Legion sahen in ihm einen Mann, der die Interessen seines Volkes verteidigt und die Interessen anderer respektiert..

Dayan war fassungslos angesichts solcher Methoden. Nie betrachtete er alle Araber als Feinde. In Nahalal prügelte er sich bis aufs Blut mit dem benachbarten arabischen Clan, der die Feldgrenze änderte, und eine Woche später lud er dieselben Männer zu seiner eigenen Hochzeit ein.

1939 änderte sich die Situation im Mandatsgebiet Palästina dramatisch. Die Regierung von George VI. entschied, dass es nicht so viele Juden auf der Welt gebe, sodass ihre Interessen ignoriert werden könnten. Bis 1941 sah es für die Briten im Nahen Osten sehr schlecht aus, die Araber in Palästina sympathisierten offen mit Hitler – und die Briten änderten erneut ihre Politik. Dayan und seine Kameraden bildeten zwei Kompanien, die unter dem Namen Palmach in die Geschichte eingehen. Oberkommandanten wurde Jitzchak Sade, die Kompanieführer - Yigal Alon und Moshe Dayan. Bei einem der Überfälle mit einer Gruppe australischer Auskundschafter des Territoriums des zukünftigen Syriens erwarb Dayan das charakteristischste Merkmal seines Aussehens. Nachdem sie auf eine feindliche Patrouille gestoßen waren, versteckten sich die Auskundschafter; Moshe hob sein Fernglas - und wurde durch das grelle Licht des linken Okulars verraten... Der Schuss ging direkt ins Auge. Die Australier verbanden den verwundeten Kameraden unter Beschuss, kämpften auf dem Rückzug und trugen ihn 6 km weit. Dann gab es eine holprige Straße nach Haifa und einen Operationstisch. Moshe verließ das Krankenhaus mit einem Verband über dem linken Auge, mit dem er in die Geschichte einging.

Nach dem Krieg überschlugen sich die Ereignisse im Nahen Osten mit unglaublicher Geschwindigkeit: Englands Ablehnung des Mandats für Palästina; Teilungsplan; Abstimmung bei der UNO. Der Krieg des neugeborenen Staates um das Existenzrecht begann. Eines ihrer ersten Opfer war Mosches Bruder: Zohar Dayan wurde im Kampf mit den Drusen getötet. Eine von Mosche angeführte Delegation wurde entsandt, um mit den Drusen zu verhandeln. Dayans erste Erfahrung als Diplomat war mehr als erfolgreich: Die Drusen gaben den Krieg gegen die Juden auf und blieben während des gesamten israelischen Unabhängigkeitskrieges neutral.

Militärischer Aufstieg

Mosche begann den Krieg im Rang eines Majors. Seinen ersten ernsthaften Sieg errang er bei der Verteidigung seines Geburtsortes Kibbutz Degania: Am 20. Mai 1948 gelang es ihm, dort die syrische Armee zu besiegen, die über Artillerie und Panzer verfügte. Nachdem die Syrer eine Zurückweisung erhalten hatten, gingen sie bis Kriegsende nicht zur Bodenoffensive über und beschränkten sich auf den Beschuss von Siedlungen.

In einem Monat kaufte die rechte Organisation ECEL, der politische Rivale von Ben Gurion, der amerikanischen Armee ein ehemaliges Panzerlandungsschiff ab. Es war mit 5.000 Gewehren, 5 Millionen Schuss Munition, Maschinengewehren, Panzerfäusten und sogar 10 gepanzerten Personentransportern beladen, 1.000 neue Repatrianten wurden darauf gesetzt und an die Küste Israels geschickt. Oh,

wie notwendig war diese Waffe für den Staat, der den Kampf ums Dasein führte!

Aber das Schiff «Altalena» wurde nicht entladen. Ben Gurion sah die Lieferung von Waffen seiner politischen Gegner als Bedrohung seiner Macht an und befahl, die «Altalena» zu bombardieren. Die jüdischen Piloten lehnten ab. Es wurde vereinbart, dass die Aufgabe vom Kommandeur des Kommandobataillons, Major Dayan, ausgeführt wird. Allerdings hat er selbst auf die «Altalena» nicht direkt geschossen: Das wurde von einem anderen jungen Kommandanten, Jitzchak Rabin, getan.

Bald erhielt Dayan den Befehl, die Verteidigung Jerusalems zu leiten, und ein Jahr später wurde der 34-jährige Mosche zum General befördert. Als er das Kommando in Jerusalem übernahm, begann ein Waffenstillstand, der Krieger Dayan wurde zum Diplomaten – und hatte erneut Erfolg. Die Spitzenoffiziere der Arabischen Legion sahen in ihm einen Mann, der die Interessen seines Volkes verteidigt und die Interessen anderer respektiert. Und sein Arabisch reichte für Verhandlungen, was auch als Zeichen des Respekts empfunden wurde.

Nur vier Tage nachdem Dayan zum General befördert worden ist, wurde er zum Kommandeur des Südlichen Militärbezirks ernannt. Vier Jahre später wurde er der vierte Chef des Generalstabs – es gibt keinen höheren Armeeposten in Israel – und blieb es in den schwierigsten Jahren des Landes 1953-1958. Ein riesiger Zustrom jüdischer Flüchtlinge aus muslimischen Ländern, eine vom Krieg zerrüttete Wirtschaft, rachsüchtige arabische Nachbarn, blutige Überfälle terroristischer Banden… Der junge Jüdische Staat glich einem biblischen Helden, der mit einer Hand den Tempel baut und mit der anderen Feinde bekämpft. Die Armee löste unterschiedliche Aufgaben: brachte Repatrianten hebräische Sprache und zahlreiche Berufe bei, war mit der Landgewinnung der entlegensten Winkel des Landes beschäftigt, kümmerte sich um verhaltensauffällige Teenager... Gleichzeitig war es notwendig, Raketenwaffen einzuführen, auf Düsenflugzeuge umzusteigen, mit Terroristen zu kämpfen und kriegsbereit zu sein.

Die Sinai-Operation

Das Jahr 1956 kam. Zu dieser Zeit betrug die Bevölkerung Israels 1,7 Millionen Menschen. 23 Millionen Ägypter rüsteten auf, nachdem sie die Unterstützung der UdSSR erfuhren; Präsident Nasser sagte bereits 1955: «Ägypten hat beschlossen, seine Helden zu entsenden […] um das Land Palästina zu säubern […] An der Grenze zu Israel wird es keinen Frieden geben, weil wir Rache fordern, und Rache wird Israels Tod sein.» Also sollte es eine Militäroperation sein, die der ägyptischen Elite zeigen würde, dass es besser ist, in Frieden mit Israel zu leben. Der Generalstab entwickelte unter der Führung von Dayan eine brillante, aber riskante Operation. Die kleinste Abweichung vom Plan würde zu einer Katastrophe führen. Dayan gelang es jedoch, die Generäle und den Premierminister davon zu überzeugen, dass der Plan durchführbar war. Ben Gurion verstand alle Risiken sowie die Tatsache, dass es keine Alternative gab, und gab grünes Licht.

Am ersten Tag der Operation schrieb Dayan in sein Tagebuch: «In der ersten Kriegsnacht (29./30. Oktober 1956) haben wir vier Aufgaben vermerkt: die Eroberung des Mitla-Passes, Ras al-Naqab, Kuntila und Kuseyma. Um 17.00 Uhr wurden 395 Fallschirmjäger im Bereich des Mitla-Passes abgesetzt. […] war der Zweck der Aktion, zu testen, wie gut es uns gelang, unsere wahren Pläne vor der militärischen Führung Ägyptens zu verbergen.» 16 kleine Dakota-Transportflugzeuge flogen in einer Höhe von 150 m über dem Boden nach Süden - eine solche Höhe rettete sie vor den ägyptischen Kampfjets. Jeder hatte 25 Fallschirmjäger von Ariel Scharons Brigade an Bord. Am Boden angekommen, nahmen die Fallschirmjäger eine Rundumverteidigung auf und warteten auf die Hauptkräfte der Brigade, die Scharon durch die Sinai-Wüste führte.

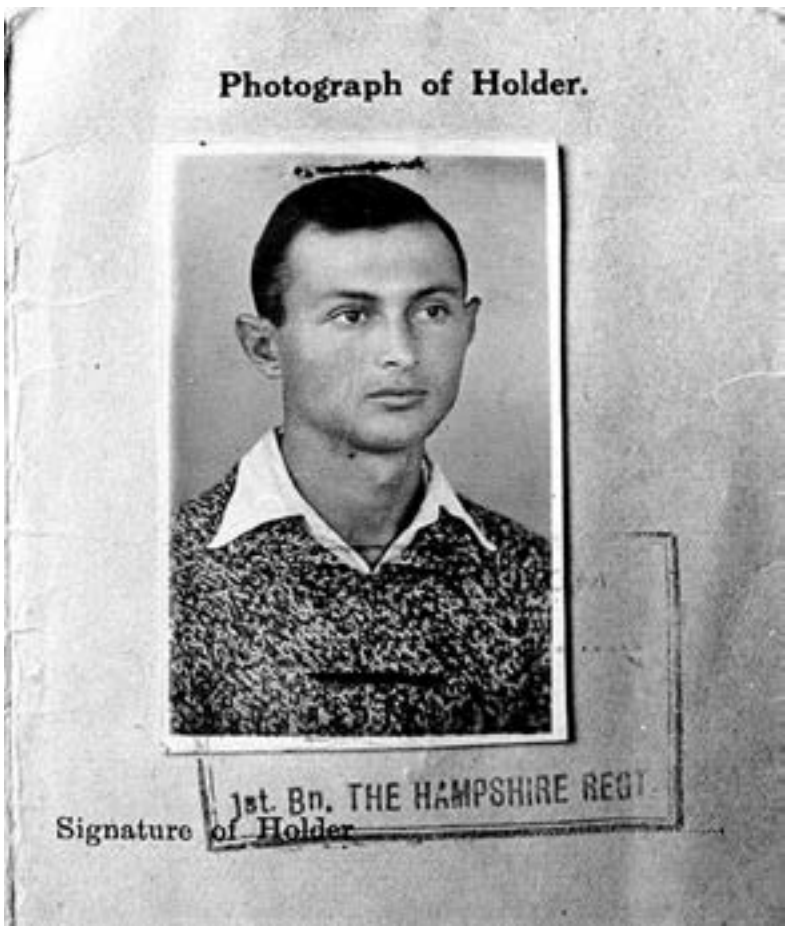
Im Bereich des Mitla-Passes fanden die heftigsten Kämpfe statt. Die Eroberung des Mitla-Passes hatte, wie Dayan erwartete, eine demoralisierende Wirkung auf die ägyptischen Soldaten. Sobald sich die Israelis näherten, verließen die Ägypter in den meisten Fällen ihre Stellungen. Wo geschulte, reguläre Kämpfer die Verteidigung hielten, war es schwieriger. Am 5. November nahmen israelische Einheiten dennoch Scharm El-Scheich ein. Die ägyptische Armee wurde besiegt und zog sich an das Westufer des Suezkanals zurück.

Mit dem Sieg in der Sinai-Operation verschaffte Dayan seinem Land 10 Jahre ein relativ friedliches Leben. Ein Jahr später, 1958, trat Generalleutnant, Chef des Generalstabs Mosche Dayan, zurück. Zu dieser Zeit war er 43 Jahre alt.

1959 wurde Dayan von der regierenden sozialistischen Partei Mapai in die Knesset gewählt. Ben Gurion stellte ihn dem Ministerkabinett vor und machte ihn zum Landwirtschaftsminister. Warum nicht? Dayan hatte sogar die entsprechende Ausbildung: seinerzeit absolvierte er eine landwirtschaftliche Sekundarschule für Mädchen in Nahalal (eine andere Sekundarschule gab es in Nahalal nicht). Dieses Amt bekleidete er fünf Jahre lang.

Währenddessen ging das Leben wie gewohnt weiter. Israels Nachbarn sehnten sich nach Rache. Dank der UdSSR rüsteten sie auf und schlossen Bündnisse miteinander. Ein Krieg lag in der Luft. Seit dem Frühjahr 1967 beschleunigten sich die Ereignisse. Am 14. Mai führte Ägypten am Suezkanal die Mobilisierung durch, am 15. Mai begann er, Truppen entlang der Grenze zu Israel zu konzentrieren und am 16. Mai forderte er die UNO auf, Beobachter von der Grenze abzuziehen. Israel war gezwungen, seine Truppen zu mobilisieren. In Friedenszeiten bestand die israelische Armee aus 50.000 Menschen. Ein wirtschaftlich unterentwickeltes Land mit einer Bevölkerung von 2,7 Millionen Menschen könnte sich keine größere Armee leisten. Alle Hoffnung im Krieg lag auf den Reservisten – und auf der Hilfe des Westens, aber weder die Europäer noch die Amerikaner wollten Israel helfen.

Am 26. Mai erklärte Nasser, dass der Krieg, wenn er ausbricht, ein totaler sein würde und sein Ziel die Zerstörung Israels sei.



Passfoto vor der Verwundung

Einen Tag später sprach der israelische Ministerpräsident Levi Eshkol im israelischen Radio, seine Stimme zitterte. Die mobilisierten Reservisten, die seine Rede hörten, waren verzweifelt. Das Volk forderte eine Änderung der Zusammensetzung der Regierung und die Aufnahme des 80-jährigen Ben Gurion. Aber das Wichtigste war, zum Verteidigungsminister den Mann zu machen, der schon einen anderen Krieg gewonnen hat: Mosche Dayan. 1. Juni 1967 wurde Dayan Verteidigungsminister. Am 5. Juni begann der Krieg.

Der Sechstagekrieg war die größte Herausforderung seines Lebens. In dieser großen Woche verwirklichten sich die Ideen, die er als Generalstabschef entwickelt hatte; unter anderem verstand er rechtzeitig (wenn auch nicht sofort) die Notwendigkeit, starke Panzertruppen zu schaffen. Dayans Rolle beim Triumph der israelischen Armee im Jahr 1967 war enorm, obwohl er keine Pläne für militärische Aktionen entwickelt hat.

Wer zu kämpfen weiß, bringt Frieden

Nach dem Ende des Sechs-Tage-Krieges herrschte in vielen Kreisen der israelischen Gesellschaft Euphorie; es betraf auch die Armee. Aber die Geschichte verzeiht keinen Hochmut, und am 6. Oktober 1973, auf dem Höhepunkt des Jom-Kippur-Feiertages, drangen die Armeen der arabischen Staaten in Israel ein. Zunächst überquerten die ägyptischen Truppen den Suezkanal. Für den Verteidigungsminister war das ein Schock: Er nannte den Kanal den besten Panzergraben der Welt. Der nächste Schock war die Einnahme fast am ersten Tag der sogenannten Bar-Lev-Linie (die Verteidigungslinie entlang des Ostufers des Suezkanals, gebaut von Israelis, - Anm. d. Übers.). Nach den veröffentlichten Dokumenten der Regierungssitzungen der ersten drei Tage dieses Krieges zu urteilen, war der Verteidigungsminister von den Ereignissen an den Fronten niedergeschlagen. Dann riss er sich zusammen.

Es wird ein absoluter Sieg folgen, und dann die Agranat-Kommission (der Untersuchungsausschuss über den Verlauf des Jom-Kippur-Krieges, geleitet vom Richter Schimon Agranat, - Anm. d. Übers.) und ihre Schlussfolgerung: An den Niederlagen der ersten Kriegstage seien der Generalstabschef und die Geheimdienstchefs schuld; die politische Führung, einschließlich des Verteidigungsministers, sei unschuldig. Der israelischen Öffentlichkeit gefielen die Ergebnisse der Kommission nicht. Dieselben Menschen, die sich vor sieben Jahren freuten, als Dayan der Verteidigungsminister wurde, forderten nun seinen Rücktritt. Infolgedessen wurde die gesamte Regierung ausgetauscht, angeführt von Golda Meir. Im neuen Kabinett von Jitzchak Rabin gab es keinen Platz für Dayan.

1977 geschah etwas Beispielloses in der politischen Geschichte Israels: Die Arbeiterpartei, die 29 Jahre an der Macht war, verlor die Wahlen. Ministerpräsident wurde der rechte Politiker Menachem Begin - derselbe, dessen Soldaten 1948 zum Tel Aviver Damm «Altalena» führten. Einer der Kommandeure, die dann auf Begins Kämpfer feuerten, war Dayan. Begin wusste das. Und doch bot er Dayan bei der Regierungsbildung einen der angesehensten Posten an - den des Außenministers.

Der alte Politiker Begin hatte gute Menschenkenntnisse, auch diesmal täuschte er sich nicht. Der Mann, dem es 1948 gelang, die Drusen, die Mörder seines eigenen Bruders, durch Verhandlungen aus dem Krieg zu holen, wurde einer der besten Diplomaten Israels. Der Kampfgeneral, der Ägypter im Krieg dreimal besiegt hatte, konnte sie schließlich überzeugen, dass sie mit militärischen Mitteln nichts erreichen würden. Natürlich wurde im Frühjahr 1979 der Frieden mit Ägypten nicht nur durch die Bemühungen von Dayan allein geschlossen, aber seine Rolle dabei war enorm.

Im Herbst 1979 reichte Dayan ein Rücktrittsschreiben ein: Der Grund seien einige gesundheitlichen Probleme. Es stellte sich heraus, dass er Krebs hatte. Er überlebte die Operation und kehrte sogar ins politische Leben zurück, doch am 16. Oktober 1981 starb er infolge eines Herzinfarkts. Er wollte im Nahalal begraben werden. Seine Frau Rachel Rabinovich verletzte den Willen des Verstorbenen nur auf eine Weise. Mosche Dayan bat darum, seinen Namen nicht zu verewigen. Rachel verkaufte die archäologische Sammlung, die Dayan sein ganzes Leben lang aufgebaut hatte, für einen sehr kleinen Betrag an das Israel Museum – mit einer Bedingung, dass die Sammlung komplett ausgestellt wird und den Namen Mosche Dayans trägt.

Aus dem Russischen von Irina Korotkina

55 Jahre Befreiung Jerusalems, der ewigen Hauptstadt des jüdischen Volkes

Ben Gurion konzentrierte im Palästinakrieg, nach dem arabischen Überfall auf das gerade gegründete Israel, im Mai 1948 fast alle vorhandenen Kräfte auf die Verteidigung Jerusalems, was militärtechnisch sicherlich einen Nachteil für Israel darstellte, aber dem jahrtausendealten Credo aller Juden entsprach. Selbst auf die Drohung, dass die Juden den Traum vom eigenen Staat begraben könnten, wenn sie nicht bereit wären, Jerusalem zu opfern, soll Ben Gurion geantwortet haben: „Wozu brauchen wir das Land ohne Jerusalem?" (JR)

Von Peter Lukimson

„Wenn ich dich je vergesse, Jerusalem…"

Viele Jahre sind vergangen, aber ich erinnere mich gut an das Gespräch Anfang der 2000er Jahre mit General a. D. Schlomo Schamir, der 1948 den Blockadedurchbruch von Jerusalem leitete. In der Frage Ben Gurions „Wofür brauchen wir das Land ohne Jerusalem" liegt die Quintessenz der jüdischen Beziehung zur eigenen Geschichte und zu Jerusalem. Wozu brauchen wir den Frieden mit den Arabern ohne Jerusalem? Wozu braucht diese Welt die Juden ohne Jerusalem?! Eine Stadt, über das Recht sie für sich zu beanspruchen bis heute zwei Völker und drei Religionen streiten. Eine Stadt, die in ihrer Geschichte unter der Herrschaft beinahe aller Weltreiche stand, um immer wieder zu den Juden zurückzukehren.

Antike Weltkarte. Bis heute ist Jerusalem das geistige Zentrum der Juden und Nichtjuden.

Ein wenig Geschichte

Jerusalem ist der zweite Ort im Heiligen Land, der von Juden käuflich erworben wurde, damit später niemand hätte sagen können, sie hätten kein Recht darauf. So wie Abraham vorzeiten ein Stück Land in Hebron für 400 Silberschekel gekauft hatte, kaufte König David trotz bereits erfolgter Eroberung Jerusalems das Land für den Bau des Tempels von dem Jebusiten Ornan und zahlte dafür 600 Schekel in Gold - eine immense Summe für die damalige Zeit.

Nach Davids Tod errichtete sein Sohn Schlomo – Salomon – den Tempel und verwandelte die Stadt in ein geistiges, politisches, kulturelles und wirtschaftliches Zentrum des jüdischen Volkes. Und erst später werden die Propheten die Zukunft der Menschheit mit dieser Stadt verbinden, ebenso wie die Verheißung, die Welthauptstadt zu werden, aussprechen – in jene Zeit, wo die Menschheitsgeschichte als Geschichte der Kriege und des Hasses ihr Ende findet und die Völker unter der Herrschaft des Messias aus dem Geschlecht Davids Schwerter zu Pflugscharen schmieden.

Im Jahre 586 v.u.Z. wurde der Erste Tempel wie auch die Stadt Jerusalem von Babyloniern dem Erdboden gleichgemacht, jedoch nach 70 Jahren kehrten Juden in ihre Heimat zurück und begannen als Erstes mit dem Wiederaufbau Jerusalems und dem Bau des Zweiten Tempels, der im Jahr 70 u.Z. von Römern unter der Führung von Titus Vespasian zerstört und niedergebrannt wurde; auch die Stadt lag in Ruinen.

Die Römer und später Byzantiner verboten Juden nicht nur, sich in Jerusalem niederzulassen, sondern die Stadt gar zu besuchen. Im 4. Jh. erwies ihnen Kaiser Konstantin Gnade und erlaubte, am 9. Aw an der Klagemauer zu beten (der 9. Aw, Tag 9 des Monats Aw im jüdischen Kalender, ist ein Tag der Trauer, an dem der Zerstörung des Tempels gedacht wird. Dieser Tag ist vom strengen Fasten geprägt, - Anm. d. Übers.).

Nach der Eroberung Jerusalems durch die Araber im Jahr 638 beabsichtigte Kalif Omar, Juden zu gestatten, wieder in Jerusalem wie auch in den anderen Städten des Heiligen Landes zu wohnen; dagegen sprach sich allerdings der Jerusalemer Patriarch Sophronius aus. So erteilte Kalif Omar lediglich den 70 jüdischen Familien die Erlaubnis, sich am Tempelberg niederzulassen.

> Die Welt schaute auf Jerusalem, auf das jüdische Viertel der Altstadt, wo eine Handvoll jüdischer Kämpfer die Angriffe der Jordanischen Legion, die ihnen an Zahl und Waffen vielfach überlegen war, zurückwies.

Ende des siebten Jahrhunderts erklärte Kalif Abd-al-Malik Jerusalem zu einem weiteren Heiligtum der muslimischen Welt: Jerusalem soll diejenige Stadt gewesen sein, wo sich Al-Aqsa befand, „die fern gelegene Mosche", in die den Propheten Mohammed das magische Wesen al-Buraq brachte und wo er zum Himmel aufgestiegen sein sollte. Al-Malik brauchte das als politisches Gegengewicht zu den beiden heiligen Stätten Mekka und Medina (al-Malik kämpfte in dieser Region mit anderen Dynastien; daher war er aus machtpolitischen Gründen daran interessiert, eine weitere heilige Stätte zu schaffen, um von in Mekka Herrschenden abzulenken, - Anm. d. Übers.), aber wer erinnert sich heute daran?

1099 kamen die Kreuzritter nach Jerusalem; unter ihrer Herrschaft wurde die gesamte jüdische Bevölkerung der Stadt ermordet. Hundert Jahre mussten vergehen, bis 1187 der berühmte Feldherr Saladin Jerusalem eroberte und Juden zur Neubesiedlung der Stadt anwarb: „Diese Stadt gehört euch und uns gleichermaßen!"

…Wenn man Jerusalemer Legenden den Glauben schenken soll, im Jahre 1516, heißt es, als die osmanischen Truppen die Stadt betraten, war die Klagemauer von unten bis oben mit dem Unrat zugedeckt; dies geschah durch die Christen der Stadt nach den Anweisungen der Priester.

Erst 1540 wurde die Klagemauer vollständig vom Müll befreit, und Sultan Suleiman gestattete den Juden großzügig, an der Mauer zu beten – und zwar an einem Grundstück 28 m lang und 3,6 m breit und keinen Zentimeter mehr!

Später wurde der gesamte Tempelberg mitsamt der Klagemauer zum „Waqf" erklärt: vom Staat oder Privatperson ausschließlich zu religiösen Zwecken überlassenes Stück Land. Die entsprechende Behörde trug ebenfalls den Namen Waqf. Die von Waqf der jüdischen Gemeinde auferlegte Steuer für das Recht, auf einem winzigen Fleckchen an der Klagemauer zu beten, war enorm; gleichzeitig wurde es Juden strengstens verboten, auf den Tempelberg zu steigen. Die besagte Steuer stieg unaufhörlich, zudem musste jeder Jude allein für den Eintritt zum Beten 10 Kupfermünzen zahlen – einen Betrag, von dem eine durchschnittliche Familie zwei bis drei Wochen leben konnte.

Zu dieser Zeit wuchs die Zahl der jüdischen Bevölkerung Jerusalems stätig, denn in die Stadt kamen Juden aus verschiedenen Ländern. Die erste solche Welle wurde nach 1492 registriert, als das Osmanische Reich hunderttausende jüdische Verbannte aus Spanien aufgenommen hat; weiter folgte eine Welle der anderen: aus den Ländern Nordafrikas, aus dem Jemen und Osteuropa.

Die Bevölkerungssituation in Jerusalem änderte sich offenbar gravierend in den 1850er Jahren: Seit dieser Zeit stellten Juden die Mehrheit der Einwohner der Stadt dar. Gleichzeitig verstärkte sich aber auch die Feindseligkeit der arabischen Bevölkerung Jerusalems ihnen gegenüber. Nun war es Juden verboten, nicht nur Torahrollen zur Klagemauer zu bringen, sondern sogar Stühle und Bänke, die für ältere Menschen zum Ausruhen während des Gebets notwendig wären. Ein Versuch von Moses Montefiori und dann von Baron Edmond de Rothschild, dieses Heiligtum der Waqf-Behörde abzukaufen wurde empört zurückgewiesen.

Es kamen die Zeiten des Ersten Weltkrieges und des britischen Mandats in Palästina. Die zionistische Bewegung erstarkte, was von den Arabern negativ aufgenommen wurde. Dem Pogrom von 1920 mit fünf Toten und 216 Verletzten folgten die blutigen Ereignisse von 1929 und 1936, bei denen die Engländer sich neutral verhielten, indem sie die Araber nicht daran hinderten, die Juden niederzumetzeln.

Dennoch veränderte sich die Stadt. Unter denen, die später in die Stadt kamen, waren sowohl religiöse als auch säkulare Juden, und in Jerusalem wurden jüdische Krankenhäuser und Apotheken errichtet, später kamen weltliche Schulen, eine Kunstakademie und eine Universität hinzu. Der Anteil der Juden an der Jerusalemer Bevölkerung betrug inzwischen über 60%.

Am 23. November 1947 genehmigte die UN-Generalversammlung mit 33 zu 13 Stimmen die Entscheidung über die Aufteilung Palästinas; ebenfalls wurde beschlossen, dass die britischen Truppen samt Verwaltung bis zum 1. August 1948 diese Region verlassen müssen. Bereits am nächsten Tag begannen die Araber einen Krieg gegen die Juden und griffen sie an, wo sie nur konnten.

Im März 1948 befand sich Jerusalem in einer Blockade; es herrschte Hungersnot. Die Explosionen, getätigt von arabischen Terroristen mit Unterstützung des britischen Militärs antisemitischer Gesinnung, erschütterten die jüdischen Viertel.

Am 14. Mai 1948, am Tag des geplanten Abzugs der Briten, verlas Ben Gurion in der Knesset die Unabhängigkeitserklärung Israels. In der Nacht des 15. Mai griffen die Armeen Ägyptens, Libanons, Syriens, Iraks und Jordaniens den jüdischen Staat von verschiedenen Seiten an. Davon, dass Jerusalem unter internationaler Kontrolle bleiben sollte, war nicht mehr die Rede. Fast alle auf der Welt spürten, dass es sich hierbei nicht nur um einen militärischen, sondern einen metaphysischen Zusammenstoß handelte. Die Welt schaute auf Jerusalem, auf das jüdische Viertel der Altstadt, wo eine Handvoll jüdischer Kämpfer die Angriffe der Jordanischen Legion, die ihnen an Zahl und Waffen vielfach überlegen war, zurückwies.

Aber viel zu ungleiche Kräfte zwangen schließlich die Verteidiger des jüdischen Viertels, sich am 28. Mai 1948 zu ergeben. Nicht nur die jüdischen Ortschaften nördlich von Jerusalem wurden von Jordanischer Kämpfern eingenommen, sondern auch die Wasserversorgung der Stadt abgeschnitten; somit betraf die Blockade alle jüdischen Viertel Jerusalems und nicht nur das in der Altstadt. Bewohner erhielten das Wasser und Lebensmittel in spärlichen Rationen. Jedoch noch vor der am 11. Juni 1948 verkündeten Waffenruhe ist es den Israelis gelungen, die Kommunikationswege mit Jerusalem wiederherzustellen.

Im Laufe der weiteren Kämpfe ab dem 10. Juli 1948 war das Glück auf der Seite der Israelis. Nur in einer Richtung gelang es ihnen nicht, die Lage zu ändern: Ost-Jerusalem blieb immer noch in der Händen der Jordanier. Uzi Narkis, der Kommandeur der neugeborenen israelischen Armee, der bereits von dem eigenen Aufstieg auf den Tempelberg träumte, bereitete ein weißes Lamm und trug es überall mit sich, um es dort zu opfern. Sein Traum konnte jedoch nicht in Erfüllung gehen.

Am 12. Januar 1949 begannen auf Rhodos die Friedensverhandlungen zwischen Israel und den arabischen Staaten. Als Ergebnis bekam Israel 80% des Mandatsgebiets Palästina einschließlich Westjerusalem. Aber der heiligste östliche Teil blieb Jordanien zugeschrieben. Allerdings wurde die jordanische Seite laut § 8 des Waffenstillstandsvertrages dazu verpflichtet, Juden einen freien Zugang zur Kagemauer zu ermöglichen, was die Jordanier aber ignorierten. Einige wenige jüdische Touristen aus Amerika, denen zu dieser Zeit gelungen ist, die Klagemauer zu besuchen, berichteten, dass die Araber die Straße entlang der Mauer „al-Buraq“ (Name der Stute, auf der Mohammed bei seiner Nachtreise in den Himmel und zurück geritten sein soll, Anm.de.Red.) nannten und dass die Mauer dem Verfall preisgegeben ist.

Im jüdischen Teil Jerusalems nahm das Leben seinen gewohnten Lauf. Dabei wurden die Häuser an der Grenzlinie immer wieder von jordanischen Scharfschützen beschossen und der Grenzzaun hinderte die Terroristen nicht daran, in den jüdischen Teil der Stadt einzudringen.

Dennoch gingen die Bewohner Jerusalems am Schabbat gerne zu diesem Zaun, um ihren Kindern den Tempelberg und die Klagemauer zu zeigen und zu bedauern, dass dort zu beten für die Juden wohl auf immer und ewig unmöglich sein würde. Es sei denn, es geschieht ein Wunder…

Militärrabbiner Goren mit Schofar und Torarolle an der Klagemauer (1967).

Und das Wunder kam

Im Grunde genommen widerspricht die gesamte Geschichte des Sechstagekriegs (vom 5. bis zum 10. Juni 1967, - Anm. d. Übers.) der Kriegstheorie und -logik so gravierend, dass sie sich auf einer rationalen Ebene nicht erklären lässt: Die israelische Armee, zahlenmäßig und militärtechnisch den Arabern deutlich unterlegen, ist aus diesem Krieg als Sieger hervorgegangen. Ebenfalls ist es schwer, die Geschichte der Übernahme der Kontrolle über den Ostteil Jerusalems durch die Israelis zu verstehen.

Die Jerusalemer Altstadt wurde ohne Einsatz von Artillerie und Granaten eingenommen: Nach langen Überlegungen wurde es so beschlossen, um, Gott behüte, keine muslimischen und christlichen heiligen Stätten zu beschädigen. Und nach deren Einnahme sprach Motta Gur (Mordechai „Motta“ Gur (1930 – 1995) war israelischer Generalleutnant und Politiker, – Anm. d. Übers.) über Funk diesen großen Satz aus: „Der Tempelberg ist in unserer Hand!“ (auf Hebräisch „Char haBait b'Jadéjnu“, – Anm. d. Übers.). Das alles war der Beginn einer neuen Ära – sowohl für Israel als auch für die ganze Welt.

„Teddy ist für alles verantwortlich!“

Der Sechstagekrieg war beendet, und es herrschte ein Konsensus über das Schicksal Jerusalems: Welche Zugeständnisse auch immer Jerusalem des Friedens wegen wird machen müssen, können die Klagemauer und die Altstadt nicht der Gegenstand politischer Verhandlungen sein. Israel hat Jerusalem nicht «besetzt», sondern befreit und wird ein Recht auf diese Stadt niemals aufgeben. Aus diesem Grund galt, in Jerusalem und insbesondere an der Klagemauer solche politischen und demographischen Tatsachen zu schaffen, die die Souveränität Israels über Jerusalem besiegeln würden: die Juden zurück nach Jerusalem zu bringen und die östlichen Stadtviertel der Hauptstadt mit Juden zu besiedeln.

So beschloß der Bürgermeister der neuen, vereinten Hauptstadt Israels, Teddy Kollek, zunächst einen freien Zugang zur Klagemauer zu ermöglichen und dort ausreichend Fläche zu schaffen, damit jeder bei Bedarf einen Platz finden könnte.

Die Aufgabe der Platzerweiterung vor der Klagemauer wurde dadurch erleichtert, dass während des Sturmangriffs auf Ostjerusalem ein wesentlicher Teil seiner Anwohner ihre Häuser verließ und aus der Stadt flüchtete, wie die Bewohner des Viertels Mugrabi, das sich unmittelbar an die Klagemauer schloss. Nach dem Sechstagekrieg blieben in seinen verfallenen Häuschen weniger als hundert Familien, und Kollek bot ihnen die Umsiedlung in die verlassenen großräumigen Häuser der Stadtteilen Silwan und Schuafat in Ostjerusalem an.

Es wird erzählt, dass die Anwohner des Mugrabi-Viertels zunächst dorthin gebracht wurden, damit sie sich dort umsehen könnten, aber, einmal diese Häuser betretend, wollten sie sie um keinen Preis verlassen… In Mugrabi verblieben lediglich 10 finanziell am besten gestellte Familien, deren Häuser in einem guten Zustand waren.

Das ermöglichte Kollek – und mit ihm auch Israel – guten Gewissens zu sagen, die Mugrabi-Bewohner seien freiwillig weggegangen, ohne das ihnen gegenüber Gewalt angewendet worden sei, und sie haben weit größere Häuser und darüber hinaus eine Entschädigung erhalten.

Zur gleichen Zeit bestellte Kollek mehrere Bauunternehmer zu sich ins Büro. Das Gespräch war recht kurz, der Auftrag lautete: So gut wie alle an die Klagemauer grenzende Häuser des Mugrabi-Viertels sollten abgerissen und danach der Platz freigeräumt werden. Und Kollek fügte hinzu: „Das Geld dafür haben wir in der Stadtkasse nicht. Ich hoffe, ihr würdet diese Arbeit unentgeltlich machen, denn ihr müsst verstehen – man hat euch den Auftrag zu einer wahrlich historischen Mission erteilt. Und wer auch immer versuchen würde, euch zu stoppen, seien es die UNO-Beobachter, Knesset-Abgeordnete, Regierungsmitglieder, der Ministerpräsident oder Generäle, - alle ignorieren und weitermachen. Auf jede Aufforderung, die Arbeit zu beenden, müsst ihr antworten: „Sagen Sie das Teddy! Teddy ist für alles verantwortlich!““

Das ist eine wahre Geschichte, jedoch nicht die ganze Wahrheit. Tatsächlich war es so, dass Kollek sich zuvor das Einverständnis des Ministerpräsidenten Levi Eschkol und des Generalstabschefs Yitzchaks Rabin sicherte.

Bereits am Abend, einige Stunden nach dem Gespräch mit Kollek, fuhren Dutzende Bagger in Richtung Mugrabi. Zum Morgengrauen war die Arbeit beendet. Der Platz vor der Klagemauer wurde vergrößert: die Länge von 28 auf 57 m und die Breite auf 17 m. Und das war erst der Anfang…

Erbittet Frieden für Jerusalem!

Die Geschichte beweist: wie wichtig Jerusalem für Muslime und Christen auch sein mag, diese Stadt ist für sie bei weitem nicht so bedeutsam wie für die Juden. So ist Saladin bereit, Jerusalem den Kreuzrittern zu überlassen, weil der Erhalt Damaskus' für ihn einen Vorrang hat, und Richard Löwenherz verzichtet darauf, die Stadt zu stürmen, um stattdessen nach England zurückkehren, wo er sein Recht auf den Thron verteidigen will. Keiner von ihnen war bereit, Jerusalem seine politische Hauptstadt werden zu lassen!

Was aber die Juden anbelangt, ist Jerusalem für sie unentbehrlich. Um das zu beweisen, genügt das Gebetbuch aufzuschlagen und die mehrfach wiederholten Worte von der Rückkehr nach Jerusalem zu entdecken; oder erneut den Psalm 122 - ein Lied Davids - zu lesen und plötzlich zu begreifen, dass, im Unterschied zu unseren Vorfahren, wir diese Zeilen mit Recht nicht auf das Vergangene, sondern auf das Hier und Jetzt beziehen können: „Unsre Füße stehen in deinen Toren, Jerusalem. Jerusalem ist gebaut, dass es eine Stadt sei, da man zusammenkommen soll […] Es möge Friede sein in deinen Mauern und Glück in deinen Häusern. Es soll denen wohlergehen, die dich lieben! Um meiner Brüder und Freunde willen will ich dir Frieden wünschen.“

Aus dem Russischen von Irina Korotkina

Pessach Scheni: Die zweite Chance

Wer zum Pessach-Fest kein Opfer darbringen konnte, bekommt von G´tt am Pessach Scheni eine weitere Gelegenheit.

Von Rabbiner Elischa M. Portnoy

Die Feiertage, so wie die Menschen, haben ihre eigenen Schicksale. Chanukka und Purim sind bekannt und beliebt, obwohl sie nicht in der Tora erwähnt sind, der „Zweiter Pessach“ (Pessach Scheni) ist dagegen wohl nur für orthodoxe Juden ein Begriff, auch wenn dieses Fest in der Tora ausdrücklich beschrieben ist.

Was wird denn am „zweiten“ Pessach gefeiert und warum hören wir heutzutage so wenig davon?

Die Entstehung

Die Geschichte des „Pessach Scheni“ ist im Wochenabschnitt „Bahaalotcha“ (Buch Bemidbar 9:6-14) beschrieben.

In zweitem Jahr nach dem Auszug aus Ägypten sollten die Juden in der Wüste das Pessach-Fest feiern, was auch gemacht wurde. Jedoch gab es einige Menschen, die aus bestimmten Gründen Pessach nicht wie vorgeschrieben feiern konnten, weil sie das Pessach-Lamm weder opfern, noch essen durften: „Es gab aber Männer, die unrein waren durch die Leiche eines Menschen, und sie konnten nicht das Pessach opfern an diesem Tag und sie traten vor Mosche und vor Aharon an diesem Tag“.

Also, diese unreinen Personen sind mit der Situation, dass sie beim Pessach-Fest nicht richtig mitfeiern dürfen, unzufrieden und kommen zu den Anführern des jüdischen Volkes Mosche und Aharon, um zu reklamieren: „Und jene Männer sprachen zu ihm: wir sind unrein durch die Leiche eines Menschen, warum sollen wir ausgeschlossen werden, dass wir nicht darbringen das Opfer für HaSchem zu seiner Zeit unter den Kindern Jisrael?“

Diese Frage scheint eigentlich unpassend zu sein, denn schon davor, im 3.Buch Moses „Wajikra“ wurde mehrmals betont, dass rituell unreine Personen heiligen Opfer (Korbanot) nicht mal anfassen dürfen, ganz zu schweigen sie zu essen.

Erstaunlicherweise erzählt uns die Tora, dass unser großer Lehrer Mosche mit dieser Frage überfordert wurde: „Und Mosche sprach zu ihnen: wartet, dass ich höre, was G‘tt euretwegen gebietet“.

Und G’tt gibt tatsächlich ein neues, bis jetzt unerwähntes Gesetz: „Und G‘tt redete zu Mosche: Sprich zu den Kindern Jisrael: So jemand unrein sein wird durch eine Leiche, oder auf weiter Reise ist, bei euch oder bei euren Nachkommen, so opfere er das Pessach für G‘tt: Im zweiten Monat am vierzehnten Tage gegen Abend sollen sie es opfern, mit ungesäuertem Brote und bitteren Kräutern sollen sie es essen. Sie sollen nichts davon übrig lassen bis zum Morgen, und keinen Knochen an ihm zerbrechen, nach der ganzen Satzung des Pessach sollen sie es opfern. Aber der Mann, der rein ist und nicht auf der Reise ist und unterlässt es, das Pessach zu opfern, diese Person werde ausgerottet aus ihren Stämmen; denn das Opfer von G‘tt hat er nicht dargebracht zu seiner Zeit, seine Sünde trage derselbe Mann“.

Der zweite Monat, der hier gemeint ist, ist der jüdischer Monat Ijar, in dem wir uns jetzt befinden. Das heißt, dass genau ein Monat nach dem Pessach, den wir alle in Nissan gefeiert haben, gibt es im darauffolgenden Monat für bestimmten Personen ein „zweites“ Pessach-Fest.

Frühling im Negev

Um die Bedeutung dieses merkwürdigen Feiertages zu verstehen, soll man zuerst die oben beschriebene Erzählung in der Tora verstehen, die viele Fragen aufwirft. Wer waren diese Männer? Warum ihre Frage doch legitim war? Warum wusste Mosche nicht sofort die Antwort auf ihr Anliegen? Und warum hat G’tt deswegen ein neues Gesetz gegeben?

> G’tt ist immer bereit uns eine zweite Chance zu geben. Es geht hier vor allem um die Dinge, die wir hätten machen können, jedoch verpasst haben.

Hinter den Kulissen der Geschichte

Unsere Weisen geben anhand der Überlieferung spannende Einblicke in diese Erzählung. Es gibt mehrere Meinungen, wer diese Männer waren, die zu Mosche gekommen waren. Entweder waren es diejenigen, die das Grab mit den sterblichen Überresten von Josef haTzaddik trugen. Oder waren es Mischael und Eltzafan, die die Überreste von Nadav und Avihu (Söhne von Aharon, die im Heiligtum verbrannt wurden) heraustrugen. Andere sagen, es waren Männer, die eine unbekannte Leiche gefunden haben und sie selbst begraben haben. Auf jeden Fall waren es gute Menschen, die mit einem Gebot (Mitzwa) beschäftigt waren.

Und worin genau bestand ihre Frage? Wie es aussieht, haben die Männer etwas Bestimmtes gemeint, etwas nicht Triviales, so dass sogar Mosche die Antwort nicht wusste.

Der 7.Ljubawitscher Rebbe, Rabbi Menachem Mendel Schneersohn (1902-1994) gibt darauf eine sehr tiefsinnige Antwort. Diese guten Männer fragten Mosche, ob das Pessach-Lamm, das am Pessach-Fest dargebracht und gegessen werden sollte, nicht der „Korban“ (heiliger Opfer) ist, sondern vielleicht „Sewach“ (ein Opfer mit einem niedrigeren Status). Dann hätten die rituell reinen Priester das Lamm für sie geopfert und die unreinen Männer hätten dann am Pessach selbst dieses Lamm auch in ihrem aktuellem Zustand doch noch essen können. Und genau das wusste Mosche nicht: ist dieses Pessach-Lamm, das man in der Wüste (und nicht im Land Israel) opfert (um beim Seder-Abend zu essen), tatsächlich schon Korban (weil Mischkan schon gebaut wurde), oder noch „Sewach“, weil man das Heilige Land noch nicht betreten hat?

Auch die Antwort von G’tt hatte es in sich: ja, das ist leider schon Korban, deshalb dürfen diese Menschen das Lamm tatsächlich weder opfern noch essen. Jedoch hat G’tt die Mühe dieser ehrenhaften Männer nicht unbelohnt gelassen. Weil sie so sehr das Gebot von Pessach erfüllen wollten, wurde ihre Mühe mit einem neuen Gebot belohnt! Sie (und viele weitere Menschen danach) haben die zweite Chance bekommen! Das bedeutet, dass wenn der Tempel noch stand und die Pessach-Opfer dargebracht wurden, konnten Menschen, die es ohne eigene Schuld verpasst haben, das Pessach-Lamm am 14.Nissan zu opfern, dieses Lamm einen Monat später am 14.Ijahr doch noch opfern und das Pessach in „abgespeckter“ Form feiern.

Das „kleine Pessach“

Heutzutage haben wir leider keinen Tempel, können keine Opfer bringen und entsprechend feiern wir das Pessach-Fest ohne Pessach-Opfer. Deshalb ist für uns dieser „Pessach Scheni“ rein technisch irrelevant. Dieser Tag heißt heute „Pessach Katan“ (kleiner Pessach) und wird nur noch von orthodoxen Juden von anderen Tagen unterschieden. An diesem Tag wird kein „Tahanun“ (Buße-Gebet) gesagt und viele Chassidim essen an diesem Tag Matza an die Erinnerung an die Zeit, als der Tempel noch stand.

Doch auch wenn wir heutzutage dieses Fest nicht feiern können, hat es trotzdem eine enorme Wichtigkeit für uns. Denn alles, was in der Tora steht, hat auch spirituelle Bedeutung und diese Bedeutung gilt für alle Menschen in allen Generationen unabhängig von den Umständen.

Und die Idee, die hinter dem „kleinen Pessach“ steht, ist klar und deutlich: G’tt ist immer bereit uns eine zweite Chance zu geben. Es geht hier vor allem um die Dinge, die wir hätten machen können, jedoch verpasst haben. Ob es um ein Gebot (Mitzwa) handelt, oder um eine gute Tat gegenüber Mitmenschen oder um Hilfe für Bedürftige. Oft wissen wir, dass wir es tun können oder sogar sollen, aber es klappt irgendwie nicht. Deshalb zeigt uns G’tt den Tag vom „kleinem Pessach“ und sagt uns damit: „versucht es nochmal. Ich werde euch schon die Gelegenheit dazu geben“.

In diesem Jahr wird Pessach Scheni am Sonntag, 15.Mai gefeiert. Lasst uns dieser Tag zum Nachdenken nutzen, was wir Positives für diese Welt machen können, jedoch noch nicht dazu gekommen sind. Es ist nie zu spät. Wir müssen nur wollen und G’tt wird schon dafür sorgen, dass wir die Möglichkeit dazu nochmal bekommen.

Die Feier der Geheimnisse

Was am Lag baOmer gefeiert wird und was dieser Tag für jeden von uns persönlich bedeutet.

Von Rabbiner Elischa M. Portnoy

Das Lag baOmer-Fest, das wir am 19. Mai dieses Jahres feiern, ist ein sehr beliebtes Fest. Die größte Freude bringt wohl sogar nicht das Feiern selbst, sondern die Vorbereitung dafür. Der Name des Festes „Lag BaOmer“ bedeutet nichts anderes als der 33. Tag vom Omer. Und was ist „Omer“? Es gibt ein Gebot der Tora, als der Tempel noch stand, eine Garbe von Gerste nach dem ersten Tag des Pessachs darzubringen: „Sprich zu den Kindern Jisrael und sprich zu ihnen: So ihr in das Land kommt, das ich euch geben werde, und darin Ernte haltet: so bringt ein Omer von den Erstlingen eurer Ernte zu dem Priester. Und er schwinge das Omer für G‘tt, dass es euch gnädig aufgenommen werde; den Tag nach der Feier soll es der Priester schwingen“.

Nach dieser Opferung sollte man sieben Wochen bis zum Schawuot-Fest zählen: „Und zählen sollt ihr vom anderen Tage nach der Feier an, von dem Tage, da ihr gebracht das Omer der Schwingung, (dass es) sieben volle Wochen seien. Bis zum anderen Tage nach der siebenten Woche sollt ihr fünfzig Tage zählen, und darbringen ein Speiseopfer vom Neuen für G’tt“. Und deshalb ist, rein technisch gesehen, Lag baOmer nichts anderes, als der 33. Tag dieser Zählung.

Und was soll an diesem Tag so besonders sein, dass ausgerechnet da gefeiert werden soll? Dafür sind zwei denkwürdige Ereignisse in der jüdischen Geschichte verantwortlich.

Vor ca. zwei Tausend Jahren lebte in Israel ein berühmter Rabbiner, Rabbi Akiwa. Er war ein außerordentlicher Weise der Tora und ein begabter Lehrer, so dass er zu einem bestimmten Zeitpunkt 24.000 Schüler hatte. Tragischerweise starben alle diese Schüler nach einem Pessach innerhalb weniger Wochen und das Ende dieser Epidemie war, laut der Überlieferung, genau der 33. Tag der Omer-Zählung.

Wenn man diese Erklärung liest, ist nicht ganz klar, was es zu feiern gibt, wenn doch alle Schüler hingeschieden sind. Deshalb bringt Maharil (Rabbi Jakob ben Moses haLevi Molin aus Mainz) eine andere Erklärung: das Sterben ging vom Pessach und bis Schawout. Jedoch an einigen bestimmten Tagen (wie Chol haMoed Pessach, Schabbat und Rosch Chodesch) starb niemand. Insgesamt gab es 32 Tage, an denen einer der Schüler von Rabbi Akiwa starb. Deshalb feiern wir den 33. Tag als das Ende der Trauer.

Die Bedeutung der Zahl 18

Es gibt aber auch eine ganz andere Erklärung für die Besonderheit des Tages. Es gab ein großer jüdischer Gelehrte, Rabbi Schimon bar Jochai (Raschbi), der das größte kabbalistische Werk „Zohar“ (Glanz) verfasst hatte. Er ist, laut Überlieferung, am 18. Ijar gestorben und der 18. Ijar ist immer der 33. Tag des Omer-Zählens.

Es stellet sich jedoch auch die Frage, warum das Ableben eines großen Tora-Weisen gefeiert werden sollte?! Eigentlich ist der Tod von einem großen Rabbi ein großer Verlust für das ganze jüdische Volk und sollte beweint werden. Als wir in der Tora über das Hinscheiden von Mosche Rabejnu lesen, steht dort, dass er dreißig Tage beweint wurde! Auch wir haben mit eigenen Augen das Hinscheiden von großen Rabbonim in Israel erlebt und niemand kam auf die Idee einen Feiertag daraus zu machen.

Die Erklärung ist, dass es beim Ableben von Rabbi Schimon bar Jochai anders war. Bei seinem Sterben hat er seinen Schülern die tiefsten Geheimnisse des mystischen Teils der Tora offenbart, das Wissen, die sie nie zuvor gehört haben. Raschbi soll dabei selber gesagt haben, dass er auf diesen Tag sein ganzes Leben gewartet hat. Auch soll er selbst angeordnet haben, dass an seinem Sterbetag gefeiert werden, und nicht sein Hinscheiden, sondern der Tag seines Triumphes (Vollenden seines Lebenswerkes). Und deshalb ist der Lag baOmer nicht seine Jorzeit (Gedenktag), sondern „Hilula deRaschbi“ – seinen Ehrentag.

Interessanterweise gibt es eine versteckte Verbindung zwischen diesen zwei Erklärungen für den Grund des Feierns am Lag baOmers. Wir können uns kaum vorstellen, wie sich der große Rabbi Akiwa fühlte, als alle seine Schüler innerhalb von Wochen verstarben. Doch auch wenn er natürlich niedergeschlagen war, gab er nicht auf. Der Talmud berichtet, dass er aufstand, nach Süden ging und fünf neue Schüler fand. Diese fünf Schüler wurden diejenigen, die uns die ganze mündliche Tora überliefert haben. Und einer dieser fünf Schüler war gerade der Rabbi Schimon bar Jochai.

Aus diesen beiden Erklärungen sehen wir, dass der 18. Ijar im jüdischen Kalender ein ganz besonderer Tag ist. Schon die Zahl „18“ hat es in sich. In Hebräisch werden Zahlen durch Buchstaben symbolisiert. Die Zahl 18 wird mit Buchstaben „jud“ und „hej“ geschrieben, die wiederum das Wort „haj“ – „Leben“ erbeben. Außerdem wird in Kabbala gelehrt, dass es sieben Sefirot (Kanäle) gibt, durch deren unsere Welt von G’tt „geführt“ wird. Diese Sefirot sind: Chessed (Gefälligkeit), Gewura (Stärke), Tiferet (Schönheit), Netzach (Sieg), Hod (Pracht), Jesod (Grundlage), und Malchut (Königtum). Jede von dieser sieben Sefirot kommt in alle anderen sieben Sefirot vor. Dabei entstehen neunundvierzig Kombination dieser Sefirot, zum Beispiel Chessed im Chessed, Chessed in Gewura usw. Und deshalb entspricht jeder der neunundvierzig Omer-Tage einer von dieser neunundvierzig Sefirot-Kombinationen. Und, wie man es schon vermuten könnte, entspricht dem 33. Tag von Omer (Lag baOmer) der Kombination Hod im Hod (Pracht in Pracht). Die Sefira Hod hat einen engen Bezug mit der Kabbala und die Verdopplung dieser Sefirot ist ein starker Hinweis darauf, dass dieser Tag voller Mystik und Geheimnissen der Tora ist.

Entsprechend diesen Erklärungen entstanden zahlreiche Traditionen, die mit Feiern von Lag baOmer zu tun haben.

Traditionen rund um Lag baOmer

Nach der ersten Erklärung enden Trauervorschriften, die unsere Weisen für die Zeit von Pessach bis Lag BaOmer in Erinnerung an den Tod der Schüler verfügt haben: man darf wieder Haare schneiden, Musik hören, Hochzeiten veranstalten usw. In manchen Gemeinden werden diese Vorschriften am Lag BaOmer nur pausiert, danach gelten sie bis zum 1. Siwan weiter.

Viel mehr Bräuche gibt es im Bezug auf die zweite Erklärung, den „Ehrentag der Rabbi Schimon bar Jochai“. Da es viel Licht der Tora bei seinem Ableben leuchtete, gibt es in Israel den sehr verbreiteten Brauch, große Lagerfeuer zu zünden. Dabei werden die größten Feuerstellen am Berg Meron in Galil gezündet, dort, wo die Grabstätte von Raschbi ist. Diese Feuerstellen sind so groß, dass sie von Weitem zu sehen sind. Auch in anderen Orten werden Feuer gezündet, dabei haben Kinder große Freude daran, schon mehrere Tage davor Zündholz zu sammeln.

Außerdem werden an diesem Tag viele Kerzen (vor allem in den Synagogen in Israel) zu Ehren von Raschbi gezündet, damit es so hell wie möglich wird. Viele singen an diesem Tag spezielle Pijutim (Loblieder), die dem großen Rabbi gewidmet sind.

Ein weiterer verbreiteter Brauch, auch außerhalb des Landes Israel, ist das Bogenschießen. Es gibt mehrere Erklärungen für diesen Brauch. Im Buch „Bnej Issachar“ wird erklärt, dass an einem Lag baOmer im Himmel ein Regenbogen in einer besonderen Farbe erscheint und die Erlösung verkündet. Auf Hebräisch heißen Regenbogen und Schießbogen gleich - Keschet. Deshalb spielen besonders Kinder am Lag baOmer gern mit dem Bogen.

Ein sehr alter Brauch ist auch den 3-jährigen Jungs am Lag baOmer die Haare zum ersten Mal zu schneiden. Diese Zeremonie heißt in Israel „Halake“ („Opschernisch“ auf Jiddisch). Viele Väter bringen ihre kleine Jungs extra nach Meron, um dort diese, für die Erziehung des Kindes wichtige, Zeremonie zu feiern.

Und sogar nicht religiöse bzw. traditionelle Juden in Israel haben dieses Fest lieb: es ist schon zum Brauch geworden, dass an diesem Tag in Israel überall gegrillt wird. Und gerade das zeigt einmal mehr, dass das Licht des Lab baOmers so stark ist, dass jeder dieses Licht spürt und seine Freude daran hat.

Unsere Aufgabe ist es, dieses Licht zu nutzen und uns und unsere Kinder für die jüdische Tradition zu begeistern. Deshalb hat der 7. Ljubawitscher Rebbe Rabbi Menachem Mendel Schneersohn einen neuen Brauch eingeführt: es werden Kinderparaden veranstaltet, wo die jüdischen Kinder Freude und Stolz für unsere Tradition erleben können. Und das ist auch, wofür der 33. Tag des Omer-Zählens – Lag baOmer heutzutage steht: Freude, Licht und auch ein wenig Mystik.

Daf Yomi – Stellen aus dem Talmud

In der Ausgabe vom Januar 2022 hat die Jüdische Rundschau damit begonnen, auszugsweise Stellen aus dem Talmud darzulegen und zu erörtern. Die Auswahl der Stellen erfolgt dabei anhand des festgelegten Lesezyklus, der als „Daf Yomi" bezeichnet wird. Dieser Beitrag stellt eine Fortsetzung der jüdischen Lern-Initiative dar. (JR)

Von Patrick Casiano

Eines der aktuellen Blätter – Der Tod von Rabbi Akiwas Schülern während Sfirat ha-Omer

Wir befinden uns in einer Zeit des Jahres, in der viele besondere Tage eng beieinander liegen.

– Erstes Pessach-Fest
– Chol ha-Mo'ed während der Pessach-Woche
– Zweites Pessach-Fest
– Sefirat ha-Omer-Zählung
– Lag ba-Omer
– Schawu'ot

Pessach liegt nun bereits hinter uns. Daher wollen wir mit der Sefirat Ha-Omer-Zählung beginnen. Basierend auf dem 3. Buch Moses, Kapitel 23, Verse 15f. und auf dem 5. Buch Moses, Kapitel 16, Vers 9 haben wir ein Gebot, beginnend mit dem Ausgang des ersten Pessach-Festes 49 Tage zu zählen. Dazu finden wir heutzutage eine Formulierung im Gebetsbuch. Und am 50. Tag ist Schawu'ot. Dieser Tag wird in der Bibel als eine Art Erntedankfest beschrieben. Aber viel bekannter ist er als der Tag, an dem das jüdische Volk die Tora am Berg Sinai empfangen hat. In dieser Nacht ist es Brauch, nachts aufzubleiben und Tora zu lernen. Die Zeit der 49 Tage war ursprünglich eine reine Zeit der Freude in Erwartung von Schawu'ot, aber heute ist sie mit einigen Trauerbräuchen vermischt (weder Haare noch Bart schneiden, keine Hochzeiten oder andere Feierlichkeiten abhalten und keine Musik hören oder tanzen). Der Grund dafür liegt in einem Ereignis, über das in Yevamot 62b (Daf Yomi vom 8. Mai 2022) berichtet wird:

„Zwölf Tausend Schüler-Paare hatte Rabbi Akiwa, von Gewat bis Antipatris, und alle starben innerhalb einer kurzen Zeit, weil sie einander nicht ehrten. Und die Welt war daraufhin öde. Bis Rabbi Akiwa zu unseren Gelehrten im Süden ging und sie unterrichtete. Dies sind Rabbi Me'ir, Rabbi Jehuda, Rabbi Josi, Rabbi Schim'on und Rabbi El'azar ben Schamo'a. Und sie waren es, welche die Tora damals wieder aufrichteten. Es wird gelehrt, dass sie alle [die o.g. 24.000 Schüler] zwischen Pessach und Schawu'ot starben."

Gewat ist eine Stadt im Norden und Antipatris ist eine Stadt im Süden. Es verbleiben somit noch die Fragen was ein Schüler-Paar ist und was genau es mit ihrem Tod auf sich hat.

Warum starben die Schüler von Rabbi Akiwa?

Es gibt in jüdischen Quellen verschiedene Erklärungen für dieses Ereignis. Gemeinsam ist allen, dass man es nicht beim simplen Wortlaut belassen kann. Denn es gibt verschiedene Probleme damit.

So reden wir hier von Leuten auf einer spirituellen Stufe, die wir uns heutzutage gar nicht mehr vorstellen können. Dass sie einander nicht geehrt haben, muss etwas anderes bedeuten als das, was der normale Sprachgebrauch uns glauben machen würde. Keinesfalls geht es hier um feindselige Streitereien, Beleidigungen, usw.

Auch waren sie nicht die Schüler von irgendeinem Rabbiner, sondern von Rabbi Akiwa, gerade der Rabbiner, der für seine ständig im Mund geführte Weisheit bekannt ist: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst – dies ist ein wichtiger Grundsatz der Tora". Dieses aus dem 3. Buch Moses, Kapitel 19, Vers 18 bekannte Gebot, reiht sich nicht einfach nur in die Liste der anderen Gebote ein, sondern ist eine Grundvoraussetzung für das korrekte Erfüllen vieler weiterer Gebote. Wie konnten seine Schüler also gegen so etwas Grundlegendes verstoßen?

Und letztlich scheint eine fehlende Ehrerbietung keine ausreichende Rechtfertigung für den Tod dieser Schüler zu sein.

Aber bezüglich des letzten Punktes muss man wissen, dass das Verhalten eines Menschen nicht in absoluten Maßstäben beurteilt wird, sondern im Verhältnis zu seiner spirituellen Stufe. Wenn ein Kind im Kindergarten seinem Kameraden Süßigkeiten entreißt, wird die Pädagogin wohl einschreiten und auch versuchen ihm sein Fehlverhalten zu erklären, aber ansonsten wird dieser Vorfall kein weiteres Aufsehen erregen. Ein Raub im Erwachsenenalter wird hingegen schwerwiegendere Konsequenzen nach sich ziehen. Und was für das Verhältnis eines Kindergartenkindes zu einem Erwachsenen gilt, ist hier übertragbar auf das Verhältnis zwischen Personen einer sehr niedrigen und einer sehr hohen spirituellen Stufe. Somit ist die fehlende Ehrerbietung gravierender, als sie sich anhören mag.

Aber die wichtigere Frage ist, worin diese fehlende Ehrerbietung überhaupt bestanden hat. Was haben die Schüler Rabbi Akiwas getan? Eine der verschiedenen Erklärungen lautet wie folgt: Seine Schüler waren sehr bescheidene Leute, die sich selbst als unwürdig angesehen haben und für sich selbst keine Ehrungen wollten. Den Grundsatz „liebe deinen Nächsten wie dich selbst" haben sie falsch verstanden. Es war ihre Annahme, dass der besagte Satz sie von der Ehrerbietung ihren Kollegen gegenüber befreien würde, denn was für einen selbst gilt, gelte auch für den anderen. Aber lieben und ehren ist nicht dasselbe. Es gibt im Judentum verschiedene Formen der äußerlichen Ehrerbietung. Zum Beispiel dass man aufsteht, wenn die Tora-Rolle gerade durch die Synagoge getragen wird oder wenn ein Gelehrter den Raum betritt. Und man muss bedenken, dass all diese „Schüler" bereits Gelehrte waren und ihnen als lebende Personifizierung der Tora Ehrungen zu Teil werden sollten. Als weiteres Beispiel für eine solche äußerliche Ehrerbietung kann dienen, dass man sich am Schabbat feierlich anziehen und besser essen soll als am Werktag, auch wenn man nur allein zu Hause ist. Denn das Herz kann solchen Äußerlichkeiten leicht folgen und sich dadurch in Gang setzen lassen.

In der zitierten Talmudstelle wurde bereits Rabbi El'azar ben Schamo'a erwähnt. Er war ein Teil der zweiten Schüler-Gruppe Rabbi Akiwas, nachdem dieser seine ersten Schüler verloren hatte. Bezeichnenderweise ist er es, der im vierten Kapitel von Pirkei Avot (Sprüche der Väter) eine Formulierung getroffen hat, die einem solchen Missverständnis entgegenwirkt: „Die Ehre deines Schülers soll dir so teuer sein, wie deine eigene. Die Ehre deines Freundes soll für dich sein wie die Ehrfurcht vor deinem Lehrmeister. Und die Ehrfurcht vor deinem Lehrmeister soll für dich sein wie die Ehrfurcht vor dem Himmel." Der „Lehrmeister" steht hier für jemanden einer

höheren Position als man selbst, also anders als der „Nächste". Es ergibt sich, dass es zwar lobenswert ist, auf Ehrerbietung gegenüber sich selbst zu verzichten, aber seinem Nächsten muss man sie dennoch erweisen.

Eine andere Erklärung besagt, dass aufgrund ihrer Liebe zueinander die Lernpartner einander von dem eigenen (also dem richtigen) Verständnis bezüglich dem Lehrstoff überzeugen wollten (vgl. weiter unten) und dass es in diesem Kontext zu Vorfällen kam, in dem sie einander nicht ehrten.

Wiederum eine andere Erklärung geht davon aus, dass die Schüler im Rahmen ihrer Teilnahme am Bar-Kochba-Krieg gestorben sind. Sie bezieht auch andere Quellen mit ein und ist mit dem Wortlaut unserer oben zitierten Talmud-Stelle nicht leicht zu vereinbaren.

Was sind „Schüler-Paare"?

Zu unserer zweiten offenen Frage, ist zu erklären, dass 24.000 Schüler mit „zwölf Tausend Schüler-Paaren" gemeint sind. Es geht hierbei um das Konzept von „Chewruta", d.h. die seit früher Zeit übliche Praxis, dass beim Unterricht in Jeschiwot (Religionsakademien) jeweils zwei Schüler miteinander gepaart werden und einen großen Teil ihrer Studien im Zweierteam absolvieren. Wenn vier Augen mehr sehen als zwei, dann verstehen zwei Gehirne auch mehr als eins. Die komplizierten Texte sollen miteinander diskutiert werden und jeder hat die Möglichkeit sein Gegenüber von dem eigenen Verständnis des Textes zu überzeugen.

Das Wort „Chewruta" leitet sich vom Wort für „Freund" ab. Und tatsächlich ergeben sich durch diese Lernsituation auch starke Freundschaften. Der bekannteste solcher Fall ist sicherlich der von Rabbi Jochanan und Resch Lakisch im dritten Jahrhundert. Letzterer war ursprünglich der Anführer einer Räuberbande und betätigte sich auch als Gladiator. Als er eines Tages auf Rabbi Jochanan traf, veranlasste dieser ihn zur reuigen Umkehr. Resch Lakisch wurde zunächst der Schüler von Rabbi Jochanan und später sein ebenbürtiger Lernpartner. Als Resch Lakisch starb, hat das Rabbi Jochanan stark getroffen. Man hat daraufhin einen neuen Lernpartner für ihn gesucht, aber dieser stimmte immer mit Rabbi Jochanan überein und gab ihm immer nur Recht. Rabbi Jochanan beklagte sich diesem neuen Lernpartner gegenüber: „Wenn ich etwas sagte, dann hat Resch Lakisch es aus 24 Blickwinkeln angegriffen und ich habe daraufhin 24 Erwiderungen dargelegt und dies hat zu einem tieferen Verständnis geführt." (Bawa Metzi'a 84a). Rabbi Jochanan wurde durch seinen neuen Lernpartner nicht über den Verlust von Resch Lakisch hinweggetröstet und starb kurze Zeit später an gebrochenem Herzen.

Es gibt verschiedene Programme, die Interviews mit Interessenten durchführen und dann geeignete Lernpartner (auch zum Lernen übers Telefon oder Internet) zusammenführen. Neben der klassischen Chewruta von zwei Lernpartnern auf etwa dem gleichen Stand, gibt es auch Fortgeschrittene, die in freiwilligem Rahmen Anfänger an die Hand nehmen und ihnen beim Verständnis jüdischer Konzepte und Quelltexte helfen. Für englischsprachige Personen gibt es verschiedene solcher Programme. Verbunden mit der Chabad-Bewegung gibt es z.B. das Jewish Learning Network (www.jnet.org). Darüber hinaus sollte man sich auch noch (www.torahmates.org) und (www.partnersintorah.org) ansehen. Es mag noch weitere gute Seiten geben, die ich übersehen habe, aber es gibt auch einige, die ich bewusst ausgelassen habe, da ich sie nicht für seriös halte.

Für deutschsprachige Personen gibt es so etwas bisher noch nicht in einer institutionalisierten Form. Aber bei (www.moadim.com) ist es für die nächsten Monate geplant und zwischenzeitlich kann man auch außerhalb eines solchen Rahmens bei orthodoxen Gemeinden und Organisationen in den deutschsprachigen Ländern nach Auffindung eines Lernpartners anfragen.

www.intellectual-services.com